

Duale Berufsbildung als Teil der ‚Bildungsexpansion‘

Der Kanton Luzern als Beispiel für die expansive Entwicklung der
dualen Berufsbildung von 1954 bis 1980

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der
Universität Zürich

vorgelegt von
Karin Büchel
von Hinterforst SG

Angenommen im Frühjahrssemester 2018
auf Antrag der Promotionskommission:
Prof. Dr. Philipp Gonon (hauptverantwortliche Betreuungsperson)
Prof. Dr. Lucien Criblez

Zürich, 2018

„Alle Menschen haben das gleiche Recht [...] sich geistig immer mehr auszubilden. Darum ist die erste, die heiligste Pflicht jeder Regierung, dem ihrer Obsorge anvertrauten Volke die Möglichkeit geistiger Ausbildung zu verschaffen, mit anderen Worten, für zweckmässige Einrichtungen des Schulwesens zu besorgt zu sein“ (Eduard Pfyffer, o. J., in: Luzernische Schuldirektion, 1953, S. 45).



Abbildung 1: Die Gebäulichkeiten des Zentralschweizerischen Technikums Luzern an seinem ersten Standort in der Sentimatt, 1958. Fotografie: Otto Pfeifer, Luzern (Archiv HSLU T&A in: Imhof, Grüter, Hunziker et al., 2008, S. 37)

Danksagung

Während der langen Erarbeitungszeit meiner Dissertation haben mich viele Personen moralisch und fachlich begleitet sowie unterstützt. Besonders danken möchte ich Philipp Gonn und Lucien Criblez. Sie haben mir über das gesamte Forschungsprojekt viel Freiheit gewährt und sind mir mit ihrem kompetenten Rat stets zur Seite gestanden. Die zahlreichen Gelegenheiten zum Austausch und die anregenden Diskussionen waren eine hilfreiche Unterstützung auf dem Weg zu dieser Dissertation.

Meinen Eltern, Katharina und Alfred Büchel, meinen Geschwistern, Sarah Büchel mit ihrem Mann und Simon Büchel mit seiner Familie, meinem Freund Ueli Bischof und den Familien Bischof sowie Bischof-Gmür gilt ebenfalls ein besonderer Dank. Sie alle haben zusammen mit meinen Freundinnen und Freunden immer wieder aufmunternde Worte gefunden, mir in schwierigen Zeiten zugehört und mir Mut gemacht, dranzubleiben. Daraus konnte ich viel Motivation für das Fertigschreiben dieser Forschungsarbeit schöpfen.

Summary

In Switzerland, dual vocational education and training underwent a period of quantitative and qualitative growth between 1954 and 1980. This has been researched and presented at a national level. Until now, however, there has been a gap in research concerning its development at a local or cantonal level. To fill this gap, the present empirical investigation seeks to answer the questions “Why and in what way has education and vocational training developed in the canton of Lucerne?” and “In which way is this reflected in education policy?”

Educational policy measures were implemented in the canton of Lucerne between 1954 and 1980 in an attempt to remedy the shortage of young engineers and to promote dual vocational education and training as an accessible and attractive option. Weak economic structures, an increase in the number of grammar schools and the first university project in central Switzerland were all deciding factors in the choice made by the canton of Lucerne to opt for a strategy of innovative vocational education and training policies.

The quantitative and qualitative increase in the prevalence of dual vocational education and training was examined and presented from the perspective of convention theory, taking the infrastructural development of the vocational training centres, the founding of the “*Berufsmittelschule*” and the establishment of the Lucerne University of Applied Sciences and Arts as a basis. This analysis was based on archive sources from national, cantonal and local municipal organizations, supplemented with qualitative interviews. The content analysis was carried out from the perspective of the multi-level dual vocational education and training system, and was based on the theory of “Economics of Convention”. The first application of this theory of convention to analyze the development of dual vocational education and training resulted in a micropolitical insight into the locally managed coordination of actions and actor-specific patterns of argumentation.

Zusammenfassung

In der Schweiz hat sich die duale Berufsbildung zwischen 1954 und 1980 sowohl quantitativ als auch qualitativ expansiv entwickelt. Auf nationaler Ebene ist dies erforscht und dargestellt. Die Entwicklung auf lokaler bzw. kantonaler Ebene erwies sich jedoch bis anhin als Forschungslücke. Um diese Lücke zu schliessen, wurden im Rahmen der vorliegenden empirischen Untersuchung die Fragen «Wie und warum hat die Berufsbildungsentwicklung im Kanton Luzern stattgefunden?» und «Wie wurde diese bildungspolitisch begründet?» untersucht.

Im Fall des Kantons Luzern galt es zwischen 1954 und 1980, bildungspolitische Massnahmen zu treffen, um den technischen Nachwuchsmangel zu beheben und die duale Berufsbildung mit dem Argument der Durchlässigkeit anschlussfähig sowie attraktiv zu gestalten. Die schwachen Wirtschaftsstrukturen, expandierende Gymnasien und ein erstes Universitätsprojekt in der Zentralschweiz liessen innovative berufsbildungspolitische Bemühungen vermuten und konstituierten die Wahl des Falls Kanton Luzern.

Die quantitative und qualitative Expansion der dualen Berufsbildung wurde anhand des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulhäuser, der Gründung der Berufsmittelschule sowie der Errichtung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern aus der konventionentheoretischen Perspektive untersucht und dargestellt. Dieser Analyse lagen Archivquellen aus nationalen, kantonalen und kommunalen Organisationen, ergänzt durch qualitative Interviews, zugrunde. Die Inhaltsanalyse erfolgte aus der Perspektive des Mehrebenensystems der dualen Berufsbildung und stützte sich auf die Theorie der «Économie des Conventions». Die erstmalige Anwendung dieser Konventionentheorie für die Analyse der Entwicklung der dualen Berufsbildung ermöglichte einen mikropolitischen Einblick in lokal geführte Handlungskoordinationen und in die akteursspezifischen Argumentationsmuster.

Für
meine Eltern
Katharina und Alfred Büchel

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	12
2	Historischer Kontext (1954–1980) und Fragestellung	17
2.1	Wirtschaftlicher Aufschwung, technologischer Fortschritt und Nachwuchsmangel	17
2.2	„Bildungsexpansion“ bei Gymnasien und Hochschulen: Begriffsdefinition und Entwicklung im Kanton Luzern	25
2.3	Gesellschaftspolitik: „Bildung ist Bürgerrecht“	32
2.4	Fragestellung: „Bildungsexpansion“ in der dualen Berufsbildung?	35
2.5	Berufliche Grundbildung in der Schweiz: Begriffsdefinitionen	40
2.6	„Bildungsexpansion“ der dualen Berufsbildung am Fallbeispiel Kanton Luzern	51
3	Theoretische Perspektiven	58
3.1	Educational-Governance-Perspektive	58
3.2	„Économie des Conventions“	63
4	Methodische Vorgehensweise	82
4.1	Phänomen „Veränderung der dualen Berufsbildung“ im Kontext der „Bildungsexpansion“	82
4.2	Quellenmaterial	83
4.3	Methodischer Umgang mit den Qualitätskonventionen	91
5	Empirischer Teil: Expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern	95
5.1	Quantitative Expansion der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern	98
5.1.1	Quantitative Entwicklung der Berufsbildung in den Gemeinden Luzern und Emmen	102
5.1.2	Expansion der Berufsbildung anhand des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen im Kanton Luzern	112
5.1.3	Zusammenfassung	125
5.2	Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern 1958	130
5.2.1	Prozessanalyse: Gründung Zentralschweizerisches Technikum Luzern	133
5.2.2	Quantitative Expansion der Anzahl Studierender am Zentralschweizerischen Technikum Luzern	143

5.2.3	Zusammenfassung	145
5.3	Die Gründung der ersten Berufsmittelschulen im Kanton Luzern	150
5.3.1	Situationsbeschreibung ‚Gründung der Berufsmittelschule im Kanton Luzern‘	150
5.3.2	Prozessanalyse: Gründung der Berufsmittelschulen in der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen	160
5.3.3	Zusammenfassung	180
6	Beantwortung der Fragestellung und Diskussion	190
6.1	Duale Berufsbildung als Teil der Bildungsexpansion	191
6.2	Grenzen dieser Studie und weiterführende Forschungsfragen	211
	Quellen- und Literaturverzeichnis	216
	Anhang	247

1 Einleitung

Im Jahr 1954 ist die Sorge an der Gewerbeschule¹ der Stadt Luzern gross, denn es fehlt an Platz. Die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler wächst seit den Nachkriegsjahren (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1954, S. 4). Zudem ist die Anzahl der zum Pflichtunterricht zusätzlichen Lektionen gestiegen. Diese Situation strapaziert den Belegplan der Gewerbeschulen und verschärft die Raumnot.

Knapp drei Jahrzehnte später hatte sich die Situation kaum verändert. Am 6. April 1981 berichteten Hans Frei, Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern (Krienbachschulhaus), und Otto Ineichen, Präsident der Planungskommission ‚Schulraumplanung 1981‘, in einer Rückschau auf die Entwicklung der Gewerbeschulen der Stadt Luzern Folgendes: „Das ganze Schulhaus [Krienbachschulhaus] ist stark überbelastet“ (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 6). Sogar die Aula müsse als Schulzimmer umgenutzt werden.

Mehr Schulhäuser, mehr Berufsschülerinnen und -schüler

Die Entwicklung der Gewerbeschulen der Stadt Luzern ist beachtlich. Im Jahr 1926 begann sie mit der Eröffnung des Krienbachschulhaus, dem 13 Schulraumprovisorien bis zum Jahr 1958 angeschlossen wurden. Im selben Jahr wurde das neu erbaute Gewerbeschulhaus Heimbach bezogen und mit der Renovation des Krienbachschulhauses begonnen. 1976 öffnete die Gewerbeschule Weggismatt ihre Türen in einem ehemaligen Verwaltungs- und Fabrikationsgebäude der Firma Schild-Tuch AG. Bis zum Zeitpunkt des Bezugs des Weggismattschulhauses waren die Gewerbeschulen der Stadt Luzern genötigt, zusätzlich elf Filialgebäude zu mieten.² Selbst nach Einweihung des Weggismattschulhauses im Jahr 1976 stiegen die Schülerinnen- und Schülerzahlen weiter an. Einzelne Schulklassen wurden deswegen im Schulhaus Moosmatt und St. Karli – Primarschulhäuser in der Stadt Luzern – provisorisch einquartiert (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981).

¹ Bis kurz vor dem Jahr 1980 lautete die Bezeichnung für die Schulen für den gewerblichen Unterricht ‚Gewerbeschulen‘. Der gewerbliche Unterricht umfasste berufskundlichen und allgemeinbildenden Unterricht. In den 1980er-Jahren wurde der Begriff ‚Berufsschule‘ geläufig, der auch heute im Zusammenhang mit der dualen Berufsbildung verwendet wird. In dieser Untersuchung werden beide Begriffe analog ihrer Verwendung in den Quellen gebraucht.

² Die elf Filialen der Gewerbeschulen der Stadt Luzern befanden sich an folgenden Orten: Industriestrasse 6, Bernstrasse 57a, Brandgässli, Grenzhofschulhaus, Moosmattschulhaus, Sälschulhaus, Sempacherstrasse 14, St. Karlischulhaus Süesswinkel, Maihofschulhaus, Altes Technikum und der kaufmännische Verein (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981).

Dieser kurze, exemplarische Einblick in die Entwicklung der Schulraumplanung der Gewerbeschulen der Stadt Luzern deutet auf eine Zunahme der Infrastruktur der dualen Berufsbildung im gesamten Kanton Luzern hin.

Auch die Zahlen der Schülerinnen und Schüler weisen auf eine expansive Entwicklung hin: 1954 waren 3258 Personen an den Gewerbeschulen des Kantons Luzern eingetragen, im Jahr 1979 waren es 6570 Personen. Dies entspricht einer Steigerung von 101,7 % bei einem Bevölkerungswachstum in der gleichen Zeitphase von 32,7 %.³

„Bildungsexpansion“ in der dualen Berufsbildung

Gleichwohl wird die „Bildungsexpansion“ (Unterkapitel 2.2) – definiert als gestiegene Bildungsbeteiligung, längere Verbleibdauer im Bildungssystem und Zunahme höherer Schulabschlüsse in den 1960er- und 1970er-Jahren (Hadjar & Beck, 2006) – in der Schweiz bezogen auf die Sekundarstufe II fast gänzlich ohne die Entwicklung der dualen Berufsbildung (Unterkapitel 2.2) diskutiert.⁴ Doch zumindest im Kanton Luzern deuten der Infrastrukturausbau und die steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen in den Gewerbeschulen auf eine expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung hin. Umso mehr erstaunt es, dass die Entwicklung der dualen Berufsbildung im Kontext der „Bildungsexpansion“ bis anhin ein Forschungsdesiderat ist. Um diese Forschungslücke zu schliessen und das expansive Ausbauvorhaben der dualen Berufsbildung im Kontext der „Bildungsexpansion“ historisch aufzuarbeiten, stellt die Verfasserin dieser Untersuchung folgende Frage:

Wie findet die Expansion der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 statt, und wie wurde sie bildungspolitisch begründet?

³ Siehe mehr dazu in Kapitel 5.

⁴ In einer dualen Berufsbildung (auch: Lehre, Berufslehre) erwerben Jugendliche während drei oder vier Jahren eine berufliche Grundbildung mit dem Ziel, Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, die für einen Beruf oder ein Berufsfeld erforderlich sind. Die Ausbildung findet an drei Lernorten statt: Lehrbetrieb, Berufsfachschule sowie überbetriebliches Kurszentrum. Während drei bis vier Tagen arbeiten die Jugendlichen in einem Betrieb und besuchen zudem während ein bis zwei Tagen pro Woche den Berufsschulunterricht an einer Berufsschule. Diese „duale Berufslehre“ wird durch praktische Einführungen in den sogenannten überbetrieblichen Kursen (ÜK) ergänzt, die als dritte Lernorte gelten (Wettstein, Bossy, Dommann et al., 1988). Am Ende erhalten die Jugendlichen einen Eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EFZ) oder ein Eidgenössischer Berufsattest (EBA), so wie dies das Bundesgesetz über die Berufsbildung vorgibt (BBG, SR 412.10, Art. 16, 17, 25; BBV, SR 412.101, Art. 6, 10) (<http://www.berufsbildung.ch/dyn/11014.aspx?lang=DE&action=detail&value=110&lex=0>, aufgerufen am 16. Februar 2018).

Die vorliegende Untersuchung startet mit dem Jahr 1954. In diesem Jahr sind erste eindeutige Indizien zu finden, die auf steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen innerhalb der dualen Berufsbildung hinweisen und die politische, institutionelle und infrastrukturelle Massnahmen zur Lösung des Problems erforderten.

„Die Zahl der sechzehnjährigen Schweizer, die vor der Berufswahl stehen, nimmt in nächster Zeit stark zu. Dieses Jahr [1954] sind es noch 58'000. Dann springt die Zahl auf 68'000, um im Jahr 1958 auf 74'000 und 1962 sogar auf 84'000 zu steigen.

An der Gewerbeschule der Stadt Luzern wird die Zunahme vom Schuljahr 1953/54 bis zum Schuljahr 1962/63 rund 1600 Lehrlinge betragen.

Behörden, Lehrmeister und Berufsschule sind vor wichtige Entscheidungen gestellt bezüglich der Beschaffung von Lehrstellen und der baulichen Vorkehren zur Aufnahme und Ausbildung der Lehrlinge und Lehtöchter“ (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1954, S. 4).

Der Zeitbogen dieser Untersuchung endet im Jahr 1980, denn danach beginnt in der Zentralschweiz ein neues Projekt namens „Schulraumplanung 1981“ (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981). Bereits der Name deutet auf eine ganzheitliche und umfangreiche Projektplanung über die Sekundarstufe I und II hin. Diese Planung basiert aber auf einer „gleichmässigen“ Entwicklung der Beschäftigungszahlen in der Zentral- respektive gesamten Schweiz. Der Landwirtschafts- und Industriesektor nimmt kontinuierlich ab und der Dienstleistungssektor steigt stetig an. Das sind andere Voraussetzungen als in den Jahren zuvor, siehe Diagramm 1. Zudem stützt sich die Verfasserin dieser Untersuchung auf den Begriff ‚Bildungsexpansion‘ gemäss Hadjar und Becker. Sie schränken die ‚Bildungsexpansion‘ auf die 1960er- und 1970er-Jahre ein (Hadjar & Becker, 2006), siehe Unterkapitel 2.2.

Konventionentheoretische Untersuchung am Fall Kanton Luzern

Die berufsbildungspolitischen Dynamiken werden, wie bereits erwähnt, am Fall Kanton Luzern rekonstruiert. Der Kanton Luzern war Teil des Schweizerischen Nationalfondsprojekts ‚Von der Meisterlehre zur Berufsbildung‘ (Gonon, 2016c, 2016d; Gonon & Zehnder, 2016; Imdorf, Berner & Gonon, 2016; Zehnder & Gonon, 2017). In diesem SNF-Projekt wurden unter der Leitung von Philipp Gonon am Lehrstuhl für Berufsbildung an der Universität Zürich neben Luzern die vier Kantone Zürich, Neuenburg, Genf und Tessin untersucht. Das Vorläuferprojekt des SNF-Projekts mit dem Titel ‚Entwicklung und Dynamik der schweizerischen Berufsbildung‘ (2009–2012) belegt die Entwicklung der Berufsbildung in der Schweiz aus einer akteurs- und pfadgebundenen Perspektive und postuliert eine grobe Gliederung der Entwicklung der Berufsbildung in der Schweiz über drei Etappen: Entstehung beziehungsweise Grundlegung (1880–1920), Konsolidierung (1920–1960) und Differenzierung (1960–2010) (Berner, 2013a, 2013b; Berner, Gonon & Ritter, 2011;

Berner & Ritter, 2011). Die vorliegende Untersuchung ist ein Beitrag, der aus der konventionentheoretischen Perspektive Einblick in die Phase der Differenzierung der dualen Berufsbildung gewährt. Gespiegelt wird dieser am Fall Kanton Luzern. Obwohl im Kanton Luzern im Vergleich zur gesamten Schweiz, derzeit 5 und %, 1980 nur 34 % in der Metall- und Maschinenbranche arbeiteten (Lussy, 2013) und der Kanton Luzern seine Kantonschulen stark ausbaute, waren das Amt für Berufsbildung⁵ als Teil des Erziehungsdepartementes im Kanton Luzern, der Grosse Rat, die Gemeinderäte sowie der Stadtrat und der Grosse Stadtrat der Stadt Luzern daran interessiert, die Gewerbeschulen und die duale Berufsbildung auszubauen. Diese Diskrepanz lenkt das Interesse auf den Fall Kanton Luzern. Wie dieses berufsbildungspolitische Engagement begründet war, und ob der Ausbau der Berufsbildung mit der ‚Bildungsexpansion‘ beziehungsweise dem Ausbau der Gymnasien in einen Zusammenhang gebracht werden kann, ist Teil dieser Untersuchung.

Gliederung der Arbeit

Die vorliegende Forschungsarbeit ist in der Disziplin der Erziehungswissenschaft verortet und untersucht im Kern das Thema ‚Wandel der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980‘ als Teil der ‚Bildungsexpansion‘. Diese Abhandlung gliedert sich in sechs Kapitel. In Kapitel 2 ‚Historischer Kontext (1954–1980) und Fragestellung‘ veranschaulicht die Verfasserin erstens den Kontext dieser bildungshistorischen Untersuchung, woraus zweitens die Fragestellung resultiert und drittens die zwei zentralen Begriffe dieser Untersuchung – ‚duale Berufsbildung in der Schweiz‘ und ‚Bildungsexpansion‘ – geklärt werden. In Kapitel 3 ‚Theoretische Perspektiven‘ erfolgt die Darstellung der Forschungsperspektive. Die Verfasserin klärt darin den konventionentheoretischen Blickwinkel, den sie bei der Analyse der Veränderungsprozesse der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern einnimmt. Dabei erläutert sie in Kapitel 4 ‚Methodische Vorgehensweise‘ den forschungstechnischen Ablauf sowie den untersuchten Quellenkorpus. Danach folgt in Kapitel 5 ‚Empirischer Teil: Expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern‘ der Kern dieser Untersuchung. Diesen empirischen Forschungsteil strukturiert die Verfasserin in drei Schritten. Im ersten Schritt untersucht sie das Ausmass der Ausdehnung hinsichtlich der Anzahl Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen und der Infrastruktur der dualen Berufsbildung (Unterkapitel 5.1). Dieser Teilschritt ist notwendig, um beurteilen zu können, inwiefern die duale Berufsbildung im Kanton Luzern expandiert hat.

Im zweiten und dritten Schritt werden zwei ausgewählte Prozesse analysiert, die einen expansiven Charakter hinsichtlich der Entwicklung der dualen Berufsbildung im Kanton Lu-

⁵ Heute nennt es sich ‚Amt für Berufsbildung Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung‘, <https://beruf.lu.ch/> (aufgerufen am 5. Januar 2018).

zern ausweisen: Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern und Gründung der ersten Berufsmittelschule im Kanton Luzern (Unterkapitel 5.2 und 5.3). Die Verfasserin beleuchtet dabei bildungspolitische Veränderungsprozesse innerhalb der dualen Berufsbildung aus der konventionstheoretischen und Educational-Governance-Perspektive. Die aus dieser wirtschaftssoziologischen und wirtschaftsökonomischen Perspektive evident werdenden Argumentationsmuster sollen neue Erkenntnisse über die Interessen sowie die Werthaltungen der involvierten Akteure und deren Motivationen für den Wandel der dualen Berufsbildung liefern. Den Wandel rekonstruiert die Verfasserin dieser Untersuchung fokussiert auf regionale und lokale Veränderungen innerhalb der dualen Berufsbildung. Konkret hat sie dafür die Entwicklung der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen analysiert. Die Stadt Luzern betrachtet die Verfasserin als repräsentativ für den gesamten Kanton Luzern, da in der Stadt Luzern im Jahr 1954 2430 Schülerinnen und Schüler und im Jahr 1980 4810 Schülerinnen und Schüler die Gewerbeschule besucht haben. In allen anderen Gewerbeschulen des restlichen Kantonsgebiets zusammen waren die Zahlen viel niedriger: 828 im Jahr 1954 und 1879 im Jahr 1979. Die Gemeinde Emmen galt in der untersuchten Zeitphase als die grösste Industriegemeinde des Kantons Luzern beziehungsweise der Zentralschweiz.⁶ In der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs und des technologischen Fortschritts war dieses Industriezentrum des Kantons Luzern speziell gefordert, technischen Nachwuchs auszubilden, um die Auftragslage zu prästieren.

Die Resultate aus dem ersten, zweiten und dritten empirischen Untersuchungsschritt sind zusammen mit dem historischen Kontext aus Kapitel 2 für das Schlusskapitel 6 ‚Beantwortung der Fragestellung und Diskussion‘ relevant, wenn es darum geht, die Argumente für den Wandel der dualen Berufsbildung dem Begriff der ‚Bildungsexpansion‘ gegenüberzustellen.

Nachstehend blickt die Verfasserin auf den historischen Kontext der Jahre 1954 bis 1980 zurück, damit die geneigte Leserschaft versteht, wie sich die untersuchte Zeitphase historisch einordnen lässt.

⁶ GARE. B.910.6.8. Gewerbeschule Herdschwand, Berufsschule Emmen. Bericht und Antrag, Bauabrechnung, Broschüre. Berufsschule Emmen Eröffnung 1981.

2 Historischer Kontext (1954–1980) und Fragestellung

In diesem Kapitel werden die historischen Aspekte der Jahre 1954 bis 1980 genauer veranschaulicht und die für das Verständnis der Arbeit erforderlichen Begriffe definiert. Der kontextuelle Rahmen dient der Beleuchtung des Machbaren, Denkbaren und Sagbaren (Landwehr, 2008), was für die empirische Untersuchung (Kapitel 5) relevant ist.

Die 1950er- und 1960er-Jahre waren geprägt von einem wirtschaftlichen Aufschwung und technologischen Wandel, die die ‚Bildungsexpansion‘ in der Schweiz begünstigten. Die Auftragslage für Industrie und Gewerbe war in der Schweiz wie auch im Kanton Luzern hoch, doch es mangelte an Akademikerinnen und Akademikern sowie an Fachpersonal. Durch Bedarfsabklärungen ab dem Jahr 1957 versuchten Expertenkommissionen, die erforderliche Anzahl und benötigte Qualifikation der Fachkräfte zu eruieren (Unterkapitel 2.1). Diese Bemühungen mündeten in einen Ausbau der Gymnasien und Hochschulen. Dieser quantitative Anstieg an Gymnasiasten und Studierenden sowie die qualitative Differenzierung und Konsolidierung des akademischen Bildungsweges gingen unter dem Begriff der ‚Bildungsexpansion‘ in die Forschung ein (Unterkapitel 2.2). Gerade vor dem gesellschaftspolitischen Hintergrund der nach den Weltkriegsjahren geführten Debatte ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ (Unterkapitel 2.3) stellt sich die Frage (Unterkapitel 2.4), ob ein Ausbau des nicht akademischen Bildungsweges – der dualen Berufsbildung (Unterkapitel 2.5) – zu verzeichnen war. Der Fokus dieser Abhandlung liegt auf dem Kanton Luzern (Unterkapitel 2.6).

2.1 Wirtschaftlicher Aufschwung, technologischer Fortschritt und Nachwuchsmangel

Um die Entwicklung der dualen Berufsbildung in den historischen Kontext einordnen zu können, ist das Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz zu richten. Für die Zeitphase von 1954 bis 1980 sind insbesondere drei Ereignisse von Bedeutung: der wirtschaftliche Aufschwung (‚Golden Age‘)⁷, die wirtschaftsstrukturelle Verlagerung vom

⁷ Die Zeitphase von 1950 bis 1975 bezeichnet man auch als ‚Golden Age‘ (Hobsbawm, 2012, S. 325; Marglin & Schor, 1990). Dieser Begriff bezieht sich indes keinesfalls nur auf die Schweiz, sondern war ein weltweites Phänomen (Hobsbawm, 2012, S. 326). Das Aussergewöhnliche dieses Vierteljahrhunderts von 1950 bis 1975 verkörperte das weltweite Wirtschaftswachstum unabhängig vom jeweiligen Wirtschaftssystem, Kapitalismus oder Sozialismus. Dennoch ist es aus heutiger Sicht klar, dass die Wirtschaft im kapitalistischen System schneller als im sozialistischen gewachsen ist. Die kapitalistischen Staaten waren es dann auch, die „ungefähr drei Viertel der gesamten Weltproduktion und über 80 Prozent des Exports an Industrieprodukten“ (OECD Impact, 1979, S. 18-19 in: Hobsbawm, 2012, S. 327 f.) herstellten. Die Industrieproduk-

primären zum sekundären Sektor sowie die ‚Ölkrise‘ von 1973. Der wirtschaftliche Aufschwung und die gesellschaftlichen sowie technologischen Veränderung dieser Zeit hatten einen direkten Einfluss auf die Entwicklung der dualen Berufsbildung. Um den wirtschaftlichen Aufschwung grob einordnen zu können, blickt die Verfasserin dieser Arbeit kurz ins 19. Jahrhundert zurück und legt danach die wirtschaftliche Entwicklung für die Zeitphase dieser Untersuchung aus.

Expansion des industriellen Sektors

Ende des 19. Jahrhunderts war der landwirtschaftliche Sektor der Schweiz noch weit grösser als der industrielle Sektor. So hielten im Jahr 1899 die Konsumgüter des ersten Sektors wie Nahrungsmittel, Textilien und Schuhe 70 % Anteil am Export und Güter des zweiten Sektors wie Metallerzeugnisse, Maschinen oder Chemiewaren lediglich 15 %. Dieses Verhältnis drehte sich bis ins Jahr 1970 um (Veyrassat, 2015).

Die Expansion des industriellen Sektors in den 1960er- und 1970er-Jahren lässt sich an den Entwicklungszahlen der bedeutendsten Industriezweige der Schweiz belegen (Bergier, 1990; Gugerli, Lorenzetti, Müller et al., 2012). Die Marktpreise der Textilindustrie erhöhten sich innerhalb von knapp zwanzig Jahren um 2'331 Millionen Franken (1962: 1203,1 und 1980: 3534,1), jene der Maschinenindustrie und der Metallurgie sogar um 18'047,6 Millionen Franken (1962: 3826,5 und 1980: 21874,1) (Bergier, 1990). Die Zahl der Arbeitsplätze im industriellen Sektor stieg von 1960 bis 1970 von 666'676 auf 879'889 und sank bis 1980 wieder auf 691'761 (Bundesamt für Statistik, 1988; Hiestand, Müller & Woitek, 2012). Doch da selbst beim Konjunkturunbruch in den 1970er-Jahren die Arbeitslosenquote zwischen 1954 und 1980 nie über einem Prozent lag – auch nicht in den vom Konjunkturunbruch am meisten betroffenen Kantonen Solothurn, Neuenburg und Schaffhausen –, lässt sich festhalten, dass in der untersuchten Zeitphase Vollbeschäftigung am schweizerischen Arbeitsmarkt herrschte. Dies galt gleichsam für den Kanton Luzern: Im Jahr 1975 wies er eine Arbeitslosenquote von circa 0,3 % aus (Hiestand et al., 2012).

Wie sich in den wirtschaftlichen Sektoren der Beschäftigtenanteil in der Schweiz im Laufe des 20. Jahrhunderts veränderte, veranschaulicht nachfolgendes Diagramm.

tion insgesamt hat sich in diesem Vierteljahrhundert vervierfacht, und „der Welthandel mit Industrieprodukten war um das Zehnfache gestiegen“ (Hobsbawm, 2012, S. 329).

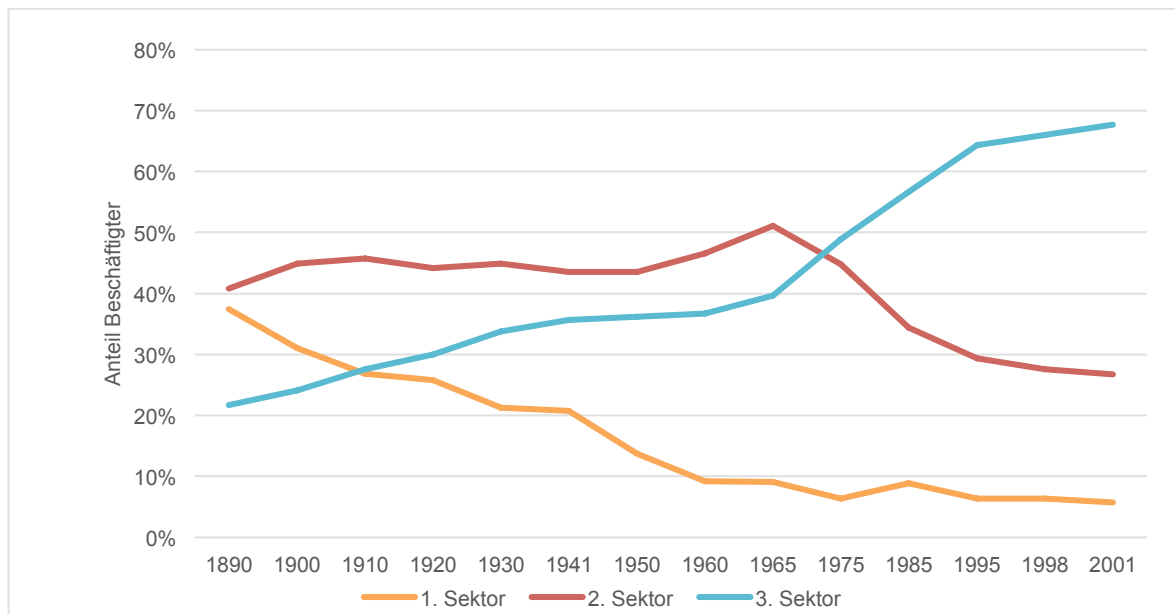


Diagramm 1: Beschäftigte in der Schweiz nach Sektoren (1890–2001)⁸

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wuchs der Dienstleistungssektor stetig an, während der Beschäftigungsanteil im Landwirtschaftssektor fortwährend geringer wurde. Der Industriesektor verzeichnete einen leichten Zuwachs bis 1965 und nahm in der Folge wieder ab. Der Kanton Luzern, der in dieser Untersuchung als Fallbeispiel im Fokus steht, verzeichnete eine ähnliche Entwicklung der wirtschaftlichen Sektoren, wenn auch zeitlich verzögert (siehe Unterkapitel 2.6 auf Seite 51).

Die Jahre von 1970 bis 1975 waren gekennzeichnet durch „eine ausserordentliche strukturelle Turbulenz“ (Kneschaurek & Graf, 1993, S. 20). Anfangs der 1970er-Jahre kam durch das Aufkommen der Informatik und der Mikroelektronik die dritte industrielle Revolution in Gang. Sie liess die Anzahl der Angestellten im dritten Sektor (Dienstleistungen) auf Kosten des zweiten Sektors (Industrie) anschwellen. Der erste Sektor (Landwirtschaft) hielt in dieser Phase seinen Anteil unverändert niedrig. Erst nach der Rezession⁹ von 1975 stabilisierten sich die Strukturen aller drei Sektoren wieder.

Der wirtschaftliche Aufschwung von 1954 bis 1973 sowie die Verschiebungen zwischen den drei wirtschaftlichen Sektoren hatten zur Folge, dass sowohl die Anzahl Berufe, die durch das Ausbildungsreglement gestützt auf das Berufsbildungsgesetz reglementiert wa-

⁸ HSSO Tab. F.31.

⁹ International betrachtet verlor die Schweiz in dieser Rezessionsphase kaum an Terrain, zählte sich doch 1977 mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von über 6000 US-Dollar weltweit zu den reichsten Ländern der Welt (Dubs, 1987, S. 49).

ren, von 252 auf 269 anstieg (Bundesrat, 1977), als auch der Bedarf an Fachkräften grösser wurde.

Einfluss des Wirtschaftsaufschwungs auf den Bedarf an Fachkräften

Der Beschäftigungsanteil in der Industrie (Sekundärsektor) erreichte Ende der 1960er-Jahre seine Spitze. Dieses technologische Erdbeben hatte für das alltägliche Leben drei einschneidende Folgen. Erstens drangen die neu entwickelten Technologien bis ins Alltagsleben vor, zweitens wurde der Weg von der Erfindung bis zum fertigen Produkt immer aufwendiger, je komplexer die Technologie war, was zu sehr kostspieligen und ausgefeilten Prozessen führte, und drittens waren diese neuen Technologien „in überwältigender Masse kapitalintensiv und arbeitssparend oder konnten einen Arbeitsplatz sogar völlig ersetzen“ (Hobsbawm, 2012, S. 336) beziehungsweise „die menschliche Arbeitskraft soweit irgendwie möglich durch die Funktion von Maschinen und technischer Einrichtung abzulösen, um den Menschen für die leitenden und überwachenden Verrichtungen frei zu bekommen“ (Gutersohn, 1964, S. 6). Diese Entwicklung erforderte höher und besser qualifiziertes Personal.

Zudem stiegen mit dem Wirtschaftsaufschwung und der ‚Vollbeschäftigung‘ auch die (Teilzeit-) Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und mithin die Opportunitätskosten für deren Haus- und Familienarbeit. Diese wurde dadurch effektiver und zweckmässiger gestaltet, was zur Folge hatte, dass Geräte wie die private Waschmaschine, der Staubsauger, das Elektrobügeleisen, der Kühlschrank oder das Telefon auch für die Allgemeinheit erschwinglich wurden (Andersen, 1998; Hobsbawm, 2012; Tanner, Studer & Hiestand, 2012).¹⁰

Die Expansion und innere Differenzierung der Unternehmen sowie die technologisch immer aufwendigeren Produkte liessen die einschlägig qualifizierten, einheimischen Arbeitskräfte knapp werden.

„Auch die Vergleichszahlen, die der Lausanner Soziologe Pierre Jaccard veröffentlichte, waren ungemütlich: In der Sowjetunion kommt ein Ingenieur auf 3500 Einwohner, in der Schweiz auf 21000! Oder: in den Vereinigten Staaten waren 1956–1967 31% der Jugendlichen als ‚Studenten‘ anzusprechen, bei uns nur 4,5%. Es waren auf einmal neue Wörter in aller Munde:

¹⁰ Die Liste mit Produkten aus dem Goldenen Zeitalter ist sehr lang: Fernsehen, Tonbänder, kleine, tragbare Transistorradios, Taschenrechner, Elektrogeräte für den Haushalt und vieles mehr (Hobsbawm, 2012).

„Bildungskatastrophe“, „Nachwuchsförderung“, „Erziehungspolitik“, „Jugendpolitik“.“¹¹ (Erziehungsrat des Kantons Luzern, 1974, S. 557)

Labhardt forderte in seinem Bericht (Labhardt, 1964) genauso wie die Arbeitsgruppe für Perspektivenstudien unter der Leitung von Francesco Kneschaurek (Arbeitsgruppe Perspektivenstudien, 1971a) eine Steigerung der Anzahl Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien von 15 %. Es ging die Angst um, die Konjunktur könnte überhitzen und die Schweizer Industrie Opfer ihres eigenen Erfolgs werden. Hinzu kam die besondere Rolle der unversehrten Schweiz im zerstörten Nachkriegseuropa: Mit einer guten Kapitaldecke und einer intakten Produktionsstruktur versorgten die Schweizer Unternehmen die wieder entstehenden Märkte sowohl mit benötigten Krediten als auch mit hoch entwickelten Produkten (Maissen, 2010, S. 296 f.; Tanner, 2015).

Die ‚Ölkrise‘ von 1973

Zwischen 1973 und 1980 nahm die Anzahl Arbeitsplätze im Industriesektor indes wieder ab. Der Grund für diesen Rückgang ist die im Herbst 1973 eingesetzte schwere Wirtschaftskrise, kurz ‚Ölkrise‘, die schliesslich eine Wirtschaftskrise auslöste. Die ‚Ölkrise‘ hat „in der Rezession sicher eine Rolle gespielt, inflationistisch und psychologisch, doch war [sie] vor allem [der] Sündenbock. Die strukturellen Gründe waren realer und lagen tiefer“ (Bergier, 1990, S. S. 282). Während dieser Weltwirtschaftskrise gingen in der Schweiz über 10 % der Arbeitsplätze verloren. Dies überstieg die Nachfrage für einheimisches Arbeitspersonal, und dennoch sprach man in der Schweiz nicht von einer Massenarbeitslosigkeit (Degen, 2012). Die Entlassungen traf hauptsächlich die ausländischen Arbeitskräfte (Eigenmann, 2017; Eigenmann & Geiss, 2016; Wicker, Fibbi & Haug, 2003). Diese temporär Eingestellten hatten in der Periode der ‚Ölkrise‘¹² beziehungsweise in der Zeit der Unterbeschäftigung ihre Anstellungen verloren, weshalb die Arbeitslosenquote im Vergleich zu anderen Ländern in der Schweiz unbedeutend blieb (Bergier, 1990). In der

¹¹ Das Eidgenössische Departement des Innern hat 1972 eine Studiengruppe für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik eingesetzt, präsiert von Nationalrat Theodor Gut; unter den Mitgliedern befindet sich auch der luzernische Erziehungsdirektor Walter Gut.

¹² Dem Begriff der ‚Ölkrise‘ wird die weltweite Wirtschaftskrise nach 1973 untergeordnet. „Die globalen Rahmenbedingungen [veränderten sich] durch die Vervierfachung des Ölpreises nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 und den Zusammenbruch des Dollars, den Übergang zu flexiblen Wechselkursen (1973) und die damit einhergehende starke Aufwertung des Frankens, was die Exportindustrie ebenso traf wie die verstärkte Konkurrenz aus Asien (Uhren)“ (Maissen, 2010, S. 291). Eine direkte Folge davon war in der Schweiz eine Rezession mit einem Verlust von 250'000 Arbeitsplätzen. Gleichwohl stieg die Arbeitslosenquote nur kurzfristig auf 0,7 % (1976). Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Entlassungen der Frauen sowie der Ausländer in der Phase der Rezession statistisch kaum ausgewiesen sind (Maissen, 2010).

Periode der Wirtschaftskrise nach 1973 veränderte sich die Wirtschaftsstruktur erneut. Der Industriesektor verlor an Personal, und zwar zugunsten des Dienstleistungssektors, der seit der ‚Ölkrise‘ die meisten Angestellten zählte. Viele fanden eine Anstellung im Gross- und Detailhandel, Verkehr, in der öffentlichen Verwaltung, im Erziehungswesen, Gastgewerbe und Gesundheitswesen (Maissen, 2010).

Strukturgeschichtlich gesehen hatten folglich die gewaltigen Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur beziehungsweise die anhaltende Hochkonjunktur mit der Ablösung des primären Sektors durch den sekundären Sektor – der sogenannten zweiten industriellen Revolution – einen massiven Fachkräftemangel im industriellen Sektor zur Folge. Dies war einer der Motoren für die erste Revision des Berufsbildungsgesetzes im Jahr 1963. Diese Gesetzesrevision von 1963 setzte an unterschiedlichen Stellen an, um den drohenden Personalangel im technischen Bereich abzufedern. Zum Ersten wurde die höhere Berufsbildung differenziert. Zweitens galt es, der beruflichen Weiterbildung mehr Gewicht zu verleihen. Zu diesem Zweck erhielten Subventionen für berufliche Weiterbildungsangebote erstmals eine gesetzliche Grundlage. Und drittens zeigte der Bund grosses Interesse an der Entwicklung der Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) (Bundesrat, 1962), da in der Hochkonjunktur sowohl die binnenorientierte Industrie als auch die Baubranche boomte. Weitere Ausführungen zu den gesetzlichen Veränderungen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung werden in Unterkapitel 2.5 ausgeführt.

Bedarfsabklärung und ‚Planungseuphorie‘

Der wirtschaftliche und technologische Wandel sowie das starke Wirtschaftswachstum¹³ bedingten ein Umdenken bezüglich Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Zudem wurde die Diskussion der Begabtenförderung mit dem ‚Hummler Bericht‘ angeregt. Darin prognostizierte der Arbeitgeberverband der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrieller einen „Mehrbedarf von ungefähr 3000 Techniker [...], [...] die Zahl der Technikumsschüler der Abteilungen für Maschinenbau und Elektrotechniker von 2000 auf 3000 und diejenige der jährlich neu diplomierten von 400 auf mindestens 600 erhöht werden

¹³ Die Schweiz hat ihre Handelsbeziehungen zum Ausland sowohl über die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gepflegt. Die OECD fassten sich beispielsweise zum Ziel, die damaligen Mitgliedstaaten in ihrer wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung zu unterstützen, indem sie sich zum Beispiel zum Ziel setzten, das reale Bruttovolkseinkommen in den Jahren von 1960 bis 1970 um 50 % zu steigern (BAR. Band 107. Volkswirtschaftsdepartement. Motion und Postulate. B. Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Bericht des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung über die Geschäftsführung im Jahre 1962, vom 9. April 1963. S. 313 f.).

sollten“ (Arbeitsausschuss zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses, 1959, S. 39).

In kurzen Zeitabständen folgten weitere Studien, die sowohl zum Ziel hatten, den Bedarf an technischem Nachwuchs sowie von Akademikerinnen und Akademikern zu errechnen, als auch die wissenschafts- sowie bildungspolitischen Massnahmen zu legitimieren: den Bericht der Eidgenössischen Kommission für Nachwuchsfragen auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und der medizinischen Berufe sowie des Lehrerberufs auf der Mittelstufe (Bericht Schultz 1963) (Schultz, 1963) sowie die Eidgenössische Expertenkommission für Fragen der Hochschulförderung (Ferrat, 1966; Labhardt, 1964). Die Erwartungen an die Bildung stiegen, und die Forderungen an den Staat als hauptsächlichem Träger und Vermittler von Bildung wurden mannigfaltiger. Über Studien wurde deshalb der Bedarf an ausgebildete Arbeitskräfte errechnet. Dies löste in der Schweiz eine positive Grundstimmung der Machbarkeit sowie der Planbarkeit aus und entfachte beim Bundesrat eine sogenannte Planungseuphorie (Criblez, 2001, S. 98; Meylan, 1996, S. 12). Es folgten weitere Bedarfsstudien durch den Schweizerischen Wissenschaftsrat mit drei Berichten zum Ausbau der Hochschulen in der Schweiz (Schweizerischer Wissenschaftsrat, 1967, 1972, 1978). Ausschliesslich für den Bereich der dualen Berufsbildung wurden zu diesem Zeitpunkt allerdings keine Bedarfsstudien erhoben. Nichtsdestotrotz realisierte die Arbeitsgruppe für Bildungs- und Arbeitsmarktforschung, dass der Bedarf an Arbeitskräften, die über die Berufsbildung in den Arbeitsmarkt eingeführt wurden, als relevanter Faktor für die wachsende Wirtschaft erkannt werden muss. Sie publizierte die umfängliche Modellstudie ‚Bildungswesen, Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum‘, besser bekannt unter dem Namen ‚Jermann Bericht‘, im Dezember 1969 (Jermann, 1972; Jermann, Blankart, Kohn et al., 1969). Ihre Studie war angelehnt an die aus Deutschland bekannte Studie ‚Bildung und Wirtschaftswachstum‘ (Widmaier, 1966) und versuchte dementsprechend, Entwicklungsmodelle der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in der Schweiz nachzuzeichnen. In dieser Bedarfsstudie – verankert in der Bildungsforschung – treten neue ökonomische Aspekte in den Vordergrund. Gemäss des Jermann-Berichts steht dies in direkter Verbindung mit erstens einer Vielzahl neu gegründeter Bildungsinstitutionen, zweites mit Erkenntnissen über den Zusammenhang der wirtschaftlichen Entwicklung sowie dem Bildungssystem und drittens mit dem ‚technologischen Wettlauf‘ zwischen Ost und West (Jermann, 1972, S. 15).

Die Bildungsökonomie versuchte, die ökonomischen Aspekte der vorhandenen Bildungsstrukturen zu untersuchen und eine gewisse Wechselwirkung zwischen Bildungssystem und Wirtschaftswachstum nachzuweisen. „Als wichtigste gemeinsame Aufgabe von Arbeitsmarktforschung und Bildungsforschung kann die Bestimmung der zukünftigen Nachfrage nach Arbeitskräften bestimmter Fachrichtungen und Qualifikationen genannt werden“ (Jermann, 1972, S. 15). Ferner wurde diese Bedarfsstudie mit der ‚Bildungsexpansion‘ und den dadurch im Bildungsbereich stark erhöhten öffentlichen Mit-

teln begründet. So schreibt Jermann im Schlussbericht, die Ausbildungszeit der einzelnen Lernenden nehme durch den Ausbau der Bildungsangebote zu, und der Eintritt ins Erwerbsleben erfolge später. Dies führe volkswirtschaftlich zu neuen und hohen Belastungen und zu ‚neuen‘ Problemen sowie zur Bildungsökonomie. „Das besondere Interesse der neueren wirtschaftswissenschaftlichen Forschung für Bildung und Erziehung als Wachstumsfaktor ist also weniger durch eine ‚autonome‘ Entwicklung der Theorie als durch aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Zielsetzungen zu erklären“ (Jermann, 1972, S. 19). Die Studie prognostizierte dann auch ein Globalmodell, das „sowohl die Nachfrage (Teil 2, Anm. K. B.) nach als auch das Angebot an Arbeitskräften“ (Teil 3) berücksichtigte, mit dem Ziel, „Orientierungs- und Entscheidungshilfen für eine langfristig ausgerichtete Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik bereitzustellen“ (Jermann et al., 1969, S. 31 f.). Die Studie hat zahlreiche verschiedene Varianten an Bedarf durchgerechnet, etwa den Bedarf an Arbeitskräften in der Schweiz nach sozioökonomischen Gruppen, nach Schulbildung im primären Sektor, nach Schulbildung im sekundären Sektor und nach Schulbildung im tertiären Sektor. In Grafik 26 errechnet die Studie den Bedarf an Arbeitskräften (inkl. Lehrer) nach beruflicher Stellung. Sie gelangt zu dem Schluss, dass von 1965 bis 2000 20,1 % mehr gewerbliche Lehrlinge und 90,8 % mehr leitende technische Angestellte vonnöten sind (Jermann et al., 1969, S. 272).

Diese Art von Modellrechnung wurde bereits im Februar 1971 vom Vorstand des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaft (VSS) kritisiert. Der VSS warf der Studie vor, sie beinhalte zu ungenaue Modelle und basiere auf zu lückenhaften Daten (Wyss, 1971). Dennoch veröffentlichte nur drei Monate später, im Mai 1971, die Arbeitsgruppe Kneschaurek im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates eine weitere Studie mit dem Titel ‚Entwicklungsperspektive der Schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahre 2000‘ (Arbeitsgruppe Perspektivenstudien, 1971b). Bereits zu Beginn 1968 erstellte Kneschaurek für den Schweizer Bundesrat erste Prognosen, die sich aber lediglich auf den Bedarf an Akademikerinnen und Akademikern bezogen. Diese Expertisen flossen schliesslich in die parlamentarische Debatte über das Bundesgesetz zur Hochschulförderung ein. Kneschaureks Auftrag wurde danach erweitert, da auch der Bundesrat erkannte, dass für die Erstellung einer umfassenden Bildungsperspektive sowohl der Bedarf an Akademikerinnen und Akademikern als auch an qualifizierten Arbeitskräften, die über die Berufsbildung in den Arbeitsmarkt fanden, errechnet werden muss.

Die Entwicklungen in der Wissenschaft, Technik und Wirtschaft hatten in den 1950er-/1960er-Jahren die gesellschaftlichen Anforderungen verändert. Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften wie Ingenieuren und Technikern wurde stark erhöht, und akademisch ausgebildete Arbeitskräfte wurden erforderlich. Bildungspolitische Massnahmen für die Nachwuchsförderung wurden gestützt auf verschiedene Expertenberichte, publiziert von Hummler, Schultz, Labhardt, Jermann und Kneschaurek, unternommen. Mit dem Ausbau

der Gymnasien, der Hochschulen und der Bildungsverwaltungen wird die ‚Bildungsexpansion‘ so erklärt, wie dies im nachfolgenden Kapitel ausgelegt wird.

2.2 ‚Bildungsexpansion‘ bei Gymnasien und Hochschulen: Begriffsdefinition und Entwicklung im Kanton Luzern

Die ‚Bildungsexpansion‘ wird aus unterschiedlichen Perspektiven und bis anhin aus unterschiedlichen Disziplinen erforscht.¹⁴ Aus der soziologischen Perspektive werden hauptsächlich das Alter der im Bildungssystem verweilenden Personen, das Geschlecht, die Schichtzugehörigkeit und die Höhe des Bildungsabschlusses untersucht. Reinberg, Fischer und Tessaring gelangen aufgrund ihrer Untersuchungen zu dem Schluss, dass sich ‚Bildungsexpansion‘ anhand verschiedener Faktoren zeigen lässt:

„[...] in steigenden alters- und geschlechtsspezifischen Quoten der Bildungsbeteiligung (d. h. bereinigt um die demografische Entwicklung), in steigenden Zu- oder Abgangsquoten eines Altersjahrgangs oder einer Altersgruppe, in einer Verlängerung der individuellen und gesellschaftlichen Verbleibdauer im gesamten Bildungs- und Ausbildungswesen und damit in einem Anstieg des durchschnittlichen oder spezifischen Abgangsalters aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem, verbunden mit einem steigenden Zugangsalter in Erwerbs- oder Nichterwerbstätigkeit“ (Reinberg, Fischer & Tessaring, 1995, S. 301).

Hadjar und Becker definieren ‚Bildungsexpansion‘ ähnlich, wenn auch etwas allgemeiner, und grenzen sie dafür zeitlich ein:

„Wenn von der Bildungsexpansion die Rede ist, wird in der Regel auf gestiegene Bildungsbeteiligung, längere Verweildauer im Bildungssystem und beschleunigte Zunahme höherer Schulabschlüsse nach den Bildungsreformen in den 1960er und 1970er Jahren verwiesen“ (Hadjar & Becker, 2006, S. 12).

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf diese Begriffsdefinition und beschränkt den untersuchten Zeitraum konsequenterweise auf die Jahre 1954 bis 1980. Um den Begriff der ‚Bildungsexpansion‘ noch verständlicher zu machen, erfolgen Einblicke in vier Kontextthemen: ‚Kernzone der Expansion‘, ‚Planungseuphorie‘, die gesellschaftspolitischen Forderung nach ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ sowie die aufblühende Humankapitaltheorie. Diese vier Motive waren vor dem Jahr 1954 in dieser Häufigkeit sowie Dominanz nicht

¹⁴ Im 19. Jahrhundert wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt und eine erste expansive Bildungswelle ausgelöst. Diese erste Phase der Bildungsexpansion ist nicht Teil dieser Untersuchung, da der Fokus im Rahmen dieser Studie auf der Expansion der Sekundarstufe II sowie der tertiären Stufe liegt.

diskutiert worden, weshalb das Jahr 1954 den Anfangspunkt des Zeitbogens dieser Untersuchung bildet.

„Kernzone der Expansion“ – Gymnasien und Hochschulen

Criblez konkretisiert die ‚Bildungsexpansion‘ für die 1960er- und 1970er-Jahre auf institutioneller Ebene, indem er den Blick auf die expandierten Bildungsverwaltungen legt und an gezielt ausgewählten Beispielen zeigt, wie sich die Bildungsverwaltungen der Kantone Zürich und Bern während der ‚Bildungsexpansion‘ entwickelten (Criblez, 2012; Rieger, 2001). In der Schweiz wird gemäss Criblez bis anhin die ‚Bildungsexpansion‘ in erster Linie mit dem Ausbau der Gymnasien, Hochschulen und Universitäten in Verbindung gebracht. Er nennt diesen allgemeinbildenden Bereich der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe ‚Kernzone der Expansion‘ (Criblez, 2001, S. 100). Der Grund für die Konzentration auf die ‚Kernzone‘ verknüpft Criblez mit den Reaktionen auf den Sputnik-Schock.

Das Ereignis ‚Sputnik-Schock‘ ist als kontextuelle Information für den technologischen Fortschritt sowie die Investitionen in die Bildung relevant und wird deshalb an dieser Stelle kurz erklärt: Der Start des ersten künstlichen Erdsatelliten, ausgelöst am 4. Oktober 1957 durch die Sowjetunion, demonstrierte die technische Überlegenheit der Sowjetunion im Bereich der Raumfahrt. In den USA löste dieser Satellit, der Sputnik 1, den sogenannten Sputnik-Schock aus, da sich Amerika als technisch fortschrittlichstes Land verstand. „For Dwight D. Eisenhower, Sputnik represented a challenge that was much more political than it was military and economic. [...] The president’s political problem was how to reassure an American public that was being told by many politicians, by the media, and by some influential university leaders and scientists that the nation was in danger of lagging far behind its opponents in the Cold War waged with the USSR“ (Urban, 2010, S. 80). Beeinflusst vom Sputnik-Schock, verabschiedete der Präsident Dwight D. Eisenhower am 2. September 1958 das Gesetz National Defense Education Act (NDEA). „The enactment of NDEA in September 1958 initiated a period of markedly increased federal activity in education, in elementary and secondary schools as well as in colleges and universities“ (Urban, 2010, S. 172). Insgesamt wurde mit diesem Subventionsgesetz in den ersten vier Jahren (1958/59 und 1961/62) 890 Millionen Dollar für den Ausbau der US-amerikanischen Bildung zugesprochen (Urban, 2010).

Den ‚Sputnik-Schock‘ gilt es im Kontext des Kalten Krieges einzuordnen. Der Kalte Krieg begann gemäss Stöver (Stöver, 2011) 1947 und endete 1991 mit der Auflösung des Ostblocks. Er ist vom Begriff des Ost-West-Konflikts in dem Sinne zu trennen, als dass der Ost-West-Konflikt mit der Russischen Oktoberrevolution 1917 ausgebrochen ist und umfassend für die Zeit nach 1917 steht. Der Kalte Krieg sollte folglich als Teil des Ost-West-Konflikts angesehen werden. „Der Kalte Krieg [...] war ein permanenter und aktiv betriebener ‚Nicht-Frieden‘, in dem alles das eingesetzt wurde, was man bisher nur aus militäri-

scher Auseinandersetzung kannte“ (Stöver, 2011, S. 20). Die eigentlichen Zentren des Kalten Krieges waren Europa, USA und die UdSSR, und es „war eine weitgehend entgrenzte politisch-ideologische, ökonomische, technologisch-wissenschaftliche und kulturell-soziale Auseinandersetzung, die ihre Auswirkungen bis in den Alltag zeitigte“ (Stöver, 2011, S. 21). Im Kampf um die Aufrüstung hat die Sowjetunion mit dem Satelliten ‚Sputnik‘ Wissensvorsprung demonstriert, was die USA als sowjetischen Forschungserfolg dank grosser Bildungsinvestitionen deutete. Dieser Erfolg der Sowjetunion führte in den USA innenpolitisch zu massiver Kritik am eigenen Forschungsstand und dementsprechend an der höheren Bildung sowie am eigenen Schulsystem. In der Folge wurde die ‚higher education‘ in den USA als Instrument für die nationale Verteidigung stark ausgebaut (Criblez, 2001). Die USA traten dann auch in direkten Kontakt mit der Schweiz und tauschten sich eng über atomare Forschungsvorhaben und den Aufbau atomarer Forschungsinstitute aus. Studierende aus der Schweiz oder den USA konnten einfacher einen Auslandsaufenthalt in der Schweiz oder in den USA organisieren, um Wissen zwischen den universitären Forschungsinstitutionen auszutauschen. Auch die Diplomaten waren in regem Kontakt. Wie die USA hatte auch die Schweiz zum Ziel, die Bildung als neues Instrument der nationalen Verteidigung zu etablieren. Dazu musste sie ihre Wissenschaftspolitik neu ausrichten. Hierzu beschloss der Bundesrat, verschiedene Expertenkommissionen zu gründen, um über das Expertenwissen die Situation der Wissenschaft in der Schweiz einschätzen zu können. Zu dieser Zeit gründete er auch den Schweizerischen Wissenschaftsrat (1965), der ihm beratend zur Seite stand (Büchel, 2013; Gees, 2006; Herren, 2008) und den Ausbau der Gymnasien sowie Hochschulen gemäss seinen veröffentlichten Expertenberichten stark befürwortete.

1967 wurde die Diskussion über den Ausbau der Gymnasien durch die Publikation eines Artikels mit dem Titel ‚Eine Schule für mittlere Kader?‘ (Nyikos, 1967) unter den Gymnasiallehrpersonen intensiviert. Nyikos skizzierte darin eine Grundlinie für einen neuen Schultyp auf der Sekundarstufe II, die sich zwischen dem Gymnasium und der Berufsschule ansiedelte. Sie sollte sowohl ehemalige Schüler/-innen der Gymnasien als auch Angelernte – die heutigen Hilfsarbeiter/-innen – aufnehmen und sie durch theoretische Ausbildung und eine Kurzlehre so weit fördern, dass sie als ‚Kader‘ in der Industrie eingesetzt oder zur Maturität geführt werden können. Nyikos orientierte sich dabei am etablierten Unterseminar oder den Diplomhandelsschulen (Criblez, 2001). Bereits ein Jahr später passte Nyikos (Nyikos, 1968) seine Idee an und sprach zum ersten Mal von einer ‚Berufsmittelschule‘. Diese konkretisierte er im Beitrag mit dem Titel ‚Schule für mittlere Kader‘ und löste damit heftige Reaktionen an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbands für Gewerbeunterricht vom 10. Februar 1968 in Zürich aus. Die Gewerbelehrer „sahen in diesem Projekt eine schwere Bedrohung der Lehre und einen Übergriff der Gymnasiallehrer auf das Hoheitsgebiet der Berufsbildung“ (Sommerhalder, 1989, S. 55).

Um diesen nicht unumstrittenen Ausbau der Mittelschulen zu legitimieren, rief am 19. März 1969 die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) eine Expertenkommission ins Leben, um den Istzustand der Mittelschulen zu erheben und Fragen im Zusammenhang mit einer allfälligen Neugestaltung zusammenzutragen. In dieser Expertenkommission wurde die Idee der Diplommittelschule¹⁵ aufgenommen. Denn der Ausbau der Mittelschule hatte zur Folge, dass immer mehr Schüler/-innen den gymnasialen Anforderungen nicht gewachsen waren und den eingeschlagenen Ausbildungsweg über die Mittelschulen wieder abbrechen mussten. Dies offenbarte sich an der steigenden Abbruchquote der Mittelschüler/-innen. Im Lehrgang ‚Diplommittelschule‘ sollte deshalb für schwächere Mittelschüler/-innen einerseits Allgemeinwissen vermittelt und andererseits ein Praktikum absolviert werden, um schliesslich nach gleich vielen Jahren wie in der Maturitätsschule zum Abschluss zu gelangen. Damit sollten sowohl die horizontale Durchlässigkeit mit einer „horizontalen Schulstruktur“ (Durchlässigkeit Diplom- und Maturitätsschule) als auch die vertikale Durchlässigkeit mit dem Zugang zu einer höheren Berufsbildung, „Hochschulreife“ oder „Bildung von Charakter und Persönlichkeit“¹⁶ ermöglicht werden.¹⁷ Diese Grundprinzipien für die Mittelschule von morgen hielt die Kommission in ihrem Abschlussbericht fest.

Der Ausbau der Gymnasien erfolgte, wie die Zahlen der ausgehändigten Maturazeugnisse im Diagramm 2 veranschaulichen. In der Schweiz verfünffachte sich die Anzahl Maturazeugnisse beinahe innerhalb von 20 Jahren.

¹⁵ Für angehende Kindergärtnerinnen oder Lernende der medizinischen Hilfsberufe – dazu zählten früher beispielsweise die Physiotherapeuten – schien dies eine sinnvolle Lösung zu sein. Für diese Berufe brauche es kein Maturitätszeugnis, argumentierte die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich.

¹⁶ Hervorhebung im Original.

¹⁷ StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Mittelschule von morgen. Zusammenfassung des Berichts der Expertenkommission. Thomas Wirth. „Wir kennen heute Experimente vom Kindergarten bis zur Universität. Könnte da die Mittelschule wie ein erratischer Block stehen bleiben? Nein.“ Schweizerische Lehrerzeitung (SLZ), 13. September 1973, S. 1375.

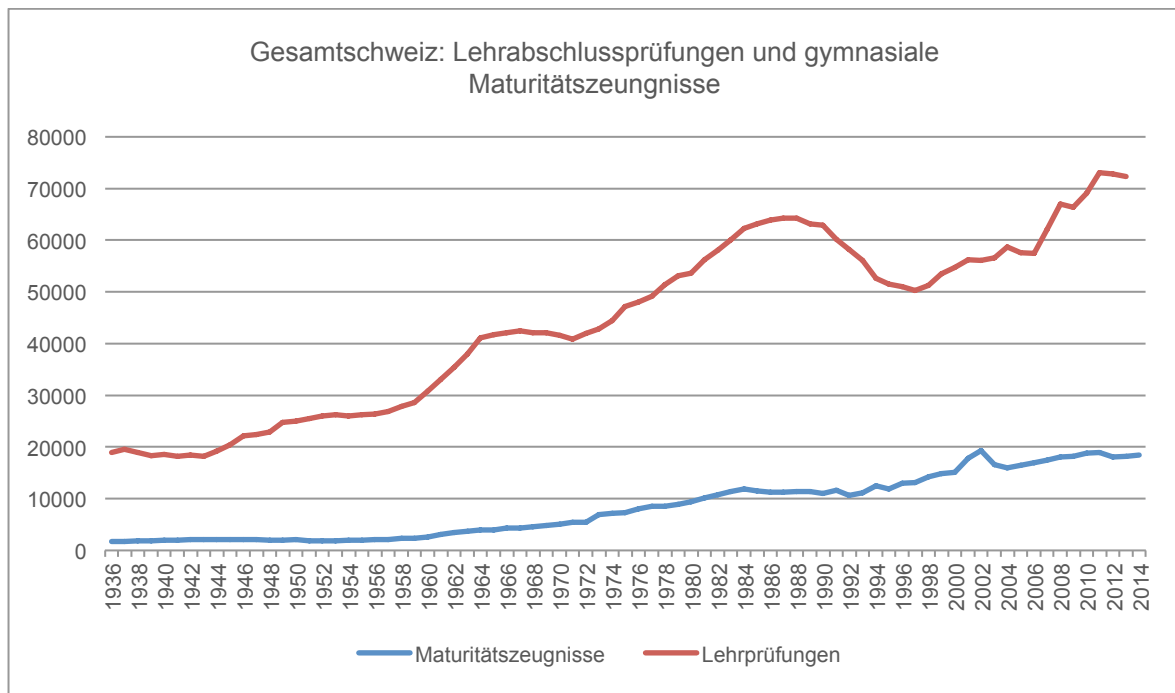


Diagramm 2: Schweiz: Entwicklung der Abschlüsse Sekundarstufe II. Grafik: Philipp Gonon. Zahlen Sek II im Vergleich, siehe Jane Ovelil und Lea Zehnder (2016) (Gonon, 2016c)

Diese quantitative Expansion der Schüler/-innen auf der Sekundarstufe II in der gesamten Schweiz hatte auf kantonaler Ebene Veränderungen initiiert, wie aus der Entwicklung der Infrastruktur der Kantonsschulen im Fall Kanton Luzern hervorgeht (siehe nachfolgenden Abschnitt). Diese notwendigen Kontextinformationen wurden im Rahmen dieser Dissertation von der Verfasserin aufgearbeitet, denn sie dienen als Relation für die Entwicklung der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern.

Expansion der kantonalen Organisationen der Sekundarstufe II im Kanton Luzern

Auf kantonaler Ebene lösten die ‚Planungseuphorie‘ und die aus den Bedarfsabklärungen abgeleiteten und neu ausgerichteten bildungspolitischen Ziele einen Ausbau der Bildungsverwaltungen sowie eine Welle an neu gebauten Kantons- sowie Gewerbeschulhäusern aus. Zum Beispiel differenzierte die Erziehungsdirektion des Kantons Zürichs, indem sie eine Planungs- und Informationsabteilung gründete (Criblez, 2012). Und im Kanton Luzern expandierten die Gymnasien im Zuge der ‚Bildungsexpansion‘ in den Jahren von 1965¹⁸ bis 1980, auch wenn diese im Vergleich zu den anderen Regionen in der Schweiz

¹⁸ Hier wird das Jahr 1965 gewählt, da die Diskussionen über die Einführung einer Berufsmittelschule mit der Interpellation Tognoni zwischen 1965 und 1970 angestossen wurden.

mit Abstand die niedrigsten waren (Meylan, 1996).¹⁹ Im Vergleich zu den anderen Inner-schweizer Kantonen Uri, Schwyz, Glarus, Ob- und Nidwalden verfügte der Kanton Luzern aber Ende der 1960er-Jahren über ein relativ gut ausgebautes öffentliches Mittelschulwesen mit Standorten in Beromünster, Luzern, Schüpfheim, Sursee und Willisau. Diese Standorte erweiterten und erneuerten sich in der Phase ‚Bildungsexpansion‘ stetig.

Die Kantonsschule Alpenquai Luzern baute in dieser Phase ihr aktuelles Schulgebäude, deren Eröffnung im Schuljahr 1967/68 gefeiert wurde (Erziehungsrat des Kantons Luzern, 1974).²⁰ Ihre Geschichte geht ebenfalls weit zurück ins 16. Jahrhundert, weshalb die Kantonsschule nächstes Jahr 444 Jahre alt wird und seit 344 Jahren kein Jesuitengymnasium (seit 1574) mehr ist (Graber & Haltmeier, 2008). Erst gerade im Jahr 2016 hat die Schola Beronensis – die Kantonale Mittelschule Beromünster – ihr 150-jähriges Bestehen gefeiert. Ihre progymnasialen Wurzeln reichen indes noch viel weiter zurück bis in die Stiftsschulzeiten im 16. Jahrhundert. Sie war ursprünglich dem Kloster Beromünster angegliedert und errichtete erstmals in der Phase der ‚Bildungsexpansion‘ am 5. April 1973 ihr erstes eigenständiges Schulgebäude mit dem Namen ‚Kantonale Mittelschule Beromünster‘. Dieses Schulhaus diente fortan nur als Gymnasium (Meier, P., 2016). Im selben Jahr, im Oktober 1971, wurde mit dem Bau der Kantonsschule Sursee begonnen, und kein Jahr später nahmen an der Moosgasse am 4. September 1972 die Kantonsschüler/-innen dort ihren Unterricht auf. Die Schulanlage wurde schliesslich am 6. Juli 1973 eingeweiht.²¹ Im Baujahr der Kantonsschule Sursee eröffnete die Kantonsschule Willisau 1971 ihr neues Schulgebäude auf Schlossfeld und wandelte ihre Mittelschule zu einer Kantonsschule um. Das Gründungsjahr der Mittelschule Willisau geht auf das Jahr 1865 zurück. „Ziel war Knaben, für die Maturitätsschule in Luzern oder fürs Lehrerseminar vorzubereiten, bis 1872 ohne Latein. Im gleichen Jahr gestattete die Regierung auch Mädchen den Besuch der Mittelschule Willisau.“²² Eine viel kürzere Geschichte kennen hingegen die Kantonsschulen Schüpfheim, Reussbühl (Luzern) und die kurze Zeit später neu geschaffenen Kantonsschulen

¹⁹ 1950 zählte der Bund 2424 und 1970 bereits 5959 Maturanden (Bundesrat, 1972). Zwischen 1970 und 1984 stieg die Maturitätsquote schweizweit auf rund 13'000 Maturandinnen und Maturanden.

²⁰ Zur infrastrukturellen Erweiterung der Mittelschulen führte Luzern 1955 die akademische Berufsberatung ein. Seit dem Jahr 1962 nimmt die Kantonsschule Luzern auch Mädchen auf, und das Töchtergymnasium der Stadt Luzern wird vom Schuljahr 1968/69 zur Maturitätsschule ausgebaut. Im Jahr 1969 verleiht der Kanton Luzern auch der ‚Mittelschule‘ Sursee das Maturitätsrecht (Dekret vom 14. Oktober 1969); Beromünster und Willisau sollen folgen. Zuvor besass ausschliesslich die Kantonsschule Luzern das Maturitätsrecht. Mit dem revidierten Erziehungsgesetzes vom 2. März 1971 wurden alle Mittelschulen im Kanton Luzern zu ‚Kantonsschule‘ umbenannt (Erziehungsrat des Kantons Luzern, 1974).

²¹ Der historische Pfad der Schulgeschichte Sursee zeigt die Historie öffentlich zugänglich auf: https://kssursee.lu.ch/publikationen/historischer_pfad (aufgerufen am 10. Dezember 2017).

²² <https://kswillisau.lu.ch/portrait/geschichte> (aufgerufen am 9. Dezember 2017).

Schüpfheim (1960) und Reussbühl (1970). Die bestehenden Progymnasien wurden teilweise zu Langzeitgymnasien ausgebaut (Huber, 2017, S. 126). Dieser infrastrukturelle Ausbau der Kantonsschulen wirkte sich direkt auf die Anzahl Kantonsschüler/-innen aus, wie die nachfolgenden Zahlen im Kanton Luzern zeigen.

Differenzierung der kantonalen Mittelschule im Kanton Luzern

Um die Entwicklung der gymnasialen Stufe im Kanton Luzern einordnen und zumindest quantitativ der Expansion der dualen Berufsbildung gegenüber zu stellen, skizziert die Verfasserin hier das Bild über die Entwicklung der gymnasialen Stufe im Kanton Luzern. Im Schuljahr 1950/51 zählte der Kanton Luzern 950 Gymnasiasten und 118 Gymnasiastinnen. 1980/81 hat sich die Zahl bei den Knaben auf 2268 mehr als verdoppelt und bei den Mädchen auf 1363 mehr als verelfacht (Fischer, 2013, S. 278). Dieser starke Anstieg bei den Mädchen hängt vermutlich mit der Einführung der höheren Töchterschule (Luzernische Schuldirektion, 1952), wovon eine Abteilung das Untergymnasium für Frauen war, und der Diplommittelschulen zusammen. Hierzu fehlen aber bis heute genauere Forschungsergebnisse. Zudem konnten im Rahmen dieser Untersuchung keine Angaben über die Entwicklung der Diplommittelschulen im Kanton Luzern gefunden werden. Insgesamt betrachtet haben sich die Zahlen der Schüler/-innen an den Kantonsschulen Luzern expansiv entwickelt, wie das nachfolgende Diagramm veranschaulicht.

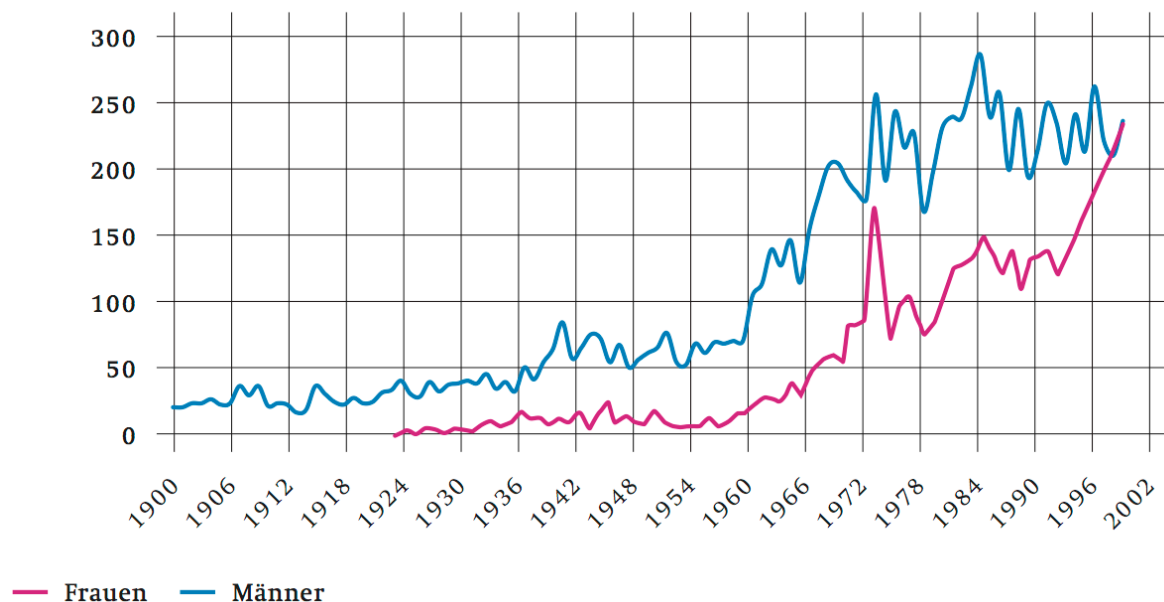


Diagramm 3: Anzahl der ausgestellten Maturazeugnisse im Kanton Luzern, 1900–2000 (Fischer, 2013, S. 274)

Von der erfassten Anzahl an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten besuchten im Kanton Luzern im Jahr 1955 rund 69 % das Altsprachliche Literaturgymnasium A/B, 20 % den Typus C – mathematisch-naturwissenschaftliches Realgymnasium und rund 21 % die kantonale Handelsmatur, die ab 1974 zum Wirtschaftsgymnasium Typus E wurde. Diese Prozentzahlen schwankten zwischen 1954 und 1984 teilweise um über 10 % und pendelten sich im Jahr 1984 beim Typus A bei 55 %, beim Typus B bei 30 % und beim Typus E bei 15 % ein (Fischer, 2013, S. 275). Diese Maturitätstypen wurden in der Schweiz erstmals am 2. Mai 1968 durch die neue Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV I) vereinheitlicht, indem die drei Maturitätstypen A, B und C benannt wurden: „A mit besonderer Berücksichtigung der alten Sprachen, B Latein und moderne Sprachen, C Mathematik und Naturwissenschaften“ (Bundesrat, 1972, S. 384). Für diese Maturitätsverordnung war der Typus C neu. „Es bestehen heute in sämtlichen Kantonen Schulen der Typen A und B, deren Zeugnisse eidgenössisch anerkannt sind, während in einigen kleineren Kantonen noch kein Typus C geführt wird“ (Bundesrat, 1972, S. 385). Darüber hinaus waren die Kantone aber frei, „andere als die eidgenössisch anerkannten Maturitätstypen zu führen, und es ist Sache der einzelnen Universitäten, ob sie die Inhaber solcher Zeugnisse immatrikulieren wollen“ (Bundesrat, 1972, S. 385). Für die Maturitätsstufe sollen sich hauptsächlich Schüler/-innen entscheiden, die eine akademische Bildung anstreben. Das Ziel sei der Erwerb des Maturitätszeugnisses und damit die Studierfähigkeit.

Wie oben erläuterten Veränderung auf der gymnasialen Stufe, kam ebenfalls der dezentrale Bau und Ausbau der Mittelschulen ab Mitte 1960 in Gang und zog viele begabte Schüler/-inne an, wie den Zahlen im Diagramm 3 zu entnehmen ist. Diese expansive Entwicklung wurde auch gesellschaftspolitisch unterstützt, denn „Bildung ist „Bürgerrecht“ wurde landesweit und über diese Grenzen hinaus gefordert.

2.3 Gesellschaftspolitik: ‚Bildung ist Bürgerrecht‘

Die wirtschafts-, wissenschafts- und bildungspolitisch bedingte ‚Bildungsexpansion‘ erhielt zusätzlich durch das gesellschaftspolitische Argument ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ (Dahrendorf, 1965) Schwung. Widmer führt in seinem Sammelband ‚Bildungsplanung und Schulreform‘ eine ganze Liste mit verschiedenen Argumenten und Kontextinformationen auf, worin er Ursachen für die ‚Bildungsexpansion‘ erkennt (Widmer, 1976). Er unterscheidet dabei gesellschaftlich-wirtschaftliche und gesellschaftlich-ideologische Tendenzen der ‚Bildungsexpansion‘. Unter den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Tendenzen führt Widmer das Argument der ‚Bildungskatastrophe‘ von Picht auf. Er vertrat die Meinung, dass die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit eines Landes in einer Zeit, geprägt von einer beschleunigten technologischen Entwicklung, wesentlich vom Bildungsstand der Bevölkerung abhängt (Picht, 1964). Laut Wolfgang Lambrecht (Lambrecht, 2007) war Picht nicht alleine mit dieser Meinung, denn auch Hannes Hörnig (Hörnig, 1965) vertrat die These,

dass die wissenschaftlichen-technischen Entwicklungen einen Zuwachs an Hochschulabsolventen/-innen erfordere. Diese reaktive Bildungspolitik kritisierte Ralf Dahrendorf als ‚Notmassnahmen‘ und forderte bildungspolitische Konzepte, denn „den Projektionen liegt weder eine politische Zielvorstellung zugrunde noch ist von dem die Rede, dass zwischen den Annahmen und den Berechnungsergebnissen an konkret erkundeten Aufgaben oder Möglichkeiten steht, uns so [...] ohne jede Relevanz für die Bildungspolitik“ bleiben (Dahrendorf, 1965, S. 16). Ausserdem argumentierte Dahrendorf, dass es a priori keinen Grund gebe, „warum nicht auch Diskontinuität zwischen Wirtschaftsentwicklung und Bildungsnachfrage auftreten sollten“ (Dahrendorf, 1965, S. 17) und dass die Begründungen für eine Bildungspolitik doch weit über den Geldbeutel hinaus greifen sollte. Bildungspolitik müsse gemäss Dahrendorf im Interesse menschlicher Rechte geschehen und mit dem Gedanken ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ verknüpft werden. Dieser Gedanken galt als Gegenpol zur Kausalreihe „Wirtschaftsentwicklung hängt vom technischen Fortschritt, dieser von der Zahl der Akademiker, diese von den Bildungsinvestitionen ab. Mit dem Wirtschaftswachstum wächst der Bedarf für hochqualifizierte Arbeitskräfte und damit die Notwendigkeit der Bildungspolitik“ (Dahrendorf, 1965, S. 19).²³ Zudem wurde diese Kausalreihe ab Mitte der 1960er-Jahren von der aufkommenden Humankapitaltheorie gemäss Gary Becker (Becker, G. S., 1964) gestützt.

Becker entwickelte die Grundlage für die wirtschaftswissenschaftliche ‚Humankapitaltheorie‘ (Becker, G. S., 1964), worin er die Investitionen in Bildung und Wissen eines Menschen in einen direkten Zusammenhang mit dem langfristigen Wachstum einer Volkswirtschaft brachte. Gemäss der Theorie kommen die Investitionen in Ausbildungs- sowie Weiterbildungsangebote einer Person zugute, indem diese ihre Fertigkeiten, Fähigkeiten und ihr Wissen auf- und ausbaute und dafür entsprechend qualifiziert wird. Die Qualifikation steigert die Attraktivität der Person auf dem Arbeitsmarkt, da ihre Qualifikation einem Unternehmen Kapital bringt (Becker, G. S. & Becker, 1998). Anders formuliert, sind Investitionen in die Bildung einer Person Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft. Gary Becker geht in seiner Theorie davon aus, dass „der ökonomische Ansatz auf jegliches menschliche Verhalten anwendbar ist“. Das menschliche Verhalten betrachtet er dabei „als habe man es mit Akteuren zu tun, die ihren Nutzen, bezogen auf ein stabiles Präferenzsystem, maximieren und sich in verschiedenen Märkten eine optimale Ausstattung an Informationen und anderen Faktoren schaffen“ (Becker, G. S., 1993, S. 14 f.).

In der Schweiz errechneten gegen Ende der 1960er-Jahre auf Auftrag des Bundesrates Expertenkommissionen auf nationaler Ebene wie die Arbeitsgruppe Perspektivstudien unter

²³ Anne Rohstock handelt im Artikel ‚Ist Bildung Bürgerrecht? Wege zur Bildungsexpansion im doppelten Deutschland‘ Gründe für den erstaunlichen systemübergreifenden Ausbau des Bildungswesens sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR ab (Rohstock, 2008).

der Leitung von Francesco Kneschaurek (Arbeitsgruppe Perspektivenstudien, 1971b) oder die Basler Arbeitsgruppe, die den Bericht mit dem Titel ‚Bildungswesen, Arbeitsmarkt, und Wirtschaftswachstum (Bericht Jermann)‘ erstellten (Jermann, 1972; Jermann et al., 1969), beruhend auf dieser Humankapitaltheorie den Bedarf an gebildeten Personals und die entsprechend notwendigen Investitionen in den Ausbau der Bildung. Diese bildungspolitischen Expertenberichte dienten dann der Legitimation verschiedener Bundessubventionen in die Bildung.

Laut Widmer war die Angst vor einer ‚Bildungskatastrophe‘ im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Sinne auch in der Schweiz gross war. „Es war die Rede von zu wenig Gymnasien, von zu wenig Akademikern, von zu wenig Lehrern“ (Widmer, 1976, S. 10). Aus diesem Grund seien neue Gymnasien gebaut, bestehende ausgebaut und die Kapazität der Hochschulen vergrössert worden. Picht und Widmer sehen in diesem Ausbau weniger den verteidigungstechnischen Grund als vielmehr die vielmehr die wirtschaftliche Wachstumstheorie basierend auf der Humankapitaltheorie gemäss Becker²⁴, siehe weiter unten.

Schliesslich führt Widmer an, das Berufsschulwesen sei in der Phase der ‚Bildungsexpansion‘ fast gänzlich vernachlässigt worden (Widmer, 1976).

„Die energische Bildungsoffensive passte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und des Wettbewerbs der Systeme auch ausgezeichnet zum weltpolitischen Horizont. Nach dem ersten Raumflug der Sowjetunion im Herbst 1957 galt es in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Sowjetblock, die Position der westlichen Industrieländer durch energische Förderung des Bildungswesens und eine bessere Ausschöpfung der Begabtenressourcen zu stärken. Der Sputnik-Schock von 1957 begünstigte eine innovative Bildungspolitik. ‚Nachwuchsplanung als Mittel zur Stärkung einer freien Gesellschaft‘, lautet die mahnende Schlussfolgerung des Kommissionsberichts Schultz (Schultz, 1963).

Diese Expertenberichte lieferten einerseits konkrete Zahlen über den Nachwuchsbedarf in der Schweiz, und andererseits veröffentlichen sie Handlungsempfehlungen gestützt auf ihre Untersuchungen. Diese zwei Aspekte gaben den Verantwortlichen des kantonalen Bildungswesens und Institutionen numerische Argumente in die Hand, das Bildungswesen auszubauen. Dieser Appell löste auch beim Bund wachsende Unterstützungsprogramme aus. Die allgemeinbildenden Institutionen sowie die Forschungsmöglichkeiten an der Hochschulstufe wurden beispielsweise durch Subventionen auf Bundesebene seit den 1960er-Jahren verstärkt gefördert. Somit ist es kein Zufall, dass im Jahr 1969 das erste Bundesgesetz zur Hochschulförderung – ein Subventionsgesetz – verabschiedet wurde.²⁵

²⁴ (Becker, G. S., 1964)

²⁵ Heute nennt sich dieses Gesetz kurz ‚Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz‘ (HFKG). Ausführlich heisst es ‚414.20 Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizer-

Bis zur Ölkrise von 1973 trat das Bildungswesen genauso wie die Volkswirtschaft in eine beispielelose Expansionsphase ein. Die meisten Kennwerte nahmen in dieser Zeit zu. Die Zahlen der Studentinnen und Studenten in der Schweiz verdreifachten sich zwischen 1955/56 von rund 15'000 auf rund 45'000 Immatrikulierte im Jahr 1975/76. Dementsprechend nahm die Anzahl Lehrstühle zu, die Assistentenstellen sowie die Menge der Forschungsprojekte wuchsen an. Ebenso erhöhte sich gesamthaft der Anteil der Frauen im Bildungswesen (Steinimann, 2010, S. 5).

2.4 Fragestellung: ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung?

Aus soziologischen (Becker, R., 2014; Bornschier & Aebi, 1992; Hadjar & Becker, 2006; Müller, 1998) und bildungshistorischen (Criblez, 2001, 2012; Solga & Wagner, 2001) Untersuchungen im Bereich der Gymnasien und Hochschulen ist bekannt, dass von 1960 bis 1980 die ‚Bildungsexpansion‘ der mittleren und höheren Bildung einen bemerkenswerten Schub erfuhr. Zudem ist es nachvollziehbar, dass vor dem Hintergrund des Kalten Krieges der Ausbau der Gymnasien und Hochschulen aus verteidigungstechnischen Gründen als ‚Kernzone der Expansion‘ bezeichnet wird (Unterkapitel 2.2).

Doch auch die Veränderungen in der dualen Berufsbildung deuten auf eine ‚Bildungsexpansion‘ hin. Bis anhin lässt sich zumindest belegen, dass der Bundesrat beziehungsweise die Abteilung für Berufsbildung im Volkswirtschaftsdepartement während dieser Zeitphase bemüht waren, die berufliche Ausbildung zu fördern.²⁶ Ebenfalls war der Bundesrat bereit, sowohl Bildungsbeiträge für Lehrlinge und Studierende zu sprechen als auch Neu- und Erweiterungsbauten der Höheren Technischen Lehranstalten finanziell zu unterstützen.²⁷ Ausserdem deuten verschiedene qualitative Entwicklungen innerhalb der dualen Berufsbildung in der Schweiz darauf hin, dass sich die berufliche Ausbildung in

rischen Hochschulbereich vom 30. September 2011‘ (Stand am 1. Januar 2018) und ist das erweiterte Hochschulförderungsgesetz von 1969, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20070429/index.html> (aufgerufen am 5. Januar 2018).

²⁶ „Die Zahl der Gesuche um Beiträge an Stipendien für Lehrlinge, Studierende an Techniken und Personen, die sich weiterbilden wollen, hat sich gegenüber dem Vorjahr beinahe verdoppelt (1961:368, 1962:1752). Die zugesicherten Beiträge beliefen sich auf 841'000 Franken, die ausbezahlten auf 404 Franken. Die zur Verfügung stehenden Kredite erlaubten es, allen Gesuchen, welche die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, zu entsprechen“ (Bundesrat 1962, S. 340).

²⁷ „Es wurden an 29 Bauvorhaben im Kostenvoranschlag von rund 30,56 Millionen Franken Bundesbeiträge von 1 284 329 Franken zugesichert, was sowohl in Bezug auf die Zahl der Objekte, als auch die Summe der Beiträge gegenüber dem Vorjahr ziemlich genau eine Verdoppelung bedeutet“ (BAR. Band 107. Volkswirtschaftsdepartement. Motion und Postulate. B. Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Bericht des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung über die Geschäftsführung im Jahre 1962, vom 9. April 1963. S. 341).

den Jahren von 1954 bis 1980 in ihrem Charakter differenziert und konsolidiert hat.²⁸ Zudem haben sich Faktoren wie der wirtschaftliche Aufschwung, der technische Fortschritt (Unterkapitel 2.1) und die gesellschaftspolitische Forderung nach ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ (Unterkapitel 2.3) rund um den Gegenstand ‚Duale Berufsbildung‘ von 1954 bis 1980 verändert und dessen Entwicklung vermutlich beeinflusst.²⁹

Die expansive Entwicklung der Gymnasien und Hochschulen der 1960er- und 1970er-Jahre ist breit erforscht (Büchel, 2013; Criblez, 2001, 2012, 2008; Herren, 2008; Maienfisch, im Druck; Rieger, 2001). Hingegen ist von der Forschung bis heute vernachlässigt worden, inwiefern die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung stattgefunden hat. Diese Forschungslücke mag erstaunen, da sich bei der dualen Berufsbildung ebenfalls eine expansive Entwicklung erahnen lässt, wenn man die Zahlen der Absolventinnen und Absolventen der Gymnasien mit jenen der dualen Berufsbildung vergleicht (siehe Diagramm 2, Seite 29): Im Jahr 1954 erlangten in der Schweiz 2014 Personen die Matura, 25'959 verfügten über einen abgeschlossenen Lehrvertrag. Das heisst, mehr als zwölfmal so viele Personen wählten den Weg der dualen Berufsbildung als den gymnasialen Weg. 1970 wurden 5035 Maturitätszeugnisse ausgestellt, und es waren 41'586 Lehrverträge registriert. 1980 erhielten 9379 Personen das Maturitätszeugnis, knapp sechsmal mehr Personen besaßen einen Lehrvertrag (53'663). Diese Zahlen demonstrieren zweierlei: Erstens belegen sie die gymnasiale Bildungsexpansion, da im Verlauf dieser Zeitphase immer mehr Jugendliche das Gymnasium besuchten und immer weniger eine Berufslehre absolvierten. Doch zweitens war stets ein Vielfaches an Jugendlichen auf dem Bildungsweg der dualen Berufsbildung als auf dem allgemeinbildenden Weg. Kurz: Das quantitative Phänomen der dualen Berufsbildung war von 1954 bis 1980 viel grösser als jenes der Gymnasien und Hochschulen – trotzdem besteht ein Forschungsderivat. Um diese Forschungslücke zu schliessen, formuliert die Verfasserin für vorliegende Untersuchung folgende Fragestellung:

Wie findet die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 statt, und wie wurde sie bildungspolitisch begründet?

²⁸ Darauf deuten die Gesetzesreform des Bundesgesetzes über die Berufsbildung von 1963 und 1978, die Gründung der ersten Berufsmittelschule von 1969 (Feierabend, 1975; Hässler, 1977; Minder, 2008; Nyikos, 1967, 1968; Schmid, 2003; Sommerhalder, 1989) – gefolgt von weiteren Berufsmittelschulen – sowie neu entstandene Ausbildungsmöglichkeiten wie beispielsweise die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums im Jahr 1957 hin (Ege & Zentralschweizerisches Technikum Luzern/Horw, 1977; Rogger, 1958a; Steiner, 1983, 2008; Zentralschweizerische Verkehrsschule Luzern, 1987; Zentralschweizerisches Technikum Luzern, 1959).

²⁹ Hier gilt vice versa. Die Bildung beeinflusst auch Wirtschaft, Technologie und Gesellschaft.

Um diese Forschungsfrage beantworten zu können, sind Erkenntnisse darüber erforderlich, wie sich in der dualen Berufsbildung die Anzahlen der Lernenden, der Lehrpersonen und der Schulgebäude entwickelt haben. Ist es tatsächlich möglich, eine quantitative Expansion nachzuweisen, stellen sich folglich die Fragen, aufgrund welcher bildungspolitischen Entscheidungen diese Expansion zustande kam, welche Akteure dafür verantwortlich zeichneten, wie diese argumentierten, ob sich deren Argumentationsmuster im Verlauf der Zeitphase 1954–1980 veränderten und – falls ja – wie. Die Forschungsfrage und die weiterführenden Fragestellungen werden im letzten Kapitel dieser Abhandlung beantwortet (Kapitel 6). Sie werden anhand eines Fallbeispiels untersucht. Da die Bildung in der Schweiz föderalistisch organisiert ist, wird als Fallbeispiel ein Kanton herangezogen, da die Umsetzung der dualen Berufsbildung den Kantonen obliegt (BBG 1963, 1978, 2003, Art. 1).

Die Wahl des Fallbeispiels fällt auf den Kanton Luzern, was folgenden Gründen geschuldet ist:

1. *Expansive Entwicklung der gewerblich-industriellen Berufsbildung trotz eher schwachem industriellen Sektor:* Die wirtschaftlichen beziehungsweise industriellen Voraussetzungen des Kantons Luzern waren schwach im Vergleich zur gesamten Schweiz.³⁰ Seine Industrie ballte sich hauptsächlich in der Gemeinde Emmen.³¹ Gleichwohl errichtet der Kanton Luzern 1957 das Zentralschweizerische Technikum Luzern (Balmer, Herzog & Unternährer, 2010; Ege & Zentralschweizerisches Technikum Luzern/Horw, 1977; Rogger, 1958b; Steiner, 1983; Zentralschweizerisches Technikum Luzern, 1959) und eröffnet 1971 – das ist sehr früh im Vergleich zu den anderen Kantonen – seine erste Berufsmittelschule.³² Eine Antwort darauf, weshalb in einem Kanton mit schwach ausgeprägter Industrie eine expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung möglich war, bleibt die Analyse der politischen Aushandlungsprozesse schuldig. Eine vermutete Antwort auf diese Frage diskutiert die Verfasserin in Kapitel 6.1.

³⁰ Anteil Beschäftigter im industriellen Sektor (2. Sektor) im Jahr 1965: im Kanton Luzern 45,2 %, im schweizerischen Durchschnitt 51,1 % (HSSO, F.31). Siehe Diagramm 7 auf Seite 58.

³¹ GARE. B.910.6.8. Gewerbeschule Herdschwand, Berufsschule Emmen. Bericht und Antrag, Bauabrechnung, Broschüre. Berufsschule Emmen Eröffnung 1981.

³² GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Kopie Brief Berufsschulinspektor des Kantons Luzern an Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Gesuch Berufsmittelschule. Luzern, 22. Mai 1974, S. 2.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Merkblatt. Was bietet die Berufsmittelschule BMS. Erziehungsdepartement des Kantons Luzern.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brieflicher Antrag. Berufsmittelschulen. Direktor der Schuldirektion der Stadt Luzern, Heinrich Meyer, schreibt an das Berufsschulinspektorat des Kantons Luzern. Luzern, 11. Februar 1976.

2. *Fehlende Universität stärkt Bedeutung der dualen Berufsbildung:* Zwischen 1962 und 1978 wurde in Luzern das Universitätsprojekt – das sogenannte Projekt 73 – euphorisch aufgegleist und verfolgt.³³ Zudem verzeichneten die Gymnasien und Hochschulen eine expansive Entwicklung (Unterkapitel 2.2). Daraus liesse sich schliessen, dass diese politischen Prozesse des allgemeinbildenden Weges auch als Triebfedern für den Ausbau der dualen Berufsbildung fungierten, da die politischen Fürsprecher der Berufsbildung gegenüber dem gymnasialen Weg nicht ins Hintertreffen geraten wollten. Diese Vermutung wird durch den Umstand verstärkt, dass die Kantonsbevölkerung das Universitätsprojekt im Jahr 1978 an der Urne ablehnte, wenige Jahre zuvor aber, im Jahr 1972, einer Erweiterung des Berufsbildungsangebots mit dem Neubau des Zentralschweizerischen Technikums in Horw zustimmte (Steiner, 1983). Aus diesem Grund ist es für die Verfasserin dieser Arbeit von Interesse, ob die duale Berufsbildung im Kanton Luzern einen höheren Stellenwert besass als die gymnasiale sowie universitäre Bildung und wie ihr Ausbau bildungspolitisch begründet wurde.
3. *Standort nationaler Institutionen der Bildungspolitik:* In der untersuchten Zeitphase 1954–1980 hatten die zwei bedeutendsten interkantonalen Bildungseinrichtungen – die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und die Deutschschweizerische Berufsbildungsämterkonferenz (DBK) – ihren Hauptsitz in der Stadt Luzern. Daher kann vermutet werden, dass das Bewusstsein für die Bedeutung bildungspolitischer Entwicklungen bei den Luzerner Akteuren dieser Bildungseinrichtungen geschärft war (Interviewaussagen von Franz Dommann, ehemaliger Präsident der DBK, Interview vom 3. März 2017).
4. *Berufsbildungszentrum der Zentralschweiz:* Der Kanton Luzern repräsentierte zwischen 1954 und 1980 im Bereich der Berufsbildung das Zentrum für fast das gesamte Berufsschulangebot der Zentralschweizerischen Kantone Zug, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden an. Dies bedeutete, dass neben den Lernenden des Kantons Luzern auch die Lernenden der Kantone Zug, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden den beruflichen Unterricht im Kanton Luzern besuchten (Interviewaussagen von Josef Widmer, ehemaliger

³³ Die Studienkommission Universität Luzern kommt im Jahr 1963 zum Schluss ‚die Gründung einer Universität Luzern [ist] notwendig und unverzüglich in die Wege zu leiten‘ ([s.n.], 1963). Das Universitätsprojekt im Kanton Luzern erhielt vom Regierungsrat sowie dem Parlament bis Ende 1974 viel Zustimmung. Aufgrund der ‚Ölkrise‘ änderte sich aber die Lagebeurteilung rasch, und das Universitätsprojekt im Kanton Luzern wurde bis Oktober 1976 auf Eis gelegt. Zumindest im Regierungsratssaal stoppten die Debatten über die zentralschweizerische Hochschule. Ausserhalb wurde weiterhin darüber berichtet und das Bedürfnis einer Hochschule Luzern angekündigt ([s.n.], 1975; Aebi, 1975; Bernet, 1975; Galliker, 1975; Gut, 1975; Hess, 1975; Küng, 1975; Mattmann, 1975; Meier, M., 1975). Schliesslich stimmte das Stimmvolk am 9. Juli 1978 über die Universitätsvorlage ab und verwarf diese mit 61'312 Nein- zu 40'093 Ja-Stimmen ([s.n.], 1963; Fischer, 2013; Mattioli & Pfenninger, 2000).

Chef des Amtes für Berufsbildung, Interview vom 6. Februar 2017 in Luzern, und Peter Steingruber, Interview vom 15. Februar 2018, siehe Fussnote).³⁴

5. *Kanton Luzern war Fallbeispiel des SNF-Projekts ‚Von der Meisterlehre zur dualen Berufsbildung‘*: Der Fall Kanton Luzern³⁵ war Teil des SNF-Projekts ‚Von der Meisterlehre zur dualen Berufsbildung‘, aus dem die vorliegende Dissertation hervorgegangen ist (Gonon, 2016c, 2016d; Gonon & Zehnder, 2016; Imdorf et al., 2016; Zehnder & Gonon, 2017). Unter der Leitung von Philipp Gonon am Lehrstuhl für Berufsbildung wurden neben dem Kanton Luzern die vier Kantone Zürich (urban, Deutschschweiz), Genf (urban, französische Schweiz), Neuenburg (rural, französische Schweiz) und Tessin (rural, italienische Schweiz) untersucht. Auf Luzern fiel die Wahl als Beispiel eines ruralen, deutschschweizerischen Kantons. Kontextinformationen zum Fallbeispiel Kanton Luzern vertieft die Verfasserin dieser Untersuchung in Unterkapitel 2.6.

Um die Komplexität der Untersuchung zu reduzieren, beschränkt sich die Verfasserin innerhalb der Berufsbildung auf das Zentralschweizerische Technikum Luzern, da dieses zu jener Zeit das einzige Weiterbildungsangebot in der Berufsbildung auf tertiärer Stufe verkörperte, und auf die berufliche Grundbildung, da diese auf Sekundarstufe II als Pendant zur gymnasialen Ausbildung betrachtet werden kann. Innerhalb der beruflichen Grundbildung fokussiert die Verfasserin auf die gewerblich-industrielle Berufslehre im Kanton Luzern. Denn im industriell-gewerblichen Berufsbereich waren die technischen Fortschritte und der Nachwuchsmangel (Unterkapitel 2.1) besonders spürbar. In der nachfolgenden Darstellung, die das Luzerner Schulsystem von 1965 zeigt, wird die gewerblich-industrielle Berufslehre als ‚gewerbliche Lehre‘ bezeichnet (orange-rot: Sekundarstufe II) und das Zentralschweizerische Technikum Luzern als ‚Technikum‘ (blau: tertiäre Stufe).

³⁴ Im Kanton Zug gab es zwischen 1954 und 1980 bereits Berufsschulen (Rickli, 2010). Diese boten aber nicht für alle Berufslehren den schulischen Unterricht an, weshalb ein Teil der Lernenden den Berufsschulunterricht im Kanton Luzern besucht hat (Aussage von Peter Steingruber, Interview geführt am 15. Februar 2018).

³⁵ Wieso der Fall Kanton Luzern in dieser Untersuchung in den Fokus gerückt ist, wird ausführlich in Unterkapitel 2.6 erklärt.

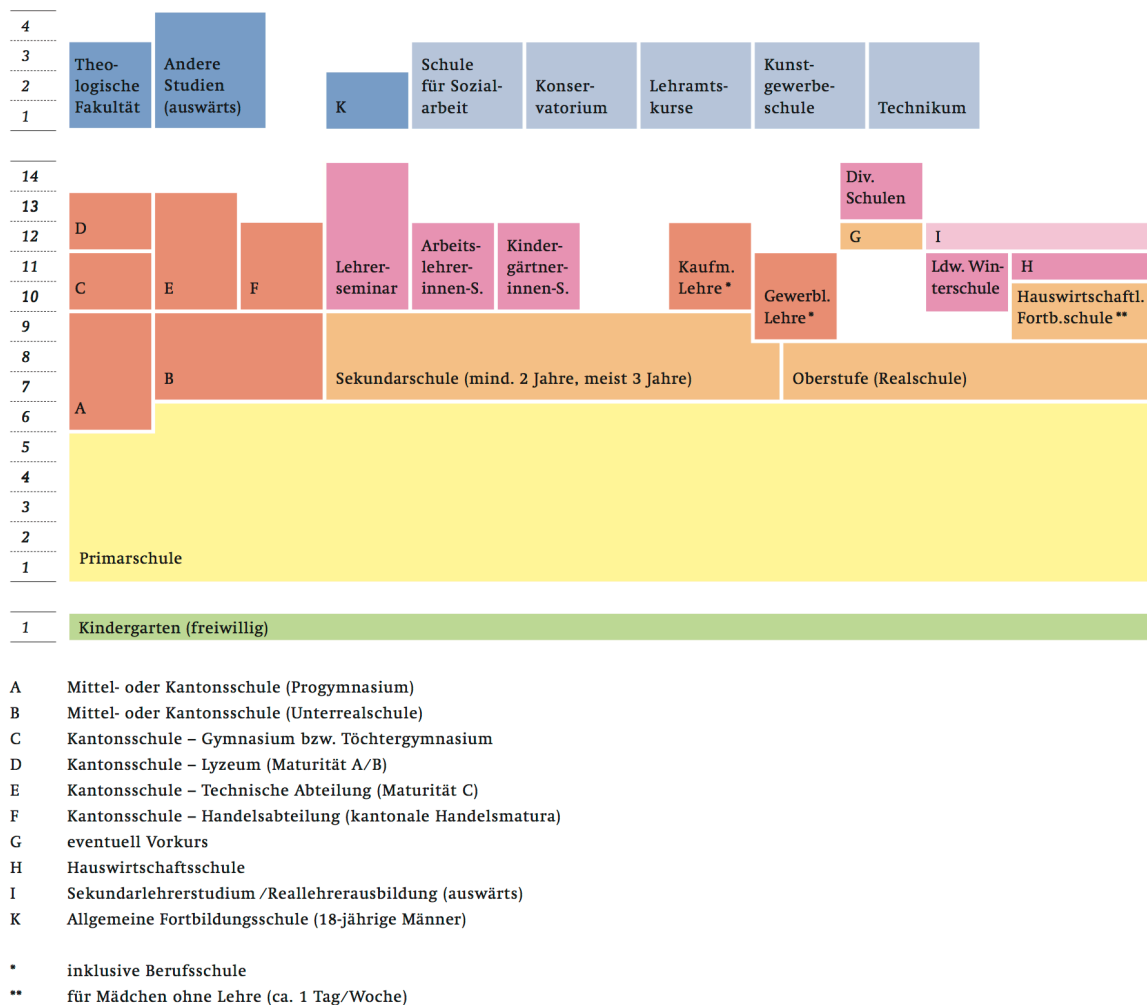


Abbildung 2: Luzerner Schulsystem von 1965 (Fischer, 2013, S. 260)

Wie das Bundesgesetz über Berufsbildung die berufliche Grundbildung beziehungsweise die duale Berufsbildung definiert, legt die Verfasserin dieser Studie im nachfolgenden Unterkapitel aus. Zudem veranschaulicht sie kurz die Gesetzesrevisionen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung der Jahre 1963 und 1978, worin sich die Veränderungen der dualen Berufsbildung konsolidieren.

2.5 Berufliche Grundbildung in der Schweiz: Begriffsdefinitionen

In diesem Unterkapitel wird die berufliche Grundbildung beschrieben. Sie knüpft direkt an die obligatorische Schulzeit an und kann in der Schweiz sowohl als duale Berufsbildung als auch als schulisch organisierte Grundbildung durchlaufen werden (Imdorf et al., 2016). Wer sich für die duale Berufsbildung – die sogenannte Berufslehre – entschliesst, lernt das berufliche Handwerk in einem Betrieb und besucht schulischen Unterricht an einer Berufsschule. Die duale Berufsbildung steht in der vorliegenden Untersuchung als Gegenstand im Zentrum. Bevor die Verfasserin diese definiert, stellt sie für das Leseverständnis nun die schulische Berufsbildung kurz dar. Anschliessend beleuchtet sich grob die gesetzliche

Entwicklung der dualen Berufsbildung auf nationaler Ebene, indem sie mit der Einführung der Berufsmaturität das Merkmal ‚Durchlässigkeit‘ der Berufsbildung in der Schweiz skizziert sowie die Revisionen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung von 1978 und 1963 erläutert.

Schulisch organisierte Berufsbildung

Die schulisch organisierte Berufsbildung ist als Vollzeitmodell organisiert. Die gesamte Berufsausbildung findet in einer Schule statt, wo theoretische und praktische Fächer vermittelt werden. In der Deutschschweiz absolvieren jede fünfte Absolventin beziehungsweise jeder fünfte Absolvent eine vollschulisch organisierte Berufsbildung – alle anderen durchlaufen die berufliche Grundbildung in der Form der dualen Berufsbildung. Das Schweizerische Dienstleistungszentrum Berufsbildung sowie Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung SDBB hat dazu eine Übersicht (siehe Diagramm 4), basierend auf Daten des Bundesamts für Statistik, publiziert.³⁶

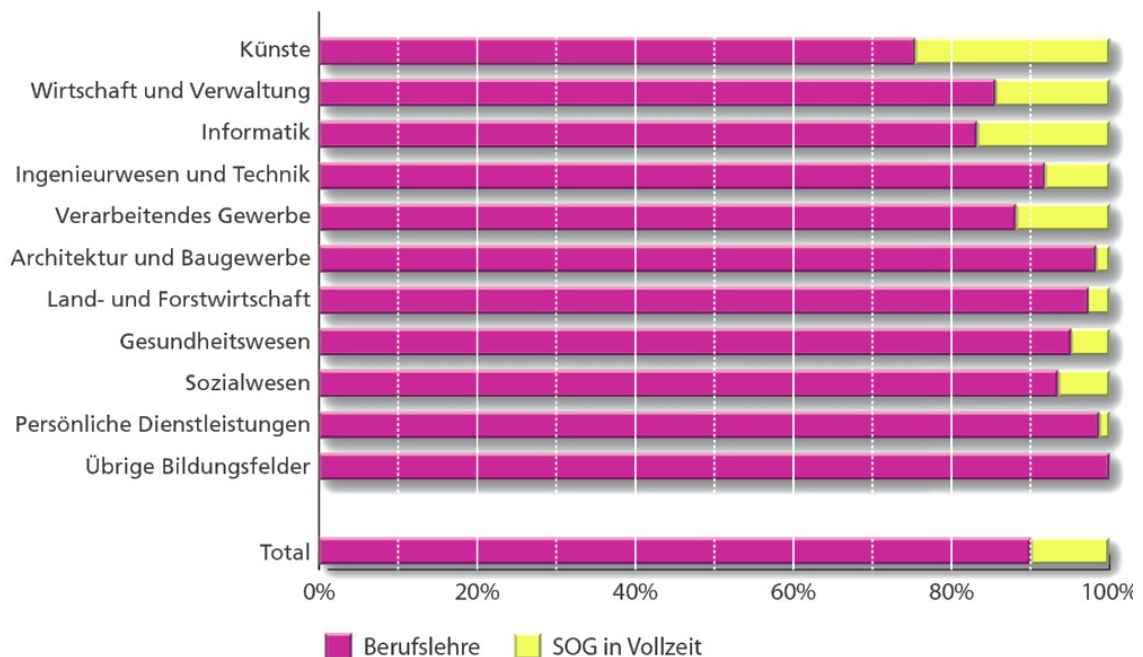


Diagramm 4: Schulisch organisierte Grundbildung versus duale Berufslehre (Anteil der Eintretenden im Jahr 2013 in Prozent)

³⁶ http://www.doku.berufsbildung.ch/download/dokubb/folien/kap_2_gross/2.5.2.jpg (aufgerufen am 8. September 2017).

In der schulisch organisierten Grundbildung handle es sich vor allem um Ausbildungen in Lehrwerkstätten, Handelsmittelschulen (Wettstein, Schmid & Gonon, 2014) sowie Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialbereich.³⁷ Dies bedeutet, dass im Bereich Gesundheit und Soziales der Weg häufig über die Fachmittelschule führt, wo gute Sekundarschüler/-innen ihre Allgemeinbildung vertiefen. Gleichzeitig können sich die Absolventinnen und Absolventen praktisches Berufswissen zum Beispiel über organisierte Praktika in einer Institution des Gesundheitswesens aneignen, wenn sie sich auf eine weiterführende Ausbildung an Höheren Fachschulen vorbereiten wollen.

In öffentlichen Lehrwerkstätten (LWS)³⁸, die in den meisten Fällen von der öffentlichen Hand finanziert sind, werden der allgemeinbildende sowie der berufskundliche Unterricht und die berufliche Praxis unter einem Dach angeboten.³⁹ Dies ist vor allem für jene Berufsbereiche bedeutend, für die die Privatwirtschaft oder die öffentliche Hand nicht genügend Ausbildungsplätze anbieten können, wie zum Beispiel Gärtner/-in mit der Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau⁴⁰ (Eidgenössischer Berufsattest EBA), Haustechnikpraktiker/-in⁴¹ (Eidgenössischer Berufsattest EBA) oder Schreinerpraktiker/-in⁴² (Eidgenössischer Berufsattest EBA).⁴³

Die Handelsmittelschule vermittelt kaufmännische Handlungskompetenzen mit einem hohen Anteil an Allgemeinbildung. Das heisst, die „berufliche Praxis ist in den Schulunterricht integriert und wird in ergänzenden Betriebspraktika vertieft“⁴⁴. Nach dem dreijähri-

³⁷ <http://www.doku.berufsbildung.ch/download/dokubb/html/sites/2.5.2.html#> (aufgerufen am 8. September 2017).

³⁸ In der Lizentiatsarbeit von Philipp Gonon und Andreas Müller definieren sie den Begriff ‚öffentliche Lehrwerkstätte‘ als „Öffentliche Institution, die eine vollständige, sowohl praktische als auch theoretische berufliche Grundausbildung in einem vom BIGA reglementierten Beruf des gewerblich-industriellen Bereichs vermitteln“ (Gonon & Müller, 1982, S. 19).

³⁹ <http://www.doku.berufsbildung.ch/download/dokubb/html/sites/2.5.2.html#> (aufgerufen am 8. September 2017).

⁴⁰ Gartenbauschule Hünibach, <https://gartenbauschule-huenibach.ch/> (aufgerufen am 10. Januar 2018).

⁴¹ Technische Fachschule Bern, <http://www.tfbern.ch/berufsbildung/vollzeitausbildung/haustechnikpraktiker-in-eba/> (aufgerufen am 10. Januar 2018).

⁴² Engadiner Lehrwerkstatt Schreinerei mit Ausbildung, <http://www.lehrwerkstatt.ch/index.php?id=53> (aufgerufen am 10. Januar 2018).

⁴³ Die Angebote für schulisch organisierte Grundbildung in einer Lehrwerkstatt sind online unter [berufsberatung.ch](http://berufsberatung.ch/dyn/show/2944) zu finden, <https://berufsberatung.ch/dyn/show/2944> (aufgerufen am 10. Januar 2018).

⁴⁴ http://www.ec.formationprof.ch/dyn/bin/5486-5650-1-information_hms_d_010309.pdf (aufgerufen am 8. September 2017).

gen Besuch einer öffentlichen oder privatrechtlich organisierten Handelsmittelschule erhalten die Schüler/-innen ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis Kauffrau/Kaufmann.

Duale Berufsbildung

Im Gegensatz zur schulisch organisierten Grundbildung, die lediglich nur ca. 10 % der Lernenden der beruflichen Grundbildung erwerben (Wettstein et al., 2014), ist die duale Berufsbildung geprägt von der Dualität aus praktisch orientiertem Teil, absolviert in einem privatwirtschaftlichen oder öffentlich-rechtlich organisierten Betrieb, und der in einer Berufsschule vermittelten Theorie⁴⁵. Die duale Berufsbildung wird für alle Formen beruflicher Ausbildung verwendet, die betriebliche und schulisch organisierte Grundbildungen vereinen (Wettstein et al., 2014).⁴⁶ Die Ursprünge des Begriffs ‚duales System‘ führen nach Deutschland, wo die berufliche Bildung zusammen mit den damaligen Fortbildungsschulen in den „Empfehlungen und Gutachten des deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen“ im Jahr 1964 erstmals als „duales System der beruflichen Erziehung und Ausbildung für Lehrlinge“ (Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, 1964, S. 68) bezeichnet wurde. In den 1980er-Jahren war gar vom ‚trialen System‘ die Rede. Gemäss Gonon wäre dies der treffendere Begriff, „denn das schweizerische Berufsbildungssystem umfasst neben den beiden Lernorten Betrieb und Schule auch einen ‚dritten Lernort‘“, die sogenannten überbetrieblichen Kurse oder kurz ÜK genannt (Gonon, 2013b, S. 8). Die duale Berufsbildung erfolgt direkt nach der obligatorischen Schulzeit und ist wie der allgemeinbildende Weg (Gymnasium) auf der Sekundarstufe II angesiedelt.

Die duale Berufsbildung ist in Artikel 1 des jüngsten Bundesgesetzes über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10) vom 13. Dezember 2002 (Stand am 1. Januar 2017) nach folgendem Grundsatz geregelt: „Die Berufsbildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt (Sozialpartner, Berufs-

⁴⁵ „Der Unterricht der gewerblichen Berufsschule bildet einen Bestandteil der Berufslehre, der die praktische Ausbildung in der Werkstatt ergänzt. Diese Ergänzung erstreckt sich auf den berufs- und den geschäftskundlichen Unterricht. Darüber hinaus wird man der Berufsschule die Aufgabe zuerkennen, die Charakterbildung der Schüler zu pflegen und die staatsbürgerliche Erziehung zu fördern“ (SAR. M009-367. Schuldirektion. Bericht des Erziehungsdepartements zu einem Beschluss über die Organisation des beruflichen Unterrichts. Datum unbekannt, schätzungsweise im Jahr 1946 (Anm. K. B.), S. 5).

⁴⁶ Laut Gonon hat sich die Charakterisierung der dualen Berufsbildung mit Bezug auf den betrieblichen und schulischen Lernort auch in anderen deutschsprachigen Ländern etabliert, unter anderem aufgrund der geteilten Verantwortung zwischen dem Staat und der Wirtschaft. Der Begriff ‚duales System‘ ist mittlerweile ein international gängiger Begriff und schliesst meist die Schweiz, Österreich und Deutschland mit ein (Gonon, 2009).

verbände, andere zuständige Organisationen und andere Anbieter der Berufsbildung)“ (Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2002). Durch die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt (OdA) sollen die gesetzlich formulierten Ziele erreicht werden. Der Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes bezieht sich auf sämtliche Berufsbereiche (Artikel 2) (Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2002):

- a. die berufliche Grundbildung einschliesslich der Berufsmaturität;
- b. die höhere Berufsbildung;
- c. die berufsorientierte Weiterbildung;
- d. die Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel;
- e. die Bildung der Berufsbildungsverantwortlichen;
- f. die Zuständigkeit und die Grundsätze der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung;
- g. die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Berufsbildung;

Im Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) von 1963 und 1978 waren die Geltungsbereiche a. bis g. noch nicht so stark ausdifferenziert, sondern viel allgemeiner formuliert: „[...] die Ausbildung und Weiterbildung in den Berufen der Industrie, des Handwerks, des Handels, des Bank-, Versicherungs-, Transport- und Gastgewerbes und anderer Dienstleistungsgewerbe und der Hauswirtschaft“. Möchte man diese Geltungsbereiche vom BBG 1963 und 1978 dem aktuellen Bundesgesetz zuordnen, entsprechen diese den Geltungsbereichen „a. die berufliche Grundbildung einschliesslich der Berufsmaturität“ und „b. die höhere Berufsbildung“. Ferner fand der Begriff ‚berufliche Grundbildung‘ im BBG 1963 und 1978 noch keine Verwendung, dieser ersetzte erst ab dem BBG 2002 den Begriff ‚Berufslehre‘ (Wettstein, 2014).

Heute absolvieren Jugendliche entweder eine drei- oder vierjährige berufliche Grundbildung und schliessen diese mit einem eidgenössisch anerkannten Fähigkeitszeugnis (EFZ) ab. Überwiegend praktisch begabte Jugendliche haben die Möglichkeit, eine zweijährige berufliche Grundbildung zu durchlaufen und diese mit einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) zu beenden. Dieser „anerkannte Abschluss mit einem eigenständigen Berufsprofil öffnet den Zugang zu einer drei- oder vierjährigen beruflichen Grundbildung mit EFZ“ (Staatsskretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI), 2016, S. 7). Der EFZ und der EBA sind berufliche Qualifikationen, die einerseits zur Ausübung eines bestimmten Berufs befähigen und andererseits die Basis für lebenslanges Lernen darstellen. Dies ist in Artikel 3 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002 schriftlich festgehalten:

„Dieses Gesetz fördert und entwickelt:

- a. ein Berufsbildungssystem, das den Einzelnen die berufliche und persönliche Entfaltung und die Integration in die Gesellschaft, insbesondere in die Arbeitswelt, ermöglicht und das ihnen die Fähigkeit und die Bereitschaft vermittelt, beruflich flexibel zu sein und in der Arbeitswelt zu bestehen;
- b. die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungsgängen und -formen innerhalb der Berufsbildung sowie zwischen der Berufsbildung und den übrigen Bildungsbereichen.“

Vier Jahre später, am 21. Mai 2006, wurden auch die revidierten Bildungsbestimmungen durch eine Volksabstimmung angenommen und das duale Berufsbildungssystem⁴⁷ Teil des Bildungsraums Schweiz (Criblez, 2008). Seither ist mit dem Artikels 63 ‚Berufsbildung‘ die Berufsbildung ein fester Bestandteil der Bundesverfassung (Bundesrat, 2010) und somit in das gesamte Bildungssystem⁴⁸ der Schweiz integriert. Zwei Faktoren fungierten für diesen Integrationsprozess der Berufsbildung ins gesamte Bildungssystem der Schweiz als Bedingung: Durchlässigkeit und Einführung der Berufsmaturität.

Durchlässigkeit und Einführung der Berufsmaturität

Die Durchlässigkeit bedeutet, dass „[d]er Besuch weiterführender Bildungsangebote, der Wechsel von der Berufsbildung an eine Hochschule und ein Tätigkeitswechsel im Verlauf des Arbeitslebens ohne Umwege möglich [sind]“ (Staatsskretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI), 2016, S. 4).⁴⁹

Um die lang ersehnte und politisch erkämpfte Durchlässigkeit gesetzlich zu verankern, wurde im Jahr 2002 die Berufsmaturität als Zugangsqualifikation für die Fachhochschulen geschaffen, ebenso wie die Ausarbeit einer Ergänzungsprüfung, die nach dem bestandenen EFZ und der Berufsmaturität die Zulassung zu einem Studium an einer Universität oder der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) regelt. Dieser Integrationsprozess war schliesslich eine Reaktion auf die Feststellungen des Bundesrates in der Botschaft aus

⁴⁷ <https://www.sbf.admin.ch/sbf/de/home/themen/berufsbildung/das-duale-system.html> (aufgerufen am 2. Mai 2017).

⁴⁸ <https://bildungssystem.educa.ch/de> (aufgerufen am 27. April 2017).

⁴⁹ Jakob Kost untersucht in seinem Artikel ‚Vertikale Durchlässigkeit im System beruflicher Grund- und Weiterbildung – Effekte auf soziale Disparitäten und den Fachkräftemangel‘ basierend auf TREE-Daten den Beitrag des durchlässigen Bildungssystems in der Schweiz zum Beheben des Fachkräftemangels. Er fokussiert dabei die vertikale Durchlässigkeit der beruflichen Bildung, sprich Wege von Jugendlichen, die nach einer beruflichen Grundbildung und Berufsmatura an eine Fachhochschule wechseln. Er zeigt, dass Jugendliche aus niedrigeren sozialen Schichten diesen Weg viel seltener wählen und Frauen nach der Berufsmatura ohne Fachhochschulabschluss zurück auf den Arbeitsmarkt gehen (Kost, 2013, 2015).

dem Jahr 2000 – „Zur dualen Berufsbildung gibt es keine Alternative“ (S. 5767) – und auf den 1990 erstmals durchgeführten Expertenbericht zur schweizerischen Bildungspolitik, worin die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Berufsbildung als Sackgassenmodell bezeichnete und mehr Durchlässigkeit zu den tertiären Bildungsangeboten forderte (OECD 1990, S. 177).

Die Durchlässigkeit hin zur Höheren Berufsbildung oder zu den Technika wurde von 1978 bis zu der umfangreichen Gesetzesrevision im Jahr 2002 insofern gelebt, als dass nach dem Absolvieren der Berufsmittelschule⁵⁰ der prüfungsfreie Zugang zu den Höheren Technischen Lehranstalten (HTL)⁵¹ gesetzlich geregelt war (Artikel 29, BBG 1978). Auffällig sind an dieser Tatsache zwei Aspekte: Einerseits geht die Thematik ‚Durchlässigkeit‘ mindestens zurück bis ins Berufsbildungsgesetz von 1978 und vermutlich noch weiter, da 1978 die gesetzliche Verankerung stattfand und eine solche im Normalfall eine politische Vorgeschichte kennt. Andererseits waren die Höheren Technischen Lehranstalten bis ins Jahr 2002 Teil des Berufsbildungsgesetzes – seit 2002 fallen die HTL aber unter das Fachhochschulgesetz und sind somit nicht mehr Teil des Berufsbildungsgesetzes. Diese Veränderungen deuten auf einen erkennbaren Wandel innerhalb der Berufsbildung hin. Mit diesem Wandel ist die Berufsbildung seit ihrem Bestehen⁵² konfrontiert, da die Berufsbildung ein stark arbeitsmarktorientiertes Bildungsangebot repräsentiert (Gonon, 2016a).

Zwei Gesetzesrevisionen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung: 1963 und 1978

Seit 1930 sind mit dem Bundesgesetz über die Berufsbildung die Zuständigkeiten so geklärt, dass der Bund die Lehrprogramme gemeinsam mit den Berufsverbänden erarbeitet und die Kantone die Gewerbeschulen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden branchenspezifisch organisiert (Dommann, 2006, S. 9, 10).⁵³

⁵⁰ Heute Berufsmaturitätsschulen (Gonon, 2016b).

⁵¹ Heute gehören die Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) zu den Fachhochschulen und nennen sich beispielsweise Hochschule Luzern – Technik & Architektur, Horw (<https://www.hslu.ch/technik-architektur> (aufgerufen am 8. September 2017)).

⁵² Seit 1884 subventioniert der Bund die Berufsbildung ohne gesetzliche Grundlage. Die Forderung nach Staatsinterventionen und strukturerhaltenden Massnahmen hingen direkt mit der lang anhaltenden Depression in den Jahren von 1873 bis 1895 zusammen (Kübler, 1986). Erst 1930 wurde das erste Bundesgesetz über die Berufsbildung erlassen. In Kraft trat es 1933 (Wettstein et al., 2014). Für die Schweiz ist eine zentrale Organisation eines Bildungsbereichs atypisch und nicht selbstverständlich. Die Schulhoheit liegt in dem föderalistisch organisierten Land bei den Kantonen und ist Ausdruck der kantonalen Souveränität (Kübler, 1986).

⁵³ Krebs hielt in seinem ersten Entwurf des Schweizerischen Gewerbeverbands fest, dass die Schweiz keinesfalls das erste Land war, das gesetzliche Bestimmungen über die berufliche Ausbildung erliess. Bulgarien,

Institutionell ist die duale Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 auf Bundesebene im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) angesiedelt. Die Verwaltung des BBG war dann über das Generalsekretariat des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) organisiert.⁵⁴ Innerhalb des BIGA führte schliesslich die Abteilung für berufliche Ausbildung mit den kantonalen Lehrlingsämtern⁵⁵ Korrespondenz über die Umsetzungsmöglichkeiten. Gemäss Artikel 1 des damals geltenden Berufsbildungsgesetzes aus dem Jahr 1963 wird den Kantonen Entscheidungskompetenzen zugesprochen (BBG 1963, Art. 1). Die Umsetzung des Bundesgesetzes der dualen Berufsbildung war dadurch klar auf der kantonalen Ebene verortet.

Erste Gesetzesrevision: 1963

Nach der Einführung des ersten Bundesgesetzes über die Berufsbildung im Jahr 1930 (BbA 1930) erschwerten – bedingt durch den Zweiten Weltkrieg – wirtschaftliche Krisenzeiten und politisch unsichere Jahre die Weiterentwicklung der Berufsbildung (Bundesrat, 1962). 1960 kam dann aber der Entwurf des Bundesrates für ein revidiertes Berufsbildungsgesetz in die Vernehmlassung. Der Bundesrat formulierte damals mehrere Beweggründe für diese notwendige Gesetzesrevision. Dafür bedeutsam seien die wirtschaftlichen Veränderungen sowie der technologische Fortschritt:

„Da es [das Bundesgesetz über die Berufsbildung von 1930, Anmerkung K. B.] aber weitgehend auf der traditionellen gewerblichen und kaufmännischen Berufslehre fusst, bietet es angesichts der stark veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, der ständig voranschreitenden technischen Entwicklung und der erheblichen Änderungen in der Berufsstruktur nicht mehr in allen Teilen eine ausreichende Handhabe, um die wesentlich vielseitiger gewordenen Probleme der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung in befriedigender Weise zu lösen. (...) Ferner muss den Bedürfnissen der angelernten Arbeitskräfte und der immer zahlreicher werdenden Perso-

Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Polen und Ungarn erliessen zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Jahr 1930 Gesetze zur beruflichen Ausbildung (Böschenstein & Kaufmann, 1935, in Wettstein, 2005). Auf die stark betrieblich geprägte duale Berufsbildung und „dem kooperativen ‚Zusammenspiel‘ von mehreren Beteiligten [...], so insbesondere von Schule und Betrieb und Wirtschaft und Staat“ (Gonon, 2012, S. 221), setzten vor allem Länder wie Deutschland und Österreich. Nirgends indes nimmt der berufliche Bildungsweg diesen hohen Stellenwert ein wie in der Deutschschweiz.

⁵⁴ BAR. E1004.1. Protokolle des Bundesrates. Beschlussprotokoll(-e) 22.09.-28.09.1962. 1708, Neufassung des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung. Bern, 28. September 1962.

⁵⁵ Ab Ende 1960 änderten diese Organisationen ihre Bezeichnungen zu Amt für Berufsbildung. Dieser Prozess verlief zeitlich von Kanton zu Kanton unterschiedlich.

nen, die nachträglich ihren Beruf wechseln, vermehrt Rechnung getragen werden“⁵⁶ (BAR, E1004.1, Neufassung des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung, 28. September 1962, S. 1 f.).

Zudem beschrieb der Bundesrat 1962 die Situation bezüglich der Entwicklung der Berufsbildung wie folgt: „Die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge stieg [...] ständig an. Im Vergleich zum Jahr 1938 hat sich 1961 die Zahl der jährlich neu abgeschlossenen Lehrverträge mehr als verdoppelt, was für die Lehrtöchter in gleicher Weise zutrifft wie für die Lehrlinge“ (Botschaft 1962, S. 887), und: „Der steigende Bedarf an Spezialisten und an mittleren und höheren technischen Kadern bedingt einen wesentlichen Ausbau der Einrichtungen für die berufliche Weiterbildung.“⁵⁷

1963 stimmte die Bevölkerung der Gesetzesrevision mit 68 % Ja-Stimmen zu (Bauder & Osterwalder, 2008). Gestützt auf die Bundesverfassung, baute das BIGA durch diesen Volksentscheid seine Kompetenzen mit erweiterten Subventionsvorhaben in der dualen Berufsbildung aus (BBG 1963, SR. 412.10). Drei ausgewählte Aspekte zeigen die konkreten Veränderungen innerhalb des BBG von 1963 auf: Erstens unterstützte das BIGA neu die beruflichen Weiterbildungsangebote; zweitens wurde die höhere Berufsbildung differenziert und drittens die Subventionierung der Höheren Technischen Lehranstalt gesetzlich geregelt. Diese drei revidierten Gesetzesabschnitte hingen direkt mit den sich wandelnden Wirtschaftsstrukturen und den veränderten Anforderungen an die Arbeitnehmer/-innen zusammen, wie das die Verfasserin dieser Arbeit in den nachfolgenden Ausführungen darlegt.

Die berufliche Weiterbildung

Das BIGA begründete den Ausbau der Weiterbildungsangebote mit den steigenden Berufsanforderungen sowie dem Bedarf an unteren und mittleren Kader. Dementsprechend wurden im Bundesgesetz über die Berufsbildung die Weiterbildungsangebote gesetzlich geregelt und differenziert (Art. 44, BBG 1963). Es wurde unterschieden zwischen Weiterbildungen der Angelernten mit dem Ziel, diese Arbeitnehmer/-innen gemäss den steigenden Berufsanforderungen weiterzubilden, und den Weiterbildungskursen für Personen nach abgeschlossener Lehre. Dieses Kursangebot zielte auf die Vorbereitung der Berufs- oder höheren Fachprüfung sowie auf die Aufnahmeprüfung in eine Höhere Technische

⁵⁶ BAR. E1004.1. Protokolle des Bundesrates. Beschlussprotokoll(-e) 22.09.-28.09.1962. 1708, Neufassung des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung. Bern, 28. September 1962.

⁵⁷ BAR. E1004.1. Protokolle des Bundesrates. Beschlussprotokoll(-e) 22.09.-28.09.1962. 1708, Neufassung des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung. Bern, 28. September 1962, S. 1.

Lehranstalt⁵⁸ (HTL) ab (Bundesrat, 1962), denn auf dem Arbeitsmarkt waren weitergebildete Personen für mittlere Kader gesucht.

Differenzierung der höheren Berufsbildung

Mit der Differenzierung der höheren Berufsbildung in Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen (Art. 36–43, BBG 1963) versuchte der Bundesrat den drohenden Personalmangel im technischen Bereich abzufedern. Bis 1962 umfassten die Angebote der höheren Berufsbildung auf der einen Seite die schulisch organisierte Ausbildung an einer Höheren Technischen Lehranstalt (HTL) (siehe weiter unten) sowie die praxisorientierte und berufsspezifische höhere Fachprüfung (früher Meisterprüfung). Mit dieser Prüfung wurden Personen dazu befähigt, die Leitung eines eigenen Betriebs zu übernehmen. Und diese Prüfung wollte der Schweizerische Gewerbeverband – zentraler Akteur seit der Einführung des ersten Bundesgesetzes über die Berufsbildung 1930 – in eine erste und eine zweite Stufe mit je unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen differenzieren. Auf diese Weise sollte einerseits die Anzahl Absolventen der höheren Berufsbildung im Vergleich zur Gesamtzahl aller Berufsangehörigen erhöht und andererseits ausreichend Personal für die Kaderstellen in den Unternehmen bereitgestellt werden (Bundesrat, 1962, S. 929). Die Berufsprüfung erster Stufe zielte auf fachlich-technische Kenntnisse ab und setzte den Schwerpunkt auf das gestalterische Können. Damit sollte für diejenigen Arbeitnehmer/-innen ein Angebot geschaffen werden, die nicht die Absicht hatten, sich selbstständig zu machen, aber beispielsweise zur Teamleitung oder zu einer/zum einem Angestellten mit besonderer Qualifizierung aufsteigen wollten (Art. 38, Abs. 1, BBG 1963). Die Prüfung zweiter Stufe war für Arbeitnehmer/-innen gedacht, die in ihrem Beruf höheren Ansprüchen genügen und einem grösseren oder mittleren Betrieb vorstehen wollten (Art. 38, Abs. 2, BBG 1963). Der inhaltliche Fokus der Prüfung wurde deshalb auf geschäftskundliche Fächer gelegt (Bundesrat, 1962).

Subventionierung der Höheren Technischen Lehranstalt

Ebenfalls grosses Interesse zeigte der Bund an der Entwicklung der HTL, da die Baubranche boomte und auf gut ausgebildete Ingenieure sowie Architekten angewiesen war. Er verankerte deshalb seine Subventionsabsichten im Berufsbildungsgesetz vom 20. September 1963 (Art. 45, BBG 1963; Jubiläumsschrift 50 Jahre DBK; Mail von Franz Dommann 6.3.2017), wobei er diese Lehranstalt im Voraus bereits förderte. Zusätzlich versuchte er,

⁵⁸ „Die Höhere Technischen Lehranstalten vermitteln die Kenntnisse und Fähigkeiten zur fachgemässen Ausübung von Höhere Technischen Berufen, die kein Hochschulstudium voraussetzen“ (Bundesrat, 1962, S. 935).

die Frage, welchen Titel HTL-Absolventen erhalten sollen, mit der gesetzlichen Verankerung in Artikel 46 (BBG 1963) zu klären. Gegen diesen Artikel 46 reichte der Verein der Ehemaligen des Technikums Winterthur und anderer Technika am 8. Januar 1964 das Referendum ein, da sie mit den Titeln ‚Ingenieur-Techniker HTL‘ und ‚Architekt-Techniker HTL‘ nicht einverstanden waren (GPD, 1964). Dies war allerdings nicht erfolgreich, denn das zweite Berufsbildungsgesetz trat, wenn auch verzögert, zusammen mit der Verordnung am 15. April 1965 in Kraft.⁵⁹

Die finanzielle Unterstützung der HTL war aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse gerechtfertigt. Der Wirtschaftsaufschwung zusammen mit dem Bauboom hatte einen erheblichen Personalmangel beispielsweise in der Bauwirtschaft zur Folge.⁶⁰

Die zweite Revision des Berufsbildungsgesetzes: 1978

Die Akteure der Berufsbildung nahmen all die technischen, wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklungen der 1950er- und 1960er-Jahre bewusst wahr. Am 3. Juli 1975 versandte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement das Kreisschreiben an die Kantonsregierungen, Berufs- und Fachverbände sowie an die politischen Parteien und bat diese um eine Stellungnahme zu dem unterbreiteten Gesetzesentwurf (Bundesrat, 1977). Die Priorität lag auf der Verbesserung der beruflichen Grundbildung, aber es galt auch, die Berufsmittelschule (Art. 29, BBG 1978), die Höhere Technische Lehranstalt (Ingenieurschule) (Art. 59, BBG 1978), die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule (Art. 60, BBG 1978), die Andere Höhere Fachschulen (Art. 61, BBG 1978) sowie die Anlehre (Art. 49, BBG 1978), bundesrechtlich zu regeln. Darüber hinaus musste das neu gegründete Schweizerische Institut für Berufspädagogik (Art. 36, BBG 1978) im Bundesgesetz der Berufsbildung verankert werden. Die Verbände gelangten zu dem Schluss, dass der Entwurf ‚vernünftig und praxisnahe‘ sei, äusserten aber Bedenken gegenüber der Idee einer Anlehre und der Gewichtsverlagerung von der Ausbildung im Betrieb hin zur Berufsschule.⁶¹ Seitens der Kantone wurde der Entwurf mehrheitlich als ‚realistisch und ausgewogen‘ bewertet. Auf Ablehnung stiess der Gesetzesentwurf beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund – dieser war weder mit der Berufsmittelschule noch mit der Anlehre einver-

⁵⁹ Am 1. Januar 1966 folgte das Arbeitsgesetz (Deutschschweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (DBK), 1976, S. 26).

⁶⁰ BAR. Band 108. Geschäftsbericht des Bundesrates. An die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahr 1964, vom 9. April 1965.

⁶¹ Gemäss Gonon ist das Argument ‚Verschulung der dualen Berufsbildung‘ in der Geschichte der Berufsbildung stetig wiederkehrend und mit den Befürchtung verbunden, die duale Berufsbildung verliere ihren einzigartigen Charakter und mutiere zu einer Bildungsinstitution fern der Arbeitswelt (Gonon, 2007, 2013a).

standen (Bundesrat, 1977). Der bereinigte Entwurf wurde schliesslich am 21. Juni 1977 vom BIGA verabschiedet und am 26. Juni 1977 ohne Gegenstimme mit ‚nicht revolutionär, aber zweckmässig‘ gutgeheissen. Im Nationalrat begann die Debatte am 12. Dezember 1977 und verlief insofern positiv, sodass beide Räte in der Schlussabstimmung vom 19. April 1978 der Gesetzesrevision zustimmten (Kübler, 1986).

Nichtsdestotrotz wurde das Berufsbildungsgesetz aus starkem Interesse der Industrie im April 1978 revidiert und die Berufsbildung mit der Anlehre sowie der Berufsmittelschulen hierarchisch differenziert. Dies war für die Vertreter der Industrie ein Erfolg, da sie glaubten, mit diesem Regelwerk ein Instrument in der Hand zu halten, um gegen den technischen Nachwuchsmangel ankämpfen zu können (Bundesrat, 1977; Gonon & Maurer, 2012).

Um dem technischen Nachwuchsmangel entgegenzuwirken, musste die Berufsbildung zwischen 1954 und 1980 quantitativ und qualitativ expandieren. Inwiefern diese Expansion stattgefunden hat, und inwiefern sie Teil der ‚Bildungsexpansion‘ war, untersucht die Verfasserin am Wandel der dualen Berufsbildung. Hierfür analysiert sie am Fallbeispiel Kanton Luzern die Entwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen der damaligen bestehenden acht Berufsschulen Luzern, Emmen, Reiden, Sursee, Willisau, Wolhusen, Knutwil und Hochdorf sowie dem Zentralschweizerischen Technikum Luzern.⁶²

2.6 ‚Bildungsexpansion‘ der dualen Berufsbildung am Fallbeispiel Kanton Luzern

Nachfolgend erläutert die Verfasserin, weshalb der Analysefokus auf kantonaler und kommunaler Ebene liegt und sie den Kanton Luzern als Fallbeispiel gewählt hat. Zu diesem Zweck beleuchtet sie bildungspolitische sowie wirtschaftliche Voraussetzungen des Kantons Luzern. Diese zwei Faktoren sind für den Untersuchungsgegenstand ‚duale Berufsbildung‘ von Bedeutung.

Analysefokus auf kantonaler und kommunaler Ebene

Den Analysefokus auf einen einzigen Kanton zu legen, mag im ersten Moment erstaunen, da die duale Berufsbildung in der Schweiz über das Bundesgesetz über die Berufsbildung auf nationaler Ebene geregelt ist. Laut Bundesgesetz über die Berufsbildung liegt der Vollzug indes in der Hoheit der Kantone [(Bundesrat, 1928, S. 740), Art. 52, BbA 1930; Art. 49 BBG 1963; Art. 65, BBG 1978]. Das bedeutet, die kantonalen Behörden sind zu einem

⁶² SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958.

grossen Teil für die Umsetzung der gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen und schliesslich für eine erkennbare Entwicklung innerhalb der dualen Berufsbildung zuständig. Das BIGA unterstützt die Umsetzung durch gesetzlich geregelte Subventionen, die es auf Antrag ausschütten kann.

Im Kanton Luzern war die Trägerschaft der Gewerbe- und Berufsschulen lange Zeit kommunal gelöst, das heisst, die Gemeinden waren als Träger der Gewerbeschulen für die Betriebskosten der Berufsschulen zuständig (Art. 24, kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 26. Juni 1930). Dazu gehörte der Unterhalt der Berufsschulen (Art. 139, kantonales Erziehungsgesetz vom 28. Oktober 1953) wie auch die Besoldung der Gewerbeschullehrpersonen (Art. 96, Ziff. 1 Abs. 1 und 2 sowie Ziff. 4, Erziehungsgesetz 1953). Diese teilten sich die Gemeinden und der Kanton Luzern in einem Verhältnis von 35 % zu 65 % auf. „Der Kanton Luzern leistet somit an die Lehrbesoldung im Vergleich zu mehreren anderen Kantonen einen sehr hohen Beitrag.“⁶³ Diese hohe Beitragsleistung stand in einem direkten Zusammenhang mit der Lehrpersonenwahl, die bis ins Jahr 1967 dem kantonalen Erziehungsrat unterstellt war (Art. 86, Erziehungsgesetz). 1971 gab es einen politischen Vorstoss, die Trägerschaft im Zusammenhang mit der Einführung der Berufsmittelschule auf Kantonsebene anzuheben. Dieser Vorstoss wurde abgelehnt. Erst im Jahr 2003 gelang es, die Trägerschaft der Gewerbe- und Berufsschulen auf die Kantonsebene zu wechseln. Umso mehr ist es in dieser Untersuchung relevant, auch die kommunale Ebene beziehungsweise die Koordinationsprozesse zwischen der kantonalen und kommunalen Ebene zu rekonstruieren.

Bildungspolitische Voraussetzungen

Hinsichtlich der Entwicklungen der Sekundarstufe II hat sich der Kanton Luzern bildungspolitisch in der Berufsbildung stark gemacht. Ein Grund hierfür war, dass der Kanton Luzern in den Jahren von 1954 bis 1980 kein Universitätskanton⁶⁴ war und deshalb im akademischen Bildungsbereich lediglich begrenzt politisieren konnte. Gemäss den Interviewaussagen von Franz Dommann (Interview vom 3. März 2017) und der gesamten Geschäfts-

⁶³ STALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats. Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Erziehungsgesetzes vom 28. Oktober 1953/13. März 1957/31. Januar 1961/6. März 1963/12. November 1963/3. März 1964. Botschaft vom 7. November 1966 vom Regierungsrat, S. 397.

⁶⁴ Im Jahr 1978 wurde die Initiative zur Gründung einer Universität mit fünf Fakultäten an der Urne abgelehnt. Erst 1993 gelang die Schaffung der geisteswissenschaftlichen Fakultät, und im Jahr 2000 stimmte die Bevölkerung des Kantons Luzern dem Universitätsgesetz für die Universität Luzern zu. Deren Gesetz wurde 2014 revidiert und damit der Weg zu einer weiteren Fakultät freigemacht. Diese Wirtschaftsfakultät wurde jüngst im vergangenen Jahr 2017 eröffnet, <https://www.unilu.ch/universitaet/portraet/geschichte/> (aufgerufen am 5. Januar 2017).

leitung der Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung (Geschäftsleitungssitzung vom 15. Januar 2018) engagierten sich die Bildungspolitiker im Kanton Luzern umso mehr in der Berufsbildung und versuchten, zumindest bildungspolitisch, in der Deutschschweiz eine relevante Rolle zu spielen. Es überrascht daher nicht, dass die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) ihren Sitz in Luzern hatte. Diese spielte in der untersuchten Zeitphase im Bereich der Berufsbildung noch keine Rolle. Erst nach der Jahrtausendwende erhielt sie Kompetenzen für den berufsbildenden Bereich. Die Deutschschweizerische Berufsbildungs-Konferenz (DBK) war für die Berufsbildung ein bedeutendes Gremium. Franz Dommann, Luzern, war langjähriger Präsident, und das Büro befand sich ebenfalls in Luzern. Der Kanton Luzern übernahm die Berufsbildung auch für die umliegenden Kantone Zug, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden und durch die Zentralisation die Verantwortung für die gesamte zentralschweizerische Berufsbildung. Die Kooperationen verlangten oftmals pragmatische und unkomplizierte Lösungen, die das Angebot der beruflichen Bildung zugänglich und attraktiv machten.

An einer zentralisierten Berufsbildung waren die Berufsverbände aus institutioneller Perspektive interessiert. Sie suchten ökonomisch effiziente und effektive Lösungen, um den beruflichen Bildungsweg attraktiv zu gestalten. Dafür engagierte sich auch das Amt für Berufsbildung des Kantons Luzern, und die Vertreter unterstützten die Suche nach zentralistischen Kompromisslösungen.⁶⁵ Dies bestätigte auch Josef Widmer⁶⁶ im Interview vom 6. Februar 2017. Er leitete von 1999 bis 2012 die Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung im Kanton Luzern. Für ihn war es zur besagten Zeit klar, dass in der Stadt Luzern keine politischen Entscheidungen gefällt werden durften, die die Landbevölkerung des Kantons Luzern benachteiligt hätten. Das hätte unnötig politischen Widerstand ausgelöst und Reformen zeitlich verzögert. Deshalb hat sich das Amt für Berufsbildung stark für Kompromisse und Lösungen eingesetzt, die sowohl für die Stadt- als auch für die Landbevölkerung des Kantons Luzern gewinnbringend waren (Interview vom 6. Februar 2017).⁶⁷

⁶⁵ Weitere Angaben zur institutionellen Organisation der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern sind in Kapitel 5 auf Seite 97 zu finden.

⁶⁶ Josef Widmer ist heute stellvertretender Direktor des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation. Für diese Untersuchung hat er sich zweimal bereit erklärt, Auskunft über die Berufsbildung im Kanton Luzern (Interview vom 6. Februar 2017 in Luzern) und über die zukünftigen Herausforderungen des schweizerischen Berufsbildungssystems (Interview vom 6. Januar 2018) zu geben.

⁶⁷ Siehe Fussnote 66.

Wirtschaftsstruktur

Die wirtschaftlichen Sektoren entwickelten sich im Kanton Luzern ähnlich wie in der Schweiz (siehe Unterkapitel 2.1), aber zeitlich etwas verzögert. Der Anteil Beschäftigter im Landwirtschaftssektor sank im Kanton Luzern zwischen 1890 und 1980 um die Hälfte bis auf 11 %.⁶⁸ Der Tertiärsektor⁶⁹ expandierte im Landesdurchschnitt und lag im Jahr 1954 bei 38 %, stieg dann aber kontinuierlich auf 49 % an. Im Kanton Luzern zählte der Industriesektor zwischen 1954 und 1973 die meisten Arbeitnehmer/-innen (Hürlimann, 2013; Lussy, 2013). Die Anzahl Beschäftigter blieb relativ stabil und schwankte zwischen 41 und maximal 45 %, da in dieser Zeit die Maschinen- und Metallbaubranche sowie das Baugewerbe Hochkonjunktur hatten. Nach 1973 zählte der Dienstleistungssektor zum grössten Sektor im Kanton Luzern. Hingegen ging die Zahl der Beschäftigten im Landwirtschaftssektor von rund 15 auf 11 % und im Industriesektor von 44 auf 40 % zurück (Hürlimann, 2013). Die Entwicklung der Beschäftigten im Kanton Luzern nach Sektoren ist untenstehend grafisch dargestellt.

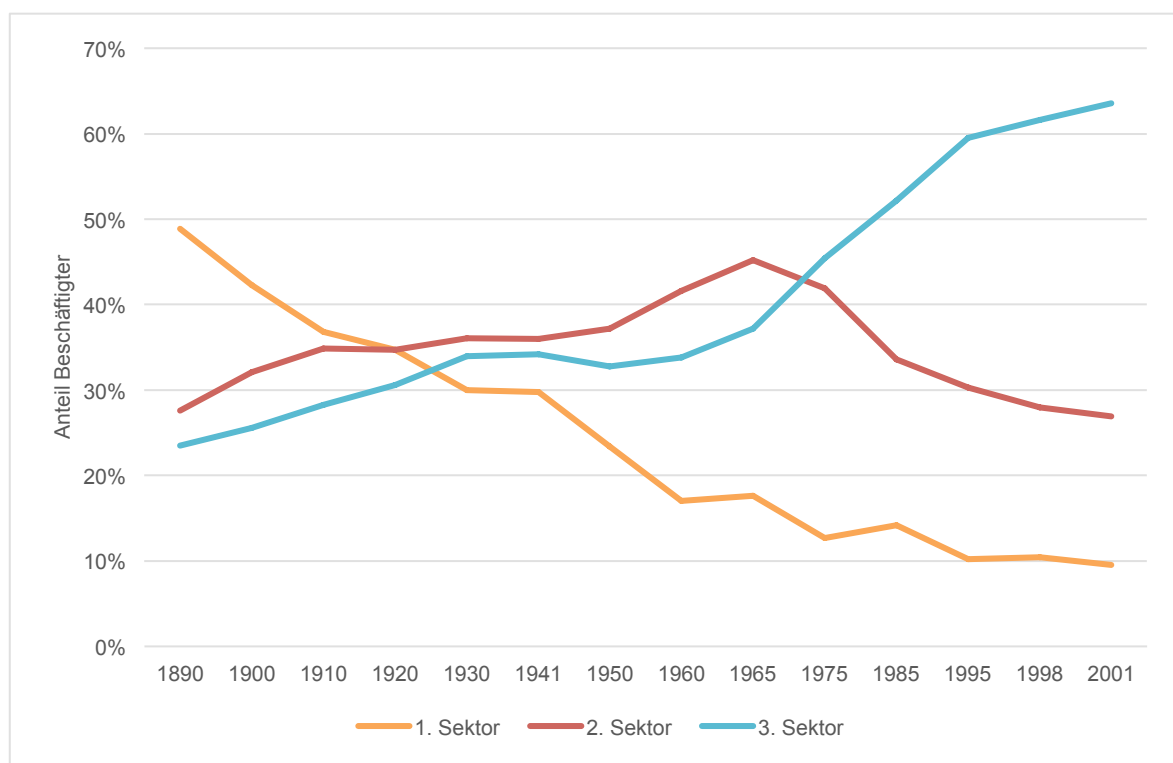


Diagramm 5: Beschäftigte im Kanton Luzern nach Sektoren (1890–2001)⁷⁰

⁶⁸ HSSO Tab. F.10b und F.31.

⁶⁹ Der Handel war in diesem Sektor seit jeher das mit Abstand bedeutendste Segment.

⁷⁰ HSSO Tab. F.31.

Der Industriesektor ist es denn auch, der für diese Untersuchung relevant ist, da die ‚Bildungsexpansion‘ der dualen Berufsbildung in direktem Zusammenhang mit der rasch voranschreitenden Technologieentwicklung und dem technischen Nachwuchsmangel steht. Folglich konzentriert sich diese Untersuchung auf die industriell-gewerbliche Berufslehre und lässt die kaufmännische Berufslehre aussen vor.

Wie aus nachfolgendem Diagramm ersichtlich ist, haben sich die Lehrverträge im Kanton Luzern expansiv entwickelt. Diese Zahlen beinhalten Angaben über diejenigen Berufsschüler/-innen, die eine gewerblich-industrielle Berufslehre im Kanton Luzern absolviert haben.⁷¹

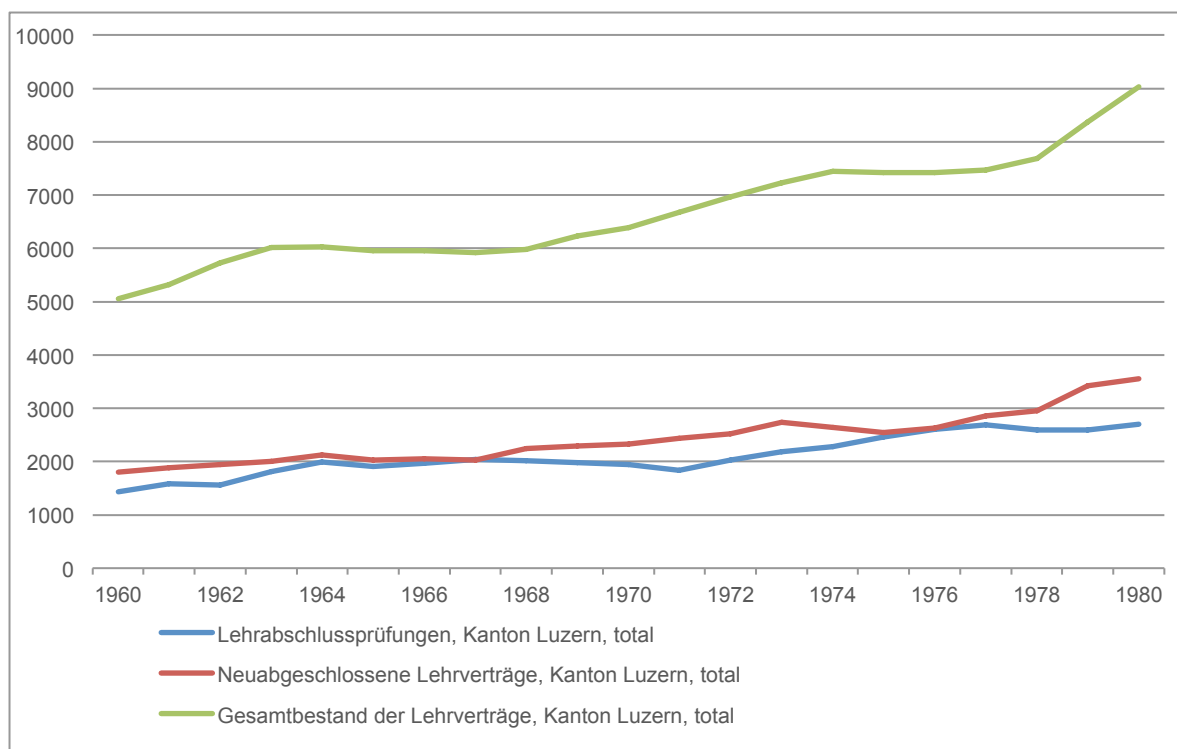


Diagramm 6: Berufliches Nachwuchsverhältnis im Kanton Luzern, 1960–1980⁷²

⁷¹ Die Entwicklung der Anzahl Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge in der Schweiz von 1954 bis 1980 findet sich im Anhang auf Seite 248. Darunter fallen all diejenigen Berufe, die zwischen 1954 und 1980 dem Eidgenössischen Bundesgesetz über die Berufsbildung unterstellt waren. Diese waren in Berufsgruppen unterteilt, die aber einer ständigen Veränderung ausgesetzt waren, da sich das Berufsschema der Arbeitsmarktstatistik angepasst hat. An den Beispielen ‚Berufsgruppen zufolge Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit‘, ‚Metall- und Maschinenindustrierberufe‘ und ‚Technische Berufe‘, die im Anhang in drei Tabellen ab Seite 249 aufgelistet sind, werden diese Veränderungen deutlich. Wie sich die Berufsgruppen auf kantonaler Ebene entwickelt haben, bleibt in Forschungsdesiderat.

⁷² „Die Absolventen von 51 Handelsschulen, deren Prüfungen den kaufmännischen Lehrabschlussprüfungen gleichgestellt sind, wurden nicht mitgezählt“ [Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) (Hrsg.)]

Von welchen Branchen der industrielle Sektor im Kanton Luzern zwischen 1954 und 1980 geprägt war, veranschaulicht nachfolgende Tabelle 1: Nahrungsmittel- und Genussmittel, Textil, Bekleidung und Schuhe, Chemie, Maschinen und Metallbau, Holz, Baugewerbe und Übrige. Davon beschäftigte die Maschinen- und Metallbranche mit 25 bis 33,5 % den grössten Anteil an Personen.

Tabelle 1: Erwerbstätige im Kanton Luzern nach Branchen, 1950–1980⁷³

	1950er-Jahre	1960er-Jahre	1970er-Jahre
Nahrungsmittel- und Genussmittel	14 %	11 %	10,5 %
Textil, Bekleidung und Schuhe	22 %	18,5 %	14 %
Chemie	2 %	1,5 %	2,5 %
Maschinen und Metall	25 %	31,5 %	33,5 %
Holz	8 %	7 %	7,5 %
Baugewerbe	19 %	18,5 %	19 %
Übrige	10 %	12 %	13 %

Die grau schattierten Prozentzahlen in der Tabelle 1 zeigen, dass im Kanton Luzern von 1954 bis 1980 keine andere Branche so viele Erwerbstätige beschäftigte wie die Maschinen- und Metallbranche.

Vergleicht die Verfasserin dieser Studie die Entwicklung der Beschäftigten im 2. Sektor im Kanton Luzern mit der Entwicklung in der Schweiz, präsentiert sich nachstehendes Diagramm 7:

(1970)]. Die Volkswirtschaft. Separatabzug aus Heft 4 ‚Die Volkswirtschaft‘. Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge. Schweizerisches Handelsamtsblatt. Bern); Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) (Hrsg.) (1960–1980). Die Volkswirtschaft. Separatabzug aus der ‚Volkswirtschaft‘. Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge. Schweizerisches Handelsamtsblatt. Bern.

⁷³ Hanspeter Lussy erstellte die Grafik ‚Beschäftigte nach Branchen‘ (in Prozent) von 1910 bis 1980. Für diese Untersuchung sind indes lediglich die Jahre von 1950 bis 1980 relevant, weshalb nur ein Teil von Hürlimanns Grafik berücksichtigt wurde. Die Daten von Hanspeter Lussy basieren auf der HSSO, der Volkszählung von 1970 und 1980 (Lussy, 2013, S. 306).

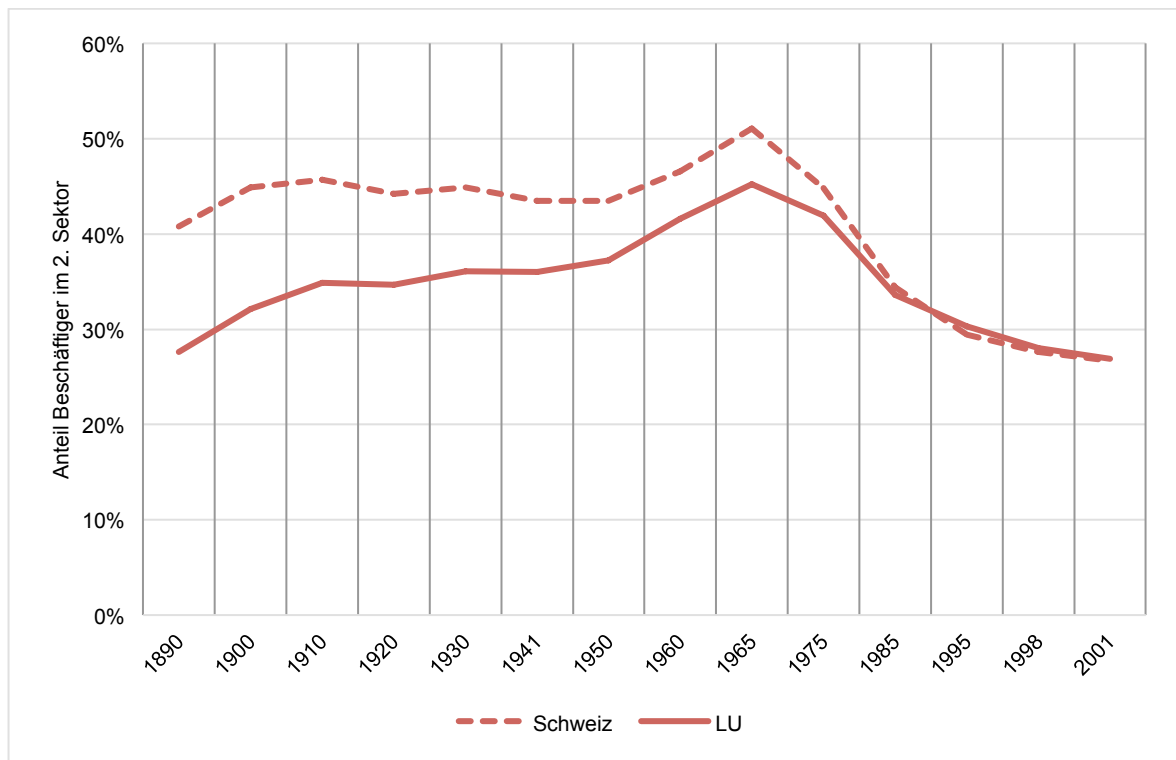


Diagramm 7: Entwicklung der im 2. Sektor Beschäftigten in der Schweiz und im Kanton Luzern von 1890–2001 (HSSO Tab. F.31).

Weshalb der Kanton Luzern, dessen industrieller Sektor im Vergleich zur Schweiz bis Ende der 1980er-Jahre geringer war (siehe Diagramm 7), trotzdem auf den durch die technischen Fortschritte bedingten Strukturwandel aufsprang und den dualen Berufsbildungsweg reformiert hat, wirft bei der Verfasserin dieser Arbeit folgende Fragen auf: Worauf gründete dieser Antrieb, und gab es Akteure, wirtschaftliche Faktoren oder politisch motivierte Handlungen, die zum Wandel führten? Um diese Fragen am Ende dieser Untersuchung beantworten zu können sowie im Bewusstsein darum, dass die Wirklichkeit immer nur aus einer bestimmten Sicht rekonstruiert werden kann, wird im nachfolgenden Kapitel die konventionentheoretische und Educational-Governance-Perspektive herangezogen.

3 Theoretische Perspektiven

In diesem Kapitel wird beleuchtet, was es bedeutet, das Phänomen der Veränderung der dualen Berufsbildung im Kontext der ‚Bildungsexpansion‘ sowohl aus der Perspektive der ‚Educational Governance‘ als auch aus konventionentheoretischer Perspektive zu betrachten. Beide Perspektiven lassen sich vereinen, da die ‚Educational Governance‘ eine gewinnbringende Ergänzung zur konventionentheoretischen Perspektive ist und beide zusammen das komplexe Mehrebenensystem von der nationalen über die kantonale und kommunale Ebene bis hinein in vergangene Sitzungen ausleuchten, wo Vertreter/-innen der unterschiedlichen Ebenen über die Veränderung der dualen Berufsbildung im Kontext der ‚Bildungsexpansion‘ diskutiert und neue Koordinationslogiken ausgehandelt haben.

Zunächst wird die Idee des Mehrebenensystems der Educational-Governance-Perspektive für diese Untersuchung in Unterkapitel 3.1 erläutert. Die grundsätzliche Annahme dieser Perspektive, dass primär die institutionellen Rahmenbedingungen die Rechtfertigung der Akteure prägen, greift für diese Untersuchung – angesiedelt auf der Mikroebene – zu kurz. Sie nimmt eine zu starke politikwissenschaftliche Perspektive ein. Aus diesem Grund wird in dieser Untersuchung hauptsächlich aus der soziologischen Perspektive versucht, die ‚Innenansicht‘ der Akteure einzufangen. Dafür wird in Unterkapitel 3.2 die Konventionentheorie ausführlich dargestellt und die Annahmen über das Handeln der Akteure in der konventionentheoretischen Perspektive von derjenigen der Governance-Perspektive unterschieden.

3.1 Educational-Governance-Perspektive

Zunächst wird in diesem Unterkapitel der Begriff ‚Governance‘ geklärt. Danach wird auf die Begriffe ‚komplexes soziales System‘ und ‚Interdependenz‘ eingegangen. Diese beiden Begriffe stehen in einem direkten Zusammenhang mit dem hier untersuchten Gegenstand ‚duale Berufsbildung‘.

Der Begriff ‚Governance‘

Benz (Benz, 2004) kennzeichnet ‚Governance‘ als ‚spezifische Betrachtungsweise‘, die in vielen Bezugsdisziplinen, wie zum Beispiel in der Politikwissenschaft, Ökonomie/Wirtschaftswissenschaft oder in der Erziehungswissenschaft/Pädagogik (Heinrich, 2007), Verwendung findet. Ursprünglich wurzelt die Governance in zwei Disziplinen: in der Institutionenökonomie und in der Politikwissenschaft. Dieses Komplementaritätsverhältnis der beiden Disziplinen prägt die Governance-Perspektive bis heute (Benz, 2007). Die Governance-Perspektive findet heute aber in einer Vielzahl wissenschaftlicher Diszip-

linen Verwendung – so auch in der Erziehungswissenschaft. Die weitverbreitete Verwendung vereinfacht die Begriffsdefinition nicht primär, sondern vervielfältigt sie vielmehr. Dies spricht gleichzeitig für die Offenheit dieser Perspektive, die Benz als ‚spezifische Betrachtungsweise‘ kennzeichnet:

„Mit Betrachtungsweise ist nicht eine genaue Definition des Begriffs [Governance, Anm. K. B.] gemeint, sondern es sind die Aspekte angesprochen, auf die dieser Begriff die Aufmerksamkeit dessen lenkt, der sich mit der Wirklichkeit in systematischer Weise beschäftigt. Da wir es mit der Frage zu tun haben, wie kollektive Probleme einer Gesellschaft gelöst werden beziehungsweise wie politische Entscheidungen getroffen werden, können wir uns dabei auf die drei Dimensionen von Politik, nämlich den strukturellen Aspekt (*polity*), den Prozessaspekt (*politics*) und den Aspekt der Politikinhalte (*policy*) konzentrieren“ (Benz, 2004, S. 19).

In der Phase der ‚Bildungsexpansion‘ war der Anspruch auf Veränderung innerhalb der dualen Berufsbildung ein „kollektives Problem“ (Benz, 2004): Inhaber/-innen eines privatwirtschaftlich oder staatlich organisierten Betriebes waren auf qualifiziertes Personal angewiesen, und der Staat hatte grosses Interesse daran, seine Bürger/-innen für den Arbeitsmarkt als potenzielle Arbeitskräfte auszubilden (volkswirtschaftliches Interesse) und sie zu befähigen, am demokratisch organisierten Staat teilzunehmen (staatsbürgerliches Interesse). Somit ist eine Analyse der bildungspolitischen Aushandlungs- sowie Koordinationsprozesse zwischen den verschiedenen beteiligten und interdependenten Akteuren vonnöten, um die Forschungsfrage beantworten zu können, wie die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 stattgefunden hat und sie bildungspolitisch begründet wurde. Insofern ist die Perspektive des Governance-Ansatzes dienlich, denn ihre stark verkürzte Bestimmung lautet: „Das Konzept ‚Governance‘ thematisiert die Art und Weise der Handlungskoordination zwischen verschiedenen Akteuren in komplexen sozialen Systemen“ (Altrichter & Heinrich 2007, S. 55 in: Grass, 2015, S. 68). Zentrale Aspekte dieser Definition sind die „Modi der Handlungskoordination, der Akteure beziehungsweise Akteurskonstellationen und des Mehrebenensystems“ (Grass, 2015, S. 69). Mit dieser theoretischen ‚Brille‘ wird der Gegenstand ‚duale Berufsbildung‘ in dieser Untersuchung erforscht. Diese Perspektive erweist sich als adäquat, da die duale Berufsbildung aufgrund ihrer Konstitution ein hochkomplexes soziales System repräsentiert.

‚Komplexes soziales System‘

Der Grund für das komplexe soziale System der dualen Berufsbildung liegt in ihrer tripartiten Organisation. Die Akteure der dualen Berufsbildung stammen aus dem Sektor der marktförmig organisierten Privatwirtschaft (Berufsverbänden) sowie aus staatlichen Institutionen wie dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit und dem Berufsbildungsamt des Kantons Luzern. Daraus resultiert, dass die duale Berufsbildung ein gesellschaftli-

ches Bildungssystem ist, das gleichzeitig in der Wirtschaft sowie im Staat fusst und dadurch politisch in einem ständigen demokratischen Aushandlungsprozess steht. Die Komplexität wird erzeugt, indem staatliche und private Akteure auf unterschiedlichen Ebenen in die Organisation der dualen Berufsbildung involviert sind und sich gegenseitig bedingen. Diese Prämisse kennt der Governance-Ansatz und bezeichnet sie als ‚Interdependenz der Akteure‘ (Kussau & Brüsemeister, 2007, S. 27).

Interdependenz

Kussau und Brüsemeister beschreiben die ‚Interdependenz der Akteure‘ als wechselseitig herrschende Abhängigkeit zwischen den Akteuren. „In politischen und sozialen Zusammenhängen ist [...] völlige Autonomie ebenso ein Ausnahmefall wie das Gegenstück am anderen Pol eines Kontinuums, vollkommene Abhängigkeit. Der Regelfall ist viel mehr Interdependenz“ (Kussau & Brüsemeister, 2007, S. 27). Aus Sicht der Governance-Perspektive wirken die interdependenten Akteure gemeinsam handelnd und beleben in einer gewissen Akteurskonstellation einen „institutionellen Handlungsfelder“ (Kussau & Brüsemeister, 2007, S. 26). Dieser kann national, regional und lokal geprägt sein. Die ‚duale Berufsbildung‘ stellt einen solchen institutionellen Handlungssektor im Bereich des Schweizer Bildungswesens dar. Dieser wird in der vorliegenden Forschungsarbeit fokussiert auf der regionalen sowie lokalen Ebene beleuchtet.

Was unter einem ‚Handlungssektor‘ in der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern zu verstehen und *wie* ein solcher organisiert ist beziehungsweise wie Handlungsabstimmungen unter dem „Prozessaspekt (politics)“ (Benz, 2004) stattfinden, wird durch die Verfasserin in dieser Arbeit in Kapitel 5 untersucht. Altrichter und Maag Merki betrachten solche ‚Handlungssektoren‘ im Schweizer Bildungswesen aus der sogenannten Educational Governance (Maag Merki, Langer & Altrichter, 2014).

Educational Governance und Handlungskoordination

„In der Bildungsforschung wird seit Kurzem der Forschungsansatz ‚Educational Governance‘ diskutiert. Dieser kann als Weiterentwicklung eines in Politikwissenschaft und Soziologie bereits seit einiger Zeit geführten Diskurses verstanden werden. Im Zentrum steht die Analyse des Zustandekommens, der Aufrechterhaltung und der Transformation sozialer Ordnungen und Leistungen im Bildungswesen unter der Perspektive der Handlungskoordination zwischen verschiedenen Akteuren in und zwischen verschiedenen Ebenen im Mehrebenensystem“ (Altrichter & Maag Merki, 2010 in: Maag Merki et al., 2014, S. 11).

Die prozesshaften und koordinierenden Aspekte werden in dieser Definition genauso wie der dynamisch handelnde Aspekt betont. Für diese Untersuchung sind diese Aspekte zent-

ral, denn in den Jahren von 1954 bis 1984 bewegte sich der Gegenstand ‚duale Berufsbildung‘ in einem hoch dynamischen Umfeld, speziell geprägt von der ‚Bildungsexpansion‘. Die duale Berufsbildung war in dieser Phase konfrontiert mit Motionen, mit dem Versuch der Aufrechterhaltung altbewährter Strukturen in den Reformprozessen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung von 1963 und 1978, aber auch mit Ergänzungen neuer Elemente, wie zum Beispiel der Berufsmittelschule. Hinzu kam zum ersten Mal in der Bildungsgeschichte der Schweiz das Konkurrenzgefühl zwischen der dualen Berufsbildung und der stark expandierenden Gymnasien auf, was als „Transformation der sozialen Ordnung“ (Altrichter & Maag Merki, 2010 in: Maag Merki et al., 2014, S. 11) gedeutet werden kann.

Mehrebenensystem

Der Begriff des Mehrebenensystems stammt aus der Governance-Forschung von Kussau und Brüsemeister (Kussau & Brüsemeister, 2007, S. 16). Eine eindeutige und umfassende Definition dessen, was sie unter einem ‚Mehrebenensystem‘ verstehen, bieten Kussau und Brüsemeister (2007) indes nicht. Vielmehr weisen die Autoren allein auf einzelne Merkmale eines solchen Systems hin, wie zum Beispiel, dass eine Institution eine Regelstruktur ist, die mehrere Ebenen durchdringt und von unterschiedlichen Akteuren geprägt wird, die verschiedene prozessuale Verantwortlichkeiten teilen.

Die duale Berufsbildung kann zum Beispiel seit dem ersten Bundesgesetz von 1930 dem Bildungsbereich zugeordnet werden. Letzterer formte sich durch die Institutionalisierung und organisiert sich heute über die nationale (Gesetzgeberin ist das BIGA), kantonale (Vollzug der Gesetzgebung) sowie die kommunale (Träger der Berufsschulen) Ebene. Um ein solches Mehrebenensystem zu konkretisieren, werden im theoretischen Konzept von Governance die horizontale und die vertikale Ebene unterschieden (Kussau & Brüsemeister, 2007). Die Akteure der Bundesebene sind mit Akteuren der Kantonsebene politisch vertikal verflochten. Gleichzeitig ersucht die duale Berufsbildung mit dem nationalen Berufsbildungsgesetz auch die horizontale Verflechtung mit den Kantonen, um die Berufsbildung zu koordinieren, die Qualität der Berufsqualifikation zu sichern und eine berufliche Mobilität der Arbeitnehmer/-innen zu ermöglichen. Diese eine mögliche Art der Einteilung soll gemäss Heinrich (2007) als Forschungsheuristik dienen, um Differenzen innerhalb der gegebenen Strukturdynamiken zu veranschaulichen.

Dennoch greift die Perspektive der ‚Educational Governance‘ für die Fragestellung dieser Untersuchung in zwei Aspekten zu kurz: tendenzielle Vernachlässigung der Mikroebene und zu starkes Gewicht der institutionellen Werte der individuellen Akteure.

Erstens konzentriert sich die ‚Educational Governance‘ primär auf die Makro- und Mesoebene und vernachlässigt dabei die Mikroebene insofern, als dass sie individuelle Akteure hauptsächlich als Vertreter/-innen der Institutionen fasst und so begrenzt auf die individuellen Handlungsfähigkeiten der Individuen zurückgreifen kann (Grass, 2015). Aus einer

strukturalistischen Perspektive ist dies insofern nachvollziehbar, als dass die Handlungen individueller Akteure direkt mit den institutionellen Rahmenbedingungen in Verbindung gebracht werden. Dies hat zur Konsequenz, dass die Blackbox im Sinne einer Ansammlung mehrerer und unterschiedlicher zustände gekommener Aushandlungssituationen und Koordinationsprozesse eine Blackbox bleibt.

Um einen Einblick in die Blackbox zu gewähren, verhilft die konventionentheoretische Perspektive zur Einsicht. Die ‚Économie des Conventions‘ begegnet dieser Blackbox, indem sie die Grenzen zwischen Strukturalismus und Pragmatismus auflöst und diese zwei Methoden miteinander verschmilzt. Sie wird so zu einem hybriden Ansatz aus sowohl strukturalistischen als auch pragmatischen Elementen. Die Innensicht der Akteure kann durch die stark strukturalistisch geprägte Governance-Perspektive kaum erstellt werden, wofür ein reflexiver und kompetenter Akteur vonnöten ist, der situativ geprägt seine Rechtfertigungen in einen Verhandlungsprozess einbringt. Die Konventionentheorie bringt dafür methodisch pragmatisch geprägte Elemente ins Spiel (Unterkapitel 3.2).

Bevor im nachfolgenden Unterkapitel 3.2 ‚Konventionentheoretische Perspektive‘ auf die Theorie ‚Économie des Conventions‘ (EC) eingegangen wird, gilt es an dieser Stelle, kurz auf die Verträglichkeit des ‚Mehrebenenmodells‘ im Zusammenhang mit der konventionentheoretischen Perspektive einzugehen.

Im Artikel ‚Theoretische und methodologische Perspektiven auf Agency und relationale Soziologie im Spannungsfeld zwischen Strukturalismus und Pragmatismus‘ lässt sich der Begriff ‚Mehrebenenmodell‘ mit der Konventionentheorie nicht vereinen (Diaz-Bone, 2017). Dies ist dem Grund geschuldet, dass EC kein Mehrebenenmodell vorlegt und „zur Einführung einer Ebenendifferenzierung [eine, Anm. K. B.] skeptische Position“ einnimmt (Diaz-Bone, 2017, S. 351). Hier bezieht sich Diaz-Bone direkt auf Thévenot, einer der Gründerväter der EC: „[...] our framework [...] challenges the classical macro-micro distinction since judgements of worth are precisely ways of enlarging the scope of an evaluation from a local context and of crafting generalized statements“ (Thévenot, 2001, S. 418 in: Diaz-Bone, 2017).

Dennoch ist es für diese Untersuchung notwendig, mit dem politischen ‚Mehrebenensystem‘ zu jonglieren: Der föderalistisch organisierte Bildungsraum Schweiz verkörpert per se ein ‚Mehrebenensystem‘, denn er definiert sich über die Unterscheidung der politischen Ebenen, also zwischen der nationalen, kantonalen oder kommunalen. Würden in dieser Untersuchung aufgrund der Konzeption der ‚Économie des Conventions‘ diese politischen Strukturen konsequent ausgeblendet, würde man dem Untersuchungsgegenstand ‚duale Berufsbildung‘ als Teil des schweizerischen Bildungsraums unrecht zufügen. Die Form der dualen Berufsbildung lebt von ihrer Konstitution über mehrere Ebenen.

In dieser Untersuchung wird ein kompromisshafter Umgang mit dem ‚Mehrebenensystem‘ und der konventionentheoretischen Perspektive angestrebt. Ein Hauptinteresse der EC be-

steht darin, die Innensicht einer Verhandlungssituation zu rekonstruieren, indem die Rechtfertigungsmuster der involvierten Akteure analysiert werden (pragmatisches Anliegen). Dieser Anspruch wird auch in dieser Untersuchung verfolgt, indem in einem ersten Analyseschritt geprüft wird, mit welchen Argumenten er sich zu rechtfertigen versucht. In einem zweiten Schritt erscheint es unumgänglich zu sein, die Akteure mit ihrem institutionellen Rahmen in Verbindung zu bringen und sie einer politischen Ebene zuzuordnen. Dieser Schritt ist erforderlich, da der Anspruch verfolgt wird, die Veränderung der dualen Berufsbildung über die Analyse der politischen Mechanismen beziehungsweise Handlungskoordinationen zu erklären.

3.2 ‚Économie des Conventions‘

Vorliegende Untersuchung stützt sich auf die pragmatische Grundlagentheorie (sociologie pragmatique) ‚Économie des Conventions‘ (kurz: EC). Diese Theorie verfolgt einen transdisziplinären Ansatz und entstand in Frankreich aus den Disziplinen der Wirtschaftssoziologie sowie der Sozioökonomie.⁷⁴ Die EC verfolgt einen komplexen pragmatischen Institutionalismus und steht primär für die Analyse ökonomischer Institutionen (Diaz-Bone, 2010, 2015). Dieser Ansatz ermöglicht, „in ein und demselben konzeptuellen Rahmen Beobachtungen aus vollkommen unterschiedlichen Organisationen – Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen, Gebietskörperschaften, öffentliche Verwaltungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen – zu vergleichen und [...] zu sammeln“ (Boltanski & Thévenot, 2007, S. 37). Diese Untersuchung bezieht sich auf die Bildungseinrichtung ‚duale Berufsbildung‘, die sowohl Teil der öffentlichen Verwaltung als auch des privaten Sektors ist.

Als theoretische Perspektive ist die EC aus zwei Gründen wertvoll: Sie weist einerseits ein theoretisch elaboriertes Fundament aus (Diaz-Bone, 2017) und gilt andererseits als „anwendungsbezogener Ansatz, der die empirische Analyse der ökonomischen Koordination und der darin erfolgenden Konstruktionen von Wertigkeiten ermöglicht“ (Diaz-Bone, 2015, S. 20). Der Ansatz verlangt, dass „wir uns nicht nur den Kritiken gegenüber aufmerksam zeigen, sondern auch gegenüber Kompromissbildungen. Diese ermöglichen nämlich, Wesen zusammenzubringen, deren Rechtfertigung normalerweise unterschiedlichen Welten und Allgemeinheitsordnungen angehören“ (Boltanski & Thévenot, 2007, S. 37). Es gilt, den erzeugten transdisziplinären Charakter in den Vordergrund zu rücken. Die nahtlose Integration der „rechtswissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen, statistischen

⁷⁴ Die ‚Économie des Conventions‘ sei aus einer transdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Soziologen, Wirtschaftswissenschaftlern, Historikern und Statistikern im Raum Paris in den 1980er-Jahre entstanden. Insbesondere waren Forscher/-innen der Institute INSEE (Institut National de la Statistique et des Études Économiques) und CEE (Centre d’Études de l’Emploi) daran beteiligt (Diaz-Bone, 2010).

und soziologischen Denkweisen in der Analyse von Institutionen“ ist ein besonderes Merkmal der EC (Diaz-Bone 2015, S. 22).

Die ‚Économie des Conventions‘ vertritt eine traditionelle pragmatische Position des Pluralismus, indem sie einerseits die Vielfalt der ökonomischen Handlungslogiken ins Zentrum rückt und andererseits „radikal mit den vermeintlichen Evidenzen der Mainstream-Ökonomie, wie den gegebenen Eigenschaften und Qualitäten der Güter, der Rationalität der Akteure, dem Markt als sich selbst regulierendem und anonymem Zentralmechanismus für die Ökonomie“ bricht (Diaz-Bone, 2015, S. 20). Dahinter verbirgt sich die Ansicht, soziales Handeln nicht als überdeterminiert auffassen zu wollen. „Ihr⁷⁵ Verständnis von Akteuren und gesellschaftlichen Strukturen vermittelt zwischen beiden ‚Polen‘, indem das Handeln der Akteure und ihre moralischen Fähigkeiten ernst genommen werden, aber parallel auch der strukturelle Charakter der sozialen Welt anerkannt wird, etwa, dass Wissensformen auf einer überindividuellen Ebene angesiedelt sind“ (Grass, 2015, S. 81). Dadurch gelingt es der EC, die verschiedenen methodologischen Einflüsse des Pragmatismus und Strukturalismus in innovativer Weise zu integrieren und sich als hybride Theorie zu präsentieren (Diaz-Bone, 2017). Der Gewinn dieser Hybridisierung wird nachfolgend erklärt.

War die pragmatische Methodologie eher schwach entwickelt, wenn es um die Erklärung sozialer Strukturen (sowie um deren Einbezug in Erklärungen) ging, war die strukturalistische Methodologie ebenso schwach hinsichtlich der Einbeziehung der Agency.⁷⁶ Die ‚Économie des Conventions‘ versucht nun, die Schwächen des Pragmatismus und des Strukturalismus auszugleichen. Angelehnt an den Pragmatismus, verfolgt die EC nun einen radikaleren Pluralismus aufgrund der Feststellung, dass die physische, biologische und soziale Welt durch eine Pluralität existierender Prinzipien strukturiert ist. Weiter erkennt sie Viabilität unter der Vorstellung an, dass lebende Individuum interaktiv und dynamisch

⁷⁵ Mit ‚ihr‘ sind Luc Boltanski und Laurent Thévenot gemeint, die in ihrem originalen Werk ‚De la justification‘ (Boltanski & Thévenot, 1991) den Neuen französischen Pragmatismus formuliert haben. Diese Theorie wurde erstmals im Jahr 2007 mit dem Titel ‚Über die Rechtfertigung‘ ins Deutsche übersetzt (Boltanski & Thévenot, 2007).

⁷⁶ Agency wird in Anlehnung an Emirbayer und Mische (Emirbayer & Mische, 1998) im Sinne der ‚Handlungsfähigkeit‘ verwendet, und zwar in Abgrenzung zu ‚structure‘ und ‚action‘. Auch Geiger übersetzt den Begriff ‚Agency‘ als ‚Handlungsfähigkeit‘ und verwendet ihn entsprechend (Geiger, 2015).

Der Begriff ‚Agency‘ stammt aus dem Agency-Konzept, das von viel Unschärfe geprägt ist (Aussage von Rainer Diaz-Bone am Konventionenworkshop vom 15. September 2017 in Zürich) (Diaz-Bone, 2017). Diese Aussage ist gestützt auf (Emirbayer & Mische, 1998; Helfferich, 2012; Raithelhuber, 2008). Aus dieser Perspektive verwendet auch Geiger (2015) das Agency-Konzept für ihre Untersuchung ‚Handlungsfähigkeit von geduldeten Flüchtlingen‘.

mit der Umwelt verbunden sind, sowie unter der Konsequenz, dass sich die lebenden Individuen der Umwelt andauernd anpassen (Diaz-Bone, 2015, 2017).

Dem Strukturalismus entnimmt die EC die Suche nach Momenten der fundamentalen Opposition. Unsichere Zeitpunkte werden geprägt durch Momente von Kritik, Opposition oder dysfunktionale Konventionen. Solche Momente erfasst die EC in einem ‚Konzept der Situationen‘⁷⁷, denn in diesen finden Legitimationsprozesse statt und werden neue Wertigkeiten sowie Entitäten kreiert. Die EC untersucht primär Legitimationsprozesse, da ihr Hauptinteresse in den Fragen besteht, wie Akteure mit reflexiven Kompetenzen innerhalb ihrer Rahmenbedingungen (strukturalistischer Aspekt) in unsicheren Situationen kreativ und innovativ handeln (pragmatischer Aspekt), um neue Konventionen⁷⁸ beziehungsweise Kompromisse zu vereinbaren (Diaz-Bone, 2015, 2017).

Die Mikroebene wird dadurch zu einem zentralen Schauplatz und ermöglicht einen Einblick in diese Legitimationsprozesse, die in der Perspektive der Educational Governance⁷⁹ eine Blackbox bleiben. Der Blick in diese Blackbox kann gleichzeitig auch als kritischer Einwand gegen den Soziologen Bourdieu verstanden werden: Die EC versucht, mit der einseitigen Vorstellung zu brechen, dass soziale Praktiken ausschliesslich von sozialen Strukturen geprägt sind. Deshalb nimmt sie das reziproke Element auf, dass auch soziale Klassen und Milieus durch soziale Praktiken verändert werden. Diesen Versuch erzeugt sie wie folgt (Diaz-Bone 2015):

1. Gemäss Diaz-Bone verfügen Akteure über kritisch-reflexive Kompetenzen (strukturalistischer Aspekt). Ihr Handeln ist nicht nur durch vorbewusste gesamtgesellschaftliche Strukturen einseitig geprägt, sodass die sozialen Strukturen auf der Makroebene nicht die dominierenden erklärenden Prinzipien für die soziale Realität, das Handeln und die Koordination sind (Diaz-Bone, 2017).
2. Sozialwissenschaftler/-innen vertreten gegenüber ihrem Gegenstand (und den ‚normalen‘ Akteuren) keinen besonderen epistemologischen Standpunkt.
3. Es existiert eine Pluralität (pragmatischer Aspekt) von strukturierenden Prinzipien und nicht nur ein einziges fundamentales Prinzip (wie Bourdieus hierarchisches System aus sozialem Raum, Feld und den verschiedenen Formen von Kapital).
4. Handlung und Agency⁸⁰ können nicht allein durch die inkorporierten Dispositionen (wie das Konzept des Habitus von Bourdieu dies unterstellt) oder durch individuelle

⁷⁷ Siehe dazu Unterkapitel 3.2 auf Seite 67.

⁷⁸ Der Begriff ‚Konventionen‘ wird auf der Seite 71 definiert.

⁷⁹ Siehe dazu Unterkapitel 3.1.

⁸⁰ Siehe dazu Fussnote 76.

Intentionen erklärt werden. Vielmehr müssen nun instrumentelle (Objekte) und kognitive Dispositive in einer Tiefenstruktur sowie Diskurse herangezogen werden, die in Situationen vorhanden sind und die zusammen mit Konventionen und Kompetenzen das Handeln der Akteure mitbeeinflussen (Diaz-Bone, 2017).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der konventionentheoretische Ansatz (‘*Économie des Conventions*’) sich hauptsächlich auf institutionelle Legitimationsprozesse fokussiert, indem er soziokulturelle Handlungslogiken sowie institutionelle Arrangements zu verknüpfen versucht (Diaz-Bone, 2015). Dadurch geraten Aushandlungsprozesse in den Blick, um mit neu ausgehandelten Konventionen (wie zum Beispiel stabilisierten Kompromissen) Veränderungen innerhalb einer Bildungseinrichtung zu erklären. Ausgangspunkte solcher Aushandlungsprozesse sind unsichere Situationen, die neue Verhandlungen über Regelungen zwischen bestimmten Akteuren bedingen. Die Konventionentheorie beschreibt im ‚Konzept der Situation‘ näher, was unter einer unsicheren Situation zu verstehen ist.

Konzept der Situation

Der konventionentheoretische Ansatz besteht aus verschiedenen Konzepten. Das eine zentrale Konzept der EC ist das ‚Konzept der Situation‘, da es die Ausgangspunkte der empirischen Untersuchung definiert. Um dieses Konzept näher zu erläutern, werden in diesem Abschnitt drei Fragen aufgeworfen: 1. ‚Weshalb sind *Situationen der Unsicherheit* zentrale Momente?‘; 2. ‚Wie wird eine *Situation* in der EC definiert?‘; 3. ‚Was sind beispielsweise für diese Untersuchung relevante und konkrete *Situationen*?‘.

Die Antwort auf die erste Frage – ‚Weshalb sind *Situationen der Unsicherheit* zentrale Momente in der EC?‘ – wird im Werk von Boltanski und Thévenot aus dem Jahr 2007 plausibel erklärt. Das Problem der Einigung gehört zu den grundlegenden Themen, die

„[...] die Sozialwissenschaften von der politischen Philosophie geerbt und sich in mannigfaltiger begrifflicher Form – als Ordnung, Gleichgewicht, Norm oder Kultur – angeeignet haben (Habermas, Theorie). Es lässt sich jedoch auf keinen Fall losgelöst von jenen Momenten behandeln, die zum Aufbrechen einer Ordnung führen und die sich in Krisen, Ungleichgewicht, Kritik, Streit und Infragestellung bemerkbar machen“ (Boltanski & Thévenot, 2007, S. 45).

In Krisensituationen oder Momenten, in denen Ordnungen oder Abläufe kritisch infrage gestellt werden, sind Akteure gezwungen, zu handeln. Für Boltanski und Thévenot sind solche Momente besonders interessante Untersuchungssituationen.

„Zudem schien sich für uns die vorrangige Auswahl solcher Momente besonders für die Untersuchung einer Gesellschaft wie der unseren zu eignen, in der die Kritik ja eine derart zentrale

Rolle spielt und zugleich für die Akteure eines der wichtigsten ihnen verfügbaren Werkzeuge darstellt, mit dem sie das Verhältnis des Besonderen zum Allgemeinen und des Lokalen zum Globalen erproben können“ (Boltanski & Thévenot, 2007, S. 34).

Das Verhältnis belassen sie aber nicht nur beim ‚Lokalen zum Globalen‘, sondern beziehen es auch auf das zwischen ‚Personenzuständen‘ und ‚Dingzuständen‘ (Boltanski & Thévenot, 2007, S. 11). Diese Verhältnisse sind in unsicheren Momenten kritisch und müssen neu ausgehandelt oder stabilisiert werden.

Der Begriff ‚Moment‘ wird in der deutschen Übersetzung teilweise mit dem Begriff der ‚Situation‘ gleichgesetzt. In der Transformation der EC vom französischen in den deutschen Sprachraum hat sich der Begriff der ‚Situation‘ aber durchgesetzt und wurde von Rainer Diaz-Bone im ‚Konzept der Situation‘ erfasst. Diaz-Bone ist es auch, der auf die zweite Frage – ‚Wie wird eine *Situation* in der EC definiert?‘ – eine Antwort formuliert. Angelehnt an Diaz-Bone, ist eine ‚Situation‘ nicht auf eine Face-to-Face-Situation reduzierbar. „Situationen sind komplexe Konstellationen von Objekten, kognitiven Formaten, Koordinationserfordernissen (Problemen), institutionellen Arrangements (wie Organisationen), Personen und Konzepten“ (Diaz-Bone, 2015, S. 328). Aufgrund solcher Situationen werden zum Beispiel neue Gesetze geschaffen, die als Dispositive verstanden werden, um die Koordinationsprobleme und Konflikte lösen zu können (Diaz-Bone, 2014).

Nach den theoretischen Definitionen über die Relevanz der ‚Situationen der Unsicherheit‘ für die EC sowie dem Situationsbegriff selbst stellt sich die dritte Frage, was beispielsweise konkrete Situationen sind, die in dieser Untersuchung analysiert werden. Es werden bewusst lediglich zwei Beispiele von konkreten Situationen gewählt, da es der Leseführung wegen unsinnig wäre, hier alle Situationen auszulegen, die untersucht wurden.

Die Institution ‚duale Berufsbildung‘ wurde zwischen 1954 und 1980 mehrfach kritisch hinterfragt (Bundesrat, 1962, 1972, 1977), da bewegende Geschehnisse das Umfeld der ‚dualen Berufsbildung‘ verändert haben: Erstens mangelte es auf dem Arbeitsmarkt an qualifizierten Fachkräften; zweitens wählten durch die Expansion der Gymnasien zunehmend begabte Schüler/-innen den allgemeinbildenden Ausbildungsweg; drittens waren auf dem Arbeitsmarkt durch den fortschreitenden Technologiewandel vermehrt besser qualifizierte Arbeitnehmer/-innen gesucht.⁸¹ Diese Veränderungen verunsicherten die bestehende Institution ‚duale Berufsbildung‘ und erforderte Anpassungen und Ergänzungen, die verschiedene bildungspolitisch engagierte Akteure wie BIGA-Vertreter/-innen, Vertreter/-innen des kantonalen Berufsbildungsamtes des Kantons Luzern sowie Berufsverbände auszuhandeln hatten. Aus dieser ‚Situation‘ sind zwei neue Organisationen wie das Zentral-

⁸¹ Siehe Unterkapitel 2.1, 2.2 und 5.1.

schweizerische Technikum Luzern (Unterkapitel 5.2) sowie die Berufsmittelschulen (Unterkapitel 5.3) des Kantons Luzern entstanden. Die Konzentration auf diese zwei Situationen beruht auf der Grundannahme, dass situatives Handeln in einer Institution – in diesem Fall der ‚dualen Berufsbildung‘ – eingelagert ist und „der Situationsbegriff und die Zeitlichkeit der Situation nicht auf einzelne, abgetrennte Interaktionssituationen verkürzt werden“ (Diaz-Bone, 2015, S. 328).

Solche unsicheren ‚Situationen‘ erfordern kreative und innovative Koordinationen, ausgeführt durch interagierende Akteure (Diaz-Bone, 2015, 2017). Die Institution ‚duale Berufsbildung‘ ist eine komplexe Institution, bedingt durch ihre tripartite organisierte Struktur. Sie ist geprägt durch die staatlichen Akteure Bund und Kanton sowie die Berufs- und Fachverbände der Berufsbildung. Letztere zeichnen hauptsächlich für den Inhalt der dualen Berufsbildung verantwortlich und sind oftmals privatrechtlich organisiert. Sie haben die Aufgabe, Kompromisse mit den staatlichen Akteure, die für die Aufsicht der Berufslehre sowie die Berufsschulen zuständig sind, Aushandlungsprozesse zu führen und Kompromisse⁸² in politischen, soziologischen, wirtschaftlichen, pädagogischen sowie rechtlichen Fragen innerhalb der Institution ‚duale Berufsbildung‘ zu schliessen.

Die Trägerschaft und die Koordination der beiden Bildungsorganisationen Berufsmittelschule und Zentralschweizerisches Technikum sind gesetzlich reglementiert. Diese Gesetze werden in dieser Untersuchung als neu entstandene ‚Konventionen‘ betrachtet, die aus verschiedenen unsicheren Situationen wie Nachwuchsmangel oder rasch voranschreitendem technologischen Fortschritt entstanden sind. Der Analysefokus ist bewusst auf diese zwei in den Jahren 1971 und 1957 neu entstandenen Organisationen gerichtet, um die Forschungsfrage zu prüfen, wie die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 stattgefunden hat und wie sie bildungspolitisch begründet wurde. Beide Organisationen (Berufsmittelschule und Technikum) lassen sich mit dem allgemeinbildenden Ausbildungsweg an Gymnasien sowie an einer Hochschule vergleichen. Der Vergleich ist in diesem Sinne zu verstehen, dass die Berufsmittelschulen genauso wie die Gymnasien bis heute auf der Sekundarstufe II angesiedelt sind. Zudem befähigte theoretisch⁸³ ein erfolgreicher Abschluss der Berufsmittelschule als allgemeinbildender Schulungsweg zum prüfungsfreien Übertritt an das Technikum. Dort fand die Ausbildung zum

⁸² „Der Ansatz verlangte, dass wir uns nicht nur den Kriterien gegenüber aufmerksam zeigten, sondern auch gegenüber Kompromissbildungen. Sie (die Konventionentheorie, Anm. K. B.) ermöglicht nämlich, Wesen zusammenzubringen, deren Rechtfertigung normalerweise erforderte, sie auf unterschiedliche Welten, die unterschiedlichen Allgemeinheitsordnungen angehören, aufzuteilen“ (Boltanski & Thévenot, 2007, S. 37).

⁸³ Theoretisch war es so geregelt, dass die Abgänger/-innen der Berufsmittelschule prüfungsfrei an das Technikum wechseln durften. Praktisch erhoben die Technika aber Zulassungsprüfungen, um die Anzahl der Absolventen zu regulieren.

Ingenieur statt und baute schwerpunktmässig auf der praktischen Berufserfahrung der Teilnehmer/-innen auf. Als weiterführende Ausbildung nach Abschluss der Sekundarstufe II ist das Technikum auf derselben Stufe wie die Universität anzusiedeln. Mit dem heutigen Fachhochschulgesetz⁸⁴ ist dies seit 1996 gesetzlich so geregelt.

Neben dem ‚Konzept der Situation‘ ist für diese Untersuchung der ‚pragmatische Institutionalismus‘ relevant, denn im Kanton Luzern ist die duale Berufsbildung ein Komplex aus verschiedenen Organisationen,⁸⁵ deren Regeln oder gesetzlichen Rahmenbedingungen zwischen 1954 und 1980 angepasst, verändert oder neu formuliert wurden. Die aus diesen Koordinationsprozessen hervorgegangenen Regeln oder Organisationen basieren auf ‚Qualitätskonventionen‘, anhand derer die beteiligten Akteure argumentieren. In den zwei nachfolgenden Unterkapiteln werden der ‚pragmatische Institutionalismus‘ und die ‚Qualitätskonventionen‘ umschrieben und definiert.

Pragmatischer Institutionalismus

Der EC liegt ein holistisches Konzept zugrunde, obwohl sie bis heute keine vollständige ‚Theorie der Institution‘ vorlegen kann. Dennoch definiert die EC Institutionen als „Regeln (wie Gesetze), Dispositive (wie Organisationen) oder andere soziale konstruierte Sachverhalte, die Akteure in Koordinationen heranziehen“ (Diaz-Bone, 2015, S. 348). Dieser reglementierende Kontext ist gemäss EC „unvollständig“ (Diaz-Bone, 2009, S. 252), da ihre Handhabung interpretiert werden muss. Denn Akteure müssen sich innerhalb einer Institution „über die ‚Art‘ der Situation, die ‚Natur‘ der einbezogenen Objekte, die ‚Natur‘ des Kontextes und [über, Anm. K. B.] die Anwendung der darauf zu beziehenden Regeln verständigen“, um die Handlungen innerhalb einer Institution koordinieren zu können (Diaz-Bone, 2009, S. 254).

Institutionen werden somit nicht als gegebene externe Bedingungen gesetzt, sondern werden durch Konventionen ergänzt, die die Akteure in unterschiedlichen Situationen aushandeln und erzeugen. Die Trennung zwischen Institutionen als externe Bedingung für individuelles Verhalten weist die EC zurück. An diese Stelle tritt das Modell des Netzwerks, das aus Menschen, Dingen sowie kognitiven Konzepten besteht und denen zugeschrieben

⁸⁴ Das Fachhochschulgesetz (FHSg) ist gesetzlich als Bundesgesetz über die Fachhochschulen, 414.71, seit dem 1. Oktober 1996 in Kraft, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19950279/> (aufgerufen am 6. Oktober 2017).

⁸⁵ Die Institution ‚duale Berufsbildung‘ bestand im Kanton Luzern in der Zeitphase 1954 bis 1980 beispielsweise aus dem Amt für Berufsbildung, dem Berufsschulinspektorat, der Aufsichtskommission der Berufsmittelschulen des Kantons Luzern, des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, der Berufsmittelschule des Kantons Luzern und sämtlicher Gewerbeschulen auf Gemeindeebene.

wird, dass aus ihnen neue Phänomene entstehen. In diesem Aspekt lehnt sich die EC stark an die Actor-Network-Theorie (ANT) an, die die ‚neuen‘ Sozialwissenschaften aus Frankreich stark beeinflusst hat. Die EC und die ANT teilen fundamentale theoretische Positionen (Diaz-Bone, 2010, 2015). Einen theoretischen Aspekt, den die EC sowie die ANT für sich beanspruchen, ist das Objekt.

„Objekte ‚partizipieren‘ in Prozessen der Vergesellschaftung. Objekte sind in Prozesse der sozialen Konstruktion und konstruktive Praktiken involviert. Die Wertigkeit (worth) von Objekten und Individuen wird in einem Prozess wechselseitiger Zuschreibung hervorgebracht. Objekte sind die Referenz und die Basis für den ‚Test‘ dieser Wertigkeit von Individuen und ihren Handlungen. Und auch umgekehrt gilt, dass die soziale Bedeutung und Wertigkeit von Objekten (zum Beispiel ‚Produkte‘) konstruiert werden, indem sie sich auf Praktiken, kognitive Konzepte und kognitive Formate bezogen beziehungsweise in diese einbezogen werden“ (Diaz-Bone, 2015, S. 339).

Durch diese prozesshafte und wechselseitige beziehungsweise pragmatische Analysestrategie erhebt die EC den Anspruch, die Monokausalität zu überwinden, was gleichzeitig aber zu einer Steigerung der Komplexität führt. Um diese wieder einschränken zu können, entwickelten Boltanski und Thévenot (Boltanski & Thévenot, 2007) acht Qualitätskonventionen, die als Analyseinstrumente der Zuschreibung von Wertigkeiten dienen (Tabelle 2).

Qualitätskonventionen

Das Konzept der Konventionen ist für die EC nicht nur namensgebend,⁸⁶ sondern zentral. Unter ‚Konventionen‘ werden in der konventionentheoretischen Perspektive „geteilte überindividuelle Logiken, wie Akteure ihre Handlungen koordinieren und Handlungen anderer Individuen und Objekte in Situationen evaluieren können, die ihrerseits durch Unsicherheit gekennzeichnet sind“, verstanden (Eymard-Duvernay 1989; Thévenot 1989; Salais 1989, 2007a; Storper/Salais 1997; Diaz-Bone 2009a, in: (Diaz-Bone, 2015, S. 325). Konkret können Konventionen Gesetze, Verordnungen, Regeln oder traditionell gewachsene Handlungsabläufe sein, die schliesslich Koordinationsprozesse innerhalb einer Institution – wie die ‚duale Berufsbildung‘ eine ist – prägen. Konventionen können aber auch Akteuren Aufschluss darüber geben, wie sie in einer Unsicherheit über ökonomisch relevante Qualitäten innerhalb einer Institution handeln sollen (Diaz-Bone, 2015). Sie sind als Kompro-

⁸⁶ Auch wenn das Konzept der Konvention ein Zentralkonzept ist, wird es mit vielen anderen Konzepten wie Forminvestition, Äquivalenz, Pluralität, Intermediäre und Realitätstests vernetzt, sodass mit der EC ein umfassender und vollständiger wirtschaftssoziologischer sowie institutionentheoretischer Ansatz vorliegt“ (Diaz-Bone, 2015, S. 21 & 136).

misse zu verstehen, die Evaluation, Wertigkeit und Qualität (von Objekten, Personen, Handlungen, Kategorien usw.) in sich tragen. „Qualitätskonventionen sind nicht als ‚Standards‘ für ‚Qualität‘ aufzufassen. Sie sind vielmehr als Koordinationslogiken zu verstehen, die Akteure heranziehen für die ‚Qualifizierung‘ von Objekten (wie Produkte), Personen oder Handlungen“ (Eymard-Duvernay 1986, 1989, in: Diaz-Bone 2015, S. 137). In dieser Untersuchung stellt zum Beispiel das Zentralschweizerische Technikum Luzern eine Organisation dar, die von unterschiedlichen Konventionen geprägt ist.⁸⁷ Diese Konventionen sind über einen Koordinationsprozesse ausgehandelt worden (siehe Prozessanalyse der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikum Luzern in Abschnitt 5.2.1), indem die Vertreter/-innen der Wirtschaft, wie beispielsweise der Direktor der Firma Schindler AG, und des Kantons Luzern, wie beispielsweise der Regierungsrat Luzern, wechselseitig über eine sinnvolle Koordinationslogik der Organisation ZTL verhandelt haben.

Um komplexe ‚Koordinationslogiken‘ zu analysieren, werden acht Kategorien von Qualitätskonventionen gebildet und jeweils eine Konvention der entsprechenden Kategorie zugeordnet. Ursprünglich zählten zu diesem Konzept der Konventionen sechs Rechtfertigungsordnungen, entwickelt über mehrere Arbeiten⁸⁸ von François Eymard-Duvernay und Laurent Thévenot im Jahr 1986. Sie beziehen sich dabei auf die Theoriearbeit von Luc Boltanski und Laurent Thévenot. Die Rechtfertigungsordnungen wurden im Jahr 1989 von Eymard-Duvernay und Thévenot auch als ‚Qualitätskonventionen‘ bezeichnet und schliesslich um die ökologische Konvention und Netzwerkkonvention erweitert (Diaz-Bone, 2015). Heute zählt die EC acht ‚Qualitätskonventionen‘:

1. Marktkonvention (‚Welt des Marktes‘),
2. Die industrielle Konvention (‚industrielle Welt‘),
3. Die handwerkliche Konvention (‚Welt des Hauses‘),
4. Die Konvention der Bekanntheit (‚Welt der Meinung‘),
5. Die Konvention der Inspiration (‚Welt der Inspiration‘),

⁸⁷ Das ZTL ist geprägt vom BBG 1963 und 1978, vom kantonalen Erziehungsgesetz des Kantons Luzern, vom Gesetz über das Zentralschweizerische Technikum Luzern sowie vom Konkordat des ZTL.

⁸⁸ Eymard-Duvernay, François (1986): La qualification des produits. In: Salais, Robert/Thévenot, Laurent (Hrsg.) (1986): *Le travail. Marché, règles, conventions*. Paris: Economica, S. 239–247.

Thévenot, Laurent (1986): *Economie et formes conventionnelles*. In: Salais, Robert/Thévenot, Laurent (Hrsg.) (1986): *Le travail. Marchés, règles, conventions*. Paris: Economica, S. 195–217.

Eymard-Duvernay, François/ Thévenot, Laurent (1986): *L’économiste et son modèle*. In: Thévenot, Laurent (Hrsg.) (1986): *Conventions économiques. Cahiers du centre d’études de l’emploi 29*. Paris: Presses Universitaires de France, S. 129–150.

6. Die staatsbürgerliche Konvention („staatsbürgerliche Welt“),
7. Die ökologische Konvention („grüne Welt“),
8. Die Netzwerkkonvention („projektbasierte Welt“).

Dieser acht Qualitätskonventionen können sich die Akteure für die Legitimation ihrer Koordinationsvorschläge bedienen und damit neue Koordinationslogiken aushandeln. Da Akteure Gesetze, Verordnungen oder Verträge „formulieren müssen, nach denen die menschlichen Wesen miteinander in Beziehung treten [...], müssen sich die beiden Disziplinen [Soziologie und Ökonomie] auf eine Regel der Einigung (die kollektive Identität oder das marktfähige Gut), eine universelle Form stützen, welche die Partikularitäten der Einzelpersonen transzendiert“ (Boltanski & Thévenot, 2007, S. 50).

Die Analyse der Koordinationsprozesse in Kapitel 5 „Empirischer Teil: Expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern“ zeigt, dass die involvierten Akteure in diesen Fällen lediglich mit fünf der acht Qualitätskonventionen argumentierten – und dies, obwohl in dieser Untersuchung mit allen acht Qualitätskonventionen gearbeitet wurde. Die herausgeschälten fünf Qualitätskonventionen wollen nachfolgend erklärt und mit Beispielen, wie sie in dieser Untersuchung erforscht wurden, verdeutlicht werden: Marktkonvention, industrielle, handwerkliche Konvention, Konvention der Bekanntheit und staatsbürgerliche Konvention. Diese gewählte Reihenfolge hat in Bezug auf diese Untersuchung keine Bedeutung, sondern entspricht der Aufzählung auf der vorangegangenen Seite.

1. Marktkonvention (Welt des Marktes), Verfolgung eigennütziger Ziele

Die Marktkonvention ist vorwiegend in westlichen und kapitalistischen Gesellschaften bekannt. Ihre Qualität zeichnet sich aus durch Personen, die eine bestimmte Kaufkraft (Käufer/-in) haben und sich im Wettbewerb behaupten können (Verkäufer/-in). Dies tun sie in Verhandlungsprozessen, in denen sie einem Produkt einen bestimmten Wert zuschreiben. Das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot spielt dabei stets eine Rolle. Der Produktewert findet schliesslich in einem aktuellen Preis Ausdruck, was zur Folge hat, dass sich die Qualität beziehungsweise der Preis eines Produkts immer auf eine bestimmte und kurze Zeitorientierung bezieht und volatil ist (Diaz-Bone, 2015). Kann sich schliesslich ein Produkt auf dem Markt etablieren, wird in der Konventionentheorie von einer Forminvestition gesprochen. Diese theoretischen Annahmen lassen sich nun auf diese Untersuchung transferieren.

In dieser Untersuchung argumentieren sowohl die Vertreter/-innen des Staates als auch Vertreter/-innen der Wirtschaft marktwirtschaftlich. Vertreter/-innen der Wirtschaft bedienen sich dieses Arguments fast immer dann, wenn es darum geht, das Personal im Unternehmen besser zu qualifizieren, um als Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbs-

fähig zu bleiben. Vertreter/-innen des Kantons Luzern tun dies aus volkswirtschaftlichem Interesse für den Kanton Luzern.

Im untersuchten Quellenkorpus kam die Marktkonvention an unterschiedlichen Stellen vor und zeigte sich in unterschiedlichen qualitativen Ausprägungen (siehe Tabelle 2 Seite 92). Das Bewertungskriterium für die Marktkonvention ist der Preis, deren Wertigkeit sich durch die Nachfrageorientierung auszeichnet, und die Prüfung des Preises erfolgt anhand der Wettbewerbsfähigkeit. Zum Beispiel erstellte der Kanton Luzern im Jahr 1957 das Zentralschweizerische Technikum Luzern (ZTL). Die Nachfrage nach Studienplätzen am ZTL war von Beginn an vorhanden und stieg kontinuierlich an (siehe Abschnitt 5.2.2). Zudem hat sich dieses Angebot für die Unternehmen und den Kanton Luzern gelohnt. Ein Abgänger des ZTL war für die Unternehmen wettbewerbstechnisch von Bedeutung (siehe Unterkapitel 2.1). Für das zentralschweizerische Berufsbildungsangebot bedeutete das ZTL eine Attraktivitätssteigerung, was für den damaligen Kanton Luzern ohne Universität (siehe Unterkapitel 2.6) volkswirtschaftlich von Bedeutung war. Die folgenden drei Beispiele sollen verdeutlichen, wie die Verfasserin in dieser Untersuchung mit der Marktkonvention umgegangen ist.

Beispiel I: „Die BMS-Versuchsklasse getragen vom Kanton und der Stadt Luzern kann somit die Grundlage werden für eine zusätzliche Bildungsmöglichkeit im Rahmen der Berufsausbildung. Damit kann sicher ein wesentlicher Beitrag zur Hebung der Attraktivität der handwerklich-industriellen Berufslehre geleistet werden“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*).⁸⁹

Beispiel II: „Die Anzahl der Berufsschülerinnen und -schüler an der Gewerbeschule der Stadt Luzern stieg auch bis ins Jahr 1966 weiter an“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Nachfrageorientierung*).⁹⁰

Beispiel III: „Für die Gewerbliche Berufsschule Emmen eigene Schulräume ausserhalb der Gersaganlage zu schaffen. Damit könnten die dringenden Bedürfnisse der Sekundarschulen in den nächsten Jahren befriedigt werden. Auch aus erzieherischen Gründen wäre eine Trennung der Volksschule von der Berufsschule zu begrüssen.“⁹¹ Die Lehrerschaft verlieh mit diesem Antrag dem Bedürfnis nach mehr Räumlichkeiten und einer verbesserten Un-

⁸⁹ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschule und Gewerbeschule der Stadt Luzern. Der Berufsschulinspektor des Berufsschulinspektorats des Kantons Luzern, Walter Ackermann, schreibt die Schuldirektion der Stadt Luzern an, Luzern, 29. Juni 1971.

⁹⁰ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Gewerbliche Berufsschule Emmen – Emmenbrücke. Der Vorsteher Theophil Wegelin, Emmenbrücke, 27. Juli 1966.

⁹¹ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Brief. Verlegung der Gewerbeschule. Lehrerschaft Schulhaus Gersag an die Schulverwaltung Emmen. Emmenbrücke, 28. August 1969. S. 1.

terrichtsqualität Ausdruck (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument des Bedürfnisses; industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung*).

In diesen drei Beispielen offenbaren sich unter anderem die verschiedenen Qualitäten der Marktkonvention. Das bedeutet, innerhalb der Marktkonvention kann das Argument unterschiedliche qualitative Ausprägungen zeigen, wie etwa das Bedürfnis nach einem bestimmten Angebot, Nachfrageorientierung und Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens. Im Vergleich zur Konvention beschreiben diese qualitativen Ausprägungen die Werthaltungen beziehungsweise die Beweggründe der verschiedenen Akteure noch genauer (siehe Tabelle 2 Seite 92). Für die Rekonstruktion der Ausrichtung oder des Aufbaus einer Organisation einer Rekonstruktion ist dies insofern wertvoll, als dass die bildungspolitischen Beweggründe sichtbar werden.

Wie aus Beispiel III hervorgeht, verwenden die Akteure teilweise mehrere Konventionen gleichzeitig. Dies ist je nach Anliegen kaum zu vermeiden und politisch/strategisch je nachdem anzuraten, um das Anliegen mehrheitsfähiger auszudrücken.

2. Industrielle Konvention (industrielle Welt)

Bei dieser Konvention geht es darum, dass Produkte beziehungsweise Organisationen, wie in dieser Untersuchung beispielsweise die Errichtung der Berufsmittelschulen oder das Zentralschweizerische Technikum, langfristig und effizient geplant werden. Dies wird mit gesellschaftlichem Fortschritt verbunden und ist explizit auf die Zukunft ausgerichtet. Die industrielle Konvention zielt mithin nicht auf die Befriedung einer aktuellen Nachfrage ab (Boltanski & Thévenot, 2007; Diaz-Bone, 2015). In den Planungsphasen beziehungsweise Koordinationsprozessen treten Akteure einander in einer funktionalen Beziehung gegenüber. Das Eigeninteresse steht dabei nicht im Vordergrund, sondern das Interesse, die Planung rational und wissenschaftlich zu optimieren (Diaz-Bone, 2015). Die Wissenschaftlichkeit zeigt sich in dieser Untersuchung an dem Beispiel, wo die Vertreter/-innen des Staates den Bedarf des Zentralschweizerischen Technikums von einer Expertenkommission wissenschaftlich abklären liessen. Forminvestitionen wurden zudem durch transparente Budgetrechnungen dargestellt, sodass Kalkulationen möglich wurden. „Die industrielle Welt hat eine enorme Verbreitung, denn die Strategien der Planung, Standardisierung, Effizienzsteigerung und Bezifferung zur Koordination von Produktion finden sich in vielen sozialen Bereichen“ (Diaz-Bone, 2015, S. 143).

Die industrielle Konvention zeichnet sich wie alle anderen sieben Qualitätskonventionen ebenfalls durch unterschiedliche qualitative Ausprägungen aus. Grundsätzlich dient als Bewertungskriterium die Effizienz (siehe Tabelle 2 auf Seite 92). Die Logik der Planung ist bestimmt durch die Organisationsform und deren Qualität. Eine wissenschaftliche Expertise wird durch professionell-wissenschaftliche Kompetenzen einer Person möglich, und eine planerische Rationalität weist sich beispielsweise durch ein Budget aus. Die Be-

ziehungslogik zwischen Personen oder einer Person und dem Produkt sowie umgekehrt ist bestimmt durch deren Funktionalität. Die qualitativen Ausprägungen haben sich in den nachfolgend dargestellten Auszügen aus den analysierten Koordinationsprozessen in Kapitel 5 beispielsweise wie folgt gezeigt:

Beispiel I: Aus den stundenplan- und lehrplantechnischen Gründen wird die Einführung des ‚berufsbegleitendem Modells‘ gefordert (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*). Durch das Vollmodell ‚Berufsmittelschule‘ seien in der Stadt Ungerechtigkeiten in den Weiterbildungschancen entstanden.⁹²

Beispiel II: Der Gemeinderat begründete diesen Antrag einerseits mit dem Anliegen, die Gewerbeschule weiter auszubauen und den Berufsschulunterricht zu vereinheitlichen (*industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung und Effizienz*), und andererseits mit dem Argument, die Belegung der verfügbaren Schulräume im Schulhaus Gersag besser koordinieren zu können.⁹³

Beispiel III: So argumentierte zum Beispiel Theophil Wegelin wie folgt: „Ein Lehrer für das Zeichnen muss das Technikum besucht haben. Ferner ist es wertvoll, wenn er in einem Betrieb tätig ist“ (*industrielle Konvention, Argument der Qualifikation der Person, professionelle/wissenschaftliche Kompetenz*).⁹⁴

3. Handwerkliche Konvention (‚Welt des Hauses‘)

Theoretisch stehen bei der handwerklichen Konvention nicht die wissenschaftlich geleitete Produktion und transparente Forminvestition, sondern die Handarbeit, die „auf körpergebundener Erfahrung und Meisterschaft beruht“, im Vordergrund (Diaz-Bone, 2015, S. 144). Es geht also um die Produktion von Einzelstücken, wie beispielsweise die Produktion einzelner Möbelstücke. Boltanski und Thévenot sprechen diesbezüglich von häuslichen Konventionen, die auf Vertrauen und Traditionen beruhen und auf Präzedenzfällen aufbauen (Boltanski & Thévenot, 2007). Personen in der ‚Welt des Hauses‘ sind auf verschiedene Arten und Weisen miteinander verbunden. Dies können Verwandtschaftsbeziehungen sein, Hierarchien, Loyalität, dieselbe Herkunft oder Abstammung, durch das Vertrauen

⁹² GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

⁹³ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Antrag. Schaffung einer dritten vollamtlichen Lehrstelle an der Gewerblichen Berufsschule Emmen gemäss Gemeindeordnung 15, Ziff. 11. Der Gemeinderat an die Gemeindeverwaltung Emmen. Emmen 14. Januar 1969.

⁹⁴ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1957, S. 4 f.

oder die personale Abhängigkeit. „Qualität und Wertigkeit kommen einer Person zu, wenn sie einen Status und Rang aufgrund dieser Art von Beziehung einnimmt und so Autorität inne hat“ (Diaz-Bone, 2015, S. 144). Die Umgangsformen dieser Welt sind gekennzeichnet durch Titel und Anredeformen, die sich auf den Status beziehen. Gleichwohl hat dieser keinen standardisierten Charakter, da das Wissen personengebunden ist.

Das Beurteilungskriterium für die handwerkliche Konvention lautet Anerkennung und Reputation. Dieses zeichnet sich durch unterschiedliche qualitative Ausprägungen aus (siehe Tabelle 2 auf Seite 92): Die Beziehungslogik zwischen Personen oder einem Produkt und einer Person ist das Vertrauen. Die Qualität eines Produkts zeichnet sich durch Dauerhaftigkeit aus und ist aus einer familiären Unternehmensform oder einem mittelständischen Unternehmen entstanden. Die Prüfung der Beziehung oder des Produkts geschieht über die Vertrauenswürdigkeit. Die handwerkliche Konvention hat sich innerhalb der analysierten Koordinationsprozesse in Kapitel 5 an unterschiedlichen Stellen offenbart. Die nachfolgenden drei Beispiele verdeutlichen die verschiedenen qualitativen Ausprägungen der handwerklichen Konvention:

Beispiel I: Um zu verhindern, dass die Gewerbeschule der Stadt Luzern zu einer Mammutschule anwächst und die einzelnen Lehrlinge vollkommen anonym wurden (*industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung; handwerkliche Konvention, Argument des Vertrauens*), beantragte der Vorsteher der Gewerblichen Berufsschule Emmen, Theophil Wegelin, beim Gemeindeammann und Präsidenten der Aufsichtskommission der gewerblichen Berufsschule Emmen eine Erhöhung der Lehrlingszahlen an der Gewerbeschule in Emmen.⁹⁵

Beispiel II: Der Vorsteher der Gewerblichen Berufsschule Emmen, Theophil Wegelin, beantragte beim Gemeindeammann und Präsidenten der Aufsichtskommission der gewerblichen Berufsschule Emmen eine Erhöhung der Lehrlingszahlen an der Gewerbeschule in Emmen.⁹⁶ Er begründete sein Anliegen mit der seit 1913 bestehenden Tradition in Emmen, den Lehrlingen in der Region die notwendige berufliche Ausbildung zu ermöglichen (*handwerkliche Konvention, Argument der Vertrautheit mit der beruflichen Ausbildung und Tradition seit 1913; staatsbürgerliche Konvention, Argument des sozialen Engagements der Gemeinde Emmen*).

Beispiel III: Es verstehe sich, dass der angehende Techniker in gut ausgestatteten Laboratorien sich durch eigenes Handanlegen über den Aufbau, das Betriebsverhalten und die

⁹⁵ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Gewerbliche Berufsschule Emmen – Emmenbrücke. Der Vorsteher Theophil Wegelin, Emmenbrücke, 27. Juli 1966.

⁹⁶ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Gewerbliche Berufsschule Emmen – Emmenbrücke. Der Vorsteher Theophil Wegelin, Emmenbrücke, 27. Juli 1966.

Wartung der Maschinen und Apparate, die er zu berechnen und zu gestalten hat, Rechenschaft geben müsse, berichteten Hofer und Schürch. Die Arbeit in den Laboratorien gehöre daher zu den wesentlichen Aufgaben des Studiums am Technikum (*handwerkliche Konvention, Argumente der Forschung und Entwicklung sowie der dauerhaften Qualität*) (Gelpke, 1958; Karrer, 1958).

Im Vergleich zur reinen Nennung der handwerklichen Konvention gewähren die qualitativen Ausprägungen einen tieferen Einblick in die ‚Welt des Hauses‘. Für die Rekonstruktion der Ausrichtung sowie den Ausbau der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern ist dies insofern gewinnbringend, als dass eine Beleuchtung der bildungspolitischen Beweggründe möglich wird und ein Argumentationsmuster erklärt werden kann.

4. Konvention der Bekanntheit (‚Welt der Meinung‘)

Bei der Konvention der Bekanntheit wird die Meinung anderer als Grundlage für die Wertschätzung von Personen dargestellt. „Die Wertigkeit ist das Ausmass an Ruhm, Ehre, Anerkennung und Bekanntheit (Diaz-Bone, 2015, S. 144). Boltanski und Thévenot ziehen auch den Vergleich der Wertigkeit mit der Ökonomie, indem durch die Meinung anderer einer bestimmten Person Anerkennung ‚übertragen‘ wird. Das führt dann zu einem bestimmten Kredit an Anerkennung. Mit diesem Kredit kann eine Parallele zur Ökonomie gezogen werden. Personen können sich auch über öffentliche Medien Anerkennung holen – dabei sprechen Boltanski und Thévenot dann von Prominenz (Boltanski & Thévenot, 2007).

Die Konvention der Bekanntheit kann über unterschiedliche Kanäle beurteilt werden – seien dies Logos oder Verkaufszahlen einer Firma, Ehrentitel in der Wissenschaft, Marketing und Werbeabteilungen in einem Unternehmen oder Öffentlichkeitsarbeit (siehe Tabelle 2 Seite 92). Alle diese Kanäle ermöglichen es, die öffentliche Meinung positiv zu beeinflussen und das Image einer Person oder deren Positionierung zu begünstigen.

Die Konvention der Bekanntheit hat sich in den analysierten Koordinationsprozessen (siehe Kapitel 5) nur gerade an drei Stellen gezeigt. Ferner erweist es sich als auffallend, dass die Konvention der Bekanntheit jedes Mal in Kombination mit einer zweiten Konvention vorkam. Dies führt die Verfasserin dieser Arbeit auf den untersuchten Gegenstand ‚duale Berufsbildung‘ zurück. Dieser Gegenstand ist geprägt von öffentlich-rechtlichen Organisationen, die juristisch geregelt sind. Hätte die Verfasserin also vermehrt Argumente allein gestützt auf die Konvention der Bekanntheit erforscht, ergäbe dies ein falsches Bild in Bezug auf die Verhandlungsprozesse zwischen den Organisationen.

Die nachfolgenden drei Beispiele stellen die verschiedenen qualitativen Ausprägungen der Konvention der Bekanntheit dar:

Beispiel I: Fritz Hofer generierte in dem unten nachfolgenden Zitat Wert und Qualität im Koordinationsprozess der Baukommission, indem er verschiedentlich argumentierte: *Argument der Bekanntheit in der Öffentlichkeit (Konvention der Bekanntheit)*, *Argument der Qualitätssicherung (industrielle Konvention)* sowie *Argument der Wettbewerbsfähigkeit (marktwirtschaftliche Konvention)*.

„In verschiedenen Belangen konnte sich die Baukommission an die erprobten Lösungen der bestehenden schweizerischen Schulen halten. Um eine möglichst breite Basis über das Vorhandene und bisher Geschaffene zu erhalten, hat die Baukommission im Einvernehmen mit dem Regierungsrat des Kantons Luzern Studienreisen nach Deutschland unternommen, wo sich in mannigfacher Weise Gelegenheit bot, durch den Krieg zerstörte neu aufgebaute Schulen zu besichtigen. Das Resultat von alldem Gesehenen war aufschlussreich, interessant und wegleitend für den Bau unserer Lehranstalt“ (Hofer, 1958, S. 2).

In diesem Fall hat sich die Verfasserin dieser Studie für die Konvention der Bekanntheit entschieden, da die Bauherren den Bau des Zentralschweizerischen Technikums Luzern mit einem Besuch in Deutschland legitimieren. Das bedeutet, sie setzen sich mit der Meinung der Bauherren in Deutschland auseinander, was für ihre internationalen Interessen spricht und ihren Ruf verbessern kann. Zudem können sie mit dieser Handlung einen gewissen Kredit in der Öffentlichkeit vergrössern.

Beispiel II: Noch am selben Tag, am 5. Juni 1974, formulierte Justin Hinnen, der kantonale Berufsschulinspektor des Kantons Luzern, im Auftrag des Erziehungsdepartementes den Antrag für die Eröffnung einer BMS-Klasse an der Gewerbeschule Emmen im Schuljahr 1974/75 an den Gemeinderat Emmen. Der Antrag wurde gestützt auf den vorangegangenen Informationsbrief vom 22. Mai 1974 sowie die Antwort vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit vom 27. Mai 1974 (*Konvention der Bekanntheit, Argument der Prominenz und staatsbürgerliche Konvention, offizielle Information über das BIGA*).⁹⁷

In diesem Fall wählt die Verfasserin die Konvention der Bekanntheit, da Hinnen alle involvierten und informierten Akteure aufführt, um den Antrag ‚Errichtung der Berufsmittelschule‘ zu stützen. Das Aufführen der involvierten Akteure verleiht dem Produkt ‚Berufsmittelschule‘ Ehre und Wertigkeit.

Beispiel III: Das Anliegen wird zudem gestützt mit einer ‚Umfrage betreffend Berufsmittelschule für Maschinenmechaniker‘, die der Rektor der Gewerbeschule Emmen, Max Burri, durchgeführt hat. Er hat mit fünf grossen und umliegenden Industriefirmen am 29. April

⁹⁷ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit am 27. Mai 1974, In: Antrag per Brief an den Gemeinderat Emmen. Das Berufsschulinspektorat Kantons Luzern. Der Berufsschulinspektor des Kantons Luzern Justin Hinnen, 5. Juni 1974, S. 1.

1974 per Telefon Kontakt aufgenommen (*Konvention der Bekanntheit, Argument der Menge der Anerkennenden und der Reputation; staatsbürgerliche Konvention, Argument der kollektiven Anliegen*) [...].⁹⁸

In diesem Beispiel holt Max Burri die Stimmen der umliegenden Unternehmen ein, die in der Öffentlichkeit eine Reputation haben und mit Produkten in der Öffentlichkeit bekannt sind. Diese Stimmen haben die Einführung der Berufsmittelschule befürwortet, was für die Verfasserin bedeutet, dass sie dem Produkt eine gewisse ‚Verlässlichkeit‘ zuschreiben.

5. Staatsbürgerliche Konvention („staatsbürgerliche Welt“)

Bei der staatsbürgerlichen Konvention stehen die Stichworte wie das Gemeinwesen, ohne die Rechte Dritter zu verletzen, die Solidarität, das soziale Engagement sowie der Anspruch auf weite Gleichheit und die Ermöglichung der Stärkung der Partizipation im Mittelpunkt (siehe Tabelle 2 auf Seite 92). Relevante Gegenstände der Rahmenbedingungen für das Kollektiv können in immaterielle sowie materielle unterteilt werden. Gegenstände immaterieller Art können beispielsweise Regeln, Gesetze oder Verfahren sein, und materielle Werte finden ihren Ausdruck zum Beispiel in Gewerkschaftsbüros oder Wahlurnen. Darüber hinaus gehören hierzu jegliche Arten von Beziehungen, die Menschen mobilisieren und sie dazu bringen, kollektiv zu handeln. Anders formuliert, steht das kollektive Engagement im Zentrum, indem sich Personen an sozialen Bewegungen oder an Projekten ehrenamtlich beteiligen (Boltanski & Thévenot, 2011). Aus diesem Grund nennt sich das Bewertungskriterium der staatsbürgerlichen Konvention ‚Kollektivität von Anliegen‘ (siehe Tabelle 2 auf Seite 92). Die Qualität einer Person, wie zum Beispiel Politiker/-innen, Vertreter/-innen einer sozialen Organisation, aber auch Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Richter/-innen, zeigt sich am Ausmass, wie sie Kollektivinteresse im Sinne öffentlicher Interessen, Legalität oder Legitimität vertritt. Häufig sind dies Personen, die einem öffentlich-rechtlichen Unternehmen, einer Genossenschaft, einer Nichtregierungsorganisation (NGO) oder einer Non-Profit-Organisation (NPO) angehören. Zur Legitimation solcher Vertreter/-innen existieren relevante Prozeduren wie Wahlen (Boltanski & Thévenot, 2011; Diaz-Bone, 2015). Das Format der Informationen, vermittelt durch diese gewählten Personen, ist formal, offiziell und juristisch.

Die staatsbürgerliche Konvention hat sich in den analysierten Koordinationsprozessen (siehe Kapitel 5) an unterschiedlichen Stellen offenbart. Die nachfolgenden drei Beispiele veranschaulichen die verschiedenen qualitativen Ausprägungen der staatsbürgerlichen Konvention:

⁹⁸ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Umfrage vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 30. April 1974.

Beispiel I: Der Rektor der Gewerbeschule Emmen, Theophil Wegelin, begründete seinen Widerstand gegen die Verlegung der Gewerbeschule Emmen ins Primarschulhaus Sprengi in Emmenbrücke wie folgt: [...] zweitens sei der Schulweg für die Berufsschülerinnen und -schüler ins Sprengi-Schulhaus viel zu weit und mit einem Verlust an Arbeitszeit nicht zu vereinbaren (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität; staatsbürgerliche Konvention, Argument der Fairness*); [...].⁹⁹

Beispiel II: Hinzu wird der Wunsch des BIGA, des Berufsschulinspektorats des Kantons Luzern sowie des Rektorats der Gewerblichen Berufsschule Emmen geäußert, unverzüglich eine Berufsmittelschule im berufsbegleitenden Modell einzuführen. Dabei wurde *staatsbürgerlich (Argument der Partizipation)* und *marktwirtschaftlich (Argument der Wettbewerbsfähigkeit)* argumentiert:

„Berufsbegleitendes Modell

Für Maschinenmechaniker, -zeichner etc. (im 2., 3. Und 4. Lehrjahr während zusätzlich 1Tag/pro Woche) zum normalen Gewerbeschulunterricht) Schulort in Emmen. Wegen Reklamationen vonseiten Firmen und Eltern sollte es als Fortsetzung für den ab letztem Jahr neu in Ausbildung stehenden Maschinenmechaniker sofort eingeführt werden.“¹⁰⁰

Beispiel III: Das Anliegen wird zudem gestützt mit einer ‚Umfrage betreffend Berufsmittelschule für Maschinenmechaniker‘, die der Rektor der Gewerbeschule Emmen, Max Burri, durchgeführt hat. Er hat mit fünf grossen und umliegenden Industriefirmen am 29. April 1974 per Telefon Kontakt aufgenommen (*Konvention der Bekanntheit, Argument der Menge der Anerkennenden und der Reputation; staatsbürgerliche Konvention, Argument der kollektiven Anliegen*) [...].¹⁰¹

Wie die oben aufgeführten drei Beispiele verdeutlichen, war es in diesen beiden Fällen nicht möglich, das ausgewählte Argument lediglich einer einzigen Konvention zuzuordnen. Dies würde dem Argument, den Akteuren sowie der Situation nicht gerecht. In solchen Fällen hat sich die Verfasserin dieser Arbeit für eine Zuordnung zu zwei Konventionen entschieden.

⁹⁹ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1959.

¹⁰⁰ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Aktennotiz vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

¹⁰¹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Umfrage vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 30. April 1974.

Nachfolgend vertieft die Verfasserin dieser Untersuchung den methodischen Umgang mit den Qualitätskonventionen und legt dar, auf welches Quellenmaterial sie sich dabei stützt.

4 Methodische Vorgehensweise

In diesem Kapitel über das methodische Vorgehen beschreibt die Verfasserin zunächst, wie sie über das Phänomen der Veränderung der dualen Berufsbildung im Kontext der ‚Bildungsexpansion‘ nachdenkt. Das heisst, sie stellt dar, wie sie – geleitet vom Erkenntnisinteresse – den Untersuchungsgegenstand fasst und dessen Komplexität eingrenzt. Hierzu erläutert sie in Unterkapitel 4.1 den Grund für die pragmatische Forschungshaltung, um die Vielschichtigkeit des bildungspolitischen Phänomens zu verstehen. Anschliessend erklärt sie in Unterkapitel 4.2 die Auswahl des vorliegenden Quellenmaterials. Schliesslich erläutert sie in Unterkapitel 4.3 den methodischen Umgang mit den Qualitätskonventionen.

4.1 Phänomen ‚Veränderung der dualen Berufsbildung‘ im Kontext der ‚Bildungsexpansion‘

Wie in Unterkapitel 2.4 ‚Fragestellung‘ dargestellt, fragt die vorliegende Studie nach den Veränderungen der dualen Berufsbildung im Kontext der ‚Bildungsexpansion‘ im Fall Kanton Luzern. Hinter diesem Phänomen verbirgt sich das Erkenntnisinteresse, die Dynamiken der schulischen Organisationen der dualen Berufsbildung sowie deren Entwicklungshergang quantitativ und qualitativ zu rekonstruieren, um heutige Spezifika in der dualen Berufsbildung zu erklären. Dieses Erkenntnisinteresse bedingt eine pragmatische Methodologie, denn prozesshafte Entwicklungen einer Organisation sind hoch dynamisch und komplex. Die Komplexität solcher Prozesse führt die Verfasserin schliesslich zu der Frage, wie sich die historische Wirklichkeit des Wandels der dualen Berufsbildung methodisch für die Phase von 1954 bis 1984 nachvollziehen lässt.

Ein notwendiger Schritt dafür besteht darin, den Forschungsgegenstand ‚duale Berufsbildung‘, der einen betrieblichen, schulischen und überbetrieblichen Lernort enthält (siehe Definition Seite 43), auf seinen schulischen Lernort einzugrenzen. Anhand der Entwicklung des schulischen Lernorts lässt sich aufzeigen, wie die ‚Bildungsexpansion‘ der dualen Berufsbildung qualitativ und quantitativ stattgefunden hat.

Den schulischen Lernort der dualen Berufsbildung zu erforschen, bedeutet, die Daten aus Dokumenten staatlicher Archive zu erheben, da in der Schweiz der Staat den schulischen Lernort der dualen Berufsbildung organisiert. Für deren Umsetzung sind auf nationaler Ebene das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, auf kantonaler Ebene im Fall Luzern das Erziehungsdepartement beziehungsweise das Amt für Berufsbildung und auf kommunaler Ebene die Aufsichtskommission für die Berufslehre zuständig. Diese staatlichen Organisationen pflegen ihre Dokumente systematisch zu archivieren und nach Ablauf einer mehrjährigen Schutzfrist der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Zugang zu

diesen Dokumenten war in vielen Fällen offen und ohne grosse Hindernisse möglich. Diese Umstände führten zu einer ausgedehnten digital erfassten Quellensammlung über mehrere Tausend Ablichtungen.

4.2 Quellenmaterial

Quellen der nationalen, kantonalen und kommunalen Organisationen

Der für diese Arbeit untersuchte Quellenkorpus lässt sich – bedingt durch die Organisation der ‚dualen Berufsbildung‘ – den folgenden drei Ebenen zuordnen: Schweizerisches Bundesarchiv in Bern (nationale Ebene), Staatsarchiv Luzern StaLU (Kantonsebene) und Stadtarchiv Luzern SALU sowie Gemeindearchiv Emmen GARE (Gemeindeebene).

Quellen wie zum Beispiel das Bundesgesetz über die Berufsbildung, Bundesratsprotokolle oder Vernehmlassungsprotokolle aus dem Bundesarchiv Bern sind als „Primärquellen“ (Arnold, 2007) in den historischen Kontext eingeflossen.¹⁰² Diese Informationen sind sowohl für die Entwicklung der dualen Berufsbildung auf nationaler Ebene als auch auf kantonaler Ebene relevant. Die kantonale Umsetzung der dualen Berufsbildung basiert auf den Vorgaben des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit.

Für die Bearbeitung der engeren Fragestellung wurden im empirischen Teil in Kapitel 5 Dokumente beziehungsweise „Primärquellen“ (Arnold, 2007) der kantonalen sowie kommunalen Organisationen der dualen Berufsbildung berücksichtigt.

Die Kantone waren für die Organisation des Lehrlingsamts (ab 1967 des Amts für Berufsbildung) und für die Entwicklung der dualen Berufsbildung zuständig – so auch der Kanton Luzern. Seine Aufgabe bestand zum Beispiel darin, das Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG 1978 SR 412.10) umzusetzen, indem das Amt für Berufsbildung die Lehrungsverträge gemäss Art. 20 des Bundesgesetzes vom 19. April 1978 zu erstellen und zu verwalten, die Berufsschulen zu errichten (Art. 32), die Lehrabschlussprüfungen durchzuführen (Art. 42) und die Einführung der Berufsmittelschule (Art. 29) zu koordinieren hatte. Dafür hat der Regierungsrat des Kantons die Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die Berufsbildung gestützt auf Art. 49 des BBG sowie § 36 des Erziehungsgesetzes¹⁰³ des

¹⁰² In dieser Untersuchung sind die Quellenangaben der ‚Primärquellen‘ in den Fussnoten zu finden. Die ‚Sekundärliteratur‘ ist direkt im Text vermerkt.

¹⁰³ Erziehungsgesetz (vom 28. Oktober 1953), in: *Gesetze und Dekrete für den Kanton Luzern*, 14. Band, Luzern: Druck Räber & Cie, 1955, S. 361–421.

Kantons Luzern vom 12. Januar 1968 beschlossen.¹⁰⁴ Im Kanton Luzern liegen diese Quellen vorwiegend im Staatsarchiv Luzern, vereinzelt im Stadtarchiv Luzern und im Gemeindearchiv Emmen. Der Grund für diese mehrfache Ablage einiger Quellen sind die Korrespondenzen, die zwischen dem Amt für Berufsbildung und dem Gemeinderat in Emmen geführt wurden.

Die Gemeinden beziehungsweise deren Exekutive (Gemeinderat in Emmen, Stadtrat in Luzern) waren Träger der Gewerbeschulen. Sie waren sowohl für den Unterhalt der Gewerbeschulhäuser als auch für die Koordination der Stundenpläne und die Anstellungen der Lehrpersonen verantwortlich. Im Falle einer Neuanstellung einer Gewerbeschullehrperson, der Planung eines Um- oder Neubaus eines Gewerbeschulhauses oder der Einführung der Berufsmittelschule hatte die Exekutive stets auch die Aufsichtskommission der Gewerbeschulen beizuziehen. Die Aufsichtskommission war dem Gemeinderat beziehungsweise dem Stadtrat angegliedert. Die Archivquellen zu den kommunalen Koordinationsprozessen sind systematisch in den entsprechenden Gemeindearchiven abgelegt. Das Gemeindearchiv Emmen und das Stadtarchiv Luzern sind – wie in der Einleitung erwähnt – im Rahmen dieser Untersuchung berücksichtigt worden.

Die Kritik zu den im empirischen Teil verwendeten Quellen wird jeweils bei den Quellenanalysen vor den Textstellen geübt.

Die Archivierung der Dokumente erwies sich aus folgenden zwei Gründen als umfangreich und systematisch:

Erstens regelt das Bundesgesetz über die Berufsbildung seit 1930 die Zuständigkeit auf nationaler Ebene und gilt als Beispiel für die Umsetzung der dualen Berufsbildung in den jeweiligen Kantonen. Geregelte Zuständigkeiten vereinfachen die Suche nach Quellen insofern, als dass einzelne institutionelle Pfade einfacher aufgesucht werden können. Das bedeutet, die politischen Verhandlungs- und Vernehmlassungsprozesse lassen sich einer nationalen, kantonalen oder kommunalen Institution oder Organisation zuordnen. Beispielsweise hat das kantonale Lehrlingsamt Luzern und später das Amt für Berufsbildung Luzern schriftlich Stellung zum Thema ‚Errichtung der Berufsmittelschule‘ genommen und diesen Prozess zwischen dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit sowie dem Gemeinderat Emmen koordiniert.

Zweitens waren die Anpassungen des Bildungsangebots der dualen Berufsbildung zwischen 1954 und 1980 ein politisch hoch relevantes Thema, wie dies beispielsweise die Änderungsvorschläge in den Botschaften des Bundesrates (Bundesrat, 1962, 1972, 1977) sowie in den verschiedenen erstellten Expertenberichten von Hummler (Bericht Hummler,

¹⁰⁴ Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (vom 12. Januar 1968), in: *Verordnungen und Beschlüsse des Obergerichts des Kantons Luzern*, 7. Band 3. Heft, S. 448–463.

1959), Jermann (Jermann et al., 1969) und Kneschaurek (Arbeitsgruppe Perspektivenstudien, 1971b) zeigen. Die wirtschaftlichen Veränderungen (Unterkapitel 2.1) und die gesellschaftspolitischen Forderungen (Unterkapitel 2.3) zwangen die Unternehmen sowie den Staat, die duale Berufsbildung den Umständen entsprechend anzupassen. Diese politische Situation erforderte eine sorgfältige und systematische Ablage der Aushandlungsprozesse.

Archive privater Unternehmen und von Berufsverbänden

Für den empirischen Teil dieser Untersuchung und somit für die Beantwortung der engeren Fragestellung konnte die Verfasserin aus zwei Gründen keine Quellen aus Archiven verschiedener privater Unternehmen oder Berufsverbände berücksichtigen: wegen aufgelöster Archivbestände und dem Fokus auf den schulischen Ausbildungsteil der dualen Berufsbildung.

Erstens hat der grösste Teil der angefragten Unternehmen sowie Berufsverbände ihre Archivbestände mit möglichen Unterlagen zur Führung des Lehrlingswesens aufgelöst. Ausschliesslich beim Unternehmen Schindler Aufzüge- und Elektromotorenfabrik & Cie. AG, heute Schindler Aufzüge AG in Ebikon, hat die Verfasserin Personalzeitungen aus der untersuchten Zeitphase vorgefunden.¹⁰⁵ Dreimal jährlich berichtete das Unternehmen Schindler in dieser Personalzeitung über Expeditionen der Lernenden, Lehrabschlussfeierlichkeiten, neue, intern organisierte Berufe oder besonders erfolgreiche Lernende. Diese Artikel gewähren zwar einen Einblick in das praktische Tun der Lernenden der Firma Schindler, beinhalten aber keine Artikel über inhaltliche oder politische Entscheidungen, Dauer oder Abstufung einer Berufslehre. Die bildungspolitischen Bedürfnisse der Direktion flossen über den Berufsverband in die kantonale Berufsbildungspolitik ein. Diese Erkenntnis, die die Verfasserin dank der Sichtung des Schindler-Archivs gewonnen hatte, führte sie zu der Untersuchung von beispielsweise Sitzungsprotokollen¹⁰⁶, Staatsverwaltungsberichten¹⁰⁷

¹⁰⁵ Personalzeitung. Aufzüge- und Elektromotorenfabrik Schindler & Cie. AG. Nummer 1, März 1973; Nummer 2, April 1973; Nummer 6, Oktober 1974; Nummer 8, Dezember 1974; Nummer 1, Februar 1975; Nummer 2, April 1975; Nummer 3, Juli 1975; Nummer 4, Oktober 1975; Nummer 3, Oktober 1976; Nummer 1, März 1977; Nummer 2, Juli 1977; Nummer 3, November 1977; Nummer 4, Dezember 1977; Nummer 1, März 1978; Nummer 2, Juni 1978; Nummer 3, Juli 1978; Nummer 1, März 1979; Nummer 2, März 1979; Nummer 3, Juli 1979; Nummer 5, November 1979; Nummer 6, Dezember 1979; Nummer 3, Juli 1980; Nummer 4, September/Oktober 1980; Nummer 5, Dezember 1980.

¹⁰⁶ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1957; SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958.

¹⁰⁷ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979.

und brieflichen Korrespondenzen¹⁰⁸ zwischen dem kantonalen Berufsinspektorat und der Gemeinde Emmen.

Zweitens liegt der Fokus dieser Abhandlung auf dem schulischen Berufsbildungsteil der dualen Berufsbildung, dessen Rahmenbedingungen über staatliche Institutionen und nicht private Unternehmen oder Verbände geregelt sind.

Reduktion der Datenmenge

Die Menge an Daten aus den Archiven des Bundes, des Kantons Luzern und der Stadt Luzern sowie der Gemeinde Emmen beläuft sich auf 439 Dokumente mit insgesamt 17'141 Seiten. Diese hat die Verfasserin mittels thematischer Inhalte reduziert, die für die Beantwortung der Fragestellungen Hinweise auf eine Expansion (zum Beispiel Gründung Berufsmittelschule), Differenzierung (zum Beispiel Ausbau Stundentafel) oder Konsolidierung (zum Beispiel Ausarbeitung Erziehungsgesetz des Kantons Luzern) der dualen Berufsbildung lieferten. In diesem reduzierten Quellenkorpus hat die Verfasserin dann nach Diskursen über Koordinationsprozesse innerhalb der dualen Berufsbildung gesucht, um zu verstehen, wie diese verlaufen sind sowie um zu prüfen, inwiefern der Wandel der dualen Berufsbildung als Teil der ‚Bildungsexpansion‘ gefasst werden kann.¹⁰⁹ Für diesen Schritt war es für die Verfasserin notwendig, zu klären, welche Textstellen sie als eine Aussage bestimmt, die Argumente erkennen lassen. Angelehnt an die „historische Diskursanalyse“ (Landwehr, 2008), ist es möglich, eine Aussage, wie sie in dieser Untersuchung gehandhabt wird, zu definieren. Der Verfasserin ist es ein Anliegen, zu erwähnen, dass diese Untersuchung nicht nur nach dem Forschungsansatz der historischen Diskursanalyse geführt wird, denn der leitende Forschungsansatz dieser Untersuchung ist die konventionentheoretische Perspektive. Der historischen Diskursanalyse gelingt es aber, den Begriff ‚Aussage‘ zu definieren, wie er in dieser Untersuchung von der Verfasserin verstanden wird. ‚Aussagen‘ sind „Sätze und Gedanken und nicht Wörter und Begriffe, durch die wir uns auf die Wirklichkeit beziehen“ (Busse 1987, S. 86 in: Landwehr, 2008, S. 111). Die gekennzeichneten Aussagen wurden dann qualitativ weiterverarbeitet, wie es im nachfolgenden Abschnitt ‚Quellenanalyse‘ dargestellt wird.

¹⁰⁸ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Umfrage der Kant. Kommission für die Verbesserung des beruflichen Bildungswesens bezüglich Trägerschaft der Berufsschulen. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an den Gemeinderat Emmen. Emmenbrücke, 2. Mai 1972.

¹⁰⁹ Diese Datenreduktion wiederum geschah angelehnt an die qualitative und zusammenfassende Inhaltsanalyse (Flick, 2009).

Die Rekonstruktion der Veränderung der dualen Berufsbildung zwischen 1954 und 1980 im Fall Kanton Luzern geschieht in einem vierstufigen Verfahren. Erstens fragt die Verfasserin in Unterkapitel 5.1, ob sich der Gegenstand ‚duale Berufsbildung‘ im Fall Kanton Luzern rein zahlenmässig expansiv verändert hat. Dieser Forschungsschritt ist vonnöten, da diesbezüglich bis anhin keine Forschungsergebnisse vorliegen und die quantitative Analyse einen Überblick über die interessanten Zusammenhänge liefert. Die Expansion der dualen Berufsbildung wird zweitens in den Unterkapiteln 5.2 und 5.3 mit der qualitativen Analyse der bildungspolitischen Diskurse anhand der Fallbeispiele ‚Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern‘ und ‚Errichtung der ersten Berufsmittelschulen‘ im Kanton Luzern vertieft untersucht („Mixed-Method-Designs“) (Bernauer, Jahn, Kuhn et al., 2013). Dafür werden Aussagen¹¹⁰, die beispielsweise in Sitzungsprotokollen, Beschlüssen und Korrespondenzen gemacht werden, als ‚konstitutive Elemente von Diskursen‘ gekennzeichnet. Diese Sätze und schriftlich festgehaltenen Gedanken werden von der Verfasserin identifiziert und dessen Inhalte drittens mit einem ‚Label‘ versehen.¹¹¹ Diese ‚Labels‘ werden mit dem Instrument der acht Qualitätskonventionen (Diaz-Bone, 2015, S. 152 f.), die in Unterkapitel 3.2 ‚Économie des Conventions‘ ausgelegt sind, klassifiziert. Zum Beispiel ordnet die Verfasserin die nachfolgende Aussage der *marktwirtschaftlichen Konvention* zu, da es sich um ein Argument der Wettbewerbsfähigkeit handelt.

„Zudem müsse die Schule aufgrund der stürmischen und mannigfaltigen Entwicklung, die die Technik in den letzten Jahrzehnten durchmachte, zunehmend auf die eigentlichen Grundlagen konzentrieren, will sie nicht veralten. Führende Ingenieure und Techniker verlangen deshalb nach gut ausgebauten Laboratorien“ (Mäder, 1958).

Die acht Qualitätskonventionen stellen keinen abschliessenden Katalog zur Systematisierung der Werthaltungen dar. Gegenüber neuen Kategorien von Qualitätskonventionen war die Verfasserin während der Quellenanalyse stets offen.¹¹² Grund dafür war der Anspruch, die Qualität dieser Untersuchung zu gewähren.¹¹³ Die Zuordnung der Aussagen zu den

¹¹⁰ Definition ‚Aussagen‘ siehe Seite 87.

¹¹¹ Der ‚labeling approach‘ oder auf Deutsch ‚Etikettierungsansatz‘ wird in der qualitativen Forschung seit den 1960er-Jahren verwendet, um institutionelle Definitions- und Dokumentationsprozesse sichtbar zu machen (Wolff, 2010).

¹¹² Nach dem Abschluss der Analysephase kann die Verfasserin dieser Arbeit konstatieren, dass sie den Katalog der acht Qualitätskonventionen mit keiner weiteren Kategorie ergänzen kann.

¹¹³ Gütekriterien wie Objektivität, interne und externe Validität (Generalisierbarkeit) – wie sie aus der quantitativen Forschung bekannt sind –, können in der qualitativen Sozialforschung aufgrund der erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundannahmen nicht angewendet werden. In einer historischen Untersuchung mit Fokus auf archiviertes Datenmaterial ist eine standardisierte Datenerhebung kaum möglich. Vor

Qualitätskonventionen ergeben Anhaltspunkte über die Art und Weise sowie die Werthaltungen, die im Diskurs über die Veränderung der dualen Berufsbildung eingenommen wurden. Über die entstandenen Muster der Werthaltungen erzeugt die Verfasserin schliesslich neue Erkenntnisse über Beweggründe, neue Konventionen einzugehen (Diaz-Bone, 2015).

Viertens spiegelt die Verfasserin die Konventionen an den Merkmalen der ‚Bildungsexpansion‘ gemäss Criblez. Die von ihm genannten Merkmale der ‚Bildungsexpansion‘ sind Systemdifferenzierung, Ausbau der Bildungsverwaltung sowie Konsolidierung der Veränderung durch Koordination der Verwaltungsprozesse oder gesetzlichen Regelungen (Criblez, 2001, 2012).¹¹⁴ Dazu definieren Reinberg, Fischer und Tessaring ‚Bildungsexpansion‘ unter anderem mit dem Aspekt „steigende altersspezifische Quoten der Bildungsbeteiligung“ (Reinberg et al., 1995, S. 301), was indirekt mit einem ‚Ausbau‘ an Infrastruktur und Bildungsangeboten zu tun haben muss. Dieser Untersuchung liegt somit die Vermutung zugrunde, dass die drei Merkmale der ‚Bildungsexpansion‘ – *Ausbau*, *Differenzierung* und *Konsolidierung* – Belege zu der Frage liefern, inwiefern die Entwicklung der dualen Berufsbildung expansiv war.

Das Merkmal *Ausbau* der dualen Berufsbildung zeichnet sich durch eine quantitative Komponente aus: steigende Anzahl an Lernenden in den Berufsschulen, an Berufsschul-

der Überlieferung der Dokumente in die entsprechenden Archive kennt jedes Institut seine eigenen Regeln für die Systematisierung der Dokumente. Genauso wie nach der Ablieferung der Quellen jedes Archiv die Daten nach unterschiedlichen Kriterien ablegt.

Allein die Validität kann in der qualitativen Forschung gewährleistet werden. Seit den 1970er-Jahren wird sie unter dem Stichwort ‚Technik der Triangulation‘ diskutiert. „Diese Technik soll Verkürzungen kompensieren, die entstehen, [...] wenn nur *ein* Forscher Daten erhebt und auswertet“ (Steinke, 2007, S. 179). Durch die Qualifikationsarbeit ‚Dissertation‘ ist die Forscherin mit dieser Tatsache konfrontiert. Die Forschungsleistung von der Datenerhebung über die Datenauswertung bis hin zur Interpretation erfolgt über weite Strecken ausschliesslich durch die Verfasserin. Steinke schlägt für diese Situation die „Untersucher-Triangulation“ (Steinke, 2007, S. 179) vor, um über den Einbezug verschiedener Forscher/-innen Verkürzungen oder zu einseitige Perspektiven durch die Forschungsleistung der Einzelperson zu vermeiden.

Für die Aufrechterhaltung der Validität wurden im Rahmen dieser Untersuchung vier Massnahmen getroffen: Erstens fanden regelmässig Sitzungen mit dem Doktorvater dieser Dissertation, Philipp Gonon, statt, in denen die Zwischenresultate der Forschungsleistung diskutiert und gespiegelt wurden. Zweitens wurden von Zeit zu Zeit Quellenauswertungen mit dem Politikwissenschaftler Ueli Bischof zum Thema ‚duale Berufsbildung im Kanton Luzern‘ getätigt und die Forschungsergebnisse verglichen. Drittens hat die Verfasserin bestimmte Quellenbestände wiederholt analysiert, um zu überprüfen, ob sich die Forschungsergebnisse verändern. Viertens wurde das theoretische sowie methodische Vorgehen am 14. September 2017 im Konventionenworkshop in Zürich präsentiert; Andrea Szukala vom Institut für Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) hat den Inhalt beurteilt und kommentiert.

¹¹⁴ Siehe dazu Unterkapitel 2.2.

häusern im Kanton Luzern, an Berufsschullehrpersonen usw. Diese Studie stützt sich zumindest zur Legitimation des untersuchten Gegenstandes auf quantitative Daten. Die Grafiken und Statistiken über die Entwicklung der Kantonsschulen und der dualen Berufslehre im Kanton Luzern sind im Rahmen dieser Untersuchung entstanden. Nichtsdestotrotz liegt das Hauptaugenmerk dieser Dissertation auf qualitativer Forschungsarbeit, anhand welcher untersucht wird, wie der Ausbau der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern diskursiv begründet wird.

Das Merkmal *Differenzierung* bezieht sich auf die institutionelle Differenzierung. Beispielsweise wurde 1971 mit der Einführung der Berufsmittelschule in der Stadt das Angebot an den Berufsschulen erweitert. Gleichzeitig wurde auf der kantonalen Ebene die Aufsichtskommission für die Berufsmittelschule installiert, sodass sich auch das ‚Amt für Berufsbildung‘ differenziert hat.

Zum Merkmal *Konsolidierung* zählen in dieser Untersuchung gesetzliche Anpassungen wie zum Beispiel die Verankerung der Berufsmittelschule im Bundesgesetz über die Berufsbildung (1978) oder der Aufbau des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, wofür das Gesetz über das Zentralschweizerische Technikum und ein Konkordat formuliert und beschlossen werden musste.

Qualitative Interviews

Zusätzlich zum Quellenmaterial hat die Verfasserin im Rahmen dieser Untersuchung mehrere qualitative Interviews (Hopf, 2010) zur Ermittlung von Expertenwissen geführt. Die interviewten Personen waren oder sind in ihrer Funktion auf unterschiedliche Weise an der Entwicklung der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern beteiligt.¹¹⁵ Einige der inter-

¹¹⁵ Gesprächspartner, die von 1954 bis 1980 an der Entwicklung der dualen Berufsbildung beteiligt waren: Xavier Ineichen, Berufsschulinspektor und Projektleiter der ersten Berufsmaturitätsschulen, und Heinrich Meyer, ehemaliger Vorsteher des Amtes für Berufsbildung im Kanton Luzern; Interview geführt am 14. Januar 2016. Paul Wirz und Hermann Jossen, Technikum-Lehrperson und erster Schüler am Zentralschweizerischen Technikum in Horw; Interview geführt am 18. April 2016. Josef Widmer, stellvertretender Direktor des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation in Bern und ehemaliger Direktor des Amtes für Berufsbildung im Kanton Luzern; Interviews geführt am 6. Februar 2017 und 6. Januar 2018. Franz Dommann, langjähriger Präsident der Deutschschweizerischen Lehrlingsämter-Konferenz; Interview geführt am 3. März 2017.

Gesprächspartner, die nach 1980 oder an der Entwicklung der dualen Berufsbildung beteiligt waren oder heute noch sind: Christof Spöring, aktueller Direktor der Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung in Luzern; Interview geführt am 1. Februar 2016. Daniel Preckel, Abteilungsleiter des Amtes für Berufsbildung des Kantons Luzern; Interview geführt am 11. Januar 2018. Mark Fehlmann, Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperte; Interview geführt am 14. Dezember 2017. Ralf Dubach: Geschäftsführer von Multi Reflex und Anbieter der Berufslehre für Drucktechnologien und -technologien Fachrichtung ‚Reprographie‘;

viewten Personen waren in verschiedenen Organisationskontexten an den damaligen Geschehnissen beteiligt. Die anderen haben direkt nach der untersuchten Zeitphase im Bereich der dualen Berufsbildung mitgewirkt oder beteiligten sich aktuell an der kantonalen oder nationalen Entwicklung der dualen Berufsbildung.

Die Interviews wurden teilstandardisiert oder offen geführt. Sie waren wertvoll, um Hintergrundinformationen zu erhalten, Wissenslücken zu schliessen und Wege zu unbekanntem Quellenmaterial zu erschliessen. Zudem dienten sie dazu, Interpretationen des vorliegenden Quellenmaterials realistisch einzuordnen, und nicht zuletzt auch, um zu erfahren, vor welchen Herausforderungen die duale Berufsbildung der Schweiz heute steht.

Die Mehrheit dieser Interviews wurde tontechnisch aufgenommen; während der Interviews erfolgten handschriftliche Notizen. Einzelne Interviewpassagen zog die Verfasserin zur Prüfung von Interpretationen oder zur Stärkung der Narration heran, jedoch wurden die Tonaufnahmen und Handnotizen weder transkribiert noch umfassend und systematisch analysiert, wie dies die Oral History vorsähe.

Informelle Kontakte per Telefon

Für diese Untersuchung ist zudem zu erwähnen, dass zwischen 1954 und 1980 neben formellen Kontaktformen zahlreiche bildungspolitische Aspekte per Telefon be- oder zumindest vorbesprochen wurden. Der Inhalt solcher informellen Gespräche, wie sie beispielsweise innerhalb des kantonalen Amtes für Berufsbildung in Luzern oder im Gemeinderat Emmen stattgefunden haben, sind weder schriftlich erfasst noch archiviert, was aber nichts über deren Stellenwert aussagt.¹¹⁶

Interview geführt am 9. Januar 2018. Präsentation und Diskussion der Forschungsergebnisse in der Geschäftsleitungssitzung der Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung des Kantons Luzern: Spöring Christof, Beglinger Bettina, Bühler Helmut, Egli Gaby, Eugster Herbert, Gut Walter, Habermacher Thomas, Preckel Daniel, Rööslü Tony, Rüttsche Monika, Snozzi Nicola; Stab: Kilchmann Sandra, Kramer Franziska, Schmid Stefan, Weber Ruth; am 15. Januar 2017. Peter Steingruber, aktueller Prorektor der Berufsschule Heimbach in der Stadt Luzern; Interview geführt am 15. Februar 2018.

¹¹⁶ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief ‚Berufsmittelschule‘. Von Fritz Egger, Direktor Weiterbildungszentrale an Heinrich Meyer, Stadtpräsident und Vorsteher der Schuldirektion der Stadt Luzern, 26. Januar 1970.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschule und Gewerbeschule der Stadt Luzern. Der Berufsschulinspektor des Berufsschulinspektorats des Kantons Luzern, Walter Ackermann, schreibt die Schuldirektion der Stadt Luzern an, Luzern, 29. Juni 1971.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Sitzung der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen. Gemeindeammann Emmen schreibt an die Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 17. November 1970.

4.3 Methodischer Umgang mit den Qualitätskonventionen

Im Vordergrund der Analyse steht die Zuordnung der Argumentationen zu den acht Qualitätskonventionen. Für diesen Labelings- und Zuordnungsprozess zieht die Verfasserin dieser Untersuchung die nachfolgende Tabelle 2 als Instrument bei. Dieses Instrument vereinfacht die Zuordnung zu einer Konvention, denn die differenzierten Kategorien – ersichtlich in der eingefügten Spalte auf Seite 92 – erzeugen innerhalb einer Konvention verschiedene Qualitäten. Gleichwohl bleibt der Systematisierungsprozess eine Herausforderung. Eine eindeutige Zuordnung, auch mit dem Hilfsmittel ‚Systematisierung der Qualitätskonventionen‘ (siehe Tabelle 2), ist nicht immer möglich. Dies geschieht dann, wenn ein Argument in unterschiedliche Kontexte gestellt und aufgrund der Quelle nicht eindeutig interpretiert werden kann. Deshalb ordnet die Verfasserin dieser Arbeit einzelne Argumente mehreren Konventionen zu. Der Umgang mit der Konventionentheorie wird in Unterkapitel 6.2 auf Seite 214 kritisch reflektiert.

Den Systematisierungsprozess der Aussagen nimmt die Verfasserin dieser Studie im nachfolgenden empirischen Teil direkt im Text vor, indem sie die Konventionen im Fliesstext mit eingewobenen Klammern und kursiver Schrift transparent macht. Die daraus entstandenen Argumentationsmuster zieht sie in einer Tabelle zusammen (siehe Anhang Tabellen 6 bis 13) und stellt diese in den Abschnitten 5.1.3, 5.2.3 und 5.3.3 zusammengefasst in einem Kacheldiagramm grafisch dar. Ob und inwiefern die vorliegenden acht Qualitätskonventionen abschliessend und umfänglich sind, ist nicht Teil dieser Untersuchung.

Tabelle 2: Systematisierung der Qualitätskonventionen¹¹⁷

	Handwerkliche Konvention	Marktkonvention	Industrielle Konvention	Konvention der Inspiration
Wertigkeit	Vertrautheit, Tradition und Handarbeit	Nachfrageorientierung, freier Tausch	Planung und Standardisierung	Kreativität, Genie, Nonkonformität
Bewertungskriterium	Anerkennung, Reputation	Preis	Effizienz	Schöpfungskraft, Innovativität, Originalität
Format der relevanten Information	mündliche Überlieferung, Beispiele	Geldeinheiten	messbare wissenschaftliche Daten, Statistiken	Neuheit, Emotionalität
Qualifikation von Personen	Autorität und Flexibilität	Bedürfnisse und Kaufkraft	professionell-wissenschaftliche Kompetenz	Erfindungsreichtum, Innovationskraft
Beziehungslogik	... des Vertrauens	... des Tausches	... der Funktionalität	... des Glaubens an Kreativität
Produktqualität	Produkt ist individuell für Kunden hergestellt, besteht aus der in das Produkt eingegangenen Expertise des Herstellers, Qualität ist dauerhaft	Produktqualität ist instabil, weil nachfrageabhängig, und besteht in der Leistung, diese Nachfrage aktuell zu befriedigen	Produkt wurde kostengünstig, massenhaft, effizient produziert, Qualität besteht in der Angemessenheit von technischen Standards für den Massenkonsum	Produkte sind gegenüber anderen Produkten durch Neuerungen ausgezeichnet und sollen zukünftige Produktstandards repräsentieren
Produktion ist geprägt durch	geringe Arbeitsteilung, eher kleine Unternehmen	hohe Arbeitsteilung in Unternehmen, die viele Vorprodukte einkaufen	hohe Arbeitsteilung in großen Unternehmen, die viele Produktionsschritte integrieren	Flexibilität und Bereitschaft zur laufenden Verbesserung und Neuorganisation
Unternehmensformen, in denen Konvention typischerweise einflussreich ist	Familienbetrieb, mittelständisches Unternehmen (in Familienbesitz), Handwerksbetrieb	Börse, Aktiengesellschaft mit kurzfristiger Orientierung an Börsenwert	Konzern mit langfristiger Unternehmensstrategie, „Fabrik“	Forschungseinrichtung, Unternehmen der „creatives industries“ (Designfirmen, Softwareentwickler, Werbefirmen, Eventagenturen etc.)
Abteilungen in Unternehmen, in denen Konventionen typischerweise einflussreich sind	Produktion, Forschung- und Entwicklung	Marketing, Einkauf, Marktforschung	Produktion, Qualitätssicherung, Planung und Strategie, Rechnungswesen, Personalabteilung, Controlling, Einkauf, Marktforschung	Forschung und Entwicklung, Planung und Strategie, Produktion
Prüfung erfolgt anhand	Vertrauenswürdigkeit	Wettbewerbsfähigkeit	Stabilität und Kompetenz	Durchsetzung von Innovationen
Zeithorizont	Mittelfristig, an Tradition orientiert	kurzfristig, aktueller Preis relevant	eher langfristig, Planung	kurzfristig

¹¹⁷ (Diaz-Bone, 2015, S. 152 f.)

	Konvention der Bekanntheit	Staatsbürgerliche Konvention	Ökologische Konvention	Netzwerk-konvention
Wertigkeit	Bekanntheit, Ruhm, Ehre, Prominenz	Gleichheit, Fairness, Partizipation	Umwelt (deren Integrität)	Aktivität („Selbstmanagement“)
Bewertungskriterium	Menge der Anerkennenden	Kollektivität von Anliegen	Umweltverträglichkeit, Vermeidung von Externalitäten	Gelungener Abschluss des Projekts
Format der relevanten Information	Quoten und Reichweiten, Verkaufszahlen, Symbole, Logos	Formal, offiziell, juristisch	Ökologische Diskurse/ Berücksichtigung ökologischer Aspekte	Gespräche (Treffen, Sitzungen)
Qualifikation von Personen	Bekanntheit in der Öffentlichkeit	Kollektive Anliegen vertreten können, sich für andere Engagieren	Kenntnis u. Respektierung ökologischer Zusammenhänge bzw. Integrität	Projektfähigkeit, Teamfähigkeit, Begeisterungsfähigkeit, Flexibilität
Beziehungslogik	... der Reputation	... des sozialen Engagements	... der Verantwortlichkeit	... der Projektorientierung
Produktqualität	Produkte sind vertraut und verbreitet, sie erscheinen als verlässlich. Qualität erscheint im Lichte der Reputation des Herstellers.	Produkt wurde hergestellt, ohne die Integrität der Rechte Dritter zu beeinträchtigen sowie um möglichst viel Partizipation zu ermöglichen	Produkt wurde hergestellt und konsumiert, ohne dass die Umwelt oder die Gesundheit beeinträchtigt wurde	Produkt ist Resultat einer Projektkoordination, dessen Qualität wesentlich in der Koordinationsfähigkeit von Einzelnen begründet liegt
Produktion ist geprägt durch	Vermehrung und Wahrung des Markenimages	Berücksichtigung von Rechten, die weite Gleichheit und Partizipation stärken	geringe Arbeitsteilung in eher kleinen Unternehmen	Integration von Koordination, Planung und Herstellung
Unternehmensformen, in denen Konvention typischerweise einflussreich ist	Markenhersteller, Dienstleistungsunternehmen (Beratungsunternehmen), „hanseatischer Kaufmann“	öffentlich-rechtliches Unternehmen, Genossenschaft, Vereine, Nichtregierungsorganisation (NGO), Non-Profit-Organisation (NPO)	angelehnt an handwerkliche Konvention: regional produzierender und absetzender Betrieb, der in ökologischer Weise wirtschaftet	Einzelunternehmer („Freiberufler“), Projektkooperationen zwischen eigenständigen Unternehmen, Beratungsunternehmen
Abteilungen in Unternehmen, in denen Konventionen typischerweise einflussreich sind	Marketing und Werbung, Öffentlichkeitsarbeit (PR), Marktforschung	Öffentlichkeitsarbeit (PR), Werbung, Rechtsabteilung, Gleichstellungsbeauftragte, Personalabteilung	Einkauf, Marketing, Planung und Strategie, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit (PR)	Personalabteilung (interner und externer Arbeitsmarkt), Forschung und Entwicklung, Planung und Strategie
Prüfung erfolgt anhand	Gelungene Präsentationen und Auftritte; Anerkennung durch Öffentlichkeit, Publikum, Kritiker	Durchsetzung, Formulierung und Verteidigung von kollektiven Anliegen („für eine gerechte Sache“)	Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit, Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen	Gelingen des Projektes und Abnahme durch Auftraggeber (Arbeitgeber)
Zeithorizont	eher kurzfristig, Welt hat kaum Gedächtnis	langfristig	sehr langfristig	mittelfristig (Projekt als Zeithorizont)

Neben den oben beschriebenen Qualitätskonventionen gehört die Auffassung eines Akteurs, der sich dieser verschiedenen Qualitätskonventionen bedient, an dieser Stelle veranschaulicht, da neue Konventionen zustande kommen, wenn Akteure in einer Situation zu einer koordinativen Handlung aufgefordert werden. Gemäss EC handeln Akteure in solchen Situation rational. „Rationalität wird [...] gedacht als begrenzt, situiert, interpretativ und argumentativ (Bessis et al., 2006, in: Diaz-Bone 2015, S. 332). Dazu werden Akteure als kompetente und handelnde Personen gefasst, die einer ökonomisch-praktischen Handlungslogik folgen und diese diskursiv begründen. Dies geschieht vor allem in Situationen, wo Akteure in der Kritik stehen, wo die Angemessenheit ihres Handelns infrage gestellt wird, praktische Probleme auftauchen und Akteure zur Koordination aufgefordert sind.

Wie sich in Kapitel 5 ‚Empirischer Teil‘ zeigen wird, war zum Beispiel ein im Rahmen dieser Untersuchung analysierter Koordinationsprozess durch die steigenden Anzahl Schüler/-innen und die daraus folgende Raumnot bedingt. Die Frage der Dynamik bezieht sich in diesem Koordinationsprozess nicht auf das Auftreten einer Konvention, wie zum Beispiel die Zustimmung, ein neues Gewerbeschulhaus zu bauen, sondern darauf, *wie* solche Konstellationen entstehen (Diaz-Bone 2015, S. 350 f.). In dieser Untersuchung werden vier solcher Koordinationsprozesse analysiert: Entwicklung der Gewerbeschulhäuser in der Stadt Luzern, in der Gemeinde Emmen sowie Gründung des Zentralschweizerischen Technikums und die Gründung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern.

5 Empirischer Teil: Expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern

Bereits in Kapitel 2 hat die Verfasserin dieser Arbeit durch das grobe Beleuchten des ‚historischen Kontext‘ die Vermutung aufgestellt, dass sich die duale Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 gewandelt und expandiert hat. Um dies zu überprüfen, wird in diesem Kapitel die quantitative Ausdehnung der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern (Unterkapitel 5.1) aufgezeigt und qualitativ die Beweggründe der involvierten Akteure für die Veränderungsanstösse aus der Perspektive der Konventionentheorie (Unterkapitel 5.2 und Unterkapitel 5.3) herauskristallisiert.

In Unterkapitel 5.1 wird die expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern sowohl als quantitative Ausdehnung der Anzahl Gewerbeschüler/-innen, der Anzahl Lehrpersonen sowie der infrastrukturellen Entwicklung als auch als qualitative Veränderung erfasst. Für die qualitativen Veränderungen analysiert die Verfasserin bedeutsame Faktoren, wie zum Beispiel Raumnot oder Ausbau der Demonstrationsräume in den Gewerbeschulen, die Aufschluss über die Entwicklung der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen geben. Die Stadt Luzern und die Gemeinde Emmen wurden gewählt, weil sie zwei repräsentative Vergleichsgrössen zum Kanton Luzern verkörpern. In der Stadt war das Lehrangebot am grössten, zudem fassten die Gewerbeschulen der Stadt Luzern gleich viele Schüler/-innen wie alle anderen Gewerbeschulen des restlichen Kantons Luzern zusammen, wie die statistisch erhobenen Zahlen der Gewerbeschule Luzern zeigen: 1954 besuchten 2430 Schüler/-innen und 1980 bereits 4810 Schüler/-innen die Gewerbeschulen der Stadt Luzern. In allen anderen Gewerbeschulen des Kantons Luzern waren die Zahlen deutlich kleiner: 1954 waren es 828 Schüler/-innen, während im Jahr 1979 1879 zu verzeichnen waren.

Die Gemeinde Emmen galt in der untersuchten Zeitphase als die grösste Industriegemeinde des Kantons Luzern beziehungsweise der Zentralschweiz.¹¹⁸ Viscosuisse, Schindler, von Moos und weitere industrielle Betriebe haben sich in und um Emmen angesiedelt und waren auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Gleichzeitig profitierten die Gewerbeschulen von diesen Betrieben, da die Berufsschullehrpersonen häufig nebenamtlich unterrichteten und gleichzeitig in der Industrie als Arbeitskräfte tätig waren.

¹¹⁸ GARE. B.910.6.8. Gewerbeschule Herdschwand, Berufsschule Emmen. Bericht und Antrag, Bauabrechnung, Broschüre. Berufsschule Emmen Eröffnung 1981.

In den Unterkapiteln 5.2 und 5.3 wird aus der konventionstheoretischen Perspektive das Quellenmaterial zu den zwei Themen ‚Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern‘ und ‚Gründung der ersten Berufsmittelschulen im Kanton Luzern‘ erschlossen. Dabei stellen sich folgende Fragen: Welche Akteure ergreift die Initiative, und wie wird das Engagement begründet? Mit welchen Qualitätskonventionen lassen sich die Argumentationen kennzeichnen, und welche neuen Gesetze und Kompromisse beziehungsweise Konventionen kommen zustande? Schliesslich wird zusammenfassend beurteilt, auf welchen Wandel der dualen Berufsbildung dieser analysierte Prozess hindeutet: Expansion, Systemdifferenzierung und/oder Konsolidierung. Ziel dieser pragmatischen empirischen Vorgehensweise ist es, neue Erkenntnisse über die Interessen sowie die Werthaltungen der involvierten Akteure zu gewinnen und so einen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern zu leisten.

Institutionelle Organisation der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern

Die duale Berufsbildung im Kanton Luzern war strukturell einfach organisiert. Das kantonale Lehrlingsamt und später das Amt für Berufsbildung mit dem kantonalen Inspektorat waren dem Erziehungsdepartement des Kantons Luzern unterstellt (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 4). Der Amtschef besass damals viel Entscheidungsmacht und musste bürokratisch lediglich kurze Wege zu bestreiten. Seine Anliegen hatte er mit dem Erziehungsdepartement, mit den Präsidenten der Aufsichtskommissionen und den Rektoren der Berufsschulen abzusprechen. Die Rektoren der Berufsschulen¹¹⁹ waren auf der Gemeindeebene angestellt, weil die Gemeinden Träger¹²⁰ der Berufsschulen waren (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981).¹²¹ Ihre Aufgaben bestanden darin, die Schulordnung zu organisieren, den Schulhausbau zu verwalten, Lehrer/-innen zu wählen, die Finanzierung zu gewährleisten sowie die schulische Organisation zu kontrollieren. Inwiefern sich ihr Einfluss auf die Entwicklung der dualen Berufsschulen im Kanton Luzern belegen lässt, wird sich in der Analyse des Koordinationsprozesses in Unterkapitel 5.3 zeigen.

Beim Lehrlingsamt platzierten auch die Berufsverbände ihre inhaltlichen und wirtschaftlichen Anliegen hinsichtlich der Entwicklung der dualen Berufsbildung. Die wirtschaftli-

¹¹⁹ Im untersuchten Zeitraum gab es im Kanton Luzern acht Berufsschulen: Emmen, Knutwil, Luzern, Hochdorf, Sursee, Reiden, Willisau, Wolhusen (SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958).

¹²⁰ GARE. B.910.6.8. Gewerbeschule Herdschwand, Berufsschule Emmen. Bericht und Antrag, Bauabrechnung, Broschüre. Berufsschule Emmen Eröffnung 1981.

¹²¹ Heute sind die Berufsschulen kantonalisiert. Dieser Prozess wurde in den 1980er-Jahren ausgelöst und wird in dieser Untersuchung nicht thematisiert, da er ausserhalb des gesetzten Zeitrahmens liegt.

chen Voraussetzungen im Jahr 1954 sind für den Fall Kanton Luzern insofern bedeutsam, als dass sie die prägende Struktur für den betrieblichen Ausbildungsteil waren, der – wie weiter oben bereits erwähnt – in der beruflichen Bildung den grösseren Bildungsteil übernimmt.

Zusammengefasst ist die duale Berufsbildung im Kanton Luzern von zahlreichen Faktoren beeinflusst: vom föderalistisch organisierten Staat, von der Wirtschaft und deren liberalem Arbeitsmarkt, der Bundesverfassung, dem Bundesgesetz über die Berufsbildung¹²², der Verordnung über das Bundesgesetz über die Berufsbildung, dem Arbeitsgesetz und dem Arbeitsvertragsrecht, dem kantonalen Erziehungsgesetz und der kantonal erlassenen Verordnung zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 4 f.).

Wie die duale Berufsbildung im Kanton Luzern zwischen 1954 und 1980 organisiert war, wird nachfolgend kurz erläutert.

Der Grosse Rat des Kantons Luzern erliess das Erziehungsgesetz sowie die Vollziehungsverordnung und formulierte damit Richtlinien für die Berufsbildung im Kanton Luzern.¹²³ Für die Umsetzung dieser Richtlinien war innerhalb des Erziehungsdepartements das Lehrlingsamt (ab 1967 ‚Amt für Berufsbildung‘) zuständig.¹²⁴ Das kantonale Berufsschulinspektorat, das ebenfalls dem Erziehungsdepartement unterstellt war, beaufsichtigte die Lehrverhältnisse und Finanzierungen der Berufsbildung (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981).

Der Gemeinde- beziehungsweise Stadtrat wählte die Aufsichtskommissionen der Gewerbeschulen, die in den jeweiligen Gemeinden die Gewerbeschulen beaufsichtigten. Zum Beispiel wählte die Gemeinde Emmen die Aufsichtskommission der Gewerbeschule Emmen, die sowohl beim Umbau des Gewerbeschulhauses Gersag als auch beim Neubau des

¹²² Siehe dazu Unterkapitel 2.1.

¹²³ Die Berufsbildung fiel im Kanton Luzern unter das Erziehungsgesetz und stützte sich auf das Bundesgesetz über die Berufsbildung. Dieses wurde zusammen mit den Lehrplänen von der Exekutive dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit erlassen. Zum Beispiel verordnet das BIGA gestützt auf das Bundesgesetz vom 20. September 1963, Artikel 21 Absatz 3 sowie Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung vom 30. März 1965 zum Bundesgesetz die Pflichtfächer für die dreijährige Berufslehre des Chemielaboranten verbindlich: Chemie 320 Lektionen, Physik 160 Lektionen usw. (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981).

Zur Umsetzung der bundesgesetzlichen Grundlage zählten auch die Subventionierung der dualen Berufsbildung in den Kantonen sowie die Organisation der Aus- und Fortbildung der beruflichen Lehrpersonen am Schweizerischen Institut für Berufspädagogik (SIBP), seit 2006 Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB).

¹²⁴ Der Grosse Rat des Kantons Luzern wird heute Kantonsrat genannt, und das Amt für Berufsbildung wurde 2002 umbenannt zur Dienststelle Berufs- und Weiterbildung des Kantons Luzern.

Gewerbeschulhauses Herdschwand mitentschied. Zudem begleitete sie zum Beispiel die Umstellung der Berufsausbildung¹²⁵ oder die Einführung der Berufsmittelschule. Die Aufsichtskommission setzte sich damals ausschliesslich aus Männern zusammen, die vorwiegend unternehmerisch tätig waren.¹²⁶ Die Verwaltungen der Gemeinden beziehungsweise der Stadt Luzern erliessen die Schulordnung, organisierten den Schulhausbau, wählten die Lehrpersonen und regelten die Finanzierungen. Die Schulgelder für die Berufsschule wurden vom Lehrort, dem Lehrmeister und der Wohnortgemeinde bezahlt.

Die kantonalen Berufsverbände galten als Sprachrohre der Wirtschaft. Sie leiteten die Einführungskurse.

5.1 Quantitative Expansion der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern

Um die quantitative Ausdehnung der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern zu untersuchen, trug die Verfasserin dieser Arbeit Zahlenmaterial aus den kantonalen Staatsverwaltungsberichten¹²⁷, der Kantongeschichte Luzern (Regierungsrat des Kantons Luzern, 2013), den Jahresberichten der Gewerbeschulen der Stadt Luzern¹²⁸ und der Gemeinde

¹²⁵ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. An die Mitglieder der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen. Gemeinderat Emmen, 10. Dezember 1972.

¹²⁶ Im Jahr 1959 bestand die Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen aus folgenden Akteuren: Josef Bossert, Präsident, Emmenbrücke; Vertreter der von Moos'schen Eisenwerke AG Emmenweid, Emil Schneckenburger, Direktor, Ernst Herzig, Präsident der Schulpflege, Hans Stöckli, Nagler, Theophil Wegelin, Betriebschef; Vertreter der Société de la Viscose Suisse, Emmenbrücke, Hermann Karlen, Direktor, Jakob Bollin, Obermeister, Andreas Goette, Schlosser; Vertreter des Eidgenössischen Flugzeugwerkes in Emmen, Max Burri, Direktor; Vertreter der Eisengiesserei Reinle, Sigg & Cie, Emmenbrücke, Conrad Sigg, Direktor; Vertreter der Weber AG Fabrik elektrotechnische Artikel und Apparate, Ernst Enderli, Betriebschef; Vertreter der AMP Schür, Post Rothenburg, Gemeinde Emmen, Rudolf Waber, Verwalter; Vertreter der Allegro Industrie AG, Emmenbrücke, Jean Streuli, Betriebschef; Vertreter der Salvis AG Fabrik elektrische Apparate, Reussbühl, Hans Engel, Direktor; Vertreter der Handwerker der Gemeinde Emmen, Albert Widmer, Eisen- und Maschinenbau; Vertreter der Lehrerschaft, Alois Lustenberger, Lehrer; Vertreter der Gemeinde Emmen, Josef Bossert, Gemeindevorsteher und Ludwig Rütli, Schlosser (GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1958/59. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen).

¹²⁷ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979.

¹²⁸ Gewerbeschule der Stadt Luzern (1954/55). Jahresbericht (1955/56); Jahresbericht (1956/57); Jahresbericht (1957/58); Jahresbericht (1958/59); Jahresbericht (1959/60); Jahresbericht (1960/61); Jahresbericht (1961/62); Jahresbericht (1962/63); Jahresbericht (1963/64); Jahresbericht (1964/65); Jahresbericht (1965/66); Jahresbericht (1966/67); Jahresbericht (1967/68); Jahresbericht (1968/69); Jahresbericht (1969/70); Jahresbericht (1970/71); Jahresbericht (1971/72); Jahresbericht (1972/73); Jahresbericht (1973/74); Jahresbericht (1974/75); Jahresbericht (1975/76); Jahresbericht (1976/77); Jahresbericht (1977/78); Jahresbericht (1978/79); Jahresbericht (1979/80). Luzern: Buchdruckerfachklasse.

Emmen¹²⁹ sowie der Zeitschrift ‚Die Volkswirtschaft‘¹³⁰ zusammen. Die Zahlen konnten trotz der Untersuchung verschiedener Quellen nicht ganz lückenlos aufgefunden werden.¹³¹ Indes sind mehr Zahlen als Lücken vorhanden, was eine aussagekräftige Interpretation zulässt. Denn die Trendlinie zeigt eine eindeutige Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen an den Gewerbe- und Kantonsschulen von 1954 bis 1978 im Kanton Luzern. Diese werden der Bevölkerungsentwicklung im Kanton Luzern gegenübergestellt, um die Entwicklung der kantonalen Schülerinnen- und Schülerzahlen der Sekundarstufe II einzuordnen.

¹²⁹ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1953/54 bis 1971/72. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke.

¹³⁰ Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) (Hrsg.) (1960–1980). Die Volkswirtschaft. Separatabzug aus der ‚Volkswirtschaft‘. Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge. Schweizerisches Handelsamtsblatt. Bern.

¹³¹ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979.



Diagramm 8: Relative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen der Sekundarstufe II im Kanton Luzern, 1954–1980¹³²

Die Zahl der Berufsschüler/-innen im Kanton Luzern hat sich von Anfang der 1950er-Jahre bis Ende der 1970er-Jahre verdoppelt, während die Kantonsbevölkerung nicht im gleichen Ausmass, nämlich nur um 30 %, gewachsen ist. Gleichzeitig hat sich auch die Anzahl Schüler/-innen an den Gymnasien mit der Steigerung auf 214,8 % mehr als verdoppelt. Auffällig bei dieser grünen Kurve ist der starke Abfall zwischen 1971 und 1973. Dieser Einbruch deckt sich mit der Anzahl der ausgehändigten Maturitätszeugnisse im

¹³² StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979 (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 3); (Kurmman, 2013).

Diagramm 3 von Fischer (Fischer, 2013).¹³³ Hingegen steigen in dieser Zeit die Zahlen der Berufsschüler/-innen weiter an, was für die Berufsbildung und deren Attraktivität spricht.

Diese steigende Entwicklung offenbart sich auch in der gesamten Anzahl angestellter Lehrpersonen im Kanton Luzern, wie aus nachfolgendem Diagramm 9 hervorgeht:

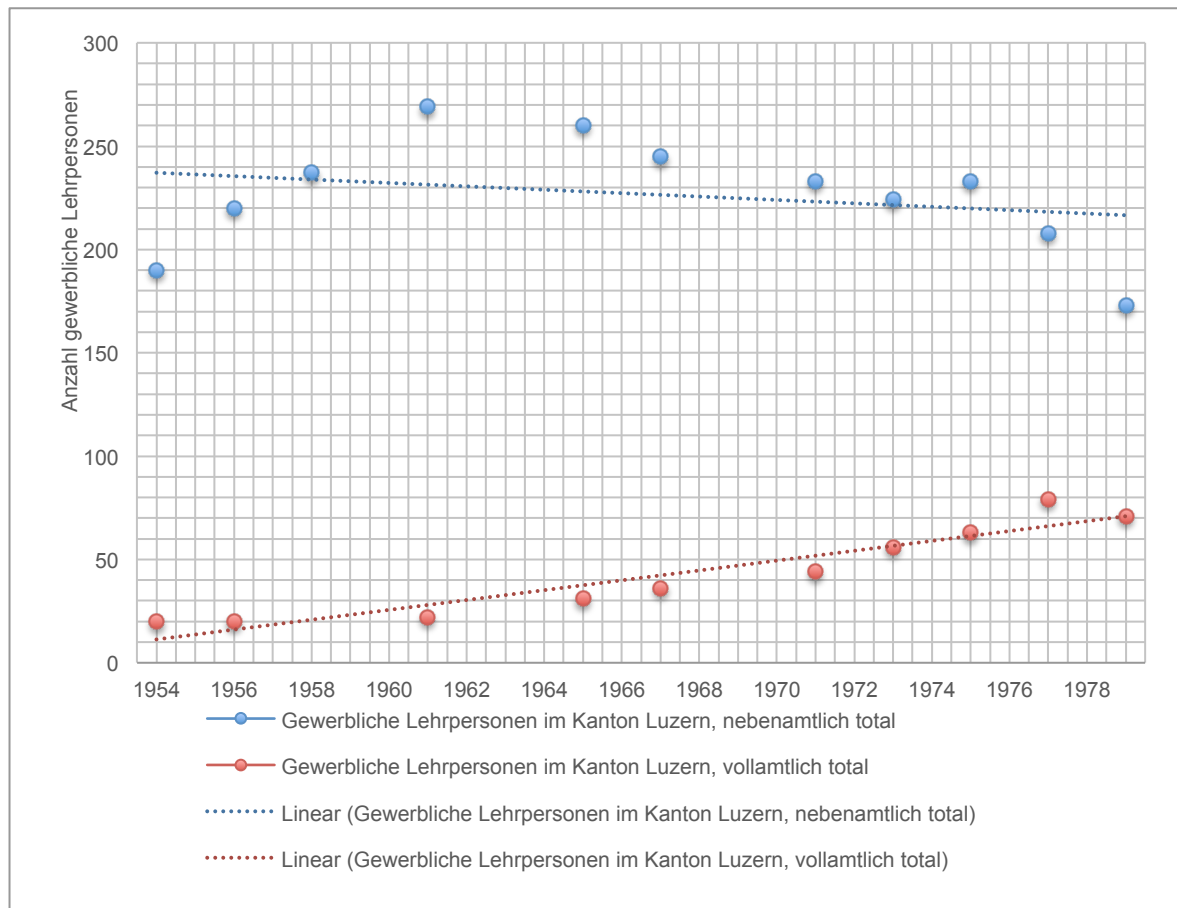


Diagramm 9: Anzahl gewerbliche Lehrpersonen im Kanton Luzern¹³⁴

Auffallend ist, dass ab 1960 die Anzahl nebenamtlicher Lehrpersonen an den Gewerbeschulen des Kantons Luzern stetig abnimmt, während die Anzahl der hauptamtlichen Lehrpersonen zunimmt. 1954 waren 20 Lehrpersonen hauptamtlich angestellt. Diese Zahl hat sich bis ins Jahr 1979 auf 71 erhöht. Dagegen hat die Anzahl der nebenamtlichen Lehrpersonen leicht abgenommen: 1954 waren 190 und im Jahr 1979 noch 173 Lehrpersonen

¹³³ Einen Grund für den Einbruch der Anzahl Kantonsschüler/-innen im Kanton Luzern nennt Fischer nicht (Fischer, 2013). In den für die Erhebung konsultierten Staatsverwaltungsberichten sind nicht alle Zahlen lückenlos erfasst (StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979).

¹³⁴ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979; (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 3).

im Nebenamt tätig. Dass immer mehr Lehrpersonen vollamtlich und immer weniger nebenamtlich an den Gewerbeschulen der Kantons Luzern tätig waren, spricht für einen Ausbau derselben. Die Gewerbeschulen bauten nach und nach einen eigenen vollamtlichen Lehrkörper auf und grenzten sich somit deutlicher von der Sekundarstufe I ab.

5.1.1 Quantitative Entwicklung der Berufsbildung in den Gemeinden Luzern und Emmen

Um die Trends in den Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen zu überprüfen, werden nun die Zahlen der Gewerbeschüler/-innen sowie jene der Lehrpersonen in ihrer Entwicklung analysiert.

Quantitative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen an den Gewerbeschulen der Stadt Luzern

1954 rangiert die Gewerbeschule der Stadt Luzern mit insgesamt 2388 Schülerinnen und Schülern in ihrer Grösse nach den Gewerbeschulen der Städte Zürich mit 9060, Bern mit 3956 und Basel mit 2962 Schülerinnen und Schülern an vierter Stelle. Platz fünf belegt St. Gallen mit 1512 Schülerinnen und Schülern (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1954, S. 3 f.). Dass die Gewerbeschule der Stadt Luzern die viertgrösste der gesamten Schweiz repräsentiert, hat mit der besonderen Bedeutung als Berufsbildungszentrum innerhalb der Zentralschweiz zu tun. Denn Luzerns umliegende Kantone Zug, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden verfügten zu jener Zeit über keine oder nur wenige Gewerbeschulen.¹³⁵ Die Stadt Luzern wiederum war angewiesen auf Anwärter/-innen aus ihren Nachbarkantonen, da die städtischen Lehrverhältnisse aufgrund rückläufiger Geburtenzahlen ab Mitte der 1970-Jahren stagnierten. Die Stadt Luzern konnte sich deshalb als Lehrort mit Berufsmittelschule, attraktivem Freifächerangebot und einer neuzeitlichen Schulanlage etablieren. Dies waren gute Gründe für die Sanierung und den Ausbau der Gewerbeschule.¹³⁶ Die Entwicklung blieb expansiv: Die Anzahl Berufsschüler/-innen an der Gewerbeschule in der Stadt Luzern¹³⁷ hat sich von 1954 bis 1979 von 2430 auf 4691 erhöht. Dies kommt fast einer Verdoppelung gleich, wie dies das nachfolgende Diagramm 10 zeigt.

¹³⁵ Der Kanton Zug besass während dieser Zeitphase bereits Gewerbeschulen (Rickli, 2010). Trotzdem besuchten auch Schüler/-innen aus dem Kanton Zug die Gewerbeschule im Kanton Luzern.

¹³⁶ Siehe dazu Unterkapitel 5.1.

¹³⁷ Eine Auflistung mit den verschiedenen Berufen, die an der Berufsschule der Stadt Luzern unterrichtet wurden, liegt im untersuchten Quellenkorpus nicht vor. Über die Fächerstruktur können aber anhand der Jahresberichte der Gewerbeschule der Stadt Luzern die Berufe beziehungsweise die Berufsgruppen rekonstruiert werden. Die Fächerstruktur setzt sich einerseits aus den allgemeinbildenden und andererseits aus den

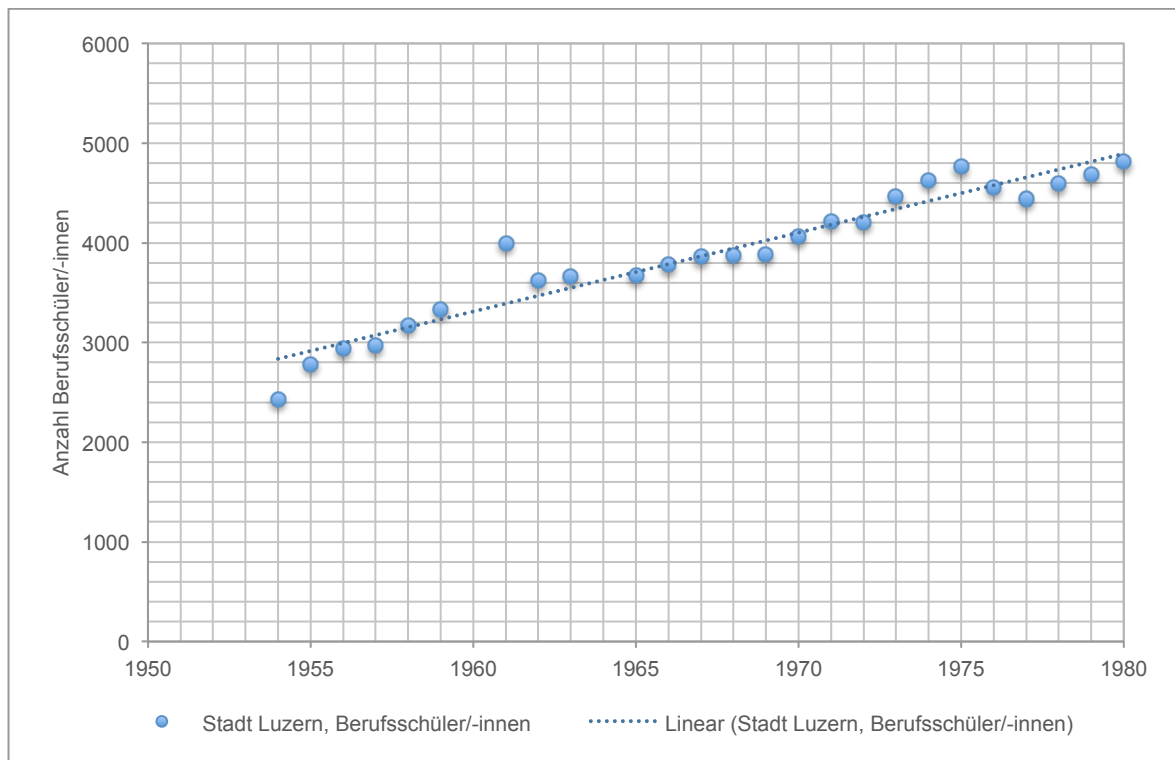


Diagramm 10: Anzahl Schüler/-innen an der Gewerbeschule der Stadt Luzern¹³⁸

Diese expansive Entwicklung war es dann auch, die das Dauerthema ‚Raumnot‘ ab dem Schuljahr 1953/54 auf die politische Agenda setzte. Damals schrieb der Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern Moritz Tröndle:

„Die Notwendigkeit für die Erstellung eines neuen Gewerbeschulhauses ist durch die Entwicklung der Schülerzahlen hinlänglich begründet. Dazu treten die seit Jahren bestehenden räumlichen Schwierigkeiten. Das Schulhaus Krienbach kann, wie schon erwähnt, knapp 2/5 der Pflichtschüler fassen. Die übrigen müssen in Primarschulhäusern untergebracht werden. Die Lehrlinge sind dadurch gezwungen, in einem berufsfernen Milieu zu arbeiten, ohne durch die Räume und deren Ausstattung fachlich beeindruckt zu werden.“ (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1954, S. 4)

berufskundlichen Fächern zusammen. Im Jahr 1976 lauteten diese in der Berufsschule der Stadt Luzern wie folgt: Topfpflanzen, Schnittblumen, Pflanzenkunde, Düngerlehre, Obstbaukurs, Gartengestaltung, Gehölzkunde, Maschinenkunde, Materialkunde, Elektrizitätslehre, Chemie-Labor, Physik, Konstruktionslehre, Naturlehre, Verkaufskunde, Rechnen, Algebra, Geometrie, Statistik, Perspektive, Telefoninstallation, Strassenverkehrsrecht, Schriftzeichnen, Berechnen, Zeichnen, Dekor, Kochen (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1976b).

¹³⁸ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979 (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 3).

Die Raumnot wurde schliesslich mit dem Neubau des Gewerbeschulhauses Heimbach 1958 für einen kurzen Moment entschärft, wie aus der Analyse der Entwicklung der Gewerbeschulhäuser in der Stadt Luzern ab Seite 115 hervorgeht.

Steigende Anzahl der Lehrpersonen an den Gewerbeschulen der Stadt Luzern

Mit der steigenden Anzahl Schüler/-innen an den Gewerbeschulen der Stadt Luzern (Diagramm 10) erhöhte sich auch die Anzahl der vollamtlichen und nebenamtlichen Lehrpersonen (Diagramm 11). Werden diese Zunahmen der Lehrpersonen differenzierter betrachtet, fällt auf, dass von 1954 bis 1979 die Zahl der vollamtlichen Lehrpersonen um 300 % gewachsen ist (von 17 auf 51), jene der vollamtlichen nur um ca. 32 % (von 113 auf 149). Der Grund für das Bevorzugen vollamtlicher Lehrpersonen war mit zwei Faktoren verbunden: Einerseits konnten die Stundenpläne dank vollamtlich angestellter Lehrpersonen einfacher gestaltet werden. Andererseits wurde ab dem Jahr 1972 mit der Gründung der ersten Ausbildungsstätte für Gewerbeschullehrpersonen – Schweizerisches Institut für Berufspädagogik (SIBP) – die Möglichkeit geschaffen, sich als Gewerbeschullehrperson zu qualifizieren, um sich anschliessend im Hauptamt anstellen zu lassen.¹³⁹ Mit der Schaffung des SIBP (siehe Fussnote 256) konnten die Gewerbeschulen ihre eigenen Lehrpersonen unabhängig von den Sekundarlehrpersonen aufbauen. Die Möglichkeit, über das SIBP Gewerbeschullehrpersonen auszubilden, verlieh dem Ausbau der dualen Berufsbildung zusätzlich Schub. Denn qualifizierte und genügend Lehrpersonen sind eine relevante Voraussetzung, damit ein Bildungsangebot – wie es die duale Berufsbildung darstellt – expandieren kann.

¹³⁹ Bundesratsbeschluss vom 17. Mai 1972 über die Errichtung des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik (Bundesrat, 1981); Artikel 36 ‚Schweizerisches Institut für Berufspädagogik‘ im Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 19. April 1978.

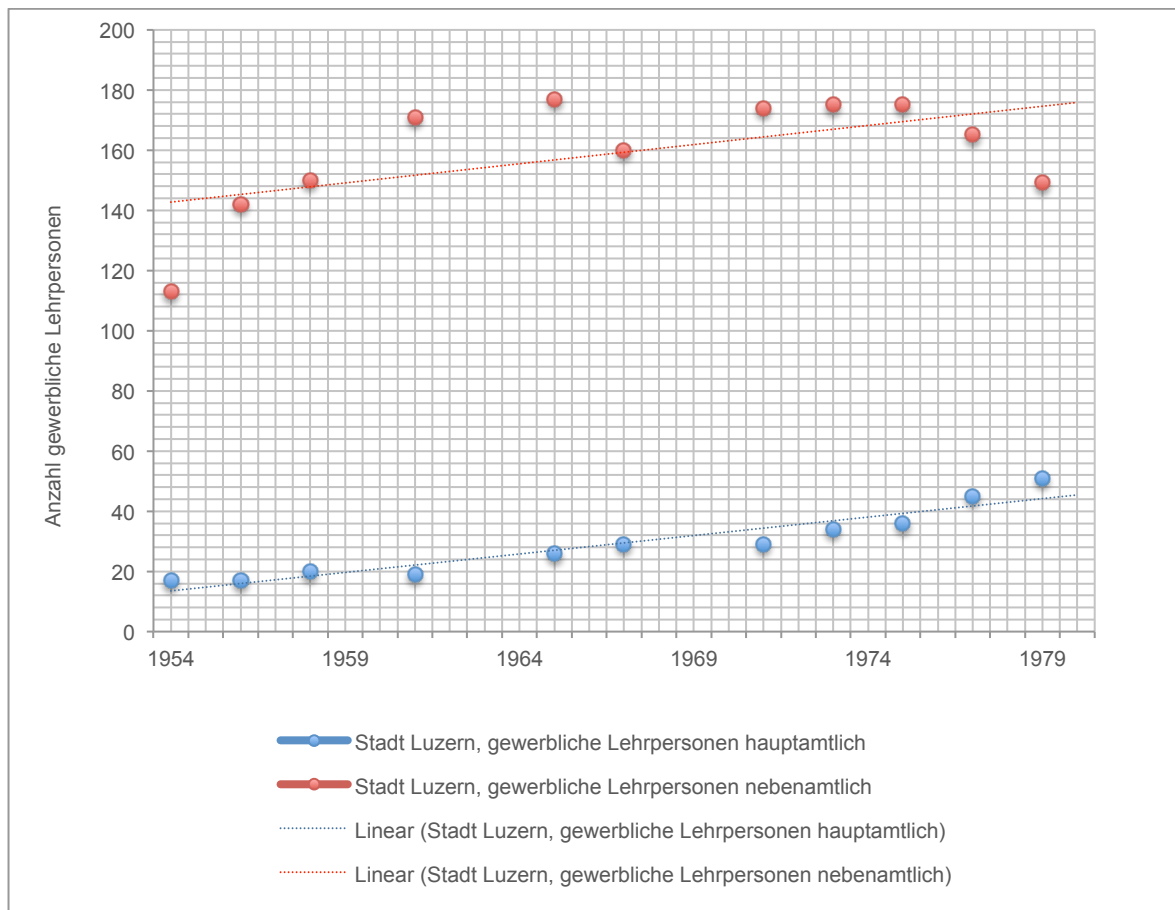


Diagramm 11: Anzahl Lehrpersonen an der Gewerbeschule der Stadt Luzern¹⁴⁰

Neue Berufe an der Gewerbeschule der Stadt Luzern

Die expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung in der Stadt Luzern wird auch aus der inneren Differenzierung ersichtlich. Dies bedeutet, dass sich das Angebot der Berufsschulen erweitert hat. Exemplarisch lässt sich diese Entwicklung an der Gründung der Polierschule Zentralschweiz im Jahr 1964 sowie an der innovativen Idee der Firma Schindler Aufzüge- und Elektromotorenfabrik demonstrieren. Ein Blick auf die Entstehung der Polierschule der Zentralschweiz zeigt, wie sich diese Schule aufgrund der ausgewiesenen Nachfrage vom Polierverband unter dem Dach der Gewerbeschule der Stadt Luzern organisiert hat. Genauso entschied sich die Firma Schindler Aufzüge- und Elektromotorenfabrik für die Selbstorganisation in der Ausbildung von Aufzugsmonteuren und -konstrukteuren,¹⁴¹ um den nötigen Nachwuchs praxisorientiert auszubilden.

¹⁴⁰ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979 (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 3).

¹⁴¹ In diesem Fall wird die männliche Form gewählt, weil zwischen 1954 und 1980 in diesem Beruf keine Frauen tätig waren.

Am 21. Oktober 1963 reichte Grossrat Otto Koch eine Motion im Grossen Rat des Kantons Luzern¹⁴² ein. Seine Motion „[...] begründete die Notwendigkeit einer zu errichtenden Polierschule an Stelle der Polierkurse, wie sie durch den Polierverband an der Gewerbeschule der Stadt Luzern seit Jahren durchgeführt wurden“ (Bundesrat, 1977). Die Motion beinhaltete drei Anliegen: geordneter Schulbetrieb über zwei Semester, ein verbindliches Lehrstoffprogramm sowie eine Abschlussprüfung samt Ausweis für Poliere. Am 12. Mai 1964 wurde die Motion als dringlich und gültig erklärt, worauf am 24. September 1964 der Departementsvorsteher des kantonalen Erziehungsdepartements Hans Rogger zu einer Informationskonferenz einlud. Am 16. Dezember 1964 fand in Luzern die Gründerversammlung der Polierschule statt. An dieser Versammlung wurden deren Ziel, die Organisation der Träger sowie die Vertreter/-innen der Träger und Behörden bestimmt. Als Träger der Schule fungierten der Zentralschweizerische Baumeisterverband, der Schweizerische Polierverband, das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, der Kanton Luzern sowie die Stadt Luzern. Es wurden der Unterricht nach Stundenplan, das Fächer- sowie das Stoffprogramm organisiert und erste Zahlen wie die Anzahl der absolvierten Aufnahmeprüfungen und der aufgenommenen Teilnehmer festgehalten. Im zweiten Kursjahr 1965 wurde das Betriebsreglement erweitert und verfeinert. Bis heute dienen die Jahresberichte als Rechenschaftsberichte und gehen an das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit in Bern, das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern, die Schuldirektion der Stadt Luzern, die Baumeisterverbände der Zentralschweiz und den Schweizerischen Polierverband, Sektion Luzern (Polierschule der Zentralschweiz, 1967, 1971, 1973).

Viele ausgeübte Berufe waren zu Beginn der im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Zeitphase im Bundesgesetz über die Berufsbildung noch gar nicht anerkannt, wurden aber durch den technischen Fortschritt in der Praxis notwendig¹⁴³ – so auch die Berufe des Aufzugsmonteurs und -konstruktors. Die Schindler Aufzüge- und Elektromotorenfabrik reagierte auf diese Situation ab 1954 mit eigenen Ausbildungsangeboten, die sie bereichsspezifisch organisierte, und begründete ihr Vorgehen in der Personalzeitung vom Juli 1973 unter dem Titel ‚Montage/Unterhalt. Dienstleistung am Kunden‘ öffentlich:

¹⁴² Heute Kantonsrat.

¹⁴³ „Rund 60% aller Berufe, die an der Gewerbeschule der Stadt Luzern vertreten sind, haben in den letzten fünf Jahren neue Normallehrpläne und Ausbildungsreglemente erhalten. Weil sie sich dem technologischen Fortschritt, neuen Materialien in der Verarbeitung und zusätzlichen Anforderungen an den Beruf anzupassen haben, erhöht sich ständig die Quote an werbeständigen Lehrmitteln, sind neue Demonstrationsmöglichkeiten zu realisieren und möglicherweise neue Fächer einzuführen (obligatorischer Sprachunterricht, Maschinenschreiben Verkaufskunde, Kochunterricht bei Metzgern usw.)“ (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1954, S. 5 f.).

„Auch der teuerste und komplizierteste Aufzug ist wertlos, wenn er schlecht montiert und mangelhaft unterhalten wird. Dies ist nicht nur eine Fragestellung, sondern eine Tatsache, welche in der Praxis immer wieder ihre Bestätigung findet. Ein gutes Produkt wird somit erst durch eine einwandfreie und saubere Montage vervollständig und abgerundet. [...]

Der vielseitige, anspruchsvolle und verantwortungsvolle Beruf eines Aufzugmonteurs und -kontrolleur ist aber nicht offiziell anerkannt und kann somit nicht öffentlich erlernt werden. Die Ausbildung des Personals wurde bis heute durch die Affilierten selbst, in der Produktion direkt am Arbeitsplatz vorgenommen. Diese Form der Ausbildung, welche für die einzelne Gesellschaft eine grosse zeitliche und finanzielle Belastung darstellt, wurde mit unterschiedlichem Erfolg betrieben. Der Notwendigkeit und Tragweite einer umfassenden Montage- und Unterhaltsausbildung bewusst, wird zurzeit durch die Ausbildungsstelle M/U-CH in Ebikon eine zentrale Ausbildungsstätte aufgebaut.

Der Anwärter soll abseits vom Produktionsdruck, zielgerichtet und einheitlich, sein neues Arbeitsgebiet kennenlernen und die nötigen Grund-, Fach- und Branchenkenntnisse erwerben“ (Personalzeitung, Aufzüge- und Elektromotorenfabrik, Schindler & Cie. AG, Nummer 2, Juli 1973).

Schindler war und ist bis heute ein innovatives Unternehmen, das sich für die berufliche Bildung bewusst einsetzt. Dies tat das Unternehmen auch in der Phase der Planung des Technikums von 1954 bis 1957. „An der Wiege des Zentralschweizerischen Technikums Luzern steht die Firma Schindler!“, lautet der Einleitungssatz der Personalzeitung aus dem Jahr 1980.¹⁴⁴

An diesem Beispiel lässt sich erkennen, dass die umliegenden Unternehmen genauso einflussreich auf die Berufsbildung vor Ort sein können wie Berufsverbände im Beispiel der Gründung der Polierschule.

Die innere Differenzierung der Berufsbildung hatte sich offensichtlich auch auf die quantitative Entwicklung der Anzahl Berufsschüler/-innen ausgewirkt, wie sich das am folgenden Beispiel Gewerbeschule der Gemeinde darstellen lässt.

Quantitative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen an der Gewerbeschule der Gemeinde Emmen

In der Gewerbeschule der Gemeinde Emmen offenbart sich ein ähnliches Bild wie in der Stadt Luzern. Von 1954 bis 1979 hat sich die Anzahl der Berufsschüler/-innen von 103 auf 493 erhöht und somit beinahe verfünffacht (Diagramm 12). Die steigende Anzahl Schüler/-innen an der Berufsschule Emmen wirkte sich direkt auf die Organisation der Klassen im Schulhaus Gersag in Emmen und den Stundenplan aus und erzeugt eine Differenzierung der anwesenden Schüler/-innen in Abteilungen.

¹⁴⁴ Personalzeitung, Aufzüge- und Elektromotorenfabrik, Schindler & Cie. AG, Nummer 5, Dezember 1980.

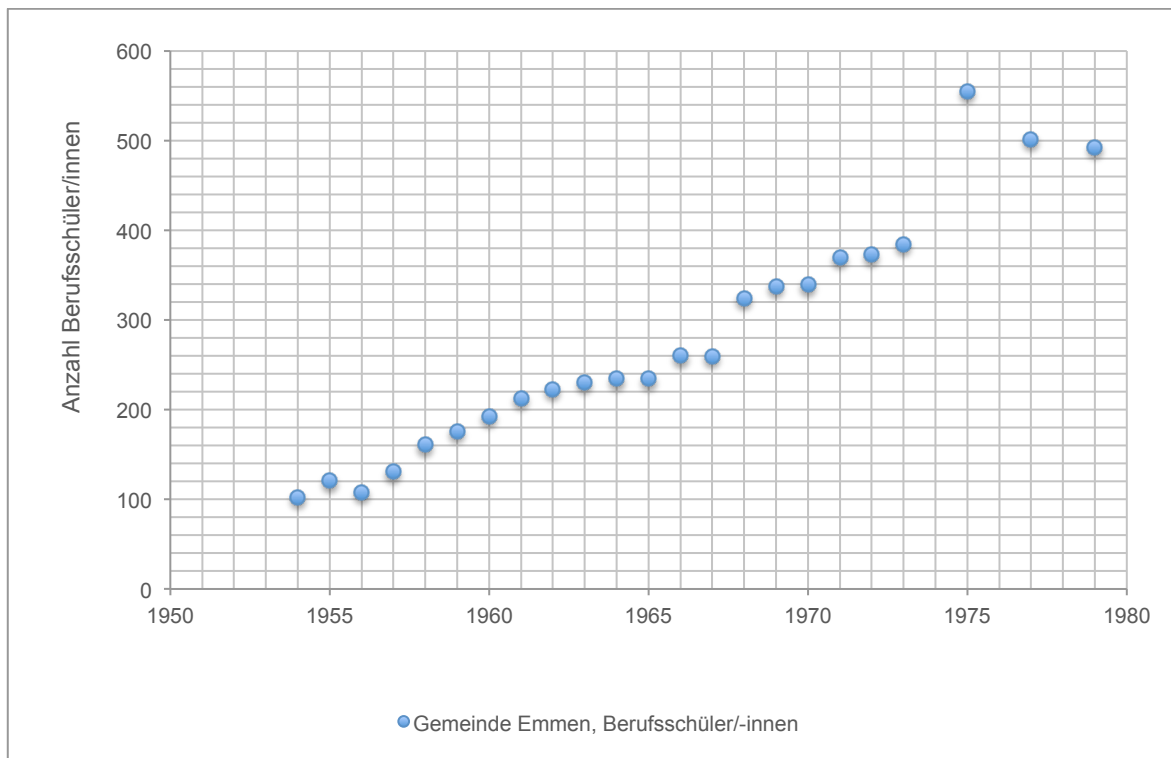


Diagramm 12: Anzahl Schüler/-innen an der Gewerbeschule Emmen¹⁴⁵

Wie diese Koordination organisiert wurde und was daraus resultierte, zeigt der Einblick in die Protokolle der Aufsichtskommission der Gewerbeschule Emmen. 1957 sah sich der Direktor der Berufsschule Emmen, Emil Schneckenburger, veranlasst, die Klassen der I. Stufe der Gewerbeschule erstmals in zwei Abteilungen einzuteilen. „Die I. Abteilung setzt sich aus Schülern mit 3 Jahren Sekundarschule und die II. Abteilung mit den übrigen Schülern, 1 oder 2 Jahre Sekundar- und 8. Primarklasse zusammen.“¹⁴⁶ Diese neue Einteilung hatte direkte Auswirkungen auf den Stundenplan. „Es haben nicht mehr alle 4 Stufen am

¹⁴⁵ Diese Zahlen basieren auf der Analyse der Staatsverwaltungsberichte, die die Anzahl Berufsschüler/-innen insgesamt auflisten. Welche Berufsgruppen und welche Berufe sich exakt hinter diesen Zahlen befinden, lässt sich in den Staatsverwaltungsberichten nicht eruieren. Die Berufsschule Emmen haben primär Schüler/-innen aus dem gewerblich-industriellen Beruf besucht (StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979; GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1953/54 bis 1971/72. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen).

¹⁴⁶ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1957.

Donnerstagvormittag Schule, sondern die 2. und 3. Stufe am Mittwochnachmittag und die 1. und 4. Stufe am Donnerstagvormittag.“¹⁴⁷

Gleichzeitig wurde das Angebot für die Fächer Französisch und neu auch Englisch ausgebaut, mit der Konsequenz, dass für das Fach Englisch Frau [Vorname unbekannt] von Wolff eingestellt wurde.¹⁴⁸

Ein weiterer Ausbauantrag wurde vom Schulvorsteher, Theophil Wegelin, persönlich beantragt. Er bat die AG von Moos'schen Eisenwerk¹⁴⁹, F+W Emmen, Eisengiesserei Rinle, Sigg & Cie, Emmenbrücke, Société de la Viscose, Weber AG, Maschinenbau Widmer, Salvis AG und die Allegro AG per Brief vom 1. September 1956 um eine Erweiterung des Demonstrationsraums, um praktischen Unterricht erteilen zu können. Die Aufsichtskommission unterstützte dieses Vorhaben mit der Ansicht, gut ausgestattete Demonstrationsräume hätten einen positiven Einfluss auf eine noch besseren Ausbildung der Lehrlinge.¹⁵⁰ Die Firma von Moos'schen Eisenwerke hat ihm dafür einen gebrauchten Härteprüfer restauriert zur Verfügung gestellt.

¹⁴⁷ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1957.

¹⁴⁸ Frau [Vorname unbekannt] von Wolff war zugleich die erste Frau, die an der Gewerbeschule in Emmen unterrichtet hat. Zuvor waren ausschliesslich Lehrer für den Unterricht zuständig.

¹⁴⁹ Die Firma von Moos hat das Industriezentrum der Gemeinde Emmen bedeutend mitgeprägt. Der Einblick in einige nennenswerte Ereignisse veranschaulicht dies. 1955: „Eine automatisierte Drahtstrasse im Walzwerk geht in Betrieb. Das Gewicht der Drahtrollen kann von 30 auf 200 Kilo erhöht werden“; 1959: „Als erstes schweizerisches Stahlwerk baut von Moos eine moderne Concast-Einstrang-Giessmaschine, mit der ab 1959 die Knüppel kontinuierlich gegossen werden können“; 1963: „Weltpremiere: Erstmals wird eine Tonne Stahl in einer Bogenkokille gegossen. Die Weltneuheit ist bei von Moos entwickelt worden. Sie erübrigt hohe und teure und letztlich unrationelle Giesstürme. Die weltweit geltende Verkaufslizenz wird an die Zürcher Firma Concast AG verkauft“; 1964-1966: „1964 erreicht der Personalbestand mit 1554 Beschäftigten eine Rekordhöhe. 1966 sind über 50 % aller Mitarbeitenden ausländischer Herkunft. Der Arbeitskräftemangel ist gleichwohl erheblich“; 1973: „Von Moos ist jetzt der grösste Industriebetrieb des Kantons Luzern mit Schweizer Wurzeln und Firmensitz im Kanton Luzern. Es entstehen unter dem von Moos-Dach 35 Gesellschaften in der Schweiz, in Europa und den USA, was mithelfen soll beim Überstehen der 1975 ausgebrochenen Stahlkrise. [...] Von Moos beschäftigt schliesslich über 2000 Mitarbeiter“ (Schnieper, 2008, S. 100 f.).

¹⁵⁰ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. An die AG der von Moos'schen Eisenwerke, F+W Emmen, Eisengiesserei Reinle, Sigg & Cie., Emmenbrücke, Société de la Viscose, Weber AG Maschinenbau Widmer, Salvis AG, Allegro AG, Emmenbrücke. Emmenbrücke, 1. September 1956.

Steigende Anzahl der Lehrpersonen an der Gewerbeschule Emmen

Im Jahr 1954 hatte die Gewerbeschule Emmen noch keine Lehrperson im Vollamt beschäftigt, während 14 Lehrpersonen im Hauptamt tätig waren (Diagramm 13). Die Zahl der nebenamtlich tätigen Lehrpersonen wuchs bis 1961 auf 29 Lehrpersonen an. Erst im Jahr 1965 stellte die Gemeinde Emmen die erste Lehrperson im Vollamt an. In den darauffolgenden 15 Jahren nahm die Zahl der vollamtlich tätigen Lehrpersonen kontinuierlich zu und jene der nebenamtlich tätigen – mit Schwankungen – ab: 1979 arbeiteten elf Lehrpersonen im Vollamt und zwölf im Nebenamt.

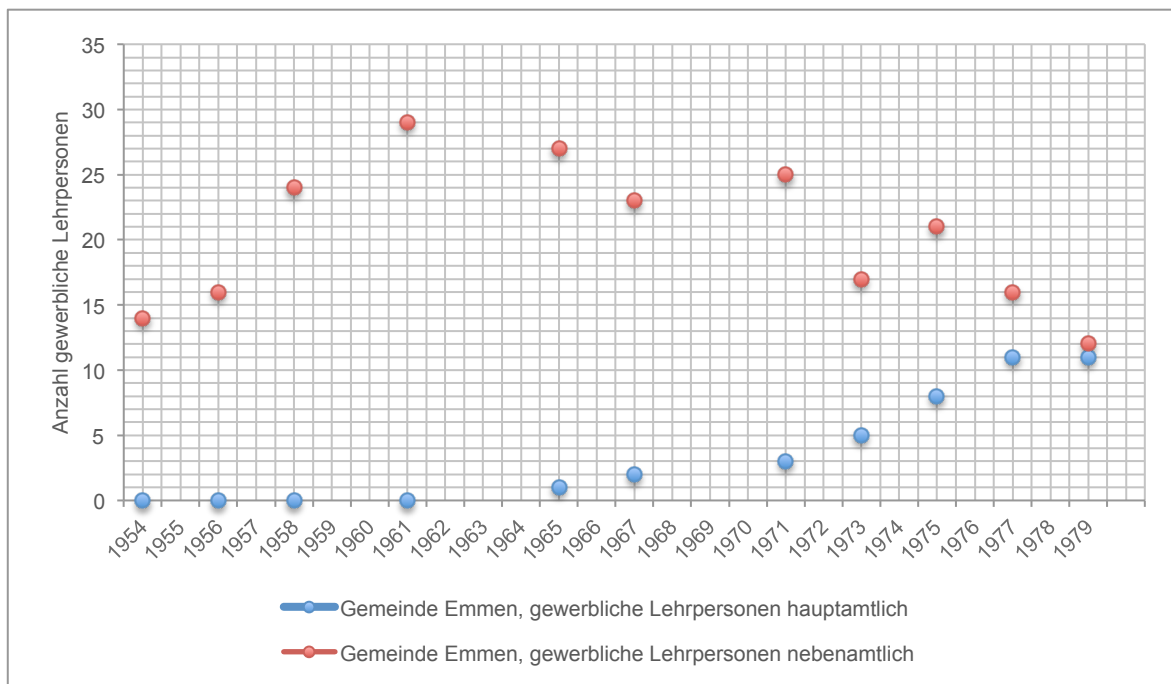


Diagramm 13: Anzahl der haupt- und nebenamtlichen Lehrpersonen an der Gewerbeschule Emmen¹⁵¹

Die Hintergründe für die Anstellung immer mehr vollamtlich tätiger Lehrpersonen zu Ungunsten der nebenamtlich tätigen waren folgende:

Wegen der erhöhten Anzahl Schulklassen ab dem Jahr 1956 benötigte die Gewerbeschule Emmen mehr Lehrpersonen, und unter der Aufsichtskommission der Gewerbeschule Emmen wurden vermehrt die erforderlichen Qualifikationen der Lehrpersonen diskutiert. So argumentierte zum Beispiel Theophil Wegelin: „Ein Lehrer für das Zeichnen muss das Technikum besucht haben. Ferner ist es wertvoll, wenn er in einem Betrieb tätig ist“ (*industrielle Konvention, Argument der Qualifikation der Person, professionel-*

¹⁵¹ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979 (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 3).

le/wissenschaftliche Kompetenz).¹⁵² Zudem war es dem Rektor der Gewerbeschule, Theophil Wegelin, ein grosses Anliegen, wenn immer möglich ‚Jünglinge‘ aus der Gemeinde in die Lehre einzustellen (*handwerkliche Konvention, Argument der Vertrautheit*). Der Direktor der Firma von Moos'schen Eisenwerken, Emil Schneckenburger, begrüsst dies sehr und bot dem Rektor Wegelin seine Techniker gerne an (*industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung durch Lehrpersonen, die gleichzeitig in der Industrie tätig sind*).¹⁵³

Nicht nur die Qualifikation der Lehrpersonen beschäftigte die Aufsichtskommission, sondern auch deren Anstellungsgrad. 1959 waren sich die Mitglieder der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen einig, dass die Lehrpersonen an den Gewerbeschulen zunehmend vollamtlich anstatt nur nebenamtlich angestellt werden mussten. Dies gelang erstmals im Jahr 1964. Die Aufsichtskommission der Gewerbeschule Emmen stellte damals mit Manfred Vogt, Maschinentechniker, den ersten hauptamtlichen Berufsschullehrer technischer Richtung ein.¹⁵⁴ Dieser amtierte neben 15 Primar- und Sekundarschullehrern sowie 20 Fachlehrern aus dem technischen Bereich. Die Fachlehrer agierten nebenamtlich als Gewerbeschullehrer und unterrichteten 234 Lehrlinge. 1966 wurde mit Walter Buholzer ein zweiter vollamtlicher Gewerbeschullehrer eingestellt und 1969 vom Gemeinderat Emmen eine dritte 100-Prozent-Stelle beantragt, da die Zahl der Lehrlinge auf 323 angewachsen war (*industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung*) und der Lernerfolg mit überfüllten Klassen beeinträchtigt sei, so der Gemeinderat (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit; industrielle Konvention, Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung*). Der Gemeinderat begründete diesen Antrag einerseits mit dem Anliegen, die Gewerbeschule weiter auszubauen und den Berufsschulunterricht zu vereinheitlichen (*industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung und Effizienz*), und andererseits mit dem Argument, die Belegung der verfügbaren Schulräume im Schulhaus Gersag besser koordinieren zu können.¹⁵⁵ Schliesslich erhöhte die Gewerbeschule Emmen die Anzahl vollamtlicher Berufsschullehrpersonen bis ins Jahr 1972 auf fünf. Diesen Entscheid begründete die Aufsichtskommission der Gewerbeschule Emmen wie folgt:

¹⁵² GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1957, S. 4 f.

¹⁵³ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1959.

¹⁵⁴ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1963/64. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke.

¹⁵⁵ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Antrag. Schaffung einer dritten vollamtlichen Lehrstelle an der Gewerblichen Berufsschule Emmen gemäss Gemeindeordnung 15, Ziff. 11. Der Gemeinderat an die Gemeindeverwaltung Emmen. Emmen 14. Januar 1969.

„Voraussetzung für die Wahl von Herrn Max Burri ist die Schaffung der neuen Stelle eines (fünften) vollamtlichen Lehrers an der Gewerblichen Berufsschule. Der neue Schulvorsteher würde nach der Konzeption der Aufsichtskommission ein um etwa 8-10 Stunden reduziertes Stundenpensum übernehmen. Im gleichen Ausmass kann der Lehrauftrag an nebenamtliche Lehrer berufskundlicher Richtung (Techniker in Industriebetrieben) gekürzt werden. Es handelt sich somit nur um einen teilweisen Aufbau, der den heutigen pädagogischen Tendenzen auf Rückbildung der grossen Zahl nebenamtlicher Lehrer mit kleinem Stundenpensum entspricht. Auch die Wahl eines einheimischen Lehrers hätte uns gezwungen, Antrag auf Schaffung eines neuen Vollamtes (berufskundlicher Richtung) zu stellen“¹⁵⁶ (*industriellen Konvention, Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung*).

Durch die Anstellung vollamtlicher Gewerbeschullehrpersonen löste sich die Gewerbeschule Emmen von 1964 bis 1980 allmählich aus der Sekundarschule heraus, indem sie eigene 100-Prozent-Stellen schuf und so einen eigenen Lehrkörper, losgelöst von der Sekundarschule, aufbaute. Diese Entwicklung tritt auch in der veränderten Anzahl voll- und nebenamtlich angestellter Lehrpersonen in Emmen zutage.

5.1.2 Expansion der Berufsbildung anhand des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen im Kanton Luzern

Für die in diesem Abschnitt vollzogene konventionentheoretische Analyse des Ausbaus der Gewerbeschulen im Kanton Luzern wurden als Quellen briefliche Korrespondenzen der kommunalen und kantonalen Akteure, Protokolle und Akten der Aufsichtskommission für die gewerbliche Berufsschule, Jahresberichte der gewerblichen Berufsschulen der Gemeinden Emmen und Luzern, parlamentarische Anträge, Beschlüsse der Exekutiven sowie eine Publikation zur Eröffnung der Berufsschule Emmen herangezogen. Die im Einzelnen verwendeten Quellen sind fortlaufend in den Fussnoten detailliert ausgewiesen.

Auf Basis der Quellen und der Sekundärliteratur wird eine Narration entwickelt. Dabei suchte die Verfasserin nach jenen Verhandlungssituationen, die entscheidend sind dafür, in welche Richtung sich eine Organisation entwickelt. Nach der Konventionentheorie sind dies Situationen, in denen Akteure kritisiert werden, die Angemessenheit ihres Handelns hinterfragt wird, sich praktische Probleme stellen und Koordination gefordert wird. Bei der Analyse liess die Verfasserin offen, ob in diesen Situationen eine Einigung¹⁵⁷ der Akteure im Koordinationsprozess zu erwarten war oder nicht. Konnte die Verfasserin im Quellen-

¹⁵⁶ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Brief. Wahl eines nebenamtlichen Rektors der Gewerblichen Berufsschule. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an den Gemeinderat Emmen. Emmenbrücke, 14. April 1972, S. 2.

¹⁵⁷ Als ‚Einigung‘ betrachtet die Verfasserin ein unsicheres Moment, in dem ein Beschluss gefasst, ein Dekret angenommen oder ein Gesetz verabschiedet wurde.

material oder in der Sekundärliteratur solche unsicheren Situationen festmachen, wies sie die von den Akteuren aufgeführten Argumente den Konventionen und deren Qualitäten zu (jeweils *kursiv* in Klammern aufgeführt) und kategorisierte sie nach den Merkmalen der ‚Bildungsexpansion‘: Expansion, Systemdifferenzierung und Konsolidierung (siehe Unterkapitel 2.2). Durch die Zuordnung kann erklärt werden, ob Einigung erzielt und, falls ja, wie diese bildungspolitisch begründet wurde.

Um die Analyse kontextuell einordnen zu können, wird kurz die Situation der Gewerbeschulen im Kanton Luzern beschrieben.

Situationsbeschreibung Kanton Luzern

In der Zeitphase von 1954 bis 1980 haben auch die Gewerbeschulen im Kanton Luzern infrastrukturell expandiert, da die Raumnot gross war. Wie in der Einleitung erwähnt, musste in der Gewerbeschule der Stadt Luzern im Krienbachschulhaus sogar das Lehrerzimmer zu Unterrichtszwecken genutzt werden. In Willisau hörte man immer wieder, „dass es im Schloss und Bergli sogar lebensgefährlich geworden sei, Schüler zu unterrichten“ (Höltzsch, 2008, S. 59). So gross und besorgniserregend sei die Raumnot in der Gewerbeschule in Willisau gewesen, schreibt Kurt Höltzsch in ‚100 Jahr Gewerbeschule Willisau 1908 bis 2008‘. Auch die Gewerbeschule Reiden¹⁵⁸ expandierte und bezog im Jahr 1957 einen neuen Demonstrationsraum im neu gebauten Pestalozzi-Schulhaus. Die Stadt Luzern eröffnete ihr neu gebautes Gewerbeschulhaus im Jahr darauf (1958). Im gleichen Jahr plante die Gemeinde Hochdorf einen Schulhausneubau, und die Gemeinde Willisau nahm die Bauarbeiten für ein neues Schulhaus auf.¹⁵⁹ Dieses Schulhaus wurde am 11. Oktober 1959 eingeweiht (Höltzsch, 2008).

Die Expansion der Berufsschulen des Kantons Luzern erforderte von den Akteuren, auszuhandeln, wie gross die Klassengrössen sein sollten, wie viele Lehrpersonen nötig waren, welche Schule für welche Berufsgruppen zuständig sein sollte und wie die Raumnot gelöst werden könnte. Um diese Koordinationsprozesse qualitativ zu analysieren, die daraus neu entstandenen Konventionen zu rekonstruieren und die dahinterliegenden Werthaltungen zu erkennen, werden nachfolgend zwei Fallbeispiele genauer untersucht: der Aus- und Neubau der Gewerbeschulhäuser der Stadt Luzern sowie der Ausbau des Schulhauses Ger-

¹⁵⁸ Die Berufsschule Reiden hat allerdings nur bis ins Jahr 1976 bestanden. Danach wurde diese aufgelöst und deren Schüler/-innen auf die Gewerbeschulen Willisau und Zofingen verteilt (Höltzsch, 2008).

¹⁵⁹ SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958, S. 3.

sag und der Neubau des Gewerbeschulhauses Herdschwand in Emmen.¹⁶⁰ Die politischen Aushandlungsprozesse der Gewerbeschulen gehen in diesen beiden Gemeinden im vorliegenden Quellenkorpus bis ins Jahr 1956 zurück.

Situationsbeschreibung und Prozessanalyse: Aus- und Neubau der Gewerbeschulhäuser der Stadt Luzern



Abbildung 3: Gewerbeschulhaus Heimbach Luzern¹⁶¹

¹⁶⁰ In der Gewerbeschule Emmen besuchten im Jahr 1959 161 Berufsschüler aus folgenden Berufen die schulische Berufsbildung: Maschinenzeichner, Mechaniker, Dreher, Werkzeugmacher, Konstruktionsschlosser, Grossapparateschlosser, Rohrschlosser, Maschinenschlosser, Modellschreiner, Modellschlosser, Giesser, Hilfsarbeiter. Gleichzeitig absolvierten diese Berufsschüler den betrieblichen Ausbildungsteil in den folgenden Firmen: von Moos'schen Eisenwerke AG Emmenweid; Société de la Viscose Suisse SA Emmenbrücke; Eisengiesserei Emmenbrücke; Rinle Sigg & Cie AG; Weber AG; Fabrik elektrotechnische Artikel & Apparate, Emmen; Eidgenössische Flugzeugwerk Emmen (F+W); Dahinden & Co., Düsen- und Apparatebau, Emmen; Hofmann J. O., Maschinen- und Metallwarenfabrik, Littau; Ingold & Co., Maschinenfabrik, Littau; Aregger Josef, mechanische Werkstatt, Littau; Bühlmann Peter, mechanische Werkstatt & Garage, Littau; Jato, Düsenbau AG, Emmenbrücke; Pauli Fritz & Co. feinmechanische Werkstätte, Littau; Stahl- und Maschinenbau AG, Horw; Bell Th. & Co., AG Maschinenfabrik, Kriens; Bieri Emil, Anhängerbau, Kriens; Rotter Franz, mechanische Werkstätten, Luzern; Gehrig, F. und Co., Fabrik elektrische Maschinen & Apparate, Ballwil; Sidler, H. & Co., Maschinenbau, Eschenbach, Maschinenfabrik Hochdorf AG; Buck Theo, Präzisionsmechanik, Baldegg; Müller Xaver, Maschinenbau und Garage, Sandplatten (GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1958/59. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen).

¹⁶¹ <http://www.architekt-gasser.ch/oeffentliche%20unten.htm> (aufgerufen am 24. Januar 2018).

Am 8. Oktober 1958 wurde der Neubau Gewerbeschule Heimbach auf der Bruchmatt eingeweiht (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1958). Dieser Neubau symbolisierte die „Krönung einer mehr als 100 Jahre dauernden Entwicklung im beruflichen Bildungswesen. Die Verwirklichung des Bauvorhabens stellte einen Markstein auf dem Gebiet der beruflichen Förderung der heranwachsenden Jugend in Handwerk, Gewerbe und Industrie dar“ (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1958, S. 18). Denn mit dem Heimbach Schulhaus wurde zum Gewerbeschulhaus Krienbach ein zweites nur für den beruflichen Unterricht genutztes Gewerbeschulhaus erstellt. Die Architektur des neuen Gewerbeschulhauses in der Stadt Luzern wurde von der Kommission, die im März 1958 die sieben Gewerbeschulen des Kantons Luzern (Stadt Luzern, Emmen, Wolhusen, Sursee, Reiden, Hochdorf, Willisau) besuchte und deren Räumlichkeiten, Einrichtungen und Demonstrationsmaterials beurteilte, als grosszügig und mit ansprechender architektonischer Gestaltung bezeichnet. Die Einrichtung eines Demonstrationsraums im Schulhaus löste indes Diskussionen aus, weil sie den Grundsatz, „dass die praktische Ausbildung der Lehrlinge in die Werkstatt und nicht in die Schule gehört“¹⁶², durchbrochen hatte.

Um die Werthaltung dahinter verstehen zu können, hilft die Systematisierung gemäss den Qualitätskonventionen, die in Unterkapitel 3.2 eingeführt wurden. Aus konventionentheoretischer Sicht hat die Stadt Luzern mit der Baukommission und der Aufsichtskommission der Gewerbeschule der Stadt Luzern mit dem grossen Demonstrationsraum im Gewerbeschulhaus Heimbach die *industrielle Konvention mit dem Argument der Arbeitsteilung*, um die Funktionalität hoch zu halten, ausgereizt. Die Ansichten der Gewerbeschule der Stadt Luzern, des Erziehungsdepartements des Kantons Luzern und des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit drifteten so stark auseinander, dass der Kredit von 58'000 Franken für den Demonstrationsraum und dessen Einrichtung nicht zugesprochen wurde.

„Das BIGA hat von jeher die Bestrebungen der Gewerbeschulen unterstützt, den Unterricht durch geeignetes Anschauungsmaterial zu ergänzen, lehnt es aber ab, dass die Schule dem Lehrbetrieb Aufgaben der praktischen Lehrlingsausbildung abnimmt. So werden Uebungen durch die Lehrlinge an der Hobelbank, wie z.B. einfache Holzverbindungen, als zu weit gehend abgelehnt.“¹⁶³

Auch das BIGA brachte an dieser Stelle die *industrielle (Argument der Funktionalität)* sowie die *handwerkliche Konvention (Argument des Vertrauens)* als Gründe für die Ab-

¹⁶² SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958, S. 4.

¹⁶³ SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958, S. 4.

grenzung zwischen der betrieblichen und der schulischen Ausbildung der dualen Berufsbildung. Der Prozess für den Neubau des Gewerbeschulhauses der Stadt Luzern verlief ansonsten rasch, reibungslos und mit viel Zustimmung für den Neubau.¹⁶⁴

Ebenfalls 1958, also im selben Jahr, in dem das Heimbach Schulhaus eröffnet wurde, begannen auch die Renovationsarbeiten am Schulhaus Krienbach. Knapp 20 Jahre später, im Jahr 1976, kam mit dem neu zum Gewerbeschulhaus umfunktionierten Gebäude Weggismatt ein weiterer Ort für die schulische Berufsbildung hinzu (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1976a).



Abbildung 4: Gewerbeschulhaus Weggismatt 1976¹⁶⁵

¹⁶⁴ Am 5. März 1950 sandte der Stadtrat von Luzern den Bericht und Antrag betreffend den Kauf von 8042,40 m² Bruchmattland zum Preis von Fr. 235 692.20 vom Verein für Krankenhilfe für die Erstellung eines Gewerbeschulhauses an den Grossen Stadtrat. Am 22. Mai 1950 genehmigte der Grosse Stadtrat diesen Antrag sowie den Kredit. Am 27. November 1953 gingen der Bericht und der Antrag des Stadtrats an den Grossen Stadtrat mit dem Betreff der Durchführung eines Projektwettbewerbs für ein Gewerbeschulhaus auf dem Bruchmattareal. Am 21. Dezember 1953 genehmigte auch der Grosse Stadtrat den Kredit für den Projektwettbewerb. Am 19. August 1954 wurden der Bericht des Preisgerichts und die Empfehlungen zur Weiterbearbeitung des erstprämiierten Projekts erstellt. Am 26. August 1955 schickte der Stadtrat von Luzern den Bericht mit dem Antrag an den Grossen Stadtrat zu Händen der Einwohnergemeinde betreffend die Erstellung eines Gewerbeschulhauses auf dem Bruchmattareal. Am 28. September 1955 stellte der Grosse Stadtrat die Genehmigung und die gutachtliche Stellungnahme zu Händen der Einwohnergemeinde aus. Am 20. November 1955 stimmt das Stimmvolk mit 5200 Ja- zu 927 Nein-Stimmen dem Kredit von 5'280'000 Franken zu und ermöglichte dadurch den Baubeginn im Februar 1956. Bereits am 1. September 1957 wurden die Demonstrationsbauten und am 1. Mai 1958 der Hauptbau bezogen (SAR. M009-367. Schuldirektion. Gewerbeschule der Stadt Luzern) und (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1958).

Bis zu dieser Neueröffnung musste die Gemeinde Stadt Luzern indes zahlreiche Filialgebäude hinzumieten. 1980/81 wurde die Gewerbeschule um 160 Schüler/-innen der Anlehrabteilung erweitert. Und bereits am 17. November 1982 hat sich die Expertenkommission neue Gewerbeschulanlage für den Standort Hubelmatt entschieden, wo eine weitere Gewerbeschulanlage hätte erbaut werden sollen (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981).¹⁶⁶

Dass es auf einmal möglich war, zwischen 1954 und 1980 Gewerbeschulhäuser zu errichten, war eine expansive Entwicklung, die bis kurz vor 1954 politisch abgelehnt wurde. Folgende Äusserung im ‚Bericht des Erziehungsdepartementes zu einem Beschluss des Regierungsrats über die Organisation des beruflichen Unterrichtes‘ (vermutlich im Jahr 1946 erstellt, Anm. K. B.) lässt diesen Schluss zu:

„Andererseits wäre es zur Zeit im Interesse eines genügenden Fachunterrichts nicht zu verantworten, neue Gewerbeschulen zu eröffnen, welche die bestehenden in ihrer Frequenz gefährden und in ihrer Leistungsfähigkeit schwächen müssten. Auch die Schaffung eines Berufsschultypus mit nur geschäftskundlichem Unterricht könnte nicht befriedigen und würde eher einen Rückschritt bedeuten.“¹⁶⁷

Situationsbeschreibung und Prozessanalyse: Ausbau des Schulhauses Gersag und Neubau des Gewerbeschulhauses Herdschwand in Emmen

Auch in der Luzerner Nachbargemeinde Emmen expandierte die duale Berufsbildung mit dem Ausbau der Infrastruktur. Die Gewerbeschule Emmen zog im Jahr 1981 vom Oberstu-

¹⁶⁵ (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1976a).

¹⁶⁶ Der Prozess dieser Umfunktionierung des Hubelmattschulhauses in eine Gewerbeschulanlage hat nach 1980 stattgefunden, weshalb er im Rahmen dieser Arbeit nicht ausgeführt wird. Vermutlich war es aber ein länger andauernder Prozess, denn anstelle der Umfunktionierung des Schulhauses Hubelmatt wurde schliesslich am Bahnhof Luzern eine neue Gewerbeschulanlage gebaut. Dieses neu erbaute Berufsbildungszentrum Bau und Gewerbe des Kantons Luzern wurde in der Vergangenheit rege benutzt und deutet auf eine expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung auch nach 1980 hin. Im Jahr 1981 wurde auch in Willisau ein neues Berufsbildungszentrum geplant, in Sursee war die Planung einer Erweiterung des Gewerbeschulhauses weit fortgeschritten. Das Phänomen des Raummangels in den Gewerbeschulen wurde auch in den anderen Deutschschweizer Städte als Problem erkannt. Biel, Olten, Lyss, Thun, Langenthal, St. Gallen und Weinfelden hatten in den Jahren vor 1980 ihre neuen Gewerbeschulhäuser erbaut, und in St. Gallen, Bern, Basel, Zürich, Rorschach, Uzwil und Wattwil waren Neubauten geplant (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981).

¹⁶⁷ SAR. M009-367. Schuldirektion. Bericht des Erziehungsdepartementes zu einem Beschluss über die Organisation des beruflichen Unterrichtes. Zeitpunkt der Erstellung unbekannt, vermutlich aber im Jahr 1946 (Anm. K. B.), S. 9.

fenschulhaus Gersag¹⁶⁸ in den Neubau Herdschwand, wodurch die Gewerbeschule zum ersten Mal in der Geschichte der Gemeinde Emmen ihr eigenes Schulhaus erhielt.¹⁶⁹ Dies deutet auf eine Systemdifferenzierung¹⁷⁰ der dualen Berufsbildung hin. Denn bis anhin wurden die Lehrlinge im selben Schulhaus unterrichtet wie die Sekundarschüler/-innen.



Abbildung 5: Berufsschule Emmen, 1981¹⁷¹

¹⁶⁸ Die erste Gewerbeschule in Emmen wurde im Jahr 1913 durch die Initiative der Direktion der AG von Moos'schen Eisenwerke gegründet (GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1962/63. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen), und im Jahr 1953 zog diese erstmals ins Sekundarschulhaus Gersag in Emmenbrücke ein (GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1953/54. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen). Dort besuchten im Jahr 1956 bereits 122 Schüler die Gewerbeschule. Diese Lehrlinge gehörten den folgenden Berufen an: Mechaniker (71), Modellschreiner (19), Maschinenzeichner (5), Maschinenschlosser (7), Werkzeugmacher (7), Dreher (5), Modellschlosser (5), Giesser (9), Metalldrucker (1), Hilfsarbeiter (2) (GARE. B. 200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Sitzung der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen. Emmenbrücke, 10. Dezember 1956).

¹⁶⁹ GARE. B.910.6.8. Gewerbeschule Herdschwand, Berufsschule Emmen. Bericht und Antrag, Bauabrechnung, Broschüre. Berufsschule Emmen Eröffnung 1981.

¹⁷⁰ Siehe dazu Unterkapitel 2.2 auf Seite 26 und Unterkapitel 4.2 auf Seite 87.

¹⁷¹ GARE. B.910.6.8. Gewerbeschule Herdschwand, Berufsschule Emmen. Bericht und Antrag, Bauabrechnung, Broschüre. Berufsschule Emmen Eröffnung 1981.

Historisch rekonstruierter Koordinationsprozess ‚Gewerbliche Berufsschule Emmen‘

Durch den Neubau spaltete sich die Gewerbeschule lokal von der Sekundarschule ab und erhielt ihr eigenes Gebäude. Den Wert und die Notwendigkeit dieser Entwicklung drückte Carlo Herbst, Berufsschulverwalter in der Gemeinde Emmen und Präsident der Baukommission, wie folgt aus:

„Die Schule, gegenüber dem letzten Schuljahr praktisch verdoppelt, ist zu einem wichtigen Eckpfeiler im kantonalen Berufsbildungskonzept geworden. Die Gemeinde ist seit Gründung der Schule vor Jahrzehnten ihr Träger und leistet mit der Ausbildung in den ihnen zugewiesenen spanabhebenden Berufen einen wesentlichen Beitrag an das gewerblich-industrielle Berufsbildungswesen im Kanton Luzern. Emmen ist eine Industriegemeinde, die grösste in der Zentralschweiz. Ihre verantwortlichen Behörden wissen aus erster Hand, dass modernisierte und verbesserte Schulbildung Vorsorge für die Zukunft bedeutet“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*).¹⁷²

Aus konventionentheoretischer Sicht wurde bei der Eröffnung die Relevanz dieses neuen Gewerbeschulhauses mit der *marktwirtschaftlichen Konvention beziehungsweise mit dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit* und dem Bildungsbeitrag, den die Gemeinde Emmen für den Kanton Luzern mit dem Bildungsstandort Emmen leistete, begründet. Zudem argumentierte an dieser Stelle der Berufsschulverwalter und Präsident der Baukommission, Carlo Herbst, nach *staatsbürgerlicher Konvention*, indem er mit dem *Argument des kollektiven Anliegens* wie der Vorsorge für die Zukunft sein Anliegen darlegte. Carlo Herbst assoziierte eine verbesserte Schulbildung mit sozialer Sicherheit innerhalb der Gesellschaft. Dieses Anliegen wurde von Walter Gut, damaliger Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungsdepartements des Kantons Luzern, unterstützt. Für ihn war es von Bedeutung, die Qualität im schulischen Berufsbildungsteil zu steigern, indem die äusseren Rahmenbedingungen verbessert wurden. Zudem konnten mit dem Neubau die berufsfeldbezogenen Schulkreise zusammen mit den Berufsschulen in Sursee und Willisau gezogen werden. Dies fördere das Zusammenwirken der verschiedenen Berufsschulen innerhalb des Kantons Luzern (*staatsbürgerliche Konvention*).¹⁷³ Der Antrag für eine bessere Koordination unter den Berufsschulen im Kanton Luzern wurde von der Aufsichtskommission der gewerblichen Berufsschule Emmen bereits 1972 gestellt und deren Umsetzung angestrebt, wie der nachfolgend analysierte Koordinationsprozess zeigt. Die Forderung nach einer

¹⁷² GARE. B.910.6.8. Gewerbeschule Herdschwand, Berufsschule Emmen. Bericht und Antrag, Bauabrechnung, Broschüre. Berufsschule Emmen Eröffnung 1981.

¹⁷³ Inwiefern die Zusammenarbeit mit den anderen Berufsschulen ab 1981 organisiert war und funktionierte, wird in dieser Untersuchung, die sich auf die Jahre 1954 bis 1980 konzentriert, nicht analysiert.

besseren Koordination könnte ferner ein weiterer Beleg für eine expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung sein. Dies hängt davon ab, aus welcher Situation heraus eine bessere Koordination beantragt wurde und ob es zu einer Veränderung der bestehenden Koordinationsabmachungen beziehungsweise Konventionen gekommen ist.

Die Koordinationsfrage innerhalb des Schulhauses Gersag wurde 1956 durch die steigende Anzahl der Sekundarschüler/-innen sowie Gewerbeschüler/-innen und dem damit entstandenen Raummangel innerhalb des Schulhauses Gersag in Emmen ausgelöst.¹⁷⁴ Die Klassen in der Gewerbeschule Emmen wurden so gross, dass sie neu eingeteilt, die Stundenpläne angepasst und die Raumbelagungen neu ausgehandelt werden mussten. Direktor Conrad Sigg, Betriebschef der Firma Enderli in Emmen, vertrat allerdings die Meinung, eine Verlegung in ein anderes Schulhaus sei unpraktisch und deshalb unerwünscht (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*).¹⁷⁵ Der Rektor der Gewerbeschule Emmen, Theophil Wegelin, begründete seinen Widerstand gegen die Verlegung der Gewerbeschule Emmen ins Primarschulhaus Sprengi in Emmenbrücke wie folgt: Erstens sei das Sprengi-Schulhaus mit der Gewerbeschule nicht ausgelastet (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*); zweitens sei der Schulweg für die Berufsschüler/-innen ins Sprengi-Schulhaus viel zu weit und mit einem Verlust an Arbeitszeit nicht zu vereinbaren (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität; staatsbürgerliche Konvention, Argument der Fairness*); drittens müssten die Sekundarlehrer ihren Unterricht im Schulhaus Gersag früher abbrechen, um rechtzeitig ihren Unterricht im Sprengi-Schulhaus aufnehmen zu können (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung*). Gleichzeitig müssten die Gewerbeschüler/-innen für den Naturlehrunterricht ins Schulhaus Gersag wechseln, da die Gemeinde Emmen kein zweites Naturlehrezimmer finanzieren könne (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität; marktwirtschaftliche Konvention, Argument des zu hohen Preises*).¹⁷⁶

¹⁷⁴ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1957.

¹⁷⁵ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1957.

¹⁷⁶ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1959.

Neue Berufsgruppen an der Gewerbeschule Emmen

Ab dem Jahr 1958 wurde in der Gemeinde Emmen die Führung neuer Berufsgruppen an der Gewerbeschule Emmen diskutiert, die durch das kantonale Inspektorat zugeteilt wurden. Denn seit dem 1. Dezember 1958 wurden neu die Berufsgruppen Konstruktions Schlosser, Grossapparate- und Rohrschlosser an der Gewerbeschule Emmen unterrichtet. Dies hatte einen Anstieg von 26 Berufsschülern¹⁷⁷ zur Folge; zudem wurden neue Lehrkräfte eingestellt¹⁷⁸. Weiter musste die Koordination der Fächer und des Stundenplans besprochen werden, wie der Rektor der Gewerbeschule im Jahresbericht von 1959 vermerkte:

„Infolge der Doppelführung der Klassen waren wir genötigt, verschiedentlich Koordinationsbesprechungen durchzuführen. So wurde vorerst über das Fach Naturlehre mit dem neuen Lehrer, Herr Stocker Heinz, und seinem Vorgänger im Amte, Herr Stocker August, unter Beizug der Fachkundelehrer, die ja auf Grund dieser Vorkenntnisse unterrichten müssen, eine solche abgehalten. In nächster Zeit ist eine gleiche Besprechung für das Fach Zeichen vorgesehen“ (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*).¹⁷⁹

„Da verschiedene neue Lehrkräfte für das Fach ‚Gewerbliche Naturlehre‘ angestellt werden mussten, fanden drei Sitzungen statt. Neben dem Stoffplan wurde über die Gestaltung des Unterrichtes gesprochen.

Um eine Koordination im Zeichenunterricht zu erzielen fanden zwei Sitzungen statt“ (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*).¹⁸⁰

Mit der steigenden Anzahl Schüler/-innen sowie den neu eingeführten Berufsgruppen stand indes stets auch die Raumnot zur Diskussion (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*).

„Beim kommenden Neubau beim Gersagschulhaus soll mit der Möglichkeit des Einbaues von 4 Vollzimmern im Souterrain und eines Demonstrationsraumes gerechnet werden. Diese Räu-

¹⁷⁷ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen Jahresbericht des Schuljahres 1958/59. Gewerbliche Berufsschulen der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke.

¹⁷⁸ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1961/62. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke.

¹⁷⁹ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1959, S. 3.

¹⁸⁰ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1960/61. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke.

me sollen auch für die Sekundarschule Verwendung finden, genau gleich wie wir auch weiterhin Räume der Sekundarschule benötigen werden.“¹⁸¹

Im Jahr 1962 berichtete der Vorsteher der Gewerblichen Berufsschule in Emmen, Theophil Wegelin, dass der Neubau des einen Gersagschulhaustrakts bereit war und die Gewerbeschule dort neue Räumlichkeiten beziehen konnte.¹⁸²

Die Anzahl der Berufsschüler/-innen an der Gewerbeschule der Stadt Luzern stieg auch bis ins Jahr 1966 weiter an (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Nachfrageorientierung*). Um zu verhindern, dass die Gewerbeschule der Stadt Luzern zu einer Mammutschule anwächst und die einzelnen Lehrlinge vollkommen anonym wurden (*industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung; handwerkliche Konvention, Argument des Vertrauens*), beantragte der Vorsteher der Gewerblichen Berufsschule Emmen, Theophil Wegelin, beim Gemeindeammann und Präsidenten der Aufsichtskommission der gewerblichen Berufsschule Emmen eine Erhöhung der Lehrlingszahlen an der Gewerbeschule in Emmen.¹⁸³ Er begründete sein Anliegen mit der seit 1913 bestehenden Tradition in Emmen, den Lehrlingen in der Region die notwendige berufliche Ausbildung zu ermöglichen (*handwerkliche Konvention, Argument der Vertrautheit mit der beruflichen Ausbildung und Tradition seit 1913; staatsbürgerliche Konvention, Argument des sozialen Engagements der Gemeinde Emmen*). Der notwendige Platz an der Gewerbeschule Emmen sei vorhanden, stundenplanmässig sei es umsetzbar, und für die Lehrlinge gäbe es keine Beeinträchtigung ihres Schulweges (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*). Zum Schluss fügte Theophil Wegelin an, dass die Übernahme der Lehrlinge aus der Stadt Luzern für die Gemeinde Emmen eine wirtschafts- und volkspolitisch ehrwürdige Tat sei.¹⁸⁴

Drei Jahre später stellte die Lehrerschaft des Schulhauses Gersag der Schulverwaltung den Antrag:

¹⁸¹ GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1959, S. 3, 4.

¹⁸² GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1962/63. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke.

¹⁸³ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Gewerbliche Berufsschule Emmen – Emmenbrücke. Der Vorsteher Theophil Wegelin, Emmenbrücke, 27. Juli 1966.

¹⁸⁴ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Gewerbliche Berufsschule Emmen – Emmenbrücke. Der Vorsteher Theophil Wegelin, Emmenbrücke, 27. Juli 1966.

„[...] für die Gewerbliche Berufsschule Emmen eigene Schulräume ausserhalb der Gersaganlage zu schaffen. Damit könnten die dringenden Bedürfnisse der Sekundarschulen in den nächsten Jahren befriedigt werden. Auch aus erzieherischen Gründen wäre eine Trennung der Volksschule von der Berufsschule zu begrüssen.“¹⁸⁵

Die Lehrerschaft verlieh mit diesem Antrag dem Bedürfnis nach mehr Räumlichkeiten und einer verbesserten Unterrichtsqualität Ausdruck (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument des Bedürfnisses; industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung*). Der Grund für diesen Antrag waren einerseits die steigenden Schüler/-innenzahlen sowohl an der Sekundar- als auch an der Gewerbeschule und die geplante Eröffnung der beruflichen Mittelschule (Expansion der Anzahl Schüler/-innen sowie Systemdifferenzierung der dualen Berufsbildung durch die Berufsmittelschule). Andererseits erweiterte sich das Fächerspektrum an den Schulen, weshalb ein Zimmer für den Schreibmaschinenunterricht, ein Fernseh- und Projektionszimmer sowie ein Zimmer für Gesang nötig wurden¹⁸⁶ (Hinweis auf die Systemdifferenzierung durch neue Fächer im Stundenplan sowie technologisch fortgeschrittene Lehrmittel).

Ein Jahr später, im Dezember 1970, ersuchte die Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen die Schulhausplanungskommission Emmen mit dem Anliegen, dass die Planung des notwendigen Schulraums für die Gewerbeschule Emmen ohne Verzug an die Hand genommen werden müsse.¹⁸⁷ Grund für diesen Antrag war die Überbelegung des Physikzimmers im Gersagschulhaus. Sowohl die Sekundarschule als auch die Gewerbeschule verbuchten steigende Schüler/-innenzahlen und beanspruchten dementsprechend mehr Räumlichkeiten (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument des Bedürfnisses nach mehr Raum für die Gewerbliche Berufsschule in Emmen*). Mit der Anstellung von vollamtlichen Lehrpersonen und der Umstellung zum Fachlehrersystem wurde es immer schwieriger, zum Beispiel Unterrichtsstunden im Physikzimmer sinnvoll zu koordinieren (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität und der Qualitätssicherung*).

Als Not- und Übergangslösung beantragte die Schulverwaltung deshalb am 9. Oktober 1970 neues Demonstrationsmaterial für die ‚Elektrizitätslehre‘, das auch im Klassenzimmer verwendet werden konnte, sowie Anschaffungen für den audiovisuellen Unterricht.

¹⁸⁵ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Brief. Verlegung der Gewerbeschule. Lehrerschaft Schulhaus Gersag an die Schulverwaltung Emmen. Emmenbrücke, 28. August 1969. S. 1.

¹⁸⁶ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Brief. Verlegung der Gewerbeschule. Lehrerschaft Schulhaus Gersag an die Schulverwaltung Emmen. Emmenbrücke, 28. August 1969.

¹⁸⁷ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Planung für die Gewerbeschule Emmen. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an die Schulhausplanungskommission Emmen. Emmenbrücke, 16. Dezember 1970.

Die Begründung lag im Qualitätsanspruch an den Unterricht: So hätte man nach den allgemein anerkannten, modernen Methoden unterrichten können. Dieser Antrag wurde am 14. Oktober 1970 vom Gemeinderat genehmigt und unverzüglich umgesetzt.¹⁸⁸

Die weiteren Quellen zum Prozess bezüglich des Neubaus des Gewerbeschulhauses in Emmen liegen der Verfasserin dieser Untersuchung nicht vor. Tatsache ist aber, dass das neue Gewerbeschulhaus in Emmen erbaut und im Jahr 1981 eingeweiht werden konnte.

In der Zwischenzeit stellte sich die Koordinationsfrage zwischen den Gewerbeschulen Emmen und der Stadt Luzern. Die aufgekommene Diskussion über die Koordination hatte ihren Ursprung in den steigenden Zahlen der Berufsschüler/-innen, wovon alle Gewerbeschulen der Stadt Luzern und Emmen betroffen waren, und wurde auf der Gemeindeebene geführt, da die Trägerschaft der Gewerbeschulen damals auf der Gemeindeebene angesiedelt war. Im Frühling 1972 wurde im Zusammenhang mit der Koordinationsfrage und der Diskussion über die Verbesserung des beruflichen Bildungswesens darüber diskutiert, die Trägerschaft von der Gemeinde- auf die Kantonsebene zu heben. Hierzu bat der Gemeindepräsident Emmen die Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen um eine Einschätzung.¹⁸⁹

Die Trägerschaft auf die kantonale Ebene zu heben, wurde von der Mehrheit der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen abgelehnt. Dies geschah mit der Begründung, die lokalen oder regionalen Verhältnisse könnten bei einer Trägerschaft auf der Gemeindeebene besser berücksichtigt, der Kontakt zur Industrie und dem Gewerbe intensiver genutzt werden, und die Distanz zwischen dem Träger der Gewerbeschulen und den Schulen selber sei so viel kürzer (*handwerkliche Konvention, Argument der Vertrautheit; industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*).¹⁹⁰ Gleichzeitig wurde aber eine stärkere Führungsrolle des Kantons erwünscht, im Bewusstsein, dass dafür die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten. Die Aufsichtskommission schlug

¹⁸⁸ GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Antrag an den Gemeinderat. Gewerbliche Berufsschule. Gemeindeammannamt Emmen. Emmenbrücke, 9. Oktober 1970 und GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Beschluss. Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 14. Oktober 1970, Nr. 895. Der Gemeinderat von Emmen. Emmenbrücke, 16. Oktober 1970.

¹⁸⁹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Umfrage der Kant. Kommission für die Verbesserung des beruflichen Bildungswesens bezüglich Trägerschaft der Berufsschulen. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an den Gemeinderat Emmen. Emmenbrücke, 2. Mai 1972.

¹⁹⁰ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Umfrage der Kant. Kommission für die Verbesserung des beruflichen Bildungswesens bezüglich Trägerschaft der Berufsschulen. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an den Gemeinderat Emmen. Emmenbrücke, 2. Mai 1972, S. 1.

deshalb eine Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Kantons von einem angemessenen Subventionssatz von 30 % vor.¹⁹¹ Diese Kompromisslösung wurde schliesslich auch umgesetzt, denn die Trägerschaft der Gemeinden blieb im Kanton Luzern bis kurz vor dem Jahr 1990 erhalten.

5.1.3 Zusammenfassung

Im Folgenden bündelt die Verfasserin dieser Arbeit basierend auf der Quellenanalyse der Dokumente aus dem Staatsarchiv Luzern, Stadtarchiv Luzern sowie dem Gemeindearchiv Emmen die expansive Veränderung der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und Emmen. Die Zusammenfassung gliedert sie, indem sie erstens die quantitative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen und Lehrpersonen sowie der Gebäulichkeiten darstellt, und zeigt damit auf, wie die ‚Bildungsexpansion‘ in diesen Fallbeispielen stattgefunden hat. Zweitens stellt die Verfasserin die konventionentheoretischen Argumentationsmuster der verschiedenen Koordinationsprozesse in einem Kacheldiagramm dar und veranschaulicht damit, wie die Expansion der Gewerbeschulen bildungspolitisch begründet wurde.

Entwicklung: Schüler/-innen- und Lehrpersonenzahlen sowie Gebäulichkeiten

Im Kanton Luzern hat sich die Anzahl der Berufsschüler/-innen innerhalb von 25 Jahren verdoppelt (Diagramm 8): Während 1954 3258 Personen an den Gewerbeschulen des Kantons Luzern gemeldet waren, waren es 1979 6570. Diese Zunahme von über 100 % ist ein Beleg für die expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern. Demgegenüber nahm die Wohnbevölkerung in derselben Zeitphase von 223'249 auf 296'159 um lediglich 32.7 % zu. Die expansive Entwicklung zeigt sich auch an der Anzahl der Lehrpersonen an den Gewerbeschulen des Kantons Luzern (Diagramm 9): 1954 unterrichteten 20 Personen im Hauptamt, 190 im Nebenamt. 1979 waren 71 Lehrpersonen hauptamtlich und 173 nebenamtlich tätig. Die Anzahl der hauptamtlich angestellten Lehrpersonen hat sich mehr als verdreifacht und dient als Nachweis dafür, dass sich die Gewerbeschule fortlaufend aus der Sekundarschule herausgelöst hat. Demzufolge hat auch die Anzahl nebenamtlich angestellter Gewerbeschullehrpersonen abgenommen.

Der Ausbau der Infrastruktur der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern offenbart sich an den Fallbeispielen Stadt Luzern und Emmen: In der Stadt Luzern stand im Jahr 1954

¹⁹¹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Umfrage der Kant. Kommission für die Verbesserung des beruflichen Bildungswesens bezüglich Trägerschaft der Berufsschulen. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an den Gemeinderat Emmen. Emmenbrücke, 2. Mai 1972, S. 2.

den Gewerbeschülerinnen und -schülern das Krienbachschulhaus zur Verfügung. 1958 wurde dessen Renovation eingeleitet und das Gewerbeschulhaus Heimbach auf der Bruchmatt eröffnet. Im Jahr 1976 wurde in einem ehemaligen Fabrikgebäude das Gewerbeschulhaus Weggismatt eingerichtet. Somit erhöhte sich die Anzahl der Gewerbeschulhäuser der Stadt Luzern von 1954 bis 1976 von einem auf drei.

Die infrastrukturelle Veränderung trat nicht nur an der Zunahme der Unterrichtsfläche zutage, sondern gleichsam an der Art der Räumlichkeiten. So hat beispielsweise die Lehrerschaft des Schulhauses Gersag in Emmen im Jahr 1969 Räumlichkeiten für Gesangsunterricht, Schreibmaschinenunterricht und audiovisuellen Unterricht gefordert. Grund dafür war eine Differenzierung des Fächerspektrums.

Diese zunehmende Differenzierung des Bildungsangebots zwischen 1954 und 1980 hat mit der technologischen Entwicklung und den angepassten Lehrplänen zu tun. Die Gewerbeschule Emmen zum Beispiel führte 1969 den Schreibmaschinenunterricht sowie audiovisuelle Lehrmittel ein und eröffnete eine Fachbibliothek. 1970 schaffte die Schule mobiles Demonstrationsmaterial für den Elektrizitätsunterricht an.

Weiter zeigt sich am Beispiel Gewerbeschule Emmen die Differenzierung der dualen Berufsbildung daran, dass sich die Gewerbeschule schrittweise aus der Oberstufe herauslöst. Bis 1963 unterrichteten an der Gewerbeschule Emmen 15 Primar- und Sekundarlehrer sowie 20 Fachlehrer aus dem technischen Bereich im Nebenamt. 1964 stellte die Schule mit Manfred Vogt den ersten Fachlehrer technischer Richtung im Hauptamt ein, im Jahr 1972 waren bereits fünf vollamtliche Gewerbeschullehrer angestellt. Allerdings fand der Unterricht in dieser Zeit nach wie vor in den Räumlichkeiten des Sekundarschulhauses statt. Die Herauslösung der Gewerbeschule Emmen aus der Sekundarschule Emmen manifestierte sich mit der Eröffnung des Neubaus der Gewerbeschule Herdschwand im Jahr 1981.

Argumentationsmuster der Koordinationsprozesse des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen

Die soeben zusammengefasste Entwicklung veranschaulicht, wie sich die duale Berufsbildung im Kanton Luzern expansiv entwickelt hat. Nachfolgend fasst die Verfasserin dieser Arbeit die Argumentationsmuster der verschiedenen Koordinationsprozesse zusammen und stellt sie grafisch in einem Kacheldiagramm¹⁹² dar. Diese Zusammenfassung liefert aus der Sicht der Konventionentheorie eine Übersicht über die Argumente innerhalb des

¹⁹² Kacheldiagramme eignen sich für die Darstellung hierarchischer Daten, um Muster erkenntlich zu machen (Schendera, 2015).

Koordinationsprozesses und ermöglicht eine Antwort auf die Frage, wie die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung bildungspolitisch begründet wurde.

Um den Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen konventionentheoretisch zu analysieren, hat die Verfasserin die in den herangezogenen Quellen¹⁹³ aufgeführten Argumente der Akteure jeweils einer Qualitätskonvention zugewiesen und in einer Tabelle erfasst (siehe Anhang Tabelle 6, Seite 256). Diese Zuweisung war nicht immer eindeutig, weshalb die Verfasserin einzelne Argumente zwei verschiedenen Konventionen zugeteilt hat. Dies wird in Tabelle 6 nicht ausgewiesen, ist aber im oben dargestellten Analyseprozess (siehe Abschnitt 5.1.2) nachvollziehbar dargestellt.¹⁹⁴ Anschliessend an diesen Systematisierungsprozess hat die Verfasserin dieser Untersuchung die verwendeten Qualitätskonventionen in einem Kacheldiagramms visualisiert (Diagramm 14). Dadurch werden die Werthaltungen der involvierten Akteure sichtbar gemacht.

In die Aushandlungsprozesse des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen waren staatliche Akteure wie der Regierungsrat des Kantons Luzern (Exekutive), der Gemeinderat Emmen (Exekutive), die Aufsichtskommis-sionen der Gewerbeschulen der Gemeinde Emmen und der Stadt Luzern wie auch der Rektor der Gewerbeschule der Gemeinde Emmen involviert. Auf wirtschaftlicher Seite verhandelten der Betriebschef der Firma Enderli oder der Direktor der Firma von Moos (siehe Tabelle 7 und Tabelle 8).

Das folgende Kacheldiagramm (Diagramm 14) beruht auf der tabellarischen Analyse des Koordinationsprozesses des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen (siehe Anhang Seite 256). Die Darstellung, basierend auf einer quantitativen Auslegung der Qualitätskonventionen, zeigt die Hierarchie der verwendeten Qualitätskonventionen. Die staatlichen und wirtschaftlichen Akteure haben mithin konkret von vier der acht Qualitätskonventionen Gebrauch gemacht: der *industriellen*, der *marktwirtschaftlichen*, der *handwerklichen* und der *staatsbürgerlichen*. Kein einziges Argument gehört einer *ökologischen Konvention*, *Netzwerkkonvention* oder *Konvention der Inspiration* an. Konkret bedeutet dies Folgendes: Die *industrielle Konvention* kam 20-mal vor, die *marktwirtschaftliche* 6-mal, die *handwerkliche* 5-mal und die *staatsbürgerliche* 4-mal. Dieses Argumentationsmuster wird nachfolgend grafisch dargestellt (Diagramm 14). Es ist anzumerken, dass die Zahlenbasis klein ist, eine quantitative Auslegung zu Ver-

¹⁹³ Siehe Seite 113.

¹⁹⁴ Siehe dazu auch Unterkapitel 3.2 ‚Économie des Conventions‘ ab Seite 71 f. sowie Unterkapitel 4.3 ‚Methodischer Umgang mit den Qualitätskonventionen‘.

gleichszwecken wird deshalb nicht angestrebt. Die Hierarchien der Argumentationen sind dennoch ersichtlich und kristallisieren sich in Argumentationsmustern heraus.

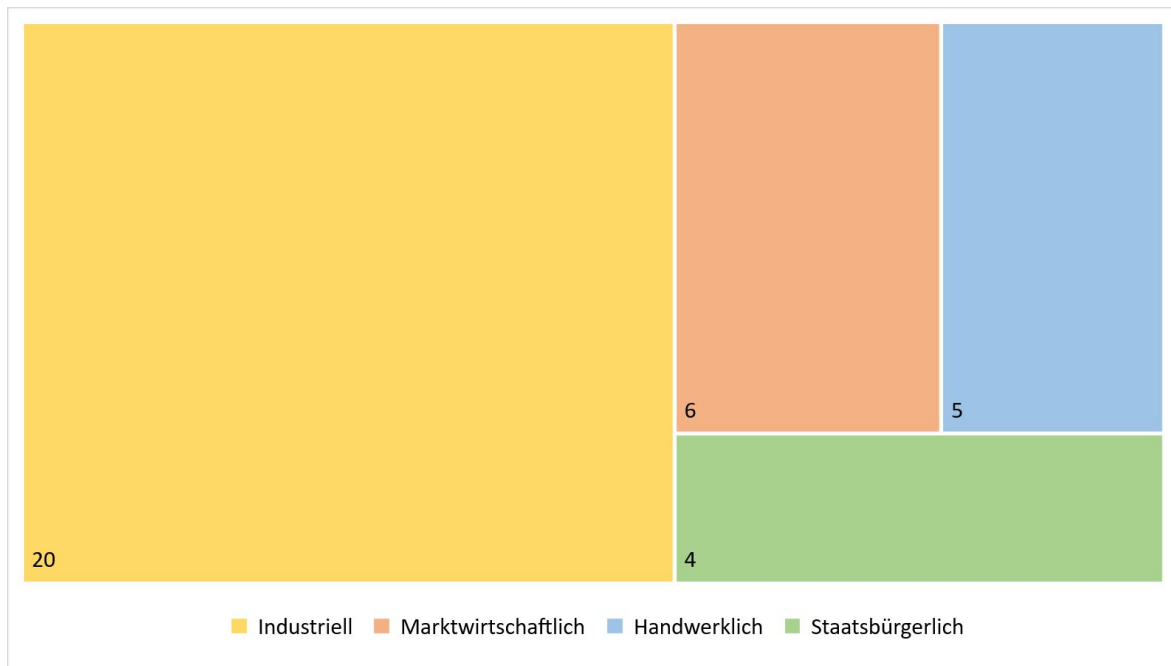


Diagramm 14: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster¹⁹⁵) aller beteiligten Akteure im Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen

Hier wirft sich insbesondere für die Ausrichtung der dualen Berufsbildung die Frage auf, ob sich Akteure des Staates und der Wirtschaft ähnlicher oder anderer Konventionen bedienen.¹⁹⁶

Der in untenstehender Darstellung (Diagramm 15) angestrebte Vergleich der Argumentationsmuster offenbart, dass im infrastrukturellen Ausbau der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen Argumente der *industriellen Konvention* im Vordergrund standen.¹⁹⁷ Aus konventionentheoretischer Sicht war der Koordinationsprozess insofern

¹⁹⁵ Die Zahlen im Kacheldiagramm entsprechen der Anzahl Nennungen in den untersuchten Quellen.

¹⁹⁶ Es ist zu erwähnen, dass der vorliegende Quellenkorpus auf staatlichen Archiven stammt, da die wirtschaftlichen Institutionen ihr Archivmaterial i. d. R. nach zehn Jahren vernichten. Darum können die Stimmen der wirtschaftlichen Akteure ausschliesslich über Vernehmlassungen oder Zeitzeugeninterviews rekonstruiert werden. Dies ist auch der Grund, weshalb die staatlichen Akteure in den ausgewerteten Koordinationsprozessen stärker vertreten sind.

¹⁹⁷ Das Diagramm 15 entstand auf derselben methodischen Vorgehensweise wie das Diagramm 14 und basiert auf der tabellarischen Darstellung (siehe Anhang Tabelle 7 und Tabelle 8).

erfolgreich, als dass die beteiligten Akteure beruhend auf der *industriellen Konvention* Einigung erzielen konnten.

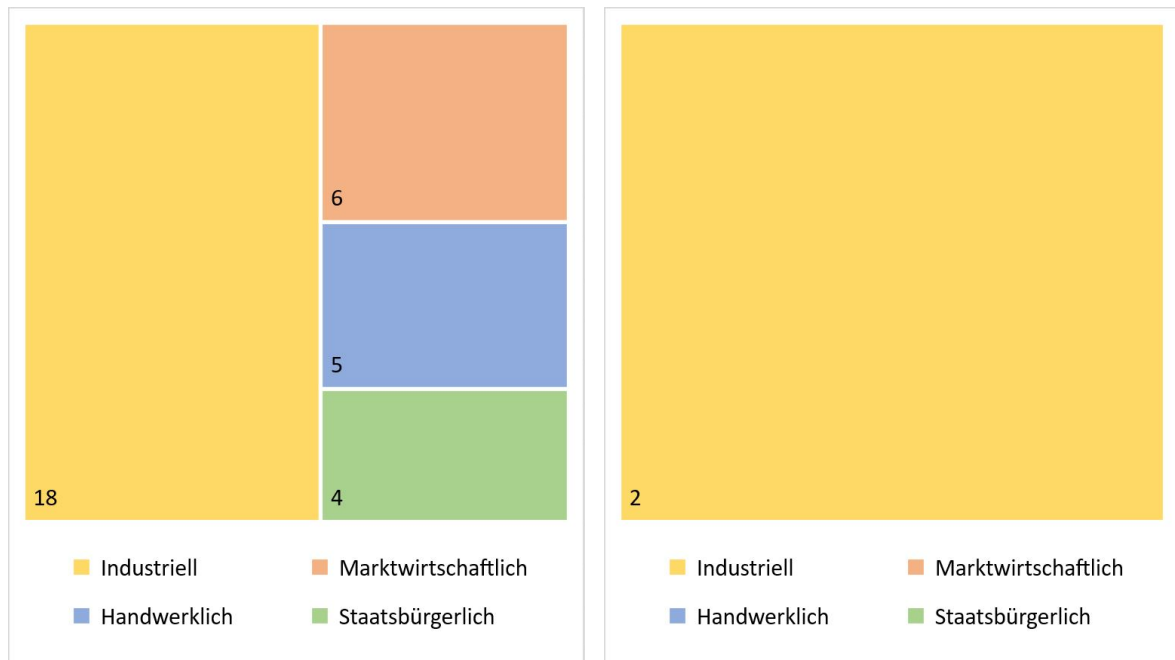


Diagramm 15: Argumentationsmuster im Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen (rechts) Akteuren

Die staatlichen und wirtschaftlichen Akteure argumentierten vorwiegend nach *industrieller* Qualitätskonvention, gefolgt von *marktwirtschaftlichen*, *handwerklichen* und *staatsbürgerlichen* Argumenten. Alle anderen Qualitätskonventionen sind in den oben untersuchten Fallbeispielen nicht vertreten.

Das Überwiegen der *industriellen* Konvention deutet auf eine stark praxisorientierte und pragmatische Koordinationslogik hin: Auf kommunaler Ebene waren die Akteure mit der Aufgabe konfrontiert, die Raumnot und die steigende Anzahl Schüler/-innen sowie die steigende Anzahl Lehrpersonen an den Gewerbeschulen zu organisieren und zu koordinieren (Argument der Funktionalität), sodass ein adäquater Unterricht stattfinden konnte (Argument der Qualitätssicherung).¹⁹⁸

Die staatlichen Akteure argumentieren mit der *industriellen*, aber auch mit anderen Qualitätskonventionen. Die wirtschaftlichen Akteure hingegen bringen ausschliesslich Argu-

¹⁹⁸ Inwiefern diese Koordinationslösungen bei den Lehrpersonen sowie den Gewerbeschülerinnen und -schülern Anklang fanden, und inwiefern sich diese Lösungen tatsächlich umsetzen liessen, ist aus dem vorliegenden Quellenmaterial nicht erschiessbar.

mente der *industriellen* Qualitätskonvention an. Gleichwohl sind die wirtschaftlichen Akteure in diesem Fallbeispiel lediglich mit zwei Stimmen vertreten, was darauf zurückzuführen ist, dass ein Ausbau der Gewerbeschulen vorwiegend auf kommunaler sowie kantonaler Ebene ausgehandelt wird. Die staatlichen Akteure dieser Ebenen sind gefordert, die Entwicklung der Schüler/-innenzahlen und folglich den Bedarf nach einem infrastrukturellen Ausbau sowie Finanzierungsmöglichkeiten mit harten *industriellen, marktwirtschaftlichen, handwerklichen* und *staatsbürgerlichen* Fakten zu belegen, was sie aufgrund des vorliegenden Argumentationsmusters offensichtlich tun.

5.2 Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern 1958

Die Analyse der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern¹⁹⁹ ist für die Fragestellung dieser Untersuchung aus zwei Gründen bedeutsam: Erstens dient diese Gründung als ein Beleg dafür, dass der Kanton Luzern von 1954 bis 1980 in der höheren Berufsbildung expandierte.²⁰⁰ Dieses Bildungsangebot ist für die Frage ‚Wie findet die *Bildungsexpansion* in der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 statt, und wie wurde sie bildungspolitisch begründet?‘ (Unterkapitel 2.4) relevant. Die ‚Bildungsexpansion‘ (Unterkapitel 2.2) betrifft sowohl den Ausbau der Gymnasien, dem die duale Berufsbildung gleichgesetzt werden kann, als auch den Ausbau der Hochschulen, dem die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums ähnlich ist. Zweitens erhofft sich die Verfasserin dieser Untersuchung, aus der Prozessanalyse ‚Gründung des ZTL‘ Erkenntnisse über Akteure gewinnen zu können und deren Argumente für die Errichtung des ZTL zu verstehen. Einerseits könnte daraus hervorgehen, inwiefern der Ausbau der Universitäten einen Einfluss auf die Errichtung des ZTL hatte, sowie andererseits geklärt

¹⁹⁹ Vor der Gründung des ZTL wurden im Jahr 1945 in Luzern die Abendfortbildungskurse (Atis) für technische Berufe ins Leben gerufen. Die Atis haben lange Zeit parallel zum Technikum bestanden, bis die Atis dem ZTL angeschlossen wurden und diese schliesslich zur Hochschule mutierte (Balmer et al., 2010; Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981). Der Prozess der Atis wird in dieser Arbeit nicht thematisiert, da ihr Gründungsjahr ausserhalb der fokussierten Zeitphase liegt. Zudem beschränkte sich das Angebot der Atis auf Abendkurse im Gegensatz zum Angebot des ZTL, das eine vollschulische Ausbildung anbot und somit dem Ausbildungsmodell der Universitäten näher kam.

²⁰⁰ Aus heutiger Sicht würde man von einer Expansion der Berufsbildung auf tertiärer Stufe sprechen. Im Jahr 1957 aber umfasste die tertiäre Ebene ausschliesslich die Universitäten und Hochschulen ohne Bildungsinstitutionen wie das Zentralschweizerische Technikum Luzern. Diese Situation veränderte sich erst 1995 mit der Einführung der Fachhochschulen beziehungsweise dem Bundesgesetz über die Fachhochschulen (FHS, SR. 417.71). Diesem Fachhochschulgesetz ist auch das Zentralschweizerische Technikum Luzern unter dem heutigen Namen ‚Hochschule Luzern – Technik & Architektur‘ unterstellt, <https://www.hslu.ch/de-ch/technik-architektur/> (aufgerufen am 13. Dezember 2017).

werden, inwiefern dieser Prozess der Errichtung des ZTL Teil der ‚Bildungsexpansion‘ war.²⁰¹

Die Gründungsphase des ZTL fällt in die 1950er-Jahre. Zur dieser Zeit wurden die höheren technischen Lehranstalten (Techniken) gestützt auf das Berufsbildungsgesetz subventioniert, waren derweil nicht im Berufsbildungsgesetz verankert (Dellsperger, 1964). Diese gesetzliche Verankerung erfolgte erst mit der Gesetzesrevision im Jahr 1963 (Art. 47, BBG 1963) und ab 1978 in Artikel 59 (BBG 1978) (siehe Unterkapitel 2.5). Ab 1978 ferner im Bundesgesetz der Begriff der höheren Fachschulen eingeführt, wobei zwischen der HTL, und die ZTL gehört zur HTL-Gruppe, HWV und anderen höheren Fachschulen unterschieden. Allen gemeinsam ist indes, dass sie dem ausseruniversitären höheren Bildungssystem, dem sogenannten Tertiärbereich im Bildungssystem zugeordnet werden (Bundesamt für Gewerbe Industrie und Arbeit, 1991)

Bevor nun der Gründungsprozess des Zentralschweizerischen Technikums Luzern in Unterkapitel 5.2.1 analysiert wird, ist zu klären, wie das Zentralschweizerische Technikum Luzern definiert war und welche Studienrichtungen in Luzern ab dem Jahr 1958 angeboten

²⁰¹ Die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern anfangs der 1950er-Jahre fand sehr früh statt, wie der Überblick über die Entwicklung der Höheren Fachschulen in der Schweiz zeigt. Dies ist ein idealer Fall, um zu untersuchen, wie die bildungspolitischen Argumentationsmuster in den 1950er-Jahre ausgefallen sind. Ausserdem war die ZTL lange die einzige Höhere Fachschule der Zentralschweiz, denn erst 1971 wurde in Luzern die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) als fünfte HWV der Schweiz gegründet (Baudepartement des Kantons Luzern, 1977). Diese wurde in das neue ZTL-Gebäude in Horw integriert, worauf der Rektor der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule Luzern, Hans Lütolf, schrieb: „Die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) könnte man auch als kaufmännisches Technikum bezeichnen. Sie schliesst an die kaufmännische Lehre an, dauert wie das Technikum drei Jahre im Vollunterricht und ist im neuen Berufsbildungsgesetz ebenfalls als Höhere Fachschule eidgenössisch anerkannt. Im Fall Luzern sind beide Schulen in einer sinnvollen Art und Weise in die gleiche Schulanlage integriert“ (Baudepartement des Kantons Luzern, 1977, S. 8). Laut Maienfisch gilt es zu bemerken, dass in Luzern die Trägerschaft der HWV genauso wie die HWV Aarau-Solothurn kantonale geregelt war. Während die ersten vier HWV der Schweiz, eröffnet in Zürich, Basel, Bern und St. Gallen, als Abteilungen in die jeweiligen kaufmännischen Berufsschulen eingegliedert wurden (Maienfisch, im Druck). Die Analyse des Gründungsprozesses der HWV in Luzern wäre in Hinblick auf die Verschiebung der Arbeitsplätze vom sekundären in den tertiären Bereich Diagramm 5 und Diagramm 1 in den 1970er-Jahren interessant, hätten den Rahmen dieser Untersuchung aber überschritten.

Einen gesamtschweizerischen Überblick über die Entwicklung der Höheren Fachschulen in der Schweiz liefern die Studien ‚Die höhere Berufsbildung in der Schweiz. Das Berufsbildungsangebot auf der ausseruniversitären Tertiärstufe‘ (Bundesamt für Statistik, 1994) und ‚Die Stellung der höheren Fachschulen im nationalen Bildungsangebot‘ (Bundesamt für Gewerbe Industrie und Arbeit, 1991). Zudem hat Edith Maienfisch in der Dissertation mit dem Titel ‚Die Kunst, sich im Sattel zu halten. Statuskämpfe und soziale Mobilität im Zuge der Schweizer Fachhochschulentwicklung im Bereich Wirtschaft seit Mitte des 20. Jahrhunderts‘ die Entwicklung der Höheren Fachschulen in der Schweiz untersucht (Maienfisch, im Druck).

wurden. Diese Information ist vonnöten, da das Bildungsangebot im ausseruniversitären Bereich auf den föderalistischen Grundstrukturen sowie den demokratischen Gestaltungsfreiheiten des Kantons Luzern beruht (Bundesamt für Gewerbe Industrie und Arbeit, 1991).

„Das Zentralschweizerische Technikum Luzern ist eine von den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug und Wallis getragene Höhere Technische Lehranstalt (HTL). Der Kanton Luzern war dabei federführend. Diese Konkordatslehranstalt war „ein Werk, das gleichbedeutend neben anderen HTL-Schulen treten durfte und der Innerschweiz die Gleichberechtigung auf diesem Sektor gebracht hat“ (Steiner, 1983, S. 2).

Das Konkordatslehranstalt²⁰² Luzern öffnete 1958 seine Pforten in der Stadt Luzern auf der Sentimatt im ehemaligen von-Moos-Gebäude. Kurz darauf erwarb das Technikum aber Bauland in Horw, wo es grösser und neu bauen konnte. Das Technikum zog 1963 in den Neubau um. Einer der ersten Dozenten²⁰³ am ZTL in Horw, Paul Wirz, lebt noch heute und war bereit, in einem Gespräch über die Situation am ZTL von damals Auskunft zu geben. Viele Studierende des ZTL hätten damals beispielsweise bei Schindler, Viscosuisse, von Moos oder BBC ihre duale Berufslehre absolviert und nach Abschluss des Abendtechnikums oder später der Berufsmittelschule an das Zentralschweizerische Technikum ge-

²⁰² Botschaft des Kantons Luzern an den Grossen Rat mit dem Dekretsentwurf über den Abschluss eines Konkordates zwischen den Kanton Luzern und den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug betreffend den Besuch des Zentralschweizerischen Technikums Luzern und die Beitragsleistung vom 24. Januar 1969; Konkordat zwischen dem Kanton Luzern und den Kantonen Uri, Schwyz, Unterwalden, ob dem Wald, Unterwalden nid dem Wald und Zug betreffend den Besuch des Zentralschweizerischen Technikums Luzern und die Beitragsleistung der Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden ob dem Wald, Unterwalden nid dem Wald und Zug an das Zentralschweizerische Technikum Luzern vom 1. März 1968 (StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rates sowie des Regierungsrates Februar 1969, S. 31–33). Dekret über den Abschluss eines Konkordats zwischen dem Kanton Luzern und den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug betreffend den Besuch des Zentralschweizerischen Technikums Luzern und die Beitragsleistung vom 28. Oktober 1974; 14. April 1969; 18. Dezember 1962; 14. Juni 1960; 14. Oktober 1957; 26. November 1957 (StALU. J.a 20. Gesetzessammlung des Kantons Luzern. 1957–1980); Dekret über den Abschluss eines Konkordates zwischen den Kantonen Luzern und Wallis betreffend die Beteiligung des Kantons Wallis an den Betriebskosten des Zentralschweizerischen Technikums Luzern vom 14. Juni 1960 (StALU. J.a 20. Gesetzessammlung des Kantons Luzern. 1957–1980).

²⁰³ Paul Wirz war Dozent am Zentralschweizerischen Technikum, mit dem die Verfasserin dieser Arbeit am 18. April 2016 ein Interview führte. Wirz erzählte, wie er es erlebte, am ZTL zu unterrichten. Paul Wirz selbst studierte ursprünglich Physik, Mathematik und Geografie in Basel und arbeitete nach dem Studium als Assistent an der Universität Basel. Anschliessend wechselte er in die Industrie zum Elektrotechnikkonzern Brown, Boveri & Cie (BBC) in Baden, heute ABB (Asea Brown Boveri). Während dieser Zeit stieg er zum Leiter der Patentabteilung auf und leitete in der Fortbildung während mehr als neun Jahren Abendkurse und sammelte als Dozent Erfahrungen. Anschliessend wurde er Dozent am Zentralschweizerischen Technikum.

wechselt. Mit dieser praxisorientierten Vorbildung haben die Studierenden an das ZTL gewechselt, wo die Verknüpfung zwischen Praxis und Theorie im Vordergrund gestanden habe. Das Technikum Luzern habe von Beginn an fünf Studienmöglichkeiten angeboten: Elektrotechnik, Maschinentechnik, Hochbautechnik und Tiefbautechnik. Die Abteilung Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik sei die einzige Abteilung dieser Art in der Schweiz gewesen (Interview vom 18. April 2016). Der Abschluss führte zur Qualifikation Ingenieur HTL, war gesetzlich auf Bundesebene verankert und schweizweit anerkannt.



Abbildung 6: Neubau des Zentralschweizerischen Technikums Luzern in Horw (Steiner, 1983)

5.2.1 Prozessanalyse: Gründung Zentralschweizerisches Technikum Luzern

Als Quellen für die konventionentheoretische Analyse des Gründungsprozesses des Zentralschweizerischen Technikums Luzern dienten Protokolle des Grossen Rates des Kantons Luzern, Berichte des Regierungsrats des Kantons Luzern, Artikel nationaler Zeitschriften, Jahresberichte des Zentralschweizerischen Technikums und Sekundärliteratur (Quellen sind fortlaufend in den Fussnoten ausgewiesen). Wie bei der Analyse vorgegangen wurde, ist einleitend im vorhergehenden Abschnitt 5.1.2 erläutert worden.

1949 wurde ein Postulat beim Regierungsrat des Kantons Luzern eingereicht, „alle Möglichkeiten zur Verwirklichung eines Innerschweizerischen Technikums eingehend zu prüfen“ (Feierabend, 1975, S. 25; Rogger, 1957). Kurz darauf folgte die Motion von Peter Müller, Ruswil. Er forderte am 6. März 1950 die Prüfung der Frage einer Verwirklichung des Innerschweizer Technikums. Der Erziehungsdirektor (als Mitglied des Regierungsrats)

Hans Rogger war bereit, diese Frage mit der Industrie, dem Gewerbe und den zentral-schweizerischen Kantonen zu klären.

Der Regierungsrat des Kantons Luzern äusserte sich gegenüber der Idee eines Inner-schweizer Technikums positiv und begründet dies mit dem Bedarf an Technikern:

„Dabei ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Hilfsarbeitern, die zu einem grossen Teil aus den Kantonen der Innerschweiz kommen, zurückgeht, während der Mangel an Technikern immer schärfere Formen annehmen wird. [...] Deshalb liegt es im Interesse der Innerschweiz, unserer blühenden Industrie, die zu einem massgebenden Steuerzahler geworden ist, die notwendigen Fachkräfte zur Verfügung zu stellen“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*).²⁰⁴

Von Entschlossenheit war vorderhand auch beim Schweizerischen Technischen Verband nichts zu spüren. Er empfahl am 12. Juni 1950 „Zurückhaltung in der Vergrösserung aller technischen Schulen oder gegenüber Neugründungen“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*) (Schweizerischer Technischer Verband 1950, in: S.A., 1980). Auch ein einflussreicher Luzerner aus der Elektro-Installationsbranche äusserte Vorbehalte. Er glaubte, die Steuerbelastung für dieses ‚Luxus-Technikum‘ sei den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumutbar (*industrielle Konvention, Argument des Rechnungswesens*).

Im Jahr 1955 verlieh der Erziehungsdirektor Hans Rogger der Diskussion über das Technikum zusätzliche Dynamik und äusserte seine Meinung öffentlich:

„Wenn also die Innerschweiz nicht zuwarten will, bis andernorts so viele technische Lehranstalten entstanden sind, dass sich für sie die Gründungen des geplanten eigenen Technikums als zu grosses Wagnis erweist, muss die Verwirklichung rasch an die Hand genommen werden“ (*Marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*) (Studienkommission, Schlussbericht, 02.03.56, in: Imhof et al., 2008, S. 10).

Am 16. Februar 1953 ernannte der Regierungsrat des Kantons Luzern eine Expertenkommission zur Untersuchung der Technikumsfrage (Studienkommission, Schlussbericht, 02.03.56, in: Imhof et al., 2008, S. 10). Der Regierungsrat Hans Rogger legte im Jahr 1958 in einem Bericht mit dem Titel ‚Das Zentralschweizerische Technikum Luzern‘ die Vorgeschichte und Entstehung des ZTL dar und erklärte das Vorgehen der Expertenkommission.

²⁰⁴ StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Luzern im Jahre 1957. Botschaft an den Grossen Rat des Kantons Luzern mit einem Gesetzesentwurf über das Zentralschweizerische Technikum Luzern, 18. März 1957.

Ihre Aufgabe, formuliert vom Luzerner Regierungsrat, lautete: „Die Kommission hat die Möglichkeit der Errichtung eines Technikums und andere Möglichkeiten zur Förderung der technischen Aus- und Weiterbildung zu prüfen und hierüber Bericht und Antrag zu stellen“ (Rogger, 1957, S. 42). Aus konventionentheoretischer Perspektive ist dieser Kernauftrag der *marktwirtschaftlichen* als auch der *industriellen Konvention* zuzuweisen. Der Regierungsrat argumentierte *wettbewerbstechnisch und bedarfsorientiert*. Zudem war dieser Expertenbericht eine wissenschaftlich fundierte Grundlage, um seine politische Vorgehensweise zu rechtfertigen, eine Strategie zu entwickeln sowie den Ausbau des Technikums gestützt auf den Bedarf zu planen (*industrielle Konvention, Argument der Planung und Strategie*).

Bereits am 28. Juni 1956 sprach sich der Regierungsrat aufgrund der bestätigten Nachfrage seitens der Industrie für die Errichtung eines Technikums aus (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Nachfrage*) und beauftragte das Erziehungsdepartement, die weiteren Vorbereitungsarbeiten zu tätigen (Rogger, 1957). Hiermit unterstützt der Regierungsrat das Expansionsvorhaben und leitet dementsprechend die nächsten politischen Schritte ein.

Politische Zustimmung zum Zentralschweizerischen Technikum Luzern

Aus dem Bericht von Hans Rogger, Regierungsrat in Luzern, wird der Koordinationsprozess über die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums ersichtlich.

Nachdem der Schlussbericht der Expertenkommission vorlag, wurde dieser zur Vernehmlassung unterschiedlichen Wirtschafts- und Berufsverbänden unterbreitet. Die Arbeitgeberverbände der Schweizerischen Maschinen- und Metallindustrieller sowie der Schweizerischen Zentralheizungsindustrieller sprachen sich für ein Technikum in der Zentralschweiz aus. Zusätzlich durften sich Industrie und Gewerbe über eine fruchtbare Förderung durch das BIGA, Sektion für berufliche Ausbildung, erfreuen (Rogger, 1957). Denn auch dieses setzte sich mit finanziellen Mitteln für den Ausbau der Technika ein, da es ihm ein Anliegen war, die gesamtschweizerische Koordination der Technika anzuregen. Diese Haltung war für das Zentralschweizer Technikum von Vorteil, denn es strebte ein Konkordat zwischen mehreren Kantonen an.

Zwar signalisierten die Kantone Aargau, Basel-Stadt und Basel-Land kein Interesse für das ZTL, dafür kündigten die Kantone Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden sowie Zug an, finanzielle Beiträge ans ZTL zu leisten. Dadurch wurden deren Schüler/-innen jenen des Kantons Luzern bezüglich Schulgeld und Aufnahme gleichgestellt.²⁰⁵ Somit fehlte nur noch

²⁰⁵ StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats des Kantons Luzern im Jahre 1969. Konkordat zwischen dem Kanton Luzern und den Kantonen Uri, Schwyz, Unterwalden ob dem Wald, Unterwalden nid dem Wald und Zug. Grosser Rat. Februar 1969, S. 32.

der parlamentarische Entscheid des Grossen Rats des Kantons Luzern. Bereits am 2. Juli 1957 unterzeichnete dieser den Gründungsbeschluss des Zentralschweizerischen Technikums. Politik, Industrie und Wirtschaftsverbände standen geschlossen hinter dem Beschluss. (Steiner, 1983, S. 4), sodass am 15. August 1957 das Gesetz über das Zentralschweizerische Technikum in Kraft trat (gesetzliche Konsolidierung der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern).²⁰⁶

Grund für diese Zustimmung war eindeutig die Darlegung der Bedürfnisfrage durch den Regierungsrat in seiner Botschaft an den Grossen Rat vom 18. März 1957: Nur knapp 27 % aller Techniker und Ingenieure in den fünf grössten Industriebetrieben seien aus dem Kanton Luzern, und nicht ganz 3 % aller Studenten technischer Richtung in der Schweiz stammten aus dem Kanton Luzern (Botschaft des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 18.3.1957 zur Technikumsfrage in: Balmer et al., 2010, S. 38). Mit diesen Zahlen legte der Regierungsrat die Fakten über die aus dem Kanton Luzern stammenden Studierenden an den Technika offen (*industrielle Konvention*) und argumentierte indirekt *mit dem Bedarf an weiteren technischen Studenten*, um die technische und industrielle *Wettbewerbsfähigkeit* des Kantons Luzern zu sichern (*marktwirtschaftliche Konvention*).

„Dabei ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Hilfsarbeitern, die zu einem grossen Teil aus den Kantonen der Innerschweiz kommen, zurückgeht, während der Mangel an Technikern immer schärfere Formen annehmen wird (*industrielle Konvention, Argument der Planung*). Es gibt aber so wenig innerschweizerische Techniker, dass sich unsere Industrie gezwungen sieht, immer mehr qualifizierte Leute aus andern Kantonen heranzuziehen [*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*]. Sollte es einmal zu einer Krise infolge Mangels an Berufsarbeitern kommen, wie dies führende Wirtschaftstheoretiker [hier wird vom Regierungsrat Adolf Roemer aus St. Gallen gesprochen, Anm. K. B.] befürchten, so würde sie sich wegen der Standort-, Markt-, Belohnungs- und Steuerverhältnisse zuerst und vorwiegend in der innerschweizerischen Wirtschaft auswirken. Deshalb liegt es im Interesse der Innerschweiz, unserer blühenden Industrie, die zu einem massgebenden Steuerzahler geworden ist, die notwendigen Fachkräfte zur Verfügung zu stellen“ (Rogger, 1957, S. 43).

Genauso wie Regierungsrat Rogger verlangte damals die Industrie nach qualifizierten Ingenieuren und die Luzerner Jugend nach einer dringend notwendigen Ausbildungsstätte für die höhere technische Ausbildung (Steiner, 2008).

Die Forderungen sind im Zusammenhang mit der boomenden Wirtschaft zu betrachten, denn diese liess die Industrie im Kanton Luzern wachsen und meldete hohen Bedarf an Arbeitskräften an. Ein Zeitzeuge dieser wachsenden Wirtschaft und expansiv entwickelten

²⁰⁶ StALU. J.a 20. Gesetze für den Kanton Luzern. XV, 1954–1959. Gesetz über das Zentralschweizerische Technikum Luzern vom 2. Juli 1957, S. 320–323.

Industrie ist die Luzerner Firma Aufzüge- und Elektromotorenfabrik Schindler & Cie. AG. Sie wuchs in den 1950er-Jahren so stark, dass sie aus Platzgründen einen Umzug nach Ebikon plante, wo sie neue Gebäulichkeiten erstellte. Diese Umzugspläne und die genannten Forderungen liessen die Idee aufkeimen, die Schindler-Räume an der Sentimatt für das Technikum zu nutzen. „Der Weltkonzern, an seiner Spitze Alfred Schindler, der soeben eine vollständig neue Fabrikanlage in Ebikon erstellt hatte, war in grosszügiger Weise bereit, sein bisheriges Fabrikareal an der Sentimatt in der Stadt Luzern dem Kanton zu günstigen Bedingungen zu verkaufen“ (Steiner, 2008, S. 23).²⁰⁷

Bau des Technikums

Am 19. Januar 1957 kaufte der Kanton Luzern die Schindler-Liegenschaft in der Sentimatt für 3,1 Millionen Franken. Im August 1957 erfolgten die Räumung der Liegenschaft und der teilweise Abbruch einzelner Bauteile (Schürch, 1958). Und bereits am 14. Mai 1958 feierte das Zentralschweizerische Technikum Luzern das Einweihungsfest (Hofer, 1958).

Die Baukommission des Zentralschweizerischen Technikums Luzern berichtete ausführlich über die interessante Aufgabe des Um- und Neubaus (Hofer, 1958; Schürch, 1958). Es wurden hochmoderne Laboratorien erstellt, die den Studierenden der Maschinen-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik ermöglichten, sich die studienspezifischen Inhalte nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch anzueignen. Es verstehe sich, dass der angehende Techniker in gut ausgestatteten Laboratorien sich durch eigenes Handanlegen über den Aufbau, das Betriebsverhalten und die Wartung der Maschinen und Apparate, die er zu berechnen und zu gestalten hat, Rechenschaft geben müsse, berichteten Hofer und Schürch. Die Arbeit in den Laboratorien gehöre daher zu den wesentlichen Aufgaben des Studiums am Technikum (*handwerkliche Konvention, Argumente der Forschung und Entwicklung sowie der dauerhaften Qualität*) (Gelpke, 1958; Karrer, 1958). Ferner müsse die Schule aufgrund der stürmischen und mannigfaltigen Entwicklung, die die Technik in den vergangenen Jahrzehnten durchmachte, sich zunehmend auf die eigentlichen Grundlagen konzentrieren, wenn sie nicht veralten möchte (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*). Führende Ingenieure und Techniker verlangten deshalb nach gut ausgebauten Laboratorien (Mäder, 1958). Am Technikum seien folgende Laboratorien gebaut worden: Starkstrom-, Hochfrequenz-, Elektronik-, Nachrichtentechnik- und Hochspannungslabor (*handwerkliche Konvention, Argument der Forschung und Entwick-*

²⁰⁷ Zudem war Alfred Schindler bereit, das Zentralschweizerische Technikum Luzern zugunsten des Labors für Nachrichtentechnik mit 100'000 Franken zu unterstützen. „Alfred Schindler erwies sich hier als ein Mann von Weitsicht. Es war, als ob er das Heraufkommen des elektronischen Zeitalters prophetisch erahnte und rechtzeitig die Voraussetzungen schaffen wollte für die wirtschaftliche Entwicklung der Zentralschweiz“ (Steiner, 2008, S. 23).

lung) (Hofer, 1958). Alle diese Laboratorien seien nach modernen Grundsätzen aufgebaut und würden jederzeit dem Fortschritt der Technik angepasst werden können (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*). Dies bilde einen wesentlichen Faktor im Lehrgang für den angehenden Elektrotechniker (Kollros, 1958). In enger Zusammenarbeit mit der Baukommission des Technikumsrats und dem kantonalen Hochbauamt habe das vielseitige Programm der verschiedenen Technikumsabteilungen in der Sentimatt optimal untergebracht werden können. Das gemeinsam erstellte Konzept habe ein über Erwarten gutes Resultat gezeigt (*handwerkliche Konvention, Argument der Expertise, die ins Projekt eingeflossen ist*) (Boyer, 1958).

„In verschiedenen Belangen konnte sich die Baukommission an die erprobten Lösungen der bestehenden schweizerischen Schulen halten. Um eine möglichst breite Basis über das Vorhandene und bisher Geschaffene zu erhalten, hat die Baukommission im Einvernehmen mit dem Regierungsrat des Kantons Luzern Studienreisen nach Deutschland unternommen, wo sich in mannigfacher Weise Gelegenheit bot, durch den Krieg zerstörte neu aufgebaute Schulen zu besichtigen. Das Resultat von alldem Gesehenen war aufschlussreich, interessant und wegleitend für den Bau unserer Lehranstalt“ (Hofer, 1958, S. 2).

Fritz Hofer generierte Wert und Qualität im Koordinationsprozess der Baukommission, indem er verschiedentlich argumentierte: *Argument der Bekanntheit in der Öffentlichkeit (Konvention der Bekanntheit)*, *Argument der Qualitätssicherung (industrielle Konvention)* sowie *Argument der Wettbewerbsfähigkeit (marktwirtschaftliche Konvention)*.

Darüber hinaus wurden die Laboratorien so eingerichtet, dass sie nicht nur für schulische Belange verwendet werden konnten. „Es werden auch Aufträge aus dem Baugewerbe entgegengenommen, um so einen innigen Kontakt mit der Praxis zu gewährleisten“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*). Mit dieser Institution wolle man auch dem Bedürfnis des zentralschweizerischen Baugewerbes entsprechen (Zentralschweizerisches Technikum Luzern, 1958, S. 2). Diese Aussage signalisiert die direkte Vernetzung des Zentralschweizerischen Technikums mit der Praxis, genauso wie das Anliegen, die Theorie anhand direkter Problemstellungen aus der Praxis anzuwenden und möglicherweise weiterzuentwickeln (*handwerkliche Konvention, Argument der Tradition und des Vertrauens*).

Diesen Anspruch der Verbindung von Theorie und Praxis verdeutlichte ebenfalls der damalige Direktor des Technikums, indem er sich die Frage stellte, was denn ein Technikum überhaupt sei.

„Es ist keine Hochschule und auch keine ‚Fachschule‘; es ist auch keine technische Mittelschule, die auf die Maturität vorbereitet; denn das Technikum bereitet direkt auf die Tätigkeit in der Praxis vor, ist also eine Abschluss-Schule. Gegenüber der Hochschule unterscheidet sich das Technikum vor allem durch die Anforderungen, welche bei der Aufnahme gestellt werden:

Abschluss einer praktischen Berufslehre, an Stelle der Matura und sodann durch die vermehrte Betonung der konstruktiven und betrieblichen Ausbildung gegenüber der theoretischen, wobei allerdings letztere ebenfalls einen wesentlichen Platz im Lehrplan der Schule einnehmen muss“ (Karrer, 1958, S. 1).

Mit dieser Antwort positionierte der Direktor einerseits das Technikum neben den universitären Hochschulen, den Fachschulen und den technischen Mittelschulen. Andererseits generierte er Qualität, indem er die *Wettbewerbsfähigkeit* der Technika unterstrich (*marktwirtschaftliche Konvention*) und mit der *handwerklichen Konvention* versuchte, das Vertrauen aufzubauen. Das Ziel des Technikums bestand darin, Theorie und Praxis zu verknüpfen und folglich die Tradition der Berufsbildung zu gewähren.

Das Konzept war von Beginn an erfolgreich, denn die Anzahl der Anmeldungen für das Technikum war bereits im Eröffnungsjahr so gross, dass nur knapp die Hälfte der Anmeldungen berücksichtigt werden konnte (Rogger, 1958b).

Erweiterung des Technikums

Aus der Sekundärliteratur wird deutlich, dass lediglich ein Jahr nach der Eröffnung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern (ZTL) eine weitere Studienrichtung, die Bauabteilung, eingeführt wurde. Sie startete direkt mit erhöhten Klassenbeständen. Gleichzeitig wurde prognostiziert, dass mit einem weiteren Anstieg zu rechnen sei, denn auch die Bauhandwerker absolvierten in zunehmendem Masse das Technikum (Korner, 1958). Für diese wurde bereits im Jahr 1960 ein Erweiterungsbau an der Sentimatt erstellt und bezogen. Diese Erweiterung ist ein Beleg für die rasche Systemdifferenzierung innerhalb des Technikums, die mit dem Ausbau der Laboratorien unverzüglich weiter vonstattenging.

Ernst Wüst war diplomierter Ingenieur und Mitglied der Baukommission für das Technikum Luzern. Ihm oblag die Aufgabe, die Laboratorien der Bauabteilung zu planen und einzurichten. Er drückte den Bedarf an Bauherren konkret aus: „Rekordzahlen meldete die Tagespresse für das diesjährige Bauvolumen [...]; man denke nur an den Ausbau unseres schweizerischen Nationalstrassennetzes und an die grossen Abwasserreinigungsanlagen zum Schutze unserer stark gefährdeten Gewässer“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument des Bedarfs*) (Wüst, 1958, S. 1). Für diese Bauvorhaben erfordere es Kenntnisse über alle am Bau verwendeten Materialien. Hierfür werde zum Beispiel die Materialprüfanstalt eingerichtet. Die praktischen Baumaterialien würden dort auf ihre bautechnischen Eigenschaften untersucht werden können, beispielsweise diejenigen für Sand und Kies, was massgebende Bestandteile der Betonherstellung seien (*handwerkliche Konvention, Argument der Qualitätssicherung*) (Wüst, 1958).

Die Hochbauabteilung bildete Mitarbeiter von Architektur- und Baubüros, öffentlichen und privaten Bauverwaltungen sowie Bauunternehmungen aus. Diese Abteilung legte Wert

auf die praktische Ausbildung und räumte den gestalterischen Fächern sowie den praktischen Ausführungen bei leichter Reduktion der theoretischen Fächern etwas mehr Zeit ein als die anderen Studienrichtungen des ZTL (*handwerkliche Konvention, Argument der Tradition und des Vertrauens*) (Wüest, 1958).

Umzug des Technikums nach Horw

Der Regierungsrat des Kantons Luzern berichtete in der Botschaft vom 31. März 1969, dass sich das Zentralschweizerische Technikum Luzern im Gebäude der Sentimatt- und Dammstrasse als kürzere ‚Übergangslösung‘ präsentiert habe, als dies ursprünglich geplant gewesen sei. Einerseits seien die Zahlen der Studierenden erfreulich stark angestiegen. Im Eröffnungsjahr von 1958 habe die Studentenzahl 85 und im Frühling 1968 bereits 398 betragen (*industrielle Konvention, Argument der Statistik*). Das Raumangebot der Sentimatt wurde durch diese expansive Entwicklung der Studentenzahlen zu knapp. Zudem wurde die Erweiterung des Nationalstrassennetzes mit dem Bau der N2, die einen Teil der Liegenschaft des Technikums beanspruchte, zeitlich vorverschoben (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument des Platzbedarfs*). Aus diesen beiden Gründen musste ein neuer Standort gesucht werden. Es kamen aber weitere *marktwirtschaftlich* orientierte Argumenten hinzu, wie der notwendige Ausbau der Laboratorien aufgrund der voranschreitenden technischen Entwicklung sowie der anderen Höheren Technischen Lehranstalten (*Argument der Wettbewerbsfähigkeit*) und der Aufbau von Weiterbildungsprogrammen.²⁰⁸ Hiermit wird deutlich, dass das Bildungsangebot am Technikum rasch expandierte und sehr marktorientiert war, da offensichtlich ein grosser Bedarf an Technikern und eine Nachfrage nach Bildungsangeboten vorhanden waren.

Der Prozess Neubau des ZTL wurde durch die Motion Freis am 2. Juli 1968 eingeleitet. Er forderte darin die Verlegung und den Neubau des Zentralschweizerischen Technikums Luzern. Am 31. März 1969 legte der Regierungsrat seinen Dekretsentwurf vor und begründet darin ausführlich seinen Antrag, das neue Zentralschweizerische Technikum in Horw zu bauen. Am 4. Februar 1969 reicht dann aber [Vorname unbekannt] Wachter eine

²⁰⁸ Botschaft des Regierungsrats des Kantons Luzern. Mit nachfolgender Botschaft vom 31. März 1969 unterbreitet der Regierungsrat den Dekretsentwurf über die Verlegung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, die Gewährung eines Kredites für die Projektierung sowie die Genehmigung eines Kaufvertrags und eines Schenkenvertrags um die Grundstücke Nr. 541, 1880, 1881 und 931, Bifang, Gemeinde Horw.

Interpellation²⁰⁹ ein und forderte neue Vorschläge, um das ZTL auf dem Rothenareal in Littau zu erstellen.²¹⁰

Im Mai 1969 tagte der Grosse Rat des Kantons Luzern (Parlament), diskutierte den Entwurf des Dekrets des Regierungsrats und stimmte diesem zu, war sich aber in Bezug auf den Standort nicht einig. Die Standortfrage löste im Grossen Rat eine kontroverse Diskussion aus. Es standen das Areal Bifang der Gemeinde Horw sowie das Rothenareal in Littau zur Debatte.²¹¹ Die Vertreter der Stadt Luzern bedauerten es, kein solch günstig gelegenes Areal zur Verfügung stellen zu können, und waren froh darüber, dass die umliegenden Gemeinden über solche Landreserven verfügten. Die Baukommission des ZTL plädierte wegen verschiedener Standortvorteile für das Areal in Horw. Die Mitglieder des Grossen Rates haben primär mit Argumenten der Funktionalität (*industrielle Konvention*) entsprechend dem Dekretsentwurf für Horw geworben: Der neue Standort liege günstig bezüglich der Autobahn und dem Bahnhof Horw, er sei per Bus und Zug vom Bahnhof Luzern in zehn Minuten erreichbar und das Areal sei nur unbedeutend dem Lärm ausgesetzt.²¹² Die Kommission unter dem Vorsteher Egli beantragte nach längerer Diskussion eine Zustimmung zum Standort Horw, wie es auch die Regierungsräte Rogger als Vorsteher des Erziehungsdepartements und Willi als Vorsteher des Baudepartements taten. In der Schlussabstimmung des Grossen Rats wurde dem Dekret zugestimmt.²¹³ Am 13. Mai 1969 erliess der Grosse Rat das Dekret, nachdem die Referendumsfrist ungenutzt abgelaufen war.²¹⁴

²⁰⁹ StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats. Protokoll Grosser Rat vom Mai 1969, S. 169–172.

²¹⁰ Im Jahr 1969 bestanden in der Schweiz elf Technika: Winterthur (1874), Biel (1890), Burgdorf (1892), Freiburg (1896), Genf (1901), Lugano-Trevano (1950), Yverdon-les-Bains (1956), Luzern (1957), MuttENZ (1963), Brugg-Windisch (1965), Buchs (SG, 1968). Danach wurden zwei weitere Technika gegründet: Le Locle (1971), Lausanne (École suisse des ingénieurs des industries graphiques et de l’emballage, 1972) und Rapperswil (SG, 1972) (Gieré, 2013; Jermann et al., 1969; s.n., 1967).

²¹¹ StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats. Protokoll Grosser Rat vom Mai 1969, S. 169–172.

²¹² StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats. Protokoll Grosser Rat vom April 1969. Botschaft über die Verlegung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, die Gewährung eines Kredites für die Projektierung und die Genehmigung eines Kaufvertrages und eines Schenkungsvertrages um die Gegenstände Nr. 541, 1880, 1881 und § 93, Bifang, Gemeinde Horw, S. 115–134.

²¹³ StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats. Protokoll Grosser Rat vom Mai 1969, S. 169–172.

²¹⁴ Am 1. Februar 1972 beschliesst der Grosse Rat nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrats vom 22. November 1971 den Baukredit für die erste und zweite Etappe. Dekret über den Neubau des Zentralschweizerischen Technikums Luzern in Horw vom 1. Februar 1972 (StALU. J.a 20. Gesetzessammlung des Kantons Luzern. XVIII. Band – 1. Heft 1971).

Der Neubau wurde als Wettbewerb ausgeschrieben, das Projekt am 15. April 1970 dem Architekten Peter Stutz von Schongau LU vergeben und der detaillierte Kostenvoranschlag vom Regierungsrat genehmigt. Heinz Krehl schätzte den Jury-Entscheid in seinem Bericht ‚Zentralschweizerisches Technikum in Luzern. Ein notwendiger kritischer Bericht‘ als ungenügend ein und warf der Jury Intransparenz sowie zu statische architektonische Entscheidungen vor, die eine Weiterentwicklung des Technikums nicht zulassen würden. Die Wirtschaftlichkeit habe höchste Beachtung gefunden, und hochschulstrukturelle Voruntersuchungen seien unterschlagen worden. Hiermit prangerte Krehl die Jury an, zu wenig Fairness (*staatsbürgerliche Konvention*) und Wettbewerbschance (*marktwirtschaftliche Konvention*) ermöglicht zu haben. Er ging noch einen Schritt weiter, indem er den internationalen Vergleich mit dem Vorgehen in Deutschland heranzog und dabei auf faire Wettbewerbsbedingungen hindeutete, die Qualität erzeugen würden.

„Aus dem Hochschulbereich (Brüssel, Bielefeld, Dortmund usw.) wissen wir aber längst, wie notwendig grundsätzlich hochschulstrukturelle Voruntersuchungen als Wettbewerbsbestandteile sind – auch wissen wir, dass sich die technischen Lehranstalten notwendigerweise immer mehr zu hochschulgleichen Institutionen entwickeln werden und müssen“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit sowie industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*) (Krehl, 1970, S. 1).

Der kritischen Stimme von Krehl gelang es nicht, den Prozess des Horwer Neubaus des Zentralschweizerischen Technikums Luzern zu stoppen, denn Ende April 1972 stimmte diesem die Kantonsbevölkerung knapp zu. Kurze Zeit später wurden die Bauarbeiten der ersten Etappe aufgenommen. Es wurden das Grosslabor sowie der Schul- und Verwaltungstrakt erstellt und am 2. September 1974 bezugsbereit eröffnet. Die Gebäude der zweiten Bauetappe, der Elektro-, Bau- und Gemeinschaftstrakt sowie das Hauswartehaus, öffneten ihre Türen am 22. August 1977 (Steiner, 1983). Mit diesem Neubau in Horw wurde die Expansion des Zentralschweizerischen Technikums Luzern realisiert und konsolidiert.

Das Modell des Zentralschweizerischen Technikums Luzern war erfolgreich. Die Anzahl Studierender stieg kontinuierlich und zwang den Technikumsrat²¹⁵ zur Einführung einer

²¹⁵ Der Technikumsrat war aus Kantonsvertretern und Persönlichkeiten aus der Industrie zusammengesetzt. Zum Beispiel war Anton Rufli, Direktor der Firma Schindler, 1980 Vizepräsident des Technikumsrats. Ebenfalls in der Firma Schindler angestellt war der dipl. Ing. Fritz von Allemann, der am ZTL nebenamtlich das Fach ‚Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Konstruktion‘ dozierte (Grübel, 1972, S. 5). Ferner beschloss der Grosse Rat des Kantons Luzern gestützt auf den § 4 Abs. 1 des Technikumsgesetzes, dass der Technikumsrat 19 Mitglieder zählt (Dekret über die Mitgliederzahl des Technikumsrats vom 31. März 1958). Am 14. Juni 1964 wurde dieses Dekret durch einen Beschluss des Grossen Rates ersetzt und die Grösse des Technikumsrats auf höchstens 23 Mitglieder begrenzt (StALU. J.a 20. Gesetzessammlung des Kantons Luzern. 1957–1980).

Aufnahmeprüfung im Sinne eines Numerus Clausus für die Abteilung Heizungs-, Lüftungs-, Klimatechnik, da dort die Anzahl der Bewerber²¹⁶ für die Berufsmittelschule (BMS)²¹⁷ grösser war als die vorhandenen Studienplätze. In allen anderen Abteilungen wurde das Reglement wirksam, das jenen einen prüfungsfreien Eintritt ins ZTL gewährte, die über ein BMS-Diplom verfügten. Das entsprechende Reglement genehmigte der Technikumsrat am 18. April 1973.

Nachdem die ersten BMS-Schüler 1974 erfolgreich diplomiert wurden, wurde das Reglement umgesetzt (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Chancengleichheit und Fairness*). Dem Vizedirektor des Zentralschweizerischen Technikums Luzern waren die Qualitätssicherung und das Mitspracherecht der Abnehmerschule für das Niveau der neu eingeschriebenen Studierenden bedeutende Anliegen. Vertreter des ZTL wirkten deshalb bei den BMS-Abschlussprüfungen mit und versuchten dadurch, die inhaltliche Qualität für einen prüfungsfreien Übertritt ans Technikum Luzern sicherzustellen (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung*) (Steiner, 1983).²¹⁸ Vermutlich schwingt bei diesem Reglement auch die *marktwirtschaftliche* Konvention mit, indem mit dem prüfungsfreien Übertritt die Attraktivität der Berufsmittelschule erhöht wurde und gleichzeitig der Bedarf an technischem Nachwuchs zunehmend gedeckt werden konnte.

Der Neubau des Zentralschweizerischen Technikums Luzern in Horw bot fortan mehr Studienplätze. Zeitgleich wurde 1971 in Luzern die erste Berufsmittelschule eröffnet, und im Schuljahr 1974 durften die ersten Berufsmittelschüler/-innen ohne Aufnahmeprüfung an das Technikum Luzern wechseln. Mit der Installation weiterer Berufsmittelschulklassen an der Gewerbeschule Emmen im Jahr 1974 strömten zusätzliche Studierende ohne Zugangsprüfungen ans Technikum. Wie die nachfolgenden Diagramm 2 und Diagramm 3 zeigen, haben kontinuierlich mehr Studierende am Technikum ihr Studium aufgenommen.

5.2.2 Quantitative Expansion der Anzahl Studierender am Zentralschweizerischen Technikum Luzern

Im Gründungsjahr 1958 nahmen 85 Personen das Studium am Zentralschweizerischen Technikum Luzern auf (siehe Diagramm 16). Die Abteilung Maschinentechnik zählte 53 Studierende und die Abteilung Elektrotechnik 32. Bis zum Studienjahr 1960/61 nahmen

²¹⁶ Die Verfasserin dieser Arbeit wählt hier die männliche Form, da bis 1983 keine einzige Frau das ZTL besucht hat. Erst im Jahr 1983 schrieb sich die erste Frau am Zentralschweizerischen Technikum Luzern ein (Interviewaussage von Paul Wirz, Interview geführt am 16. April 2016).

²¹⁷ Siehe dazu Unterkapitel 5.3.

²¹⁸ Bevor der prüfungsfreie Übertritt von der Berufsmittelschule ins Technikum zur Geltung kam, war eine bestandene Aufnahmeprüfung Bedingung für den Eintritt ins Technikum.

auch die Abteilungen Tiefbautechnik, Hochbautechnik und Heizungs-, Lüftungs-, Klimatechnik ihren Betrieb auf.

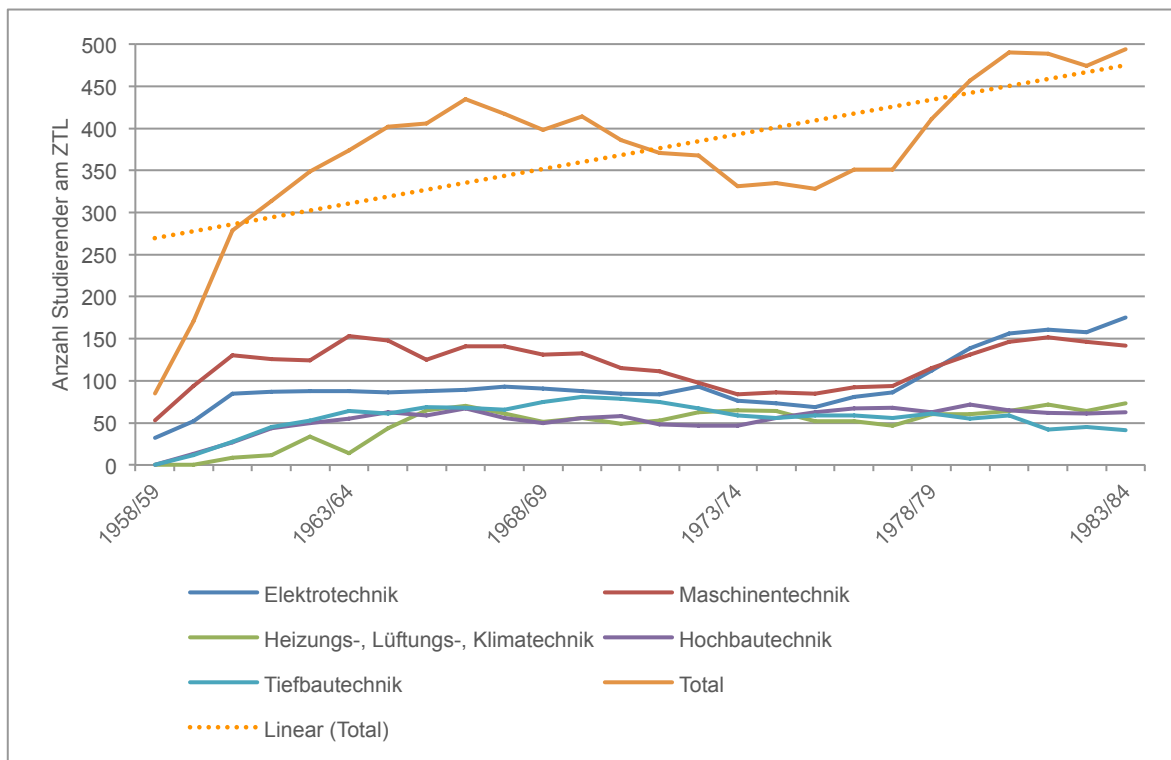


Diagramm 16: Studierendenzahlen Zentralschweizerisches Technikum Luzern jeweils zu Beginn des Schuljahres (Steiner, 1983)²¹⁹

Die Studierendenzahl stieg bis 1966/67 steil bis auf total 435 an und schrumpfte dann bis 1975/76 auf 328 Personen. Anschliessend nahm die Zahl der Studierenden wieder zu. Im Trend entwickelte sich die Studierendenzahl am ZTL expansiv.

Der Rückgang der Studierendenzahl von Mitte der 1960er- bis Mitte der 1970er-Jahre kann auf drei Gründe zurückgeführt werden: Die Anzahl Lernende stagnierte Mitte der 1960er-Jahre wegen des Geburtenrückgangs in der Nachkriegszeit, die Gymnasien expandierten zu Beginn der 1970er-Jahre stark, und Diplommittelschulen, die als Konkurrenz gegenüber den Berufsmittelschulen angesehen werden können, wurden eingeführt.

²¹⁹ Die Entwicklung der Anzahl erteilter Diplome am Zentralschweizerischen Technikum Luzern von 1958 bis 1983 findet sich in Anhang auf Seite 256.

5.2.3 Zusammenfassung

Im Folgenden bündelt die Verfasserin dieser Arbeit basierend auf der Quellenanalyse der Dokumente aus dem Staatsarchiv Luzern sowie verschiedener Sekundärliteratur die Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern von 1958 bis 1980.²²⁰ Im ersten Teil dieser Zusammenfassung geht sie auf die Expansion des ZTL ein, die sich durch die quantitative Entwicklung der Studierendenzahlen sowie die Anzahl der Gebäulichkeiten ausweist. Im zweiten Teil stellt sie den Koordinationsprozess ‚Gründung des Zentralschweizerischen Technikums‘ in einem Kacheldiagramm²²¹ zusammenfassend dar und interpretiert dieses aus konventionentheoretischer Sicht.

Entwicklung der Studierendenzahl und Vergrößerung der Infrastruktur

An der Sentimatt in der Stadt Luzern, dem ersten Gebäude des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, begannen im Jahr 1958 85 Personen zu studieren. Zehn Jahre später zählte das ZTL bereits 398 Studierende. Diese Entwicklung der Studierendenzahlen erforderte mehr Platz: 1974 zog das Technikum in das neu errichtete Gebäude in Horw, wo im Jahr 1980 490 Personen ihrem Studium nachgingen. In drei Jahrzehnten versechsfachte sich die Zahl der Studierenden beinahe, was die expansive Entwicklung des ZTL belegt. Dies erforderte politische Koordinationsprozesse, die nachfolgend zusammengefasst werden.

In einem ersten Schritt gelangte Peter Müller am 6. März 1950 mit der Motion ‚Prüfung der Frage der Verwirklichung eines Innerschweizer Technikums‘, der sogenannten Technikumsfrage, an den Erziehungsrat des Kantons Luzern. Dieser war bereit, diese Frage mit der Industrie, dem Gewerbe sowie den umliegenden Kantonen zu klären.

Hierfür ernannte der Regierungsrat des Kantons Luzern am 16. Februar 1953 als zweiten Schritt eine Expertenkommission zur Untersuchung der sogenannten Technikumsfrage. Diese Expertenkommission erhielt vom Regierungsrat die folgende Aufgabe: „Die Kommission hat die Möglichkeit der Errichtung eines Technikums und andere Möglichkeiten zur Förderung der technischen Aus- und Weiterbildung zu prüfen und hierüber Bericht und Antrag zu stellen“ (Rogger, 1957, S. 42). Der Schlussbericht dieser Expertenkommission wurde drittens zur Vernehmlassung verschiedenen Wirtschafts- und Berufsverbänden wie zum Beispiel den Schweizerischen Maschinen- und Metallindustriellen oder dem Schweizerischen Zentralheizungsindustriellen unterbreitet. Diesem Schlussbericht sowie dem

²²⁰ Siehe 134.

²²¹ Kacheldiagramme eignen sich für die Darstellung hierarchischer Daten, um Muster erkenntlich zu machen (Schendera, 2015).

Vorhaben der Gründung eines Zentralschweizerischen Technikums Luzern wurde in diesem Vernehmlassungsprozess eindeutig zugestimmt. Ebenso stimmte der Grosse Rat, heute Kantonsrat, des Kantons Luzern diesem Vorhaben zu, sodass der Regierungsrat des Kantons Luzern in einem vierten Schritt am 2. Juli 1957 den Gründungsbeschluss unterzeichnen konnte. Damit fiel der Startschuss für die Umsetzung der Errichtung des Zentralschweizerischen Technikums, das am 14. Mai 1958 das Einweihungsfest feiern durfte.

Diese Zusammenfassung deutet auf eine hohe Zustimmung und wenig politische Konflikte hin, da der Prozess von der Motion über die Vernehmlassung und Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bis hin zur Eröffnung des ZTL nur rund acht Jahre dauerte, was für eine Gründung dieser Art wenig ist. Hierfür dient beispielsweise das Universitätsprojekt ‚Projekt 73‘ im Kanton Luzern, das 1962 lanciert und 1978 vom Stimmvolk abgelehnt wurde (Mattioli & Pfenninger, 2000). Der Blick auf das Argumentationsmuster verdeutlicht sowohl die einheitliche Meinung zwischen den Vertretern der Wirtschaft sowie dem Staat und zeigt auf, welche Konventionen im Einigungsprozess ‚Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern‘ im Vordergrund gestanden haben.

Gründe für die Zustimmung lassen sich aus den Resultaten der Vernehmlassung erschliessen: Das Bedürfnis nach der Errichtung einer ZTL wurde aufgrund der hohen Nachfrage belegt und erhielt dadurch Zustimmung seitens der Politik (Vertreter des Staates) und der Wirtschaft. Zudem begründete der Regierungsrat seinen Entscheid gestützt auf konkrete Antworten von Vertretern der Wirtschaft. Dies interpretiert die Verfasserin dieser Arbeit mit der Einigung zwischen den Initianten der ZTL und dem Staat.

Gleichzeitig tritt zutage, dass der Regierungsrat argumentativ seiner Linie treu bleibt. Damit meint die Verfasserin dieser Untersuchung Folgendes: Der Regierungsrat argumentiert für die Bedarfsabklärung exakt in der Art und Weise, wie er den Gründungsbeschluss politisch begründet. Dementsprechend kamen keine neuen Argumente dazu oder, anders formuliert, der Regierungsrat musste sein Argumentarium nicht anpassen, um politisch erfolgreich zu sein. Dies interpretiert die Verfasserin als einen politischen Prozess mit wenig Konfliktpotenzial und hoher Einigkeit zwischen der Wirtschaft, vertreten durch die Initianten des ZTL und dem Staat, vertreten durch den Regierungsrat.

Nach der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern setzten rasch die Expansion und Weiterentwicklung ein. Rund zehn Jahre nach der Eröffnung des ZTL an der Sentimatt in der Stadt Luzern ging erneut eine Motion beim Regierungsrat ein, die eine Verlegung und einen Neubau des ZTL forderte. Auch diese Motion wurde zügig geprüft, löste aber eine heftige Diskussion über den Standort des Neubaus ZTL aus. Zwei mögliche Areale kamen infrage: Horw und Littau. Schliesslich setzte sich der Standort Horw durch, wo im Jahr 1974 das neue Technikum eröffnet wurde.

Im Analyseprozess in Abschnitt 5.2.1 wurden die verwendeten Konventionen kursiv markiert. Diese ergeben ein gewisses Argumentationsmuster, das die Verfasserin nachfolgend

tabellarisch darstellt. Über das Argumentationsmuster kann sie schliesslich die Werthaltung der involvierten Akteure erschliessen und mögliche Auffälligkeiten im Gründungs- und Entwicklungsprozess des Zentralschweizerischen Technikums Luzern beschreiben.

Argumentationsmuster des Koordinationsprozesses Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern

Um den Koordinationsprozess bei der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern konventionentheoretisch zu analysieren, hat die Verfasserin die in den herangezogenen Quellen²²² aufgeführten Argumente der Akteure jeweils einer Konvention und deren Qualität zugewiesen und in einer Tabelle erfasst (siehe Anhang Tabelle 9 Seite 105). Diese Zuweisung war nicht immer eindeutig, weshalb die Verfasserin einzelne Argumente zwei verschiedenen Konventionen zugeordnet hat. Dies wird in Tabelle 9 nicht ausgewiesen, kann aber oben in der Prozessanalyse (siehe Abschnitt 5.2.1) nachvollzogen werden.²²³ Anschliessend an die Systematisierung hat die Verfasserin dieser Untersuchung die in den Argumenten verwendeten Konventionen in einem Kacheldiagramm²²⁴ visualisiert (Diagramm 17), um das Argumentationsmuster des Koordinationsprozesses bei der Gründung des ZTL zu verdeutlichen. Dadurch können die Werthaltungen der involvierten Akteure sichtbar gemacht werden.

In den Aushandlungsprozessen der Gründung des ZTL waren staatliche Akteure involviert wie der Regierungsrat des Kantons Luzern (Exekutive), der Grosse Rat des Kantons Luzern (Legislative), die Baukommission des ZTL und auch der Technikumsrat. Auf wirtschaftlicher Seite verhandelten der Schweizerische Technische Verband, Vertreter der Elektro-Installationsbranche und diverse Architekten (siehe Tabelle 10 und Tabelle 11).

Das Kacheldiagramm beruht auf einer quantitativen Auslegung der Qualitätskonventionen, die aus der Analyse des Koordinationsprozesses hervorgegangen sind, und stellt die Hierarchie der vorgekommenen Konventionentheorie dar. Die Darstellung basiert auf der Anzahl genannter Argumente der Akteure. Hier ist anzumerken, dass die Zahlenbasis klein ist, eine quantitative Auslegung zu Vergleichszwecken wird deshalb nicht angestrebt. Die Hierarchien der Argumentationen sind dennoch ersichtlich und kristallisieren sich in Argumentationsmustern heraus.

²²² Siehe Seite 134.

²²³ Siehe dazu auch Unterkapitel 3.2 ‚Économie des Conventions‘ ab Seite 67 f. und Unterkapitel 4.3 ‚Methodischer Umgang mit den Qualitätskonventionen‘.

²²⁴ Kacheldiagramme eignen sich für die Darstellung hierarchischer Daten, um Muster erkenntlich zu machen (Schendera, 2015).

Im Koordinationsprozess über die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums überwiegt die *Marktkonvention* (18 Mal). Halb so viele Male haben die Akteure mit der *industriellen Konvention* (9-mal) argumentiert und fast gleich häufig mit der *handwerklichen Konvention* (7-mal). Auffallend wenig erschienen die *Konvention der Bekanntheit* (1-mal) sowie die *staatsbürgerliche Konvention* (2-mal). Die anderen drei Konventionen – *ökologische Konvention*, *Netzwerkkonvention* und *Konvention der Inspiration* – liessen sich im Quellenmaterial nicht eruieren. Dieses Argumentationsmuster wird nachfolgend grafisch dargestellt (Diagramm 17).

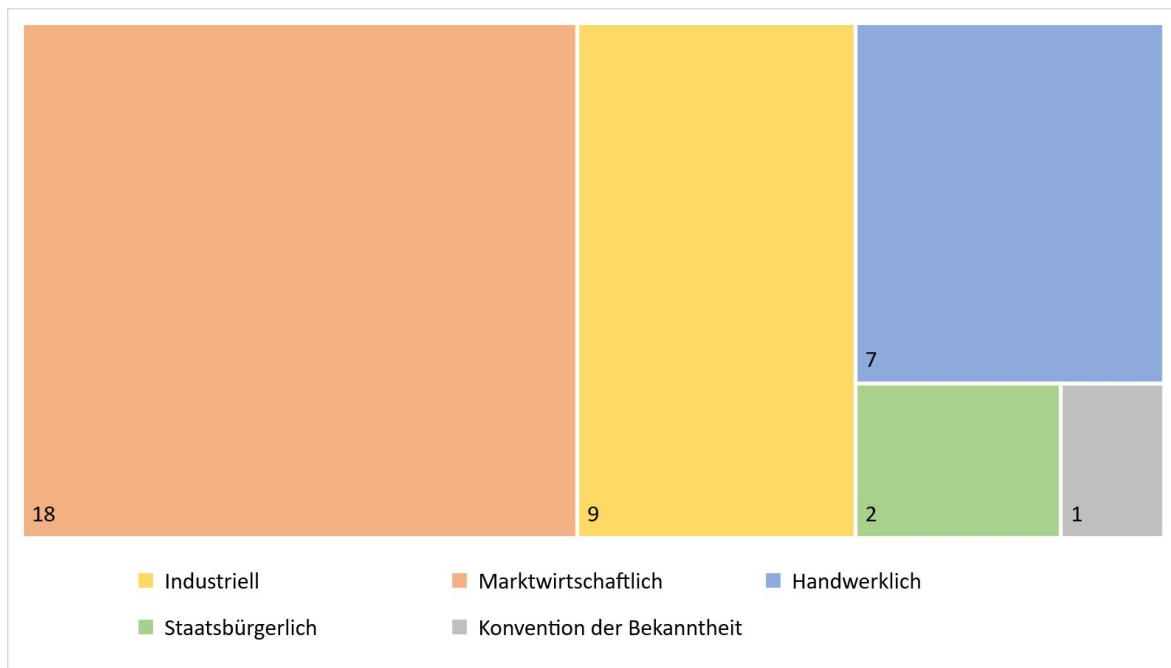


Diagramm 17: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster²²⁵) aller beteiligten Akteure im Gründungs- und Entwicklungsprozess des ZTL

Hier stellt sich insbesondere für die Ausrichtung der dualen Berufsbildung die Frage, ob sich Akteure des Staates und der Wirtschaft ähnlicher oder anderer Konventionen bedienen.²²⁶

²²⁵ Die Zahlen im Kacheldiagramm entsprechen der Anzahl Nennungen in den untersuchten Quellen.

²²⁶ Es ist zu erwähnen, dass der vorliegende Quellenkorpus auf staatlichen Archiven stammt, da die wirtschaftlichen Institutionen ihr Archivmaterial i. d. R. nach zehn Jahren vernichten. Darum können die Stimmen der wirtschaftlichen Akteure allein über Vernehmlassungen oder Zeitzeugeninterviews rekonstruiert werden. Dies ist auch der Grund, weshalb die staatlichen Akteure in den ausgewerteten Koordinationsprozessen stärker vertreten sind.

Der in untenstehender Darstellung (Diagramm 18) angestrebte Vergleich der Argumentationsmuster offenbart, dass im Gründungs- und Entwicklungsprozess des Zentralschweizerischen Technikums Luzern das marktwirtschaftliche Argument im Vordergrund stand.²²⁷ Aus konventionentheoretischer Sicht war der Koordinationsprozess insofern erfolgreich, als dass die beteiligten Akteure basierend auf der marktwirtschaftlichen Konvention eine Einigung erzielen konnten.

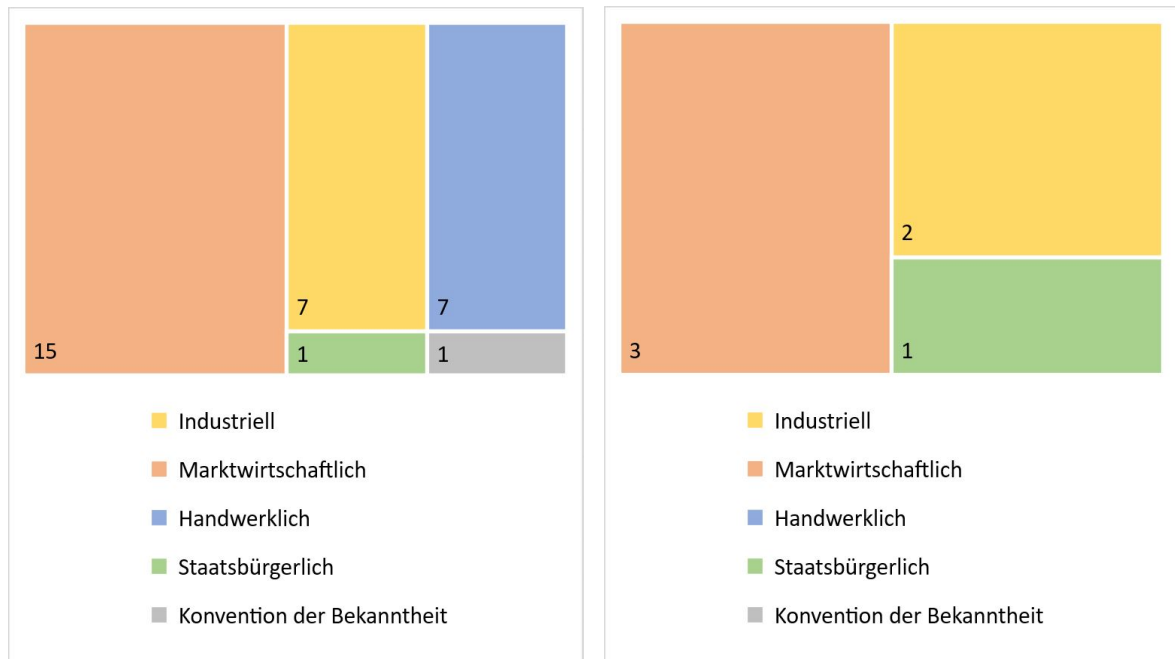


Diagramm 18: Argumentationsmuster bei der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen Akteuren (rechts)

Konkret bedeutet dies, dass das Technikum im Kanton Luzern deshalb erfolgreich gegründet werden konnte, da sich sowohl die Vertreter der Wirtschaft als auch des Staates einig waren, dass ein Bedarf für eine solche Ausbildungsstätte bestand. Die Vertreter der Wirtschaft waren aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs und technologischen Fortschritts auf mehr und höher qualifiziertes Personal angewiesen. Jene des Staates erkannten die Situation und stützten die Forderung der Wirtschaft aus volkswirtschaftlichen und bildungspolitischen Gründen.

²²⁷ Das Diagramm 18 entstand auf derselben methodischen Vorgehensweise wie das Diagramm 17 und basiert auf der tabellarischen Darstellung (siehe Anhang Tabelle 10 und Tabelle 11).

5.3 Die Gründung der ersten Berufsmittelschulen im Kanton Luzern

Um den Prozess ‚Einführung der Berufsmittelschule im Kanton Luzern‘ zu rekonstruieren und zu verstehen, werden in einem ersten Schritt in Abschnitt 5.3.1 ‚Situationsbeschreibung: *Gründung der Berufsmittelschule im Kanton Luzern*‘ kontextuell relevante Geschehnisse auf der Sekundarstufe II veranschaulicht. Diese sind für die nachfolgende Quellenanalyse von Bedeutung, da sie aus konventionentheoretischer Perspektive diejenigen Faktoren abbilden, wo die Verfasserin dieser Arbeit die Verunsicherung hinsichtlich des bestehenden Angebots der dualen Berufsbildung verordnet und Veränderungsanstösse sichtbar werden. In einem zweiten Schritt analysiert die Verfasserin im Abschnitt 5.3.2 den Gründungsprozess der ersten Berufsmittelschulen im Kanton Luzern. Dieser Analyse liegen zwei Fragen zugrunde: ‚*Wie* wurde innerhalb eines Verhandlungsprozesses argumentiert, und gestützt auf *welche* Konventionen ergaben Verhandlungsergebnisse neue Koordinationsprozesse?‘ Für diesen Klassifikationsprozess sowie dessen Analyse dienen die acht Qualitätskonventionen²²⁸ als Instrument. Dieser Schritt ist notwendig, um im dritten Schritt in Abschnitt 5.3.3 zusammenfassend darüber zu berichten, weshalb das Pilotprojekt ‚Berufsmittelschule‘ im Kanton Luzern zustande gekommen ist und welche Bedeutung die Gründung der Berufsmittelschule für die duale Berufsbildung im Fall Kanton Luzern besass. Bedeutete diese Entwicklung Ausbau, Differenzierung oder Konsolidierung der dualen Berufsbildung?

5.3.1 Situationsbeschreibung ‚Gründung der Berufsmittelschule im Kanton Luzern‘

Einführung der Diplom- und Berufsmittelschule in der Stadt Luzern

Die Diplommittelschule schliesst an das letzte obligatorische neunte Schuljahr an und dauert drei Jahre (10.–12. Schuljahr). Während dieser Zeit erlangen die Schüler/-innen „eine gründliche Allgemeinbildung, verbunden mit berufskundlichen Kenntnissen verschiedener Art“ (Egger, 1972, S. 39). Nach dem Absolvieren der Diplommittelschule berechtigt das Diplom „zum Übertritt an eine höhere Berufsschule technischer, wirtschaftlicher, naturwissenschaftlicher, verwaltungstechnischer, sozialer, pädagogischer, paramedizinischer oder musischer Natur“ (Egger, 1972, S. 39). Diese Definition zeigt, dass auch die Vertreter der Diplommittelschule gewillt waren, Jugendliche auszubilden, die anschliessend in die höhere Berufsbildung eintreten konnten, und dass tendenziell eine Orientierung an den Bildungszielen der dualen Berufsbildung stattfand. In der nachfolgenden Übersicht ist die Situation dargestellt.

²²⁸ Siehe dazu Tabelle 2 in Unterkapitel 3.2.

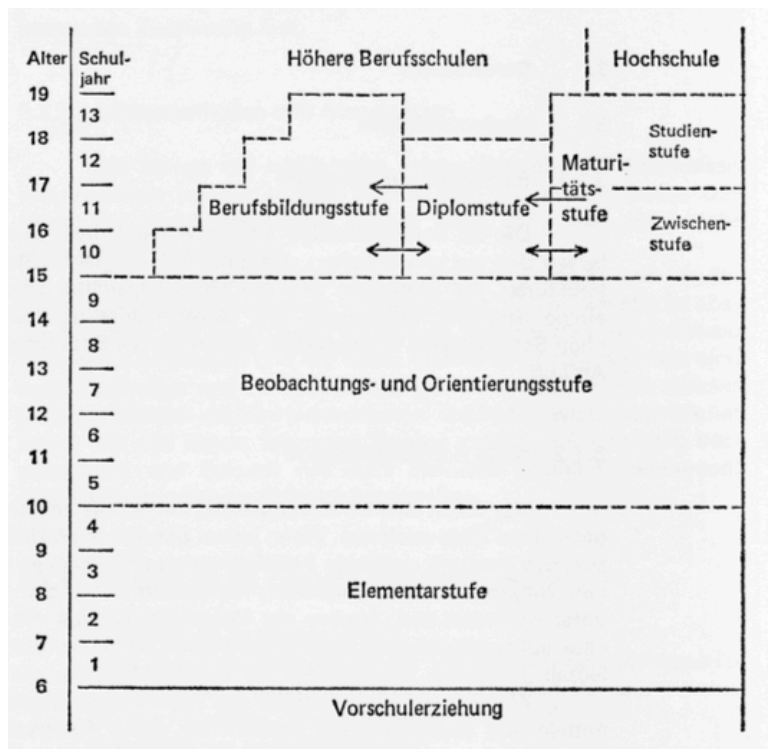


Abbildung 7: Schema des vorgeschlagenen Schulsystems (Egger, 1972, S. 22)

Die Idee der Einführung der Diplommittelschulen (Criblez, 2001; Döbert, Hörner, von Kopp et al., 2017) führte auf der Seite der höheren Berufsbildung zu Widerstand. Zum Beispiel war es den Direktoren der Technika Buchs und Winterthur ein grosses Anliegen, dass sie den Zugang zu ihren Schulen über die Berufsmittelschule steuern können. [Vorname unbekannt] Steinemann, Direktor des Neu-Technikums Buchs SG, begründete dies mit der Aufwertung der Berufslehre durch die Berufsmittelschule: „Diese Aufwertung der praktischen Berufsbildung darf unter keinen Umständen zunichte gemacht werden.“²²⁹ Bruno Widmer, Direktor des Technikums Winterthur, liesse den Zugang zum Technikum über die Diplommittelschule nur dann gelten, wenn „eine genügende praktische Ausbildung dazukäme, die im Minimum zwei Jahre dauern müsste. „Würde die praktische Ausbildung in einer schuleigenen Lehrwerkstätte erfolgen, ginge die so wichtige Industriepraxis verloren.“²³⁰

²²⁹ StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Stellungnahme zum Bericht der Expertenkommission der Erziehungskonferenz zum Studium der Mittelschule von morgen. Erziehungsdirektion des Kantons Zürich Abteilung Mittelschule und Lehrerbildung. [Vorname unbekannt] Steinemann, Direktor des Neu-Technikums Buchs SG, S. 4.

²³⁰ StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Stellungnahme zum Bericht der Expertenkommission der Erziehungskonferenz zum Studium der Mittelschule von morgen. Erziehungsdirektion des Kantons Zürich Abteilung Mittelschule und Lehrerbildung. [Vorname unbekannt] Widmer, Direktor des Technikums Winterthur, S. 4.

Parallel zu diesen Widerständen debattierte der Vorstand der Deutschschweizerischen Berufsbildungsämter-Konferenz (DBK) bereits über die Umgestaltung der Berufsbildung. Die Einführung eines Angebots wie der Berufsmittelschule versucht, der Allgemeinbildung mehr Gewicht zuzumessen und „begabten Schülern den Zugang zu höheren Berufsschulen [zu] erleichtern“²³¹ sowie „Grundlagen für eine vertiefte berufliche Weiterbildung und zum Aufstieg in Kaderstellung“²³² zu schaffen. Zu dieser staatsbürgerlich orientierten Haltung kam aber auch eine marktwirtschaftliche Orientierung hinzu, ausgelöst durch „die Reform der Maturitätsstufe“²³³, was eine Öffnung der Kantonsschulen bedeutete. Dies löste beim Vorstand der DBK Ängste vor einem Überschuss an Hochschulabsolventen und einem Mangel an praktisch qualifizierten Leuten aus. Gleichzeitig wurde durch diese Situation aber auch ein Konkurrenzdenken zwischen dem gymnasialen und beruflichen Bildungsweg ausgelöst, worauf auch die Unterabteilung für Berufsbildung im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit reagierte. Sie liess im Vorentwurf der Wegleitung für die Errichtung und die Organisation von Berufsmittelschulen in der Beschreibung der Ausgangslage sogar verlauten, dass die traditionelle Berufslehre aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Sicht mit der Entwicklung zu wenig Schritt gehalten habe. Dessen ungeachtet sei sie mit Image- beziehungsweise Prestigeproblemen gegenüber den Mittelschulen konfrontiert.

„Steht ein Sohn oder eine Tochter vor der Berufswahl, sollte der Entscheid zwischen Berufslehre (Arbeit) oder Mittelschule (Bildung) nicht derart ins Gewicht fallen, dass die Eltern im Zweifelsfall ihr Kind aus Prestige Gründen zu einem Studium veranlassen, dem es schliesslich doch nicht gewachsen ist.

Die Berufslehre war bisher allzu sehr auf das berufspraktische Nützlichkeitsdenken ausgerichtet. Der Förderung der Allgemeinbildung wurde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Berufslehre der Zukunft muss einen Bildungsauftrag einschliessen, der dem Anspruch des Jugendlichen auf Weiterführung der mit dem Abschluss der Volksschulpflicht erreichten Ausbildung entspricht. Sie hat ihn bis zur Volljährigkeit zu einer Leistungsfähigkeit zu führen, die den Weg für verschiedene Möglichkeiten der späteren individuellen Weiterentwicklung öffnet. Die Grundlagen für die Weiterbildungs- und Aufstiegschancen zu verbessern, ist insbesondere Aufgabe der Berufsschule. Die grosse Streuung der Begabungen bei den Lehrlingen verlangt jedoch ein differenziertes Schulsystem. Eine zweckmässige Massnahme hierfür ist die Errichtung von Berufsmittelschulen für die Förderung intellektuell begabter Lehrlinge. Aber auch für die Lehrlinge, welche eine Normallehre absolvieren oder solche, welche selbst diesen Anforde-

²³¹ StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Referat Max Henny. Mittelschule von morgen. 20. September 1973, Olten, S. 4.

²³² StALU. A 1572/878. Errichtung von Berufsmittelschulen II 1969–1979. Berufsschulinspektorat des Kantons Luzern. Projekt einer Berufsmittelschule für den Kanton Luzern. 15. August 1969, S. 1.

²³³ StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Stand Deutschschweizerische Berufsbildungskonferenz (DBK). 6.2.1. Bedeutung der Diplom- und der Berufsbildungsstufe, S. 40.

rungen nicht genügen, müssen den Leistungsmöglichkeiten besser angepasste Ausbildungslehrgänge geschaffen werden.“²³⁴

An diesen Aussagen ist zu erkennen, dass der Bund stark daran interessiert war, die duale Berufsbildung auszubauen und sie durchlässig zu gestalten, damit die Lernenden Anschlussmöglichkeiten über den Weg der Berufsbildung wahrnehmen können und dem Arbeitsmarkt dadurch erhalten bleiben. Einerseits schwingt hier ein stark marktwirtschaftliches Argument mit, indem der Bund aufzeigt, welche Nachfrage im Bereich der dualen Berufsbildung vorhanden ist. Gleichzeitig möchte der Bund den Lernenden aber auch eine individuelle Weiterentwicklung ermöglichen und demonstriert hierdurch sein staatsbürgerliches Interesse mit dem Argument der Partizipation.

Die Expertenkommission für ‚Mittelschule von morgen‘ versuchte zudem, ihr Schulmodell klarer zu definieren und zu zeigen, dass die Ziele und Organisation der Diplomstufe jenen der Maturitätsstufe näher liegen als jenen der Berufslehrstufe. Trotz dieses Abgrenzungsversuchs reagierten einzelnen Berufsschullehrpersonen unmittelbar mit der Gründung der Berufsmittelschule. Zum Beispiel hat Paul Sommerhalder 1969 in Aarau eine erste Berufsmittelschule eröffnet. Die Stadt Luzern folgte mit einer Berufsmittelschule als Pilotprojekt im Jahr 1971. Genauso war es die Stadt Luzern, die eine Diplommittelschule mit Fokus auf den paramedizinischen sowie sozialpädagogischen Bereich (Diplommittelschule der Stadt Luzern) und eine mit Fokus auf den Verwaltungsbereich (Zentralschweizerische Verkehrsschule Luzern) errichtet hat (Arbeitsgruppe Diplommittelschule, 1983, S. 101 ff. in: Huber, 2017, S. 128). Diese Darstellung lässt einen Zusammenhang zwischen der Diplommittelschule sowie der Berufsmittelschule aus drei Gründen vermuten. Erstens publizierte die Expertenkommission für die Ausarbeitung von Vorschlägen im „Schlussbericht über die Arbeiten der Eidgenössischen Expertenkommission für die Verbesserung der Berufslehre“ im April 1972, also knapp drei Jahre nach ihrer Gründung am 27. Juni 1969 (Grübel, 1972). Nur fünf Monate später, im August 1972, veröffentlichte auch die Expertenkommission zum Studium der Mittelschule von morgen ihren ihre Empfehlungen für die „Mittelschule von morgen“ (Egger, 1972). Diese zeitlichen Parallelitäten sind wohl kaum Zufall, sondern deuten auf eine parallel verlaufende Debatte sowie eine möglicherweise gegenseitige Beeinflussung hin. Zweitens stammte der Präsident der Kommission ‚Mittelschule von morgen‘, Fritz Egger, aus Luzern, wo sowohl die EDK als auch die DBK angesiedelt waren. Diese Situation erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Kommissionspräsident mit den Berufsschulinspektoren für den beruflichen Unterricht sowie mit

²³⁴ StALU. A 1572/878. Einrichtung von Berufsmittelschulen I 1969–1970. Vorentwurf. Wegleitung für die Errichtung und die Organisation von Berufsmittelschulen. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, 25. April 1969, Bern. S. 1.

Berufsschullehrpersonen über ihre jeweiligen Vorhaben ausgetauscht und dementsprechend Ziele formuliert hat. Drittens war es dem Präsidenten Fritz Egger ein offenkundiges Anliegen, „mit allem Nachdruck auf die Wichtigkeit des Gleichgewichtes zwischen den verschiedenen Bildungswegen – Berufsbildung, Diplomschule, Gymnasium – hinzuweisen“ (Egger, 1972, S. 12). Dies bestätigte Fritz Egger in der Funktion als Direktor der Schweizerischen Zentralstelle für die berufliche Weiterbildung der Mittelschullehrer in Luzern und Präsidenten der Expertenkommission ‚Mittelschule von morgen‘ mit einem Brief vom 26. Januar 1970 an den Schuldirektor Heinrich Meyer, Stadtpräsident und Vorsteher der Schuldirektion der Stadt Luzern. In diesem Brief weist Fritz Egger darauf hin, dass auch die Kantonale Erziehungsdirektion sowie die Expertenkommission ‚Mittelschule von morgen‘ sich dem Problem der Berufsmittelschule im Rahmen der Reform der schweizerischen Gymnasien angenommen haben. Hinzu formuliert er:

„Es scheint mir wichtig, dass sich auch auf diesem Gebiet eine enge Zusammenarbeit aller Interessierten einspielt, und ich erlaube mir, Sie zu bitten, mich über Ihre Projekte und Verwirklichungen zu informieren. Ich bin gern bereit, Sie oder den zuständigen Sachbearbeiter zwecks Aussprache zu treffen.“²³⁵

In diesem Brief signalisiert Fritz Egger seine Offenheit sowie den Willen zur Kooperation zwischen den Mittel- und Berufsschulen. Heinrich Meyer antwortete unverzüglich am 3. Februar auf diesen Brief und verwies darauf, dass sich das Erziehungsdepartement mit dem Problem der Berufsmittelschule befasse und nicht die Schuldirektion der Stadt Luzern. Dennoch informierte Heinrich Meyer Fritz Egger über den folgenden Stand:

„Soweit wir informiert sind, soll auf Herbst 1970 in Emmen für die Agglomeration Luzern eine Berufsmittelschule (gewerbliche Richtung) eröffnet werden. Ausserdem steht die Eröffnung einer „Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule Luzern (Träger: Staat Luzern. Organisation: Kaufmännischer Verein Luzern) auf Herbst 1970 in Aussicht.“²³⁶

Es fand mithin eine gegenseitige Information über den Stand der Berufsmittelschule statt. Für den Kommissionspräsidenten Fritz Egger war es auch später ein Anliegen, dass sich die drei genannten postobligatorischen Bildungswege (gymnasiale Mittelschule, Diplom-

²³⁵ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief ‚Berufsmittelschule‘. Von Fritz Egger, Direktor Weiterbildungszentrale an Heinrich Meyer, Stadtpräsident und Vorsteher der Schuldirektion der Stadt Luzern, 26. Januar 1970.

²³⁶ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief ‚Berufsmittelschule‘. Von Heinrich Meyer, Stadtpräsident und Vorsteher der Schuldirektion der Stadt Luzern an Fritz Egger, Direktor Weiterbildungszentrale, 3. Februar 1970.

und Berufsmittelschule sowie die duale Berufslehre) in einem Gleichgewicht befinden, da dies für die wirtschaftliche sowie für die gesellschaftliche Entwicklung bedeutsam sei. Ein Ungleichgewicht zugunsten der Maturitätsstufe könnte zu einem Überfluss an Hochschulabsolventen führen und dies wiederum zu einem Mangel an qualifizierten Personen in den anderen Sektoren (Egger, 1972). Dieses Anliegen wiederum deckt sich mit der Expertise auf nationaler Ebene und den Empfehlungen im Bericht Kneschaurek (Arbeitsgruppe Perspektivenstudien, 1971b).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Idee zur Gründung einer Diplomschule von den Berufsbildnern zwar begrüsst wurde, nicht aber im Falle einer Übertrittsmöglichkeit von einer Diplomschule in eine höhere technische Berufsschule. Dafür verteidigten die kantonalen Mitglieder der Deutschschweizerischen Berufsbildungskonferenz die Berufsmittelschule vehement für den Bereich der technischen Berufe. Man wollte weder eine Abwertung der technischen Berufsbildung noch einen Verlust der praktischen Erfahrungen für die Absolventen des Technikums riskieren. Aus diesem Grund beharrten die Direktoren der Technika auf dem Weg, der über die Berufsmittelschule ans Technikum führte. Paul Wirz, ehemaliger Dozent an der Höheren Technischen Lehranstalt in Luzern, konnte der Verfasserin dieses Vorgehen im Interview bestätigen. In Luzern wurde die Aufnahme der Studierenden bis 1986 konsequent über die Berufsmittelschule gesteuert (Interview mit Paul Wirz, 18. April 2016).

Entstehung und Definition der Berufsmittelschule in der Schweiz

Die Diskussion über die Errichtung von Berufsmittelschulen ist in der Schweiz im Jahr 1967 entfacht, wie der Blick Chrestas über die Landesgrenze hinaus zeigt. Er beruft sich auf Litt und sein 1957 erschienenes Werk ‚Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt‘, worin Litt vermerke, dass die moderne Arbeitswelt auf höher gebildete Arbeitskräfte angewiesen sei und in Deutschland die Bemühungen darum verstärkt werden müsse (Chresta, 1968).

„Das Postulat der Förderung von Begabten ist zu einem zeitgemässen Bildungsproblem geworden“ (Chresta, 1968, S. 7). In der dualen Berufsbildung bezog sich die Begabtenförderung auf die schulische Bildung. „Es geht um die Mobilisierung des eigenen kritischen Denkens, sowohl zur Befreiung der jungen Menschen aus den Massenmedien und der irrationalen Strömungen als auch zur Aktivierung einer gesunden Selbstkritik“ (Sommerhalder, 1970, S. 6 f.). Die Entwicklung hin zur ‚Éducation Permanente‘ mit dem Fokus auf die allgemeinbildenden Fächer ist begründet mit der schnellen technischen Entwicklung, die vermehrt Arbeitskräfte mit einer hohen Denk- und Wandlungsfähigkeit verlangt im Vergleich zu ausschliesslich spezialisierten Arbeiten (Sommerhalder, 1970).

Während die Diskussionen über die Begabtenförderung weitergeführt wurden, eröffnete Sommerhalder 1968 die erste Berufsmittelschule (BMS) in Aarau. Die Berufsmittelschule

ist ein Format mit erweiterter Allgemeinbildung innerhalb der dualen Berufsbildung und hat sich wie folgt definiert:

„Die BMS bezweckt die Vorbereitung geeigneter Lehrlinge auf die Ausbildung zum mittleren und höheren Kader oder zum Uebertritt in höhere Schulen durch Erweiterung und Vertiefung der Allgemeinbildung und der Berufskunde.“²³⁷ Sommerhalder definierte die Berufsmittelschule dementsprechend in einem Satz: „Begabtenförderung mit Anschlussmöglichkeit an das höhere Studium und mit besseren Querverbindungen zu anderen Bildungsrichtungen“ (Sommerhalder, 1970). In der nachfolgenden Definition wird dazu das Argument des Nachwuchsmangels aufgenommen. „Diese Schule soll mithelfen, dass Gewerbe und Industrie inskünftig über einen zahlenmässig genügenden Nachwuchs an qualifizierten Berufsleuten verfügen, [...] Aufgaben auf den verschiedenen Stufen des Kadern fachgerecht zu erfüllen oder einen eigenen Betrieb erfolgreich zu führen“ (Frey, 2013, S. 322; Lussy, 2013).

Für begabte Lernende stellte das Konzept der Berufsmittelschule eine echte Alternative zur gymnasialen Mittelschule dar. Dies hing einerseits mit dem Angebot der Berufsmittelschule zusammen. Schwerpunktartig lag das Angebot eindeutig bei den allgemeinbildenden Fächern. Darüber hinaus stellte sich die Frage, wer überhaupt Zugang zur Berufsmittelschule hatte beziehungsweise was unter begabten Lernenden in der Phase der ‚Bildungsexpansion‘ verstanden wurde.

„Der Begriff der Begabung ist schlussendlich fliessend. Teils wird er auf die Gesamtausstattung des Individuums bezogen, teils werden bestimmte Einzelleistungen darunter verstanden, z. B. der mathematisch, technisch, künstlerisch usw. Begabte. In den Schulen unterscheidet man etwa mathematisch, naturwissenschaftliche, sprachliche Begabungen, auch Begabungen für Singen, Schreiben, Zeichnen, Turnen, Sport, Handarbeit usw. Bei Berufsleuten spricht man von speziellen Berufsbegabungen. So gilt z. B. ein Bauarbeiter, der seine Ziegel schnell und ordentlich aneinanderzureihen vermag, bei seinen Kollegen als begabt, d.h. spezifisch für das Bauhandwerk begabt“ (Chresta, 1968, S. 13).

In dieser Definition wird die Begabtenförderung neben den schulischen Fähigkeiten auch mit der Berufsbegabung in Verbindung gebracht und gemäss Chresta in drei Richtungen differenziert (Chresta, 1968, S. 31):

²³⁷ StALU. A 1572/878. Einrichtung von Berufsmittelschulen I 1969–1970. Berufsmittelschule. Autor und Datum unbekannt, S. 1.

1. Entlastung der Berufsschule von den intelligentmässig nicht in diese Schule hineingehörenden Jugendlichen durch Schaffung der Anlehre als legalisierte Ausbildungsform und durch die Stufenlehre;
2. Förderung pädagogischer Neuerungen, wie vermehrte Bildung von Fähigkeitsklassen und Aufbau der Berufsmittelschule, die einerseits organisatorische Massnahmen und andererseits pädagogisch-methodische Aufbauarbeit bedingen;
3. Neues Durchdenken aller Weiterbildungsmöglichkeiten, wie Vermehrung der Freifächer (hauptsächlich in allgemeinbildender und musischer Richtung) und Neugestaltung der Technikumsvorbereitungskurse und der Technikums-Aufnahmeprüfung.

Begabtenförderung während der Lehrzeit bedeute also in keinem Falle Spezialisierung (Chresta, 1968), sondern sie deutet auf eine stufenorientierte Separierung der Lernenden und Verbreiterung des allgemeinbildenden Fächerangebots.

Mit der Berufsmittelschule hat der Bundesrat ein Angebot für begabte Lernende eingeführt, um „eine breitere, der beruflichen und persönlichen Entwicklung dienende Bildung“ in den Fächern wie Mathematik, Deutsch, Geschichte und einer Fremdsprache ergänzend „zum Pflichtunterricht an gewerblichen Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Kunstgewerbeschulen“ zu gewährleisten (Bundesrat, 1977, S. 686). Dieser Zugang zu mehr Bildung wurde möglich, indem wöchentlich zur ‚normalen‘ Berufsschule ein zweiter Schultag angeboten wurde. Der Abschluss der BMS ermöglichte ferner theoretisch²³⁸ den prüfungsfreien Zugang zu anspruchsvolleren Bildungsgängen an höheren Berufsschulen wie zum Beispiel der HTL. Dieses Angebot war sowohl eine bedeutende Antwort auf das langjährige Problem der Differenzierung zwischen der praktischen und theoretischen Berufsausbildung als auch ein relevanter Schritt zur Steigerung der Attraktivität der dualen Berufslehre.

1968 wurde in Aarau die erste Berufsmittelschule gegründet. Bis 1970 folgten Bern und die Werkschule Brown Boveri & Cie (heute ABB) in Baden.²³⁹ Bereits 1974 gab es in der Schweiz 24 solcher Schulen mit rund 4000 Lernenden (BIGA 1974). Diese hohe Zahl an Neugründungen von Berufsmittelschulen deutet auf einen grossen Bedarf und eine mehrheitliche Zustimmung auf politischer Ebene hin.

²³⁸ Lange Zeit hielten die Technika die Aufnahmeprüfung als Aufnahmekriterien aufrecht, obwohl dies über die BMS anders geregelt war. Der Grund dafür lag einerseits darin, dass die aufnehmenden Schulen bestimmen wollten, wer eintreten darf, und andererseits konnte dadurch die Anzahl Neueintretungen reguliert werden.

²³⁹ StALU. A 1572/878. Einrichtung von Berufsmittelschulen I 1969–1970. Brief des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Unterabteilung für Berufsbildung an die kantonalen Berufsbildungsämter. Berufsmittelschule. 9. Dezember 1969, Bern.

Das Projekt ‚Berufsmittelschule‘ wurde von einer Studienkommission erarbeitet. Sie bestand aus Vertretern der Lehrlingskonferenz, der Konferenz der Direktoren von Berufsschulen sowie Vertretern des Schweizerischen Verbandes für Gewerbeunterricht. Der Präsident dieser Studienkommission war Paul Sommerhalder. Die Vorarbeiten dieser Kommission wurden 1967 erstmals veröffentlicht und gliederten sich in sieben Punkte. Speziell der letzte Punkt ‚aktive Nachwuchspolitik über die Berufsmittelschule‘ ist im Zusammenhang mit dieser Arbeit von Belang. Die Argumente, die darin festgehalten sind, geben die Richtung vor, in die die Vertreter der Berufsmittelschulen die Berufsbildung durch die Berufsmittelschule weiterentwickeln wollten.

Chresta beispielsweise vertrat die Meinung des Bundesrats, die BMS erhöhe die Attraktivität der abgewerteten Berufslehre. Sie öffne den beruflichen Bildungsweg und schaffe eine echte Alternative zur theoretisch-wissenschaftlichen Laufbahn. Der Beginn einer Berufslehre bedeute für Eltern und Jugendliche dadurch nicht mehr den resignierten Verzicht auf eine ‚höhere Bildung‘. Die Berufslehre werde vielmehr zum vielversprechenden Ausgangspunkt für eine zielgerichtete Karriere, die bei Begabung, Fleiss und Charakterstärke ohne Klippen zur Höheren Technischen Lehranstalt und in Ausnahmefällen bei Spätberufenen zur Hochschule führe. Auch wer sich nicht zur weiteren Ausbildung entschliesse, erhalte in der BMS eine zeitgemäss vertiefte und erweiterte Bildung, die seine Kräfte aktiviere und die geistige Mobilität fördere (Chresta, 1968).

Die Eröffnung der Berufsmittelschule kann mit dieser Definition durchaus als Annäherung an den allgemeinbildenden Ausbildungsweg sowie als Öffnung der dualen Berufsbildung für begabte gedeutet werden. Mit der Berufsmittelschule war nicht nur ein grösseres Angebot an Allgemeinbildung abgedeckt, es wurde auch eine Brücke zu den Höheren Technischen Lehranstalten institutionalisiert und dadurch Pfade vorgespurt.

Am 27. Juni 1969 verfügte der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements die Gründung einer Expertenkommission für die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Verbesserung der Berufslehre. Das Ziel bestand darin, Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Berufslehre auszuarbeiten, damit sie eine echte Alternative zum Gymnasium wird (Grübel, 1972). Gleichzeitig erarbeitete das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit erste Entwürfe für die Wegleitung für die Errichtung und die Organisation von Berufsmittelschulen²⁴⁰ und deren Subventionierung durch den Bund (Bundesamt für Industrie Gewerbe und Arbeit (BIGA), 1970). Diese wurde am 26. Juni 1970 veröffentlicht und galt als Zeichen für die Ernsthaftigkeit und den Willen, auf nationaler Ebene die Be-

²⁴⁰ StALU. A 1572/878. Einrichtung von Berufsmittelschulen I 1969–1970. Vorentwurf. Wegleitung für die Errichtung und die Organisation von Berufsmittelschulen. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, 25. April 1969, Bern.

gabtenförderung im Bereich der Berufsbildung voranzutreiben.²⁴¹ Tilo Hässler hat die Entstehungsgeschichte der gewerblich-industriellen Berufsmittelschulen erforscht und die Lösungen auf die anfänglichen Probleme in den 1970er-Jahren in seiner Dissertation dargestellt. Unklar waren zu Beginn die inhaltlichen Anforderungen sowie eindeutige und messbare Zulassungsbedingungen für Berufsmittelschüler (Hässler, 1977). Die Vernehmlassung zur ersten Anpassung der Verordnung über die Berufsmittelschule begann 1982. Schwerpunktmässig standen die Zulassungsbedingungen, die Promotion und die Abschlussprüfung zur Diskussion.

Neben vielen anderen Aspekten regelte die Wegleitung für die Errichtung und die Organisation von Berufsmittelschulen erstens einmal das Angebot, das zur Vertiefung der beruflichen Ausbildung und zur Erweiterung der allgemeinen Bildung dienen soll und dieses ergänzend zum Pflichtunterricht zu betrachten sei (S. 1). Zweitens werden darin die Trägerschaft sowie das Einzugsgebiet definiert. „Die Berufsmittelschulen sind über Schulkreise und Schulorte organisiert, welche vom Kanton in Absprache mit dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit bestimmt werden“ (Bundesamt für Industrie Gewerbe und Arbeit, 1970, S. 1). Die Unterrichtsfächer gliedern sich in Kernfächer, die für alle Abteilungen verbindlich sind, abteilungsbezogene Fächer mit Besuchsverpflichtung und ergänzende Wahlfächer für alle Abteilungen. Zu den Kernfächern zählen die Muttersprache, eine erste Fremdsprache (Französisch, Deutsch, Italienisch oder Englisch) und Geschichte der neuesten Zeit. Bei diesem Fächerkanon kann die Affinität zur gymnasialen Mittelschule sowie der humanistische Ansatz hergestellt werden, dass die allgemeinbildenden Fächer schwerpunktmässig auf der Sprache sowie der Geschichte liegen.

Die Ausbildung dauert sechs Semester in der Regel zu 20 Wochen. Bei einer vierjährigen Lehre beginnt die/der Lernende im dritten Semester und bei einer dreijährigen Lehre im ersten Semester, damit die Berufsschule am Ende der Berufslehre abgeschlossen ist. Wäre sie bei einer vierjährigen Lehre früher abgeschlossen, wurden Motivationsprobleme für den Lehrabschluss antizipiert, was mit dieser Regelung vermieden werden sollte.

In der nachfolgenden Prozessanalyse ergründet die Verfasserin, wie der Stadtrat der Stadt Luzern und der Gemeinderat Emmen die Vorgaben der Umsetzung der Errichtung der Berufsmittelschulen begründeten. Dazu wird der Koordinationsprozess zwischen Bund, Kanton und Gemeinde aus konventionentheoretischer Sicht analysiert und die herausgeschälten Argumente systematisiert. Wurden durch die Gründung der Berufsmittelschule bewusst Karrierewege²⁴² innerhalb der dualen Berufsbildung eröffnet, um die Attraktivität der Be-

²⁴¹ Diese Wegleitung wird gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 der Gesetzesrevision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung vom 20. September 1963 sowie Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung vom 30. März 1965.

²⁴² Zum Beispiel haben im Jahr 1954 in der Gewerbeschule der Stadt Luzern 2430 Berufsschüler/-innen den Unterricht besucht. Im Vergleich dazu waren es in den übrigen Berufsschulen (Emmen, Reiden, Sursee,

rufslehre zu steigern und gegenüber den Gymnasien und Diplommittelschulen konkurrenzfähig zu bleiben? Oder waren es vermehrt staatsbürgerliche Argumente, die die Einführung der BMS vorantrieben? Mit nachfolgender Quellenanalyse wird versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden.

5.3.2 Prozessanalyse: Gründung der Berufsmittelschulen in der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen

Aus dem im ersten Teil dieses Abschnitts erläuterten historischen Kontext folgt hier die konventionentheoretische Prozessanalyse,²⁴³ die auf Quellen beruht, die primär aus Sitzungsprotokollen, Briefen, Anträgen und Beschlüssen aus dem Erziehungsdepartement des Kantons Luzern sowie den Gemeinden Emmen und der Stadt Luzern bestehen. Die Gemeinde Stadt Luzern ist repräsentativ für den Kanton Luzern, da dort so viele Schüler/-innen die Berufsschule besuchen wie im gesamten Kanton Luzern zusammen.²⁴⁴ Doch als zweite Berufsmittelschule nach der Eröffnung der BMS in der Stadt Luzern am 21. September 1971 wurde im Schuljahr 1974/75 auch in der Gemeinde Emmen eine Berufsschule für Maschinenmechaniker eröffnet. Dieser Bildungsort ist nicht zufällig gewählt. Der Industriesektor des Kantons Luzern entwickelte sich im Agglomerationsgürtel Kriens, Littau und Emmenbrücke am stärksten durch die dort angesiedelte Textil-, Maschinen- und Eisenindustrie von der Viscosuisse über von Moos bis hin zur Aufzüge- und Elektromotorenfabrik Schindler Cie. & AG, Bell Maschinenfabrik AG²⁴⁵ und weiteren industriellen Betrieben. Diese waren auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Gleichzeitig profitierten die Gewerbeschulen ebenfalls von den umliegenden Unternehmen. Die Anzahl Schüler/-innen wuchs mit dem industriellen Wachstum stetig an und zwang die Berufsschulen zum Ausbau. Ebenfalls profitierten die Berufsschullehrpersonen davon, denn sie unterrichteten nebenamtlich und waren gleichzeitig in der umliegenden Industrie in der Funktion als Arbeitskraft tätig.

Willisau, Wolhusen, St. Georg Knutwil, Hochdorf) zusammen 828. Im Jahr 1969 war das Verhältnis 3887 zu 1119 und 1978 ebenfalls 4691 zu 1879 (StALU. J.a 25 Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979). Siehe dazu Diagramm 10 in Unterkapitel 5.1.

²⁴³ Die Vorgehensweise der Analyse ist in der Einleitung von Abschnitt 5.1.2 erläutert.

²⁴⁴ Zu dieser Zeit haben im Kanton Luzern an den folgenden Standorten weitere gewerbliche Berufsschulen bestanden: Hochdorf, Reiden, Sursee, Willisau und Wolhusen [SAR. M009-479. Schuldirektion der Stadt Luzern. Bericht des Erziehungsdepartements zu einem Beschluss des Regierungsrats über die Organisation des beruflichen Unterrichts. Datum unbekannt, vermutlich aber 1946 (Anm. K. B.)].

²⁴⁵ Die Bell Maschinenfabrik AG war damals in Kriens und Rozloch stationiert und hatte ab dem Jahr 1958 ihre Versuchsanlage für hydraulische Maschinen zu Forschungszwecken dem Zentralschweizerischen Technikum Luzern zur Verfügung gestellt (Gelpke, 1958).

Für diese Untersuchung wird der Versuch unternommen, möglichst nahe an den Quellen zu arbeiten. Dafür ist es sinnvoll, zwei Fallbeispiele heranzuziehen: die Gewerbeschule Stadt Luzern und Emmen. Diese beiden Fälle haben sich so ergeben, da die archivalische Suche zum Stichwort ‚Berufsmittelschule‘ diese zwei Fallbeispiele ergeben hat. Im Nachhinein wurde zudem klar, weshalb sich der Fundus auf diese zwei Gemeinden Stadt Luzern und Emmen beschränkt hat. Diese beiden Berufsmittelschulen waren die einzigen im Kanton Luzern. Hätte es weitere gegeben, wären diese spätestens in der Prozessanalyse aus dem nachfolgenden Grund zum Vorschein gekommen. Die Berufsmittelschule wurde von 1971 bis 1986 vom Kanton Luzern beziehungsweise vom kantonalen Berufsschulinspektorat getragen. Wären im untersuchten Zeitraum weitere Berufsmittelschulen eröffnet worden, hätte die Koordination über das kantonale Berufsschulinspektorat stattgefunden, und die Rekonstruktion der Korrespondenz hätte Anzeichen auf weitere Standorte von Berufsmittelschulen hingedeutet. Dies war aber nicht der Fall, weshalb es bei den Standorten Emmen und Luzern blieb.

Aus der Analyse des Quellenmaterials aus dem Stadtarchiv Luzern und dem Gemeindearchiv Emmen ergaben sich schliesslich drei Entwicklungsstränge der dualen Berufsbildung: Ausbau, Differenzierung und Konsolidierung. Ursprünglich war die inhaltliche Darstellung der Entwicklung der dualen Berufsbildung entlang dieser drei Entwicklungsstränge gedacht. Diese Darstellung konnte indes nicht gehalten werden, da dies nicht dem historischen Handwerk und dem hermeneutischen Anspruch für die Quellenauswertung entsprochen hätte. Die Lösung für dieses Problem liegt in der Darstellung entlang der Fallbeispiele.

Die primäre Wahl der Fallbeispiele liegt auf der Gemeindeebene. Aus heutiger Perspektive könnte der Schluss gezogen werden, dass es ausreichen würde, für die Entwicklung der dualen Berufsbildung ausschliesslich die kantonale Ebene – das heisst die Diskussionen im Kantonsrat sowie in den dazugehörigen Kommissionen – zu untersuchen. In den Jahren von 1954 bis 1984 war aber die Zuteilung der Kompetenzen in der dualen Berufsbildung noch nicht abschliessend reglementiert und die Konsolidierungsphase zwischen der Gemeinde- und Kantonsebene noch im Gang. Aus diesem Grund wird am Beispiel der Gemeinde Emmen die bildungspolitische und expansive Entwicklung der Berufsschulen Stadt Luzern und Emmen untersucht. Wenn die Frage beantwortet werden soll, ob sich Berufsschulen im Kanton Luzern vergrössert haben, ist auch die Lehrlingsämter-Konferenz (LäK) und später Deutschschweizerische Berufsbildungsämter Konferenz (DBK) nicht der richtige Akteur.²⁴⁶ Denn auch dieser Akteur ist als interkantonales Koordinationsorgan auf der kantonalen Ebene anzusiedeln.

²⁴⁶ Die kantonalen Vertreter der Lehrlingsämter haben sich regelmässig zu Vorstandssitzungen in Zürich getroffen. Die inhaltlich besprochenen Themen dieser Sitzungen wurden protokolliert und systematisch im

Das Ziel besteht darin, über die Analyse der Koordinationsprozesse hinsichtlich der Berufsmittelschulen Informationen über die Beweggründe für die Veränderung der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern zu erhalten. Die Argumente werden extrahiert und anhand der acht Qualitätskonventionen systematisiert. Die leitende Frage dafür lautet: Mit welchen politischen Argumenten und Werthaltungen wurde in der Gemeinde Emmen und Stadt Luzern die Berufsmittelschule eingeführt und deren Prozesse neu koordiniert? Sie ist notwendig, um die Forschungsfrage zu beantworten, wie die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 stattgefunden hat und wie sie bildungspolitisch begründet wurde.

Historisch rekonstruierter Koordinationsprozess ‚Errichtung der Berufsmittelschule‘ auf kommunaler Ebene, Fallbeispiel Stadt Luzern

Am 9. Januar 1970 schreibt der Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern, Hans Frei, einen Brief an die Lehrkräfte für allgemeinbildende Fächer der mechanisch-technischen Berufsgruppen und fordert sie darin auf, das Anmeldeformular zusammen mit dem Merkblatt ‚Was bietet die Berufsmittelschule BMS‘ interessierten Berufsschülern aus den folgenden Berufen auszuteilen, damit sich diese vorerst noch unverbindlich beim Berufsschulinspektorat anmelden können (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Partizipation*):²⁴⁷

- Automechaniker I,
- Elektromonteur I,
- Elektroniker I,
- Mechaniker I (inkl. Maschinenschlosser, Werkzeugmacher),
- Maschinenzeichner I (inkl. Elektro-, Stahlbau- und Metallbauzeichner),
- Hochbauzeichner I,
- Tiefbauzeichner I,
- Eisenbetonzeichner I,
- Heizungs- u. Lüftungszeichner I,
- Optiker I,
- Radioelektriker I.

Staatsarchiv Luzern abgelegt. Diese Protokolle sind mit Schreibmaschine verfasst, gut leserlich und für die Öffentlichkeit zugänglich, da die Schutzfrist abgelaufen ist.

²⁴⁷ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief an die Lehrkräfte für allgemeinbildende Fächer der mechanisch-technischen Berufsgruppen. Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern.

Diese Liste ist gleichwohl nicht abschliessend, und die Anmeldungen sollen auch an andere verwandte Berufe abgegeben werden.

Im angehängten Merkblatt wird dann festgehalten, dass die Eröffnung der Berufsmittelschule ‚Technischer Zug‘ voraussichtlich für den Herbst 1970 in Emmen geplant ist, sofern genügend Beteiligung zustande kommt (*industrielle Konvention, Argument der Effizienz*). Zu einem späteren Zeitpunkt sollen zwei weitere Typen hinzukommen: allgemeiner und kunstgewerblich-gestalterischer Zug. Eine Begründung für den Start nur mit einem Typ fehlt in diesem Schreiben. Vermutlich wird der Bedarf in diesem Bereich am höchsten eingeschätzt, oder Vertreter der Industrie und des Gewerbes haben eine solche Klasse vehement gefordert. Dies sind aber lediglich Mutmassungen, denn Belege zu dieser Situation fehlen in den Archivunterlagen.

Es werden strebsame Lehrtöchter und Lehrlinge angeworben unter der Voraussetzung, dass sie die obligatorische Berufsschule besuchen, einen guten Führungsbericht der Lehrfirma und der Berufsschule besitzen sowie die Aufnahmeprüfung in den Fächern Rechnen, Algebra und Geometrie (schriftlich), Deutsch (Aufsatz und Diktat), Französisch (Diktat und Übersetzung) bestanden haben (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Partizipation*). Das heisst, es muss eine ausreichende Durchschnittsnote vorliegen, und in keinem Fach darf eine Note unter 3 vorliegen (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*). Als Ziel definiert das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern:

- „Allgemeine Grundlage für eine vertiefte berufliche Weiterbildung und zum Aufstieg in Kaderstellung.
- Umfassende Vorbereitung auf das Studium an einer höheren technischen Lehranstalt“²⁴⁸.

Dieser Brief ging an die allgemeinbildenden Lehrkräfte, noch bevor der Grosse Stadtrat am 12. Januar 1970 über die Interpellation Tognoni – die Einführung einer Berufsmittelschule – diskutierte. Die öffentliche Presse vom 26. Januar 1970 berichtete über diese Diskussion und zitierte den Schuldirektor Heinrich Meyer, der über die Diskussionen im Grossen Stadtrat Folgendes ausführte:

„Besonders intensiv ist die Diskussion um die Begabtenförderung durch Schaffung einer Berufsmittelschule. Einerseits soll vermehrt darnach getrachtet werden, Begabtenklassen zu schaffen, andererseits bestehen in vorgeschrittenen Stadium Pläne, die zwei bis fünf Prozent besonders begabten Lehrlinge und Lehrtöchter in beruflichen und allgemeinbildenden Haupt-

²⁴⁸ SAR. M009-486. Schuldirektion. Merkblatt. Was bietet die Berufsmittelschule BMS. Erziehungsdepartement des Kantons Luzern.

und Wahlfächern in einer regionalen Berufsmittelschule zusätzlich auszubilden. An dieser Schule soll die Grundlage für das künftige mittlere und höhere Kader geschaffen werden.“²⁴⁹

Mit diesen *staatsbürgerlichen (Argument der Partizipation)* und *marktwirtschaftlichen Argumenten (Argument der Nachfrage)* wurde dem Willen und dem Bedürfnis nach einer Berufsmittelschule Ausdruck verliehen.

Fast zeitgleich engagierten sich das kantonale Berufsschulinspektorat und der Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern für die Gründung einer Berufsmittelschule. Sie arbeiteten ein Konzept für den Fall Stadt Luzern aus. Angelehnt an das ‚Aarauer Modell‘, formulierten sie Ziele für eine erste BMS-Klasse im Herbst 1970 (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Partizipation; industrielle Konvention, Argument der Qualitätssicherung*). Bei der Konzipierung gab es eine Unklarheit bezüglich des Standortes. Ursprünglich war für die erste Berufsmittelschule der Standort Emmen vorgesehen, denn dort lag der Schwerpunkt der Industrie, die vermutlich die meisten Berufsmittelschüler/-innen stellen würde (*industrielle Konvention, Argument der Effizienz und Funktionalität*). Als zweiter Ausweichstandort war die Stadt Luzern geplant, falls es verkehrstechnisch oder der Rekrutierung der Lehrpersonen wegen ungünstig sei, die BMS in Emmen zu eröffnen. Die Stadt Luzern stand aber vor einem grossen Raumproblem, das 1970 noch nicht gelöst war.

Diese Diskussion zeigt, dass die Schulbehörden stark daran interessiert waren, die Berufsbildung weiterzuentwickeln, und möglichst günstige Lösungen in Betracht zogen. Dies erzeugte Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit und sendete kooperative Signale gegenüber denjenigen Unternehmen, die Lernende in ihren Betrieben ausbildeten.²⁵⁰

Eröffnung der ersten Berufsmittelschule in der Stadt Luzern

Die nachfolgenden Quellen belegen, dass die erste Berufsmittelschule in der Stadt Luzern im Jahr 1971 mit einer Klasse von 25 Lehrlingen eröffnet wurde.

Am 29. Juni 1971 bedankt sich der Berufsschulinspektor des Kantons Luzern, Walter Ackermann, mit einem Brief an die Schuldirektion der Stadt Luzern für die unentgeltlich zur Verfügung gestellten Schullokale für die BMS-Versuchsklasse während zwei vollen Tagen pro Woche (*industrielle Konvention, Argument des Rechnungswesens*). Walter

²⁴⁹ SAR. M009-486. Autor unbekannt. Neue Möglichkeiten der Lehrlingsausbildung. Kommt schon bald eine Berufsmittelschule für den gewerblich-industriellen Nachwuchs in der Region Luzern? Luzerner Neueste Nachrichten, Nr. 20. 26. Januar 1970.

²⁵⁰ SAR. M009-486. Autor unbekannt. Neue Möglichkeiten der Lehrlingsausbildung. Kommt schon bald eine Berufsmittelschule für den gewerblichen-industriellen Nachwuchs in die Region Luzern? Luzerner Neueste Nachrichten, Nr. 20, 26. Januar 1970.

Ackermann dankt auch im Namen der strebsamen jungen Leute, die die Ausbildung im Rahmen dieser BMS-Versuchsklasse ausweiten und vertiefen wollen²⁵¹ (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Partizipation*).

In diesem Brief wird ferner geklärt, welche Aufwände der Kanton Luzern und welche die Gemeinde Stadt Luzern übernehmen müssen. Die Stadt Luzern habe keine zusätzlichen Leistungen für diese BMS-Versuchsklasse zu erbringen, da der Kanton die Betriebskosten übernehme (*industrielle Konvention, Argument des Rechnungswesens*).

„Die BMS-Versuchsklasse getragen vom Kanton und der Stadt Luzern kann somit die Grundlage werden für eine zusätzliche Bildungsmöglichkeit im Rahmen der Berufsausbildung. Damit kann sicher ein wesentlicher Beitrag zur Hebung der Attraktivität der handwerklich-industriellen Berufslehre geleistet werden“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*).²⁵²

Am 1. Juli 1971 versendet der Rektor F. Frei der Gewerbeschule der Stadt Luzern, Kriensschulhaus, eine Einladung an die angemeldeten Berufsmittelschüler/-innen. Darin informiert er die Angemeldeten über den Beginn der ersten BMS-Versuchsklasse im Kanton Luzern und legt den Stundenplan bei, der ab dem 2. September 1971 gilt. Die beiden Schultage für diese Versuchsklasse fanden am Donnerstag von sieben bis 18 Uhr und am Freitag von acht bis 19 Uhr statt. Die Einschreibgebühr beläuft sich auf 20.- Franken, und es müsse mit Auslagen für Schulbücher in der Höhe von 100.- Franken gerechnet werden.²⁵³ Mit der Eröffnung dieser BMS-Versuchsklasse werden die Expansion und Systemdifferenzierung innerhalb der dualen Berufsbildung bestätigt sowie durch die Klärung der Zuständigkeiten konsolidiert.

In der Analyse des Prozesses der Errichtung der ersten Berufsmittelschule im Kanton Luzern zeigt sich wenig Widerstand. Dies lässt sich beispielsweise an der zeitlich rasch verlaufenden Korrespondenz zwischen dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA), dem Erziehungsdepartement des Kantons Luzern sowie den betroffenen Berufsschulen in der Gemeinde Emmen und der Stadt Luzern belegen. Werden dabei die Katego-

²⁵¹ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschule und Gewerbeschule der Stadt Luzern. Der Berufsschulinspektor des Berufsschulinspektorats des Kantons Luzern, Walter Ackermann, schreibt die Schuldirektion der Stadt Luzern an, Luzern, 29. Juni 1971.

²⁵² SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschule und Gewerbeschule der Stadt Luzern. Der Berufsschulinspektor des Berufsschulinspektorats des Kantons Luzern, Walter Ackermann, schreibt die Schuldirektion der Stadt Luzern an, Luzern, 29. Juni 1971.

²⁵³ SAR. M009-486. Schuldirektion. Standardbrief. Berufsmittelschule in Luzern. Gewerbeschule der Stadt Luzern Hans Frei an die Berufsmittelschüler/-innen. Luzern, 1. Juli 1971.

rien der ‚Bildungsexpansion‘ betrachtet, liegt der Fokus stark auf der Expansion sowie der Systemdifferenzierung über das staatsbürgerliche, marktwirtschaftliche sowie industrielle Argument begründet.

Diese Entwicklung auf der kantonalen und kommunalen Ebene deckt sich mit den Anliegen, die gleichzeitig auf der Bundesebene innerhalb des BIGA diskutiert wurden. Am 7. September 1971 veröffentlichte die Zeitung ‚Luzerner Neueste Nachrichten‘ einen Artikel mit dem Titel ‚Gewerbe-Berufe im Wandel. Mehr Subventionen für Berufsschulbauten‘²⁵⁴.

Dieser Artikel deutete auf drei verschiedene Ausbauvorhaben innerhalb der dualen Berufsbildung hin. Erstens sollen die Subvention erhöht beziehungsweise die Zwei-Millionen-Franken-Limite für Einzelobjekte des Bundes für Neu- und Erweiterungsbauten aufgelöst und die Beitragsprozesse besser organisiert sowie über standardisierte Bau- und Budgetpläne professionalisiert werden (*industrielle Konvention, Argument des Rechnungswesens*). Dazu sind sowohl eine Reorganisation als auch eine Konsolidierung der Antragsprozesse notwendig. Zweitens wird der Ausbau des beruflichen Unterrichts von einem Tag auf 1,5 Tage und drittens die Gründung eines Schweizerischen Instituts für Berufsbildung, an dem Gewerbelehrpersonen und Ausbilder/-innen der Praxis ausgebildet werden, gefordert. Ferner sollen diesem Institut einerseits eine Lehrmittelzentrale sowie eine Dokumentationsstelle und andererseits ein Institut für Berufsbildungsforschung, um den Bedarf innerhalb der dualen Berufsbildung abzuklären, angegliedert werden.²⁵⁵ Alle diese Forderungen deuten auf eine ‚Bildungsexpansion‘ auf nationaler Ebene hin, bei der politisch versucht und gefordert wird, den institutionellen Rahmen auf der staatlichen Seite der Berufsbildung auszuweiten.²⁵⁶ Tatsächlich hat der Bundesrat auf diese Forderung mit einem Informationsschreiben reagiert.

²⁵⁴ SAR. M009-486. Schuldirektion. Zeitungsartikel. Autor unbekannt. Gewerbe-Berufe im Wandel. Mehr Subventionen für Berufsschulbauten. Luzerner Neueste Nachrichten, 7. September 1971.

²⁵⁵ SAR. M009-486. Schuldirektion. Zeitungsartikel. Autor unbekannt. Gewerbe-Berufe im Wandel. Mehr Subventionen für Berufsschulbauten. Luzerner Neueste Nachrichten, 7. September 1971.

²⁵⁶ Das Schweizerische Institut für Berufspädagogik (SIBP) – heute nennt es sich Eidgenössische Hochschuleinstitut für Berufsbildung (EHB) – wurde noch im selben Jahr 1971 eröffnet; von Beginn an wurden Berufsschullehrpersonen aus- sowie Auszubildende für die Praxis weitergebildet. 1974 wurde in Aarau SKBF die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) gegründet, wo die Berufsbildungsforschung angegliedert war und bis heute ist (<http://www.skbf-csre.ch/de/portraet/>, aufgerufen am 4. Dezember 2017). Das erste grosse Forschungsprojekt im Rahmen des NFP-10-Projekts aus dem nationalen Forschungsprogramm heraus trug den Titel ‚Bildung und das Wirken in Gesellschaft und Beruf‘. Dieses startete 1978 und endete 1986. In diesem Forschungsprojekt standen die Fragen und Probleme von nationaler Bedeutung aus dem Bereich Berufsbildung im Zentrum (Grossenbacher & Oggenfuss, 2015).

Der Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Alois Grübel²⁵⁷, gelangt mit einem Informationsschreiben an die für die Subventionierung von Berufsschulbauten und Lehrlingsheimen zuständigen kantonalen Departements. Er thematisiert darin die erweiterten Subventionsvorhaben des Bundesrats für Neu- und Erweiterungsbauten von Berufsschulen und Lehrlingsheimen und zeigt in diesem Kreisschreiben deutlich auf, dass für die Bauten neuer Berufsschulen genügend Platz und Räume eingerechnet werden sollen, da die Entwicklung der dualen Berufsbildung auf zahlreiche expansive Faktoren hindeutet, was innerhalb der ‚Bildungsexpansion‘ für die Kategorie Expansion spricht. Gleichzeitig verweist Grübel in diesem Informationsschreiben auf die Koordinationsprozesse, die für das Einreichen eines Antrags vonnöten sind. Die Konsolidierung der Koordinationsprozesse ist im Moment der Unsicherheit relevant, um die Übersicht zu behalten und Transparenz für die Legitimation der Bundessubventionen zu schaffen. Grübel strebt mit dieser Weisung ein übersichtliches und rationelles Verfahren an. Dabei argumentiert er marktwirtschaftlich sowie industriell, indem er darauf hinweist, dass er Fehlplanungen unbedingt vermeiden und zur Bedürfnisfrage über neue Berufsschulen und deren Organisation des Unterrichts Stellung beziehen will. Ferner deutet Grübel eindeutig auf eine expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung hin:

„Wir bitten Sie ferner, der Raumreserve gebührend Beachtung zu schenken. In den letzten Jahren hat sich öfters ergeben, dass neue Schulen schon nach kurzer Zeit nicht mehr alle Schüler aufnehmen konnten, sodass zu unzweckmässigen oder kostspieligen Improvisationen gegriffen werden musste. In den nächsten Jahren ist mit einer Ausdehnung des Unterrichts zu rechnen. Der dritte Schulhalbtage wird sukzessive eingeführt werden.“²⁵⁸

Der Direktor deutet noch weitere expansive Vorhaben im Bereich der Berufsbildung an. Er möchte weitere Berufsmittelschulen errichten, die Gelegenheiten zu mehr Wahlpflichtfächern vermehren und die Einführungskurse zeitlich erweitern. Inwiefern diese Prozesse verlaufen sind, und wie darin argumentiert wurde, ist nicht Teil dieser Untersuchung, die sich auf das Fallbeispiel des Kantons Luzern fokussiert.

²⁵⁷ SAR. M009-486. Schuldirektion. Kreisschreiben. Neu- und Erweiterungsbauten von Berufsschulen und Lehrlingsheimen. Der Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Alois Grübel, schreibt an die Subventionierung von Berufsschulbauten und Lehrlingsheimen zuständigen kantonalen Departementen. Bern, 17. September 1971, S. 2.

²⁵⁸ SAR. M009-486. Schuldirektion. Kreisschreiben. Neu- und Erweiterungsbauten von Berufsschulen und Lehrlingsheimen. Der Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Alois Grübel, schreibt an die Subventionierung von Berufsschulbauten und Lehrlingsheimen zuständigen kantonalen Departementen. Bern, 17. September 1971, S. 2.

Belege über den Erfolg und allfällige Schwierigkeiten bei der Errichtung der Berufsmittelschule in der Stadt Luzern fehlen im Archiv gänzlich. Entweder wurden diese Dokumente nicht abgelegt oder dem Archiv nicht übergeben. Die Dokumentation setzte erst mit der Diskussion über die Eröffnung einer zweiten Berufsmittelschule im Jahr 1974 in der Gemeinde Emmen wieder ein.

Konkretisierung der Gründung der Berufsmittelschule auf kommunaler Ebene: Fallbeispiel Gemeinde Emmen

Dass die Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen ein ausgebauten Angebot für Lehrlinge benötigt, wurde vom Vorsteher Wegelin, dem Präsidenten der Aufsichtskommission der gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, bereits im Jahr 1966 schriftlich mitgeteilt.²⁵⁹ Doch erst mit der Diskussion über die Einführung der Berufsmittelschule auf Bundesebene im Jahr 1969²⁶⁰ und dem Regierungsratsbeschluss vom 23. August 1971 (Nr. 3415) „Versuchsweise Führung von Berufsmittelschulklassen während fünf Jahren“²⁶¹ im Kanton Luzern wurde die Errichtung einer Institution auf kommunaler Ebene konkret. Das Quellenmaterial aus dem Gemeindearchiv Emmen aus den Jahren 1974 bis 1984 liefert dafür Hinweise.

Am 29. April 1974 gelangt der Gemeindeammann von Emmen per Brief an den Gemeinderat Emmen und bittet diesen um Zustimmung zur folgenden Organisation. „Mit Beginn Schuljahr 1974/75 soll für Maschinenmechaniker eine Klasse Berufsmittelschule eingeführt werden.“²⁶² Diesem Brief legt er die Aktennotiz ‚Berufsmittelschule‘ bei. Darin wird der gegenwärtige Status der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern kurz skizziert: „Vollmodell in Luzern, nur alte Mechanikerberufe (im 2., 3. und 4. abgetrennt von der Gewerbeschule); während 2 Tagen/Woche.“²⁶³ Hinzu wird der Wunsch des BIGA, des Berufs-

²⁵⁹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Vorsteher Theophil. Wegelin. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 27. Juli 1966.

²⁶⁰ StALU. A 1572/878. Einrichtung von Berufsmittelschulen I 1969–1970. Brief des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Unterabteilung für Berufsbildung an die kantonalen Berufsbildungsämter. Berufsmittelschule. 9. Dezember 1969, Bern.

²⁶¹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Regierungsratsbeschluss. Das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Berufsmittelschule; Errichtung einer BMS-Klasse für Maschinenmechaniker an der Gewerbeschule Emmen. Luzern, 5. Juni 1974.

²⁶² GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Gemeindeammann. Gewerbliche Berufsschule. 29. April 1974.

²⁶³ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Aktennotiz vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

schulinspektorats des Kantons Luzern sowie des Rektorats der Gewerblichen Berufsschule Emmen geäußert, unverzüglich eine Berufsmittelschule im berufsbegleitenden Modell einzuführen. Dabei wurde *staatsbürgerlich (Argument der Partizipation)* und *marktwirtschaftlich (Argument der Wettbewerbsfähigkeit)* argumentiert:

„Berufsbegleitendes Modell

Für Maschinenmechaniker, -zeichner etc. (im 2., 3. und 4. Lehrjahr während zusätzlich 1 Tag/pro Woche) zum normalen Gewerbeschulunterricht) Schulort in Emmen. Wegen Reklamationen vonseiten Firmen und Eltern sollte es als Fortsetzung für den ab letztem Jahr neu in Ausbildung stehenden Maschinenmechaniker sofort eingeführt werden.²⁶⁴

Für die Berufsmittelschullehrpersonen würde sich der Aufwand jährlich auf 320 Stunden/Klasse mehr belaufen (Expansion durch Ausbau der Stundentafel), und die Besoldung wäre gleich wie bei den Gewerbelehrpersonen (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Fairness*). Mit dem Budgetvoranschlag für das Schuljahr 1974/75 könne dies aufgefangen werden. Organisatorisch bestünden vor allem stundenplantechnisch und bezüglich der räumlichen Voraussetzungen für die Berufsmittelschullehrpersonen noch Schwierigkeiten, die aber lösbar seien (*industrielle Konvention, Argument der Planung*).

Aus den stundenplan- und lehrplantechnischen Gründen wird die Einführung des ‚berufsbegleitenden Modells‘ gefordert (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität*). Denn durch das Vollmodell ‚Berufsmittelschule‘ seien in der Stadt Ungerechtigkeiten in den Weiterbildungschancen entstanden²⁶⁵ (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Chancengleichheit und Fairness*).

Eröffnung der ersten Berufsmittelschule in der Gemeinde Emmen

Dem Rektor der Gewerblichen Berufsschule Emmen, Max Burri, war es ein Anliegen, dass Einigkeit für die Einführung der Berufsmittelschule in Emmen über alle Ebenen vom BIGA über das Berufsschulinspektorat des Kantons Luzern sowie die Schulverwaltung der Gemeinde Emmen bestand. Dies drückte er mit der *staatsbürgerlichen Konvention* aus, indem er das *Argument der Partizipation* anführte:

²⁶⁴ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Aktennotiz vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

²⁶⁵ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

„Nach Rücksprache mit dem BIGA und auf Initiative des Berufsinspektorates des Kantons Luzern hin wurde deshalb die Gewerbliche Berufsschule Emmen, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Schulverwaltung, kurzfristig beauftragt, die Berufsmittelschule als berufsschulbegleitendes Modell (im 2., 3. und 4. Lehrjahr zusätzlich 1 Tag/Woche zum normalen Gewerbeschulunterricht) ab Herbst 1974 für die Maschinenmechaniker einzuführen.“²⁶⁶

Das Anliegen wird zudem gestützt mit einer ‚Umfrage betreffend Berufsmittelschule für Maschinenmechaniker‘, die der Rektor der Gewerbeschule Emmen, Max Burri, durchgeführt hat. Er hat mit fünf grossen und umliegenden Industriefirmen am 29. April 1974 per Telefon Kontakt (*Konvention der Bekanntheit, Argument der Menge der Anerkennenden und der Reputation; staatsbürgerliche Konvention, Argument der kollektiven Anliegen*): Herr Reutemann, Vizedirektor, verantwortlich für das gesamte Lehrlingswesen, Herrn Augsburger, Chef der betrieblichen Lehrlingsausbildung, Herrn Arnold, Präsident der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen, Hans Hug, Inhaber Elektromaschinen und Präsident des Mechanikermeisterverbandes des Kantons Luzern, und Herrn Villiger, Chef der Lehrlingsausbildung Viscosuisse, Emmenbrücke. Alle Befragten waren geschlossen für die Einführung der Berufsmittelschule an der Gewerbeschule in Emmen. Die Umfrage deutet auch hier auf eine kooperative Zusammenarbeit zwischen der Industrie und der staatlich geleiteten Berufsschule Emmen. In der dualen Berufsbildung ist kein anderer Weg denkbar, denn sowohl das Gewerbe und die Industrie als auch die staatliche Seite sind aufeinander angewiesen, wenn das Modell der dualen Berufsbildung funktionieren soll.

Die Argumente für den Ausbau des Angebots der Gewerbeschule Emmen waren seitens der Industrie marktwirtschaftlich, staatsbürgerlich, industriell und handwerklich begründet:²⁶⁷ Herr Reutemann: „Um mit der Zeit zu gehen und um sich die Chancen in der Lehrlingserwerbung nicht verbauen will, muss man die BMS befürworten“ (*marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*).

Herr Arnold: „Herr Arnold nimmt allerdings Anstoss daran, dass man Emmen für die organisatorische Vorbereitung zur Einführung dieses neuen Schultypus nicht länger Zeit lässt“ (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität und marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit*).

Hans Hug: „Das Gewerbe würde seine Glaubwürdigkeit und Chancen verlieren, wenn es sich einem Ausbau der Weiterbildungschancen unserer Lehrlinge entgegenstellen würde“

²⁶⁶ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

²⁶⁷ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Umfrage vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 30. April 1974.

(*handwerkliche Konvention, Argument des Vertrauens und der Reputation*). Hans Hug äussert sich gegenüber der BMS indes auch kritisch: „Nach aussen sagt man ja zur BMS, innerlich ist man nicht so begeistert davon.“ Vermutlich zeigt dies, dass die handwerkliche Konvention beziehungsweise die Glaubwürdigkeit nach aussen für Hans Hug weit relevanter war als seine persönliche Meinung. Dies deutet auf die *industrielle* Konvention hin, denn im Betrieb fehlen die Lehrlinge der BMS während zwei Arbeitstagen und nicht wie alle anderen Lernenden nur einen Tag. Diese Lücke muss in den Lehrbetrieben mit anderen Arbeitskräften geschlossen werden, was mit Aufwand verbunden ist. Umso interessanter ist es, dass trotz der kritischen Stimme eine eindeutige Einigung für die Einführung der Berufsmittelschule zustande kommt.

Der Gemeinderat von Emmen stimmt am 1. Mai 1974 der Errichtung der Berufsmittelschule in Emmen zu und „bewilligt die Einführung einer Klasse Berufsmittelschule für Maschinenmechaniker am Beginn des Schuljahres 1974/75“²⁶⁸. Der Gemeinderat argumentiert bei dieser Zustimmung mit der *staatsbürgerlichen* Konvention und deutet auf einen weiteren Ausbau der Berufsmittelschule in naher Zukunft hin: „Die Zulassung zur BMS für sämtliche an der Gewerbeschule Emmen unterrichteten Berufe ist vorgesehen und soll spätestens nach Erstellung der Gewerbeschulhaus-Neubaus realisiert werden.“²⁶⁹

Nur kurze Zeit später, am 22. Mai 1974, stellt das kantonale Berufsschulinspektorat, gestützt auf den Antrag der Aufsichtskommission der Berufsmittelschule, das Gesuch an das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern:

„1. Die BMS-Klasse für die Berufe Elektromechaniker, Mechaniker, Feinmechaniker, Werkzeugmacher und Maschinenschlosser sei nach dem bisherigen Vollmodell an der Gewerbeschule Luzern weiterzuführen (*industrielle Konvention, Argument der Funktionalität und handwerkliche Konvention, Argument der Vertrautheit*).

2. Eine BMS-Klasse für den Beruf des Maschinenmechanikers sei neu an der Gewerbeschule Emmen zu errichten. Diese Klasse kann in den berufsbezogenen Fächern zusammen mit der in Emmen schon bestehenden Maschinenmechanikerklasse unterrichtet werden. Es müssen somit nur die zusätzlichen Fächer der BMS geführt werden“ (*staatsbürgerliche Konvention, Argu-*

²⁶⁸ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Der Gemeinderat von Emmen. Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll vom 1. Mai 1974, Nr. 314. Gemeindekanzlei Emmen, 1. Mai 1974.

²⁶⁹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Der Gemeinderat von Emmen. Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll vom 1. Mai 1974, Nr. 314. Gemeindekanzlei Emmen, 1. Mai 1974.

*ment der Partizipation, marktwirtschaftliche Konvention, Argument der Wettbewerbsfähigkeit, industrielle Konvention, Argument der Funktionalität).*²⁷⁰

Dieses Gesuch stellt das Berufsschulinspektorat Kanton Luzern zusammen mit der Aufsichtskommission BMS, da die BMS Sache des Kantons ist. Aus diesem Grund koordiniert das Berufsschulinspektorat den Gegenstand ‚Berufsmittelschule‘ mit dem Regierungsrat des Erziehungsdepartements, mit dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit sowie mit dem Gemeinderat Emmen und seiner Aufsichtskommission der Gewerbeschule Emmen.

Im Antrag argumentiert das Berufsschulinspektorat mit der *industriellen* Konvention, denn die finanzielle Belastung für die Gemeinde Emmen ist ein entscheidender Aspekt, der für oder gegen die Einführung der Berufsmittelschule spricht. Und die Aufteilung des Budgets über die drei Ebenen Bund, Kanton und Gemeinde ist entscheidend für die Einführung der Berufsmittelschule:

„Für das Jahr 1974 werden sich die finanziellen Aufwendungen auf ungefähr auf Fr. 4000. – [für die Gemeinde Emmen, Anm. K. B.] belaufen. Das BIGA beteiligt sich mit 49 % an den subventionsberechtigten Kosten. Für 1974 wäre somit ein Nachtragskredit (Rubrik 27.46.903) von ca. Fr. 2000. – erforderlich. Für die weiteren Jahre sind die Kredite im Sinne des RRB [Regierungsrats-Beschlusses, Anm. K. B.] vom 23.8.1971 über das Budget zu beschliessen“ (*industrielle Konvention, Argument des Rechnungswesens und der Kostenneutralität für die Gemeinde Emmen*).²⁷¹

Zur finanziellen Belastung für die Gemeinde Emmen verwendet das Berufsschulinspektorat die *marktwirtschaftliche* (*Argument der Nachfrageorientierung*), *industrielle* (*Argument der Funktionalität*) sowie die *staatsbürgerliche Konvention* (*Argument der Partizipation*) und macht transparent, dass sowohl die Aufsichtskommission der Berufsmittelschule als auch die Gewerbeschule Emmen mit dem Antrag einverstanden sind: „Um den zahlreichen Interessenten dieses sehr anspruchsvollen Berufes den Besuch der BMS zu ermöglichen, beantragt die Aufsichtskommission der BMS [die Einführung der Berufsmittelschule an der Gewerbeschule Emmen] einstimmig“ und „Die Schulleitung der Gewerbeschule Em-

²⁷⁰ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Kopie Brief Berufsschulinspektor des Kantons Luzern an Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Gesuch Berufsmittelschule. Luzern, 22. Mai 1974, S. 2.

²⁷¹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Kopie Brief Berufsschulinspektor des Kantons Luzern an Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Gesuch Berufsmittelschule. Luzern, 22. Mai 1974, S. 2.

men ist mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden. Ein formeller Beschluss wäre nach der Beschlussfassung des Regierungsrats beim Gemeinderat Emmen zu erwirken.“²⁷²

Zudem verdeutlicht das kantonale Berufsschulinspektorat seinen Qualitätsanspruch mit der *industriellen Konvention*: „Die Anforderungen weichen wesentlich von denen der übrigen spanabhebenden Berufe ab. Aus diesem Grund bewilligt das BIGA die gemeinsame Führung der BMS-Klasse Maschinenmechaniker und der andern BMS-Klassen im Vollmodell nicht.“²⁷³

Aus der konventionentheoretischen Perspektive möchte die Gewerbeschule Emmen aus marktwirtschaftlichen, staatsbürgerlichen und industriellen Gründen das berufsbegleitende Berufsmittelschule-Modell einführen. Aus der Governance-Perspektive stellt sich hier allerdings die Frage, inwiefern die Gewerbeschule Emmen tatsächlich den Handlungsspielraum hat, die Berufsmittelschule nicht einzuführen. Sie müsste sich mit diesem Entscheid nämlich gegen den Gemeinderat, das kantonale Berufsschulinspektorat sowie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit stellen. Politisch wäre hierzu eine überzeugende und vielseitige Begründung erforderlich, um sich erfolgreich gegen alle diese politischen Ebenen zu stellen.

Einigung auf kantonaler sowie kommunaler Ebene für die Errichtung der Berufsmittelschule

In einem zeitlich kurzen Abstand zum Prozess auf der kommunalen Ebene schreibt das kantonale Berufsschulinspektorat am 22. Mai 1974 die Gemeinde Emmen an und legt dem Brief die Kopie des Antrags zur Einführung der Berufsmittelschule an den Regierungsrat des Erziehungsdepartements bei. Das kantonale Berufsschulinspektorat bittet mit diesem Schreiben die Gemeinde Emmen als Schulträger der Gewerbeschule Emmen, die Eröffnung einer BMS-Klasse zu ermöglichen, und bedankt sich für die stetige Bestrebung zur Verbesserung der Berufsbildung im Kanton Luzern.²⁷⁴

Daraufhin tagte der Gemeinderat Emmen am 29. Mai 1974 und stimmt dem Antrag zu, Schulträger der Berufsmittelschule Emmen zu werden. Damit ermöglicht er die Eröffnung

²⁷² GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Kopie Brief Berufsschulinspektor des Kantons Luzern an Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Gesuch Berufsmittelschule. Luzern, 22. Mai 1974, S. 2.

²⁷³ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Kopie Brief Berufsschulinspektor des Kantons Luzern an Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Gesuch Berufsmittelschule. Luzern, 22. Mai 1974, S. 2.

²⁷⁴ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief des kantonalen Berufsschulinspektors an den Gemeinderat Emmen. BMS. Luzern, 22. Mai 1974.

der Berufsmittelschulklasse an der Gewerbeschule Emmen in dem Wissen darum, dass für die Gemeinde Emmen keine wesentlichen Kosten²⁷⁵ erwachsen werden.²⁷⁶ Der Gemeinderat argumentiert darin somit *staatsbürgerlich mit dem Argument der Partizipation*, da die Berufsmittelschule als Teilmodell an der Gewerbeschule Emmen eingeführt wird. Dies erhöht die Chancengleichheit für die Weiterbildung begabter Lernender, was ein kollektives Anliegen der Industrie war (vgl. hierzu die Aussage von Herrn Reutemann als Vizedirektor und Verantwortlicher für das gesamte Lehrlingswesen der Firma von Moos Stahl AG, in dieser Arbeit auf Seite 173). Gleichzeitig wird mit dem Argument der Kostenneutralität auch auf die *industrielle Konvention* hingewiesen. Die kostenneutrale Einführung der BMS ist möglich, da während der Pilotphase der Kanton Luzern Schulträger ist und der Bund rund 50 % der Kosten übernimmt. Für die Gemeinde Emmen erwachsen dadurch keine wesentlichen Kosten.

Die diskutierten Inhalte sowie die Argumentationen hinsichtlich der Einführung der Berufsmittelschule an der Gewerbeschule Emmen deuten auf eine Einigung hin. Dies wird im Quellenmaterial wiederkehrend erwähnt und transparent gemacht: „Ich benützte die Gelegenheit, Ihnen für das Verständnis, das Gemeinderat, Aufsichtskommission und Rektorat der Gewerbeschule Emmen den Bestrebungen zur Verbesserung der Berufsbildung immer wieder entgegenbringen, bestens zu danken“ (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Partizipation*).²⁷⁷

Konsolidierung der Einführung der Berufsmittelschule in der Gemeinde Emmen

Am 5. Juni 1974 beschloss das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern beziehungsweise der Regierungsrat Walter Gut die Errichtung einer BMS-Klasse für Maschinenmechaniker an der Gewerbeschule Emmen und bat die Gemeinde Emmen um Genehmigung. In einem ersten Teil informierte der Regierungsrat über den laufenden Prozess ‚Versuchsweise Führung von Berufsmittelschulklassen‘ sowie über die Klassenbestände. Im zweiten Teil begründete er inhaltlich in fünf Schritten den Beschluss sowie die Koordinationsprozesse für die Einführung der Berufsmittelschule.

²⁷⁵ Unter ‚keine wesentlichen Kosten‘ ist zu verstehen, dass für die Berufsschulen keine weiteren Kosten entstehen ausser den Kosten des Schulmaterials wie Hefte, Zeichenpapier (SAR. M009-486. Schuldirektion. Standardbrief. Berufsmittelschule in Luzern. Gewerbeschule der Stadt Luzern Hans Frei an die Berufsmittelschüler/-innen. Luzern, 1. Juli 1971), die von den Berufsmittelschulen kostenlos an die Berufsmittelschüler/-innen abgegeben werden.

²⁷⁶ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll vom 29. Mai 1974, Nr. 374. Gemeindekanzlei Emmen.

²⁷⁷ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief des kantonalen Berufsschulinspektors an den Gemeinderat Emmen. BMS. Luzern, 22. Mai 1974.

Den Sachverhalt ‚Errichtung einer BMS-Klasse für Maschinenmechaniker an der Gewerbeschule Emmen‘ breitete der Regierungsrat mithilfe von Zahlen (*industrielle Konvention, Argument der messbaren wissenschaftlichen Daten*) über die Situation der Berufsmittelschule der Stadt Luzern aus:²⁷⁸ 1. Kurs (2. Lehrjahr) 17 Absolventen, 2. Kurs (3. Lehrjahr) 22 Absolventen; 3. Kurs (4. Lehrjahr) 19 Absolventen.

Für den 1. Kurs 1974/75 lagen 34 Anmeldungen vor. Sie verteilten sich auf folgende Berufe: Elektromechaniker 3 Anmeldungen; Mechaniker 7 Anmeldungen; Feinmechaniker 3 Anmeldungen; Maschinenschlosser 1 Anmeldung; Werkzeugmacher 2 Anmeldungen; Maschinenmechaniker 18 Anmeldungen.

Mit den oben aufgeführten Zahlen verwendete der Regierungsrat harte Fakten zur Begründung seiner Anliegen und kombinierte diese mit dem Anspruch auf Qualitätssicherung (*industrielle Konvention*). Zudem machte er sich für die Werthaltung der Fairness stark, begründete also mit der *staatsbürgerlichen Konvention*.

Gemäss der Konventionentheorie lag mit dieser Veränderung eine typische unsichere Situation vor, für die nun eine Lösung gefunden werden musste. Die Aufsichtskommission der BMS beantragte für die Lösung eine Differenzierung der Berufsmittelschulklassen. Sie schlugen einerseits vor, das Vollmodell an der Gewerbeschule Luzern weiterzuführen und andererseits eine BMS-Klasse für den Beruf des Maschinenmechanikers neu an der Gewerbeschule Emmen zu errichten. Diese Klassen sollten in den berufsbezogenen Fächern zusammen mit der in Emmen bereits bestehende Maschinenmechaniker-Klasse unterrichtet werden. Es müssten folglich nur die zusätzlichen Fächer der BMS geführt werden.²⁷⁹

„Beim Maschinenmechaniker handelt es sich um einen neuen Beruf, dessen Normallehrplan vom BIGA im Januar 1973 erlassen wurde. Die Anforderungen für diesen Beruf weichen wesentlich von denen für die übrigen spanabhebenden Berufe ab. Aus diesem Grund kann das BIGA einer gemeinsamen Führung der BMS-Klasse für Maschinenmechaniker und die übrigen spanabhebenden Berufe nicht zustimmen.“²⁸⁰

Hiermit bediente sich der Regierungsrat sowohl der *handwerklichen Konvention (Argument des Vertrauens)*, indem er die Gewerbeschule in der Stadt Luzern so weiterführen

²⁷⁸ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Beschluss. Das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Der Regierungsrat Walter Gut. Luzern, 5. Juni 1974.

²⁷⁹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Beschluss. Das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Der Regierungsrat Walter Gut. Luzern, 5. Juni 1974.

²⁸⁰ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Beschluss. Das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Der Regierungsrat Walter Gut. Luzern, 5. Juni 1974.

wollte wie bis anhin. Gleichzeitig differenzierte er, begründet mit der *industriellen Konvention (Argument der Effizienz)*, das Angebot der Berufsmittelschule in Emmen.

Noch am selben Tag, am 5. Juni 1974, formulierte Justin Hinnen, der kantonale Berufsschulinspektor des Kantons Luzern, im Auftrag des Erziehungsdepartements den Antrag für die Eröffnung einer BMS-Klasse an der Gewerbeschule Emmen im Schuljahr 1974/75 an den Gemeinderat Emmen. Der Antrag wurde gestützt auf den vorangegangenen Informationsbrief vom 22. Mai 1974 sowie die Antwort vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit vom 27. Mai 1974 (*Konvention der Bekanntheit, Argument der Prominenz und staatsbürgerliche Konvention, Offizielle Information über das BIGA*). In dieser Antwort drückte das BIGA seine Freude über die erfolgreich eingeführten Berufsmittelschulen in der Schweiz aus und unterstützte die Erweiterung der BMS in der Gemeinde Emmen.

„Wenn dieses zusätzliche Bildungsangebot an der Gewerbeschule Luzern einzig an die Mechanikerklassen gerichtet werden konnte, so ist der nun verstärkt auftretende Wunsch, auch andere Lehrberufe mit einzubeziehen, sehr wohl verständlich“ (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Chancengleichheit*).²⁸¹

Begründet mit dieser Befürwortung der expansiven Entwicklung der dualen Berufsbildung, unterstützte das BIGA auch die Eröffnung einer Klasse an der Berufsschule Emmen und sicherte damit die Bundesbeiträge im Rahmen der gesetzlichen Bestimmung (*staatsbürgerliche Konvention, Argument der Berücksichtigung von Rechten*).

Im Antrag für die Eröffnung einer BMS-Klasse wurde zudem noch einmal auf die kantonale Trägerschaft der Berufsmittelschule verwiesen. Dies war für die Gemeinde Emmen insofern relevant, als dass hierdurch für die Gemeinde keine Kosten für die Besoldung der Lehrerschaft entstanden. Diese Kosten würden vollständig vom Bund und Kanton übernommen, und die Berufsschule Emmen hätte lediglich für die Unterrichtsräume sowie das allgemeine Verbrauchsmaterial aufzukommen (*industrielle Konvention, Argument der Effizienz, des Rechnungswesens und der Kostenneutralität*).²⁸²

Das nachfolgende Zitat aus dem oben genannten Antrag für die Eröffnung der BMS-Klasse warf die Frage auf, inwiefern die Gemeinde Emmen tatsächlich darüber entscheiden konnte, ob diese Berufsmittelschule eingeführt würde oder nicht.

²⁸¹ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit am 27. Mai 1974, in: Antrag per Brief an den Gemeinderat Emmen. Das Berufsschulinspektorat Kantons Luzern. Der Berufsschulinspektor des Kantons Luzern Justin Hinnen, 5. Juni 1974, S. 1.

²⁸² GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Antrag per Brief an den Gemeinderat Emmen. Das Berufsschulinspektorat Kantons Luzern. Der Berufsschulinspektor des Kantons Luzern Justin Hinnen, 5. Juni 1974.

„Da im Kanton Luzern nur an der Gewerbeschule Emmen Maschinenmechaniker ausgebildet werden und damit nur an Ihrer Schule die Einführung dieser Klasse in Frage kommt, sind wir Ihnen für eine wohlwollende Erledigung unseres Antrags sehr dankbar.“²⁸³

Dieses Zitat deutet darauf hin, dass die Trägerschaft der Berufsmittelschule über die Gemeinde Emmen entschieden hatte und allein noch den formalen Entscheid ersuchte. Um diese Vermutung zu stützen, finden sich an dieser Stelle indes keine weiteren Belege.

In der darauffolgenden Woche, am 12. Juni 1974, entschied der Gemeinderat Emmen,

„dass der versuchsweise Führung der Berufsmittelschule für Maschinenmechaniker an der Gewerbeschule Emmen unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Gemeinderat von Emmen im Sinne des Antrages der Aufsichtskommission der Berufsmittelschule zugestimmt wurde“²⁸⁴.

Hiermit konsolidierte der Gemeinderat Emmen den Ausbau und die Differenzierung der dualen Berufsbildung in der Gemeinde Emmen und begründete seine Zustimmung mit dem *Argument der Effizienz* beziehungsweise *Kostenneutralität*. Denn die Besoldung der Lehrerschaft wird vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung berufliche Bildung, und dem Kanton Luzern übernommen.

Diese Prozessanalyse veranschaulicht, dass der Regierungsrat des Kantons Luzern auf die Gemeinde Emmen zuing und sie um die Einführung der BMS bat. Dies könnte daraufhin deuten, dass die Gemeinde Emmen keine grosse Wahl zur Einführung der BMS hatte. Gestützt auch auf die Tatsache, dass der Kanton Luzern damals Träger der BMS war, hatte die Gemeinde Emmen kaum Instrumente zur Hand, um sich gegen solche Entscheidungen zu stellen.

Mit weiteren Belegen über Geschehnisse neben der expansiven Entwicklung der dualen Berufsbildung in der Gemeinde Emmen kann diese Vermutung wiederum relativiert werden. Ein Blick hin zu anderen Entwicklungen innerhalb der Bildung zeigt, dass die Gemeinde Emmen durchaus Interesse am Ausbau der bildungsspezifischen Infrastruktur hatte und sich diesbezüglich fortschrittlich zeigte. Sie stellte beispielsweise 1971 den Antrag für den Bau des Primarschulhauses Rüeggisingen, wofür der Gemeinderat einen Kredit von

²⁸³ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Antrag per Brief an den Gemeinderat Emmen. Das Berufsschulinspektorat Kantons Luzern. Der Berufsschulinspektor des Kantons Luzern Justin Hinnen, 5. Juni 1974, S.2.

²⁸⁴ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll vom 12. Juni 1974, Nr. 406. Der Gemeinderat von Emmen.

150'000 Fr. ersuchte und die Notwendigkeit für ein Schulhaus, zwölf Klassenzimmer, Nebenräume und eine Turnhalle darlegte sowie den Planungsprozess transparent machte.²⁸⁵

Auch führte die Gemeinde Emmen bereits im Jahr 1974 das Obligatorium für die dritte Sekundarklasse (9. Schuljahr) ein, obwohl der Grosse Rat erst am 1. Februar 1977 beschloss, dass die Schulpflicht bis spätestens 1979/80 auf neun Jahreskurse auszubauen sei.²⁸⁶

Dadurch, dass die Errichtung kostenneutral sein sollte und nur die zusätzlichen Fächer der BMS eingeführt würden, würde der Betrieb der Gewerbeschule Emmen lediglich minimal verändert. Das bestehende Angebot würde weitergeführt und um ein neues Angebot ergänzt. Bei diesem Vorschlag stellt sich die Verfasserin dieser Arbeit die Frage, welche Akteure sich in dieser Situation gegen das Vorgehen hätten stellen können und wie die Argumente dagegen ausgesehen hätten.

Die Situation blieb auch im Jahr 1976 unverändert. Der Berufsschulinspektor des Kantons Luzern nahm in diesem Jahr erneut Kontakt mit der Gemeinde Emmen sowie der Stadt Luzern auf, um den Pilotversuch der Berufsmittelschule um weitere fünf Jahre zu verlängern. Aus welchem Grund es zu einer verlängerten Pilotphase kam, zeigt die nachfolgende Quellenanalyse.

Die Versuchsphase ‚Berufsmittelschule‘ wird in der Gemeinde Emmen um fünf Jahre verlängert

Das kantonale Berufsschulinspektorat sah im Jahr 1976 vor, beim Regierungsrat eine Weiterführung der Versuchsphase ‚Berufsmittelschule‘ zu beantragen, da demnächst eine gesetzliche Verankerung der Berufsmittelschule im Bundesgesetz über die Berufsbildung vorgesehen war. Sobald die gesetzliche Verankerung auf Bundesebene vollzogen sei, sollen weitere Anpassungen auf kantonaler Ebene vorgenommen werden. Diesen Antrag stellte der Berufsschulinspektor Justin Hinnen am 19. Januar 1976 an die Präsidenten der Aufsichtskommissionen der gewerblichen Berufsschulen Emmen und der Stadt Luzern. Er wies zusätzlich darauf hin, dass die beiden Rektoren der gewerblichen Berufsschulen Burri und Frei mit der Weiterführung einverstanden seien, und deutete damit die Einigung an. Konsolidiert soll allein werden, dass die Versuchsphase BMS um weitere fünf Jahre ver-

²⁸⁵ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Bericht und Antrag des Gemeinderates betr. Bewilligung eines Projektierungskredites für das Schulhaus Rüeggisingen, Fr. 150'000. Der Gemeinderat von Emmen an den Einwohnerrat Emmen, 12. Mai 1971.

²⁸⁶ GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Stellungnahme zur Interpellation Bründler A./Fischer L. vom 18.1.1977 bezüglich Realisation der Orientierungsstufe. Der Rektor Schulen Emmen an die Schulverwaltung Emmen, 14. Oktober 1977.

längert werde, die Trägerschaft²⁸⁷ dabei auf der Kantonsebene bleibe und das ‚Vollmodell‘ BMS durch das ‚additive Modell‘ ersetzt werde.²⁸⁸

Diesen Brief ergänzte Justin Hinnen am 29. Januar 1976 mit weiteren Informationen über das ‚additive Modell‘ und wie dieses Modell zwischen Bund, Kanton und der Gemeindeebene finanziert werden solle. Die Grundsätze für die Abrechnung stellte sich das Berufsschulinspektorat wie folgt vor:

„79% der Besoldung und 69% der Lehrmittel wird durch den Bund und Kanton übernommen werden und dass alle Einnahmen an Schulgeldern der Lehr- und Wohnortsgemeinden, Lehrfirmenbeiträgen usw. (total zur Zeit Fr. 670.- pro Schüler) direkt den Schulen zukommen“ (*industrielle Konvention, Argument des Rechnungswesens*).²⁸⁹

Unmittelbar nach dieser Anfrage beantragte Hans Frei, der Rektor der gewerblichen Berufsschule der Stadt Luzern, am 5. Februar 1976 im Interesse der städtischen Finanzen bei der Schuldirektion der Stadt Luzern die „Beibehaltung der bisherigen Abrechnungspraxis für die Berufsmittelschule Luzern“²⁹⁰. Und am 11. Februar 1976 ersuchte Heinrich Meyer, Schuldirektor der Stadt Luzern, das Berufsschulinspektorat des Kantons Luzern, die Regelungen über die Berufsmittelschulen beizubehalten. In diesem Brief bestätigte er zudem, die erforderlichen Schullokale weiterhin kostenlos zur Verfügung zu stellen.²⁹¹

Gestützt auf die im Stadtarchiv Luzern und der Gemeinde abgelieferten Quellen, stellt die Verfasserin dieser Untersuchung fest, dass bildungspolitisch Einigkeit von der Bundesebe-

²⁸⁷ Die Trägerschaft der Berufsmittelschule wird im Jahr 1986 tatsächlich auf die Gemeindeebene verlegt. Gründe dafür seien, dass die Übertragung zweckmässig sei und die administrative Leitung bisher ebenfalls auf der Gemeindeebene angesiedelt war (SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsschulen; Übertragung der Trägerschaft. Der Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungsdepartements Walter Gut schreibt an die Träger der Berufsschulen. Luzern, 9. Oktober 1986). Eine genauere und weitere Untersuchung dieses Prozesses ist nicht Teil dieser Untersuchung, da das Datum ausserhalb der hier untersuchten Zeitphase fällt.

²⁸⁸ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschulen. Berufsschulinspektor des Kantons Luzern, Justin Hinnen, schreibt an die Präsidenten der Aufsichtskommission der Gewerbeschulen Luzern und Emmen. Luzern, 19. Januar 1976.

²⁸⁹ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschulen. Berufsschulinspektor des Kantons Luzern, Justin Hinnen, schreibt an die Präsidenten der Aufsichtskommission der Gewerbeschulen Luzern und Emmen. Luzern, 29. Januar 1976.

²⁹⁰ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brieflicher Antrag. Berufsmittelschulen. Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern, Hans Frei, schreibt an die Schuldirektion der Stadt Luzern. Luzern, 5. Februar 1976.

²⁹¹ SAR. M009-486. Schuldirektion. Brieflicher Antrag. Berufsmittelschulen. Direktor der Schuldirektion der Stadt Luzern, Heinrich Meyer, schreibt an das Berufsschulinspektorat des Kantons Luzern. Luzern, 11. Februar 1976.

ne über die Kantonsebene bis zur Gemeindeebene bestand. Denn das BIGA mit der Unterabteilung der Berufsbildung, das Erziehungsdepartement beziehungsweise das Berufsschulinspektorat des Kantons Luzern und die Aufsichtskommission der Berufsmittelschule zusammen mit der Gemeinde Emmen, der in Emmen umliegenden Industrie und die Gewerbeschule Emmen waren stark am Ausbau der dualen Berufsbildung sowie der Errichtung der Berufsmittelschule interessiert. In keiner einzigen Quelle konnte die Verfasserin eine Situation lokalisieren, in der Uneinigkeit bestanden oder der Bund oder der Kanton über Budgetkürzung oder zu wenig Budget gesprochen hätten. Im Gegenteil herrschte Einigkeit, dass Gelder vorhanden waren und zugeteilt werden können.

Finanzpolitisch lag damals die Kompetenz über die finanziellen Mittel beim Bund und dem Kanton Luzern als Träger der Berufsmittelschule. Das BIGA mit dem Chef Dellsperger und das Erziehungsdepartement, das dem Regierungsrat des Kantons Luzern unterstellt waren, zeigten im analysierten Koordinationsprozess grosses Interesse an der Einführung der Berufsmittelschule und verfügten über die nötigen finanziellen Mittel, um die duale Berufsbildung mit dem allgemeinbildenden Berufsbildungsteil zu erweitern.

5.3.3 Zusammenfassung

Um schliesslich zu erkennen, welche Argumente in den oben analysierten Koordinationsprozessen vorherrschend waren, stellt die Verfasserin dieser Arbeit in einem ersten Schritt das Argumentationsmuster der Koordinationsprozesse der Errichtung der Berufsmittelschulen im Kacheldiagramm zusammenfassend dar (Diagramm 19). Dieses gibt schliesslich Aufschluss auf die Forschungsfrage, wie die ‚Bildungsexpansion‘ im Fall der Errichtung der Berufsmittelschulen bildungspolitisch begründet wurde (siehe Unterkapitel 2.4). In einem zweiten Schritt betrachtet die Verfasserin dieser Arbeit das Argumentationsmuster differenziert nach Vertretern des Staates und der Wirtschaft (Diagramm 20) und beschreibt dieses aus konventionentheoretischer Sicht, um zu der Erkenntnis zu gelangen, inwiefern sich die Werthaltungen der Vertreter des Staates und der Wirtschaft ähnlich waren. Diese Gegenüberstellung ist notwendig für die Erklärung, weshalb es innerhalb des Koordinationsprozesses ‚Errichtung der Berufsmittelschulen‘ zur Einigung gekommen ist. Im dritten Schritt beantwortet sie die Frage, aus welchem Grund das Pilotprojekt Berufsmittelschule im Kanton Luzern eingeführt wurde.

Argumentationsmuster des Koordinationsprozesses Einführung der Berufsmittelschule

Um den Koordinationsprozess bei der Einführung der Berufsmittelschule konventionentheoretisch zu analysieren, hat die Verfasserin die in den herangezogenen Quellen²⁹² aufgeführten Argumente der Akteure jeweils einer Konvention und deren Qualität zugewiesen und in einer Tabelle erfasst (siehe Tabelle 12 Anhang Seite 264). Diese Zuweisung war nicht immer eindeutig möglich, weshalb die Verfasserin einzelne Argumente zwei Konventionen und der entsprechenden Qualitäten zugewiesen hat.²⁹³ Diese doppelte Zuweisung ist in Tabelle 12 nicht dargestellt, kann aber oben im Abschnitt 5.3.2 nachvollzogen werden. Die tabellarische Darstellung hat sie in einem Kacheldiagramms²⁹⁴ visualisiert (Diagramm 19), um das Argumentationsmuster des Koordinationsprozesses bei der Errichtung der Berufsmittelschulen erkenntlich zu machen. Dadurch können die Werthaltungen der involvierten Akteure sichtbar gemacht werden.

In den Aushandlungsprozessen der Errichtung der Berufsmittelschulen waren staatliche Akteure involviert wie der Regierungsrat des Kantons Luzern (Exekutive), das Amt für Berufsbildung des Kantons Luzern, der Grosse Rat des Kantons Luzern (Legislative), der Gemeinderat Emmen und der Stadtrat Luzern (Exekutive), die Aufsichtskommissionen der Gewerbeschule Emmen und der Stadt Luzern sowie die Rektoren der Gewerbeschule Emmen und der Gewerbeschulen der Stadt Luzern (siehe Tabelle 12 und Tabelle 13).

Deren Argumentationsmuster über alle Koordinationsprozesse hinsichtlich der Errichtung der Berufsmittelschulen Luzern hinweg sind im Kacheldiagramm hierarchisch abgebildet. Die Darstellung beruht auf der Anzahl genannter Argumente der Akteure. Hier ist anzumerken, dass die Zahlenbasis klein ist und eine quantitative Auslegung zu Vergleichszwecken deshalb nicht angestrebt wird. Die Hierarchien der Argumentationen sind dennoch ersichtlich und kristallisieren sich in Argumentationsmustern heraus. Im Koordinationsprozess ‚Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern‘ haben die involvierten Akteure vorwiegend mit der *industriellen* (19-mal), *staatsbürgerlichen* (19-mal) sowie der *marktwirtschaftlichen Konvention* (8-mal) argumentiert. Es fallen aber auch Argumente aus der *handwerklichen Konvention* (3-mal) sowie der *Konvention der Bekanntheit* (2-mal). Aus dem Quellenmaterial liessen sich keine Argumente einer der drei Konventionen – *ökologische Konvention*, *Netzwerkkonvention* und *Konvention der Inspiration* – zuord-

²⁹² Siehe Seite 163.

²⁹³ Siehe dazu auch Unterkapitel 3.2 ‚Économie des Conventions‘ ab Seite 71 f. und Unterkapitel 4.3 ‚Methodischer Umgang mit den Qualitätskonventionen‘.

²⁹⁴ Kacheldiagramme eignen sich für die Darstellung hierarchischer Daten, um Muster erkenntlich zu machen (Schendera, 2015).

nen. Dieses Argumentationsmuster wird nachfolgend grafisch veranschaulicht (Diagramm 19).

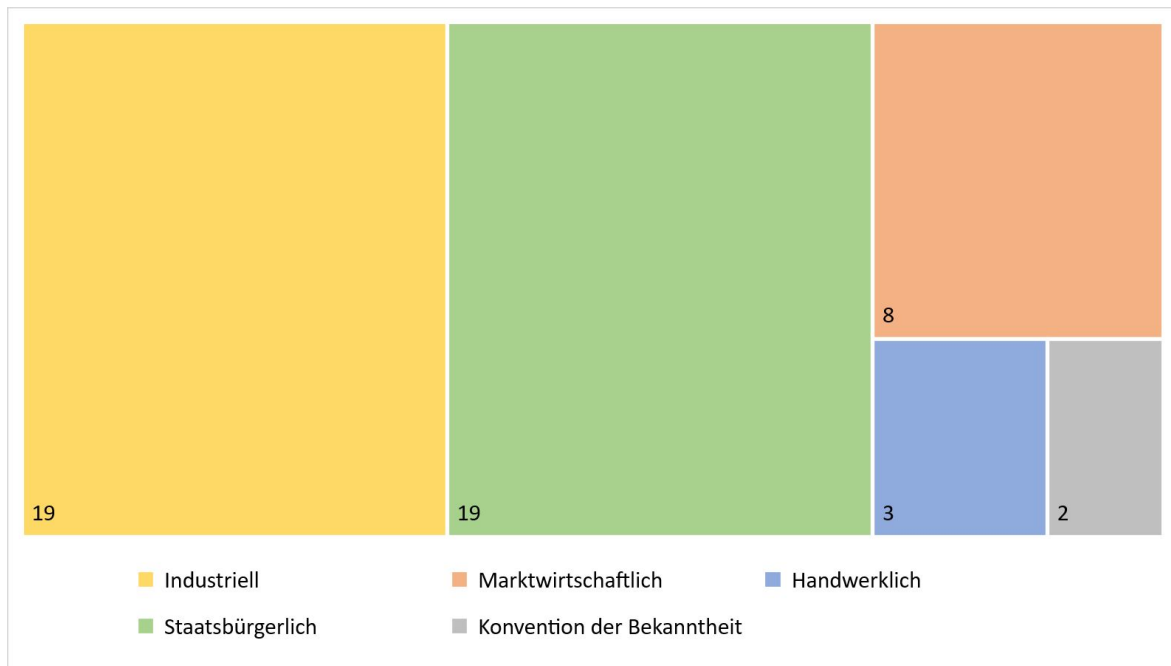


Diagramm 19: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster) aller beteiligten Akteure im Prozess der Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern

Um die Frage beantworten zu können, weshalb es im Koordinationsprozess der Errichtung der Berufsmittelschulen zu einer Einigung gekommen ist, betrachtet die Verfasserin dieser Untersuchung im nachfolgenden Diagramm 20 die Argumente der Vertreter des Staates und der Wirtschaft differenziert.²⁹⁵

²⁹⁵ Das Diagramm 20 entstand auf derselben methodischen Vorgehensweise wie das Diagramm 19 und basiert auf der tabellarischen Darstellung (siehe Anhang Tabelle 12 und Tabelle 13).

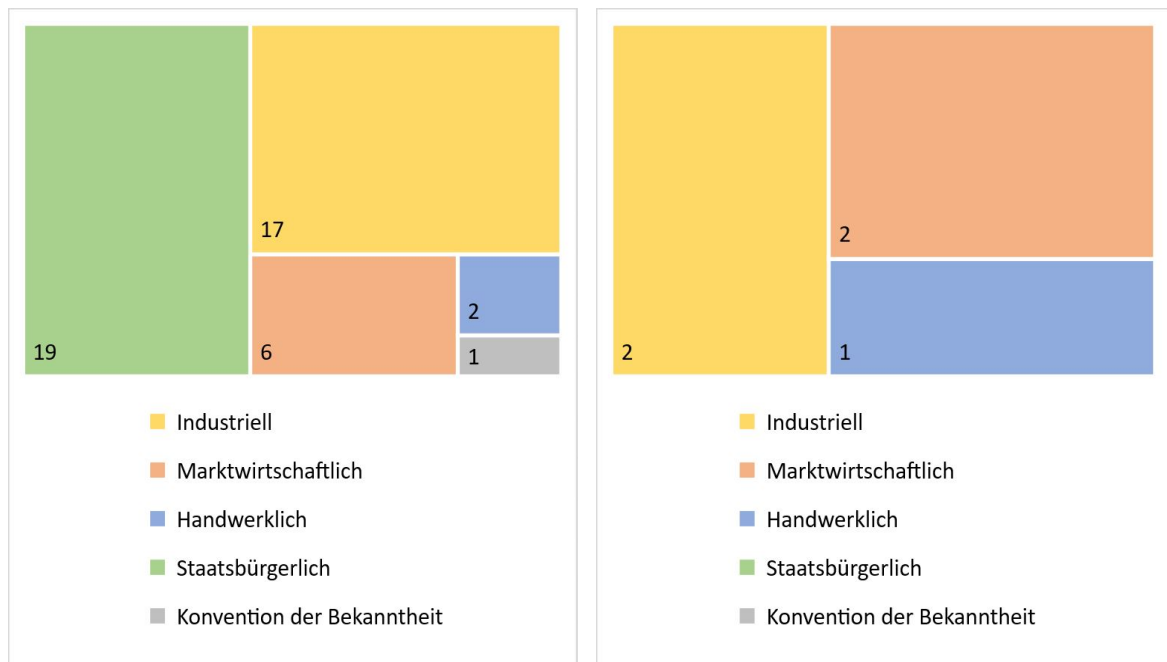


Diagramm 20: Argumentationsmuster gemäss Konventionentheorie beim Koordinationsprozess Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen (rechts) Akteuren

Bei den Vertretern des Staates ist die Ausprägung der *staatsbürgerlichen* Konvention bemerkenswert. Zurückzuführen ist dies auf die an der Berufsmittelschule angestrebten konventionentheoretischen Qualitäten soziales Engagement, kollektives Anliegen, Partizipation und Fairness (siehe tabellarische Auswertung im Anhang auf Seite 264). Durch das Erreichen dieser Qualitäten steigern die staatlichen Vertreter – im vorliegenden Fall insbesondere die Vertreter des Kantons Luzern – die Attraktivität der dualen Berufsbildung.

Nach *industrieller* Konvention argumentierten sowohl Vertreter der Wirtschaft als auch des Staates. Konkret bedeutet dies, dass für Staat und Wirtschaft die Funktionalität, Qualität und die Effizienz der Berufsmittelschule im Vordergrund standen: Die BMS sollte rasch, kostengünstig und gemäss Anzahl eingegangener Anmeldungen eingeführt werden. Dieses Vorgehen war auch im Sinne des BIGA sowie der Exekutiven des Kantons Luzern, der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen.

Bei der *marktwirtschaftlichen* Konvention dominierten in den Argumentationen der staatlichen und wirtschaftlichen Akteure die Qualitäten der Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrage. Gerade für die Wirtschaft war ihre Wettbewerbsfähigkeit ein entscheidender Faktor für den Ausbau der Berufsmittelschule in den 1970er-Jahren, da sie aufgrund des technologischen Fortschritts und des Wirtschaftsaufschwungs auf qualifiziertes Personal angewiesen war.

Vor allem vonseiten der Wirtschaft – konkret der Industrie – wurden auch Argumente der Vertrautheit und Reputation ins Feld geführt (*handwerkliche* Konvention). So wurde bei-

spielsweise befürchtet, dass die Industrie an Glaubwürdigkeit verlieren würde, wenn sie sich gegen Weiterbildungsangebote wie die Berufsmittelschule stellen würde (siehe Seite 169).

Das Argumentationsmuster – betrachtet über den schulischen (Staat) sowie den betrieblichen (Unternehmen) Bildungsort der dualen Berufsbildung (Diagramm 20) – zeigt, dass sich die Vertreter beider Bildungsorte ähnlicher Argumente bedienen, allerdings ist deren Verhältnis unterschiedlich. Die Ähnlichkeit der eingebrachten Argumente ist ein Grund, weshalb eine Einigung in der Einführung der Berufsmittelschule gefunden werden konnte. Zudem offenbaren die Argumentationsmuster aber auch Unterschiede. Dass trotzdem eine Einigung erfolgte, deutet auf einen Kompromiss hin. Bildungspolitisch spricht die Kompromisslösung insofern für die duale Berufsbildung, als dass sie per se einen Kompromiss verkörpert. Sie bildet Jugendliche zu qualifizierten Arbeitskräften aus, die für ein Unternehmen gewinnbringend sind. Und gleichzeitig werden die Jugendlichen in der Allgemeinbildung ausgebildet, was einerseits im Interesse des Staates ist als auch den Anschluss an die höhere Berufsbildung ermöglicht.

In den nachfolgenden Abschnitten geht die Verfasserin dieser Arbeit auf die Resultate der Situationsbeschreibung und des Gründungsprozesses der Berufsmittelschule im Kanton Luzern ein und versucht dabei zu klären, *weshalb* das Pilotprojekt Berufsmittelschule im Kanton Luzern zustande gekommen ist und *welche Bedeutung* die Gründung der Berufsmittelschule für die duale Berufsbildung im Kanton Luzern besass.

Weshalb ist das Pilotprojekt Berufsmittelschule im Kanton Luzern zustande gekommen?

Die Antwort auf diese Frage wird aus der betrieblichen und der schulischen Perspektiven der dualen Berufsbildung formuliert. Die betriebliche Perspektive fasst die Entwicklung der Industrie und des Gewerbes in der Schweiz ins Auge. In diesem Bereich gab es zwischen 1954 und 1980 einen technologischen Fortschritt, der neue Berufe und neue Berufsbezeichnungen sowie Weiterbildungsangebote erforderte (Unterkapitel 2.1). Die Perspektive der schulischen Berufsbildung als zweiter Lehrort der dualen Berufsbildung sah sich für dieselbe Zeitphase ebenfalls mit Veränderungen ausserhalb der Berufsschule konfrontiert. Die Kantonsschulen im Kanton Luzern haben massiv ausgebaut (Unterkapitel 2.2), und die Diplommittelschule wurde eröffnet (Abschnitt 5.3.1). Diese Veränderungen haben die duale Berufsbildung herausgefordert, die Attraktivität der dualen Berufsbildung zu heben und den starken Schülerinnen und Schülern der dualen Berufsbildung ein chancengleiches Angebot im Vergleich zum gymnasialen Bildungsweg zu ermöglichen. Dies bestätigten auch Xavier Ineichen, Berufsschulinspektor und Projektleiter der ersten Berufsmaturitätsschulen, und Heinrich Meyer, ehemaliger Vorsteher des Amtes für Berufsbildung im Kanton Luzern im Interview vom 14. Januar 2016, sowie Josef Widmer, heute stellver-

tretender Direktor des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation in Bern und ehemaliger Direktor des Amtes für Berufsbildung im Kanton Luzern im Interview vom 6. Februar 2017, sowie Franz Dommann, langjähriger Präsident der Deutschschweizerischen Lehrlingsämter-Konferenz im Interview vom 3. März 2017. Darüber hinaus stützt diese Situation Criblez' Argument, dass mit dem Ausbau der Gymnasien sowie der Einführung der Berufsmittelschulen zwischen dem allgemeinbildenden Ausbildungsweg und der Berufsbildung erstmals in der Geschichte auf ein gewisses Konkurrenzdenken entsteht (Criblez, 2001).

Technologische Fortschritte und Expansion der Kantonsschulen

Betrachtet man die Veränderungen innerhalb der dualen Berufsbildung beziehungsweise die Veränderungen seitens der Industrie und dem Gewerbe, tritt zutage, dass der technologische Fortschritt die Anforderungen an einzelne Berufslehren verändert oder sogar neue Berufe hervorgerufen hat. Beispielsweise veränderte sich die Art der Maschinen innerhalb der Industrie so stark, dass ‚Maschinenmechaniker‘ von Bedarf waren. Dementsprechend hat das BIGA zusammen mit den Berufsverbänden im Jahr 1973 einen Normallehrplan für ‚Maschinenmechaniker‘ erschaffen und das Angebot innerhalb der spanabhebenden Berufe differenziert (siehe dazu Abschnitt 5.3.2 ‚Prozessanalyse‘ ab Seite 160).

Dessen ungeachtet forderte der technologische Fortschritt vermehrt Weiterbildungsangebote, damit das Personal mit den Veränderungen mithalten und die Firmen wettbewerbsfähig bleiben konnten. Ein solches Weiterbildungsangebot wurde mit der Errichtung der Berufsmittelschulen geschaffen. Sie erlaubte eine allgemeinbildende Qualifikation, die theoretisch Anschlussmöglichkeiten an die höhere Berufsbildung ohne weitere Prüfungsanforderungen ermöglichte. Mit diesem Angebot wurden Übergänge an die Höheren Technischen Lehranstalten, wie zum Beispiel das Zentralschweizerische Technikum Luzern, geschaffen.

Die Errichtung der Berufsmittelschulen hatte indes nicht nur einen Effekt für die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Industrie- und Gewerbeunternehmen, sondern bedeutete gleichzeitig eine Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsbildung gegenüber dem allgemeinbildenden Ausbildungsweg über die Kantonsschulen. Wie in Unterkapitel 5.3 ‚Situationsbeschreibung *Gründung der Berufsmittelschule im Kanton Luzern*‘ aufgezeigt werden konnte, wurden im Kanton Luzern zwischen 1968 und 1973 fünf neue Kantonsschulen erbaut: Alpenquai Luzern, Reussbühl Luzern, Sursee, Willisau und Beromünster. Diese Baustellen und die neuen Schulgebäude sowie die vergebenen Finanzkredite wurden in der Öffentlichkeit wahrgenommen und waren mitverantwortlich für den aufkommenden Konkurrenzkampf um die begabten Lernenden zwischen den expandierenden Gymnasien sowie der dualen Berufsbildung. Zudem wurde das neue Angebot der gymnasialen Ausbildung – die Diplommittelschule – gegründet, was eine Annäherung an die duale Berufsbildung

bedeutete (siehe Abschnitt 5.3.1 auf Seite 150). Die Abgrenzung zwischen der Diplom- sowie Berufsmittelschule musste erst diskutiert und bestimmt werden.

Aufgrund dieser doppelten Herausforderung mit dem vom Wirtschaftsaufschwung bedingten technischen Nachwuchsmangel (Arbeitsgruppe Perspektivenstudien, 1971b; Hummler, 1963) und den zudem expandierenden Gymnasien waren die Berufsverbände sowie die kantonalen Berufsbildungsämter und das BIGA gefordert, die duale Berufsbildung zu reorganisieren und attraktiver zu gestalten. Diese Herausforderungen wurden politisch durch die Motion Tognoni angestossen und führten schliesslich zur Errichtung der Berufsmittelschulen in der gesamten Schweiz. Im Fall Kanton Luzern erfolgte dieser Prozess zügig, und es bestand Einigung über die Notwendigkeit dieses Weiterbildungsangebots. Weshalb auf den unterschiedlichen politischen Ebenen von der nationalen über die kantonale bis hin zur kommunalen Ebene Einigung bestanden hat, beleuchtet der nachfolgende Abschnitt. Dieser geht auf die Argumentationslinie innerhalb des Einführungsprozesses ‚Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern‘ zwischen den verschiedenen politischen Ebenen ein und bezieht zudem Stimmen von Industriellen und Gewerbeschaffenden im Kanton Luzern mit ein.

Einigung über den Ausbau der dualen Berufsbildung auf politischer Ebene

In der gesamten Quellenanalyse über die Gründung der ersten Berufsmittelschulen im Kanton Luzern erweist es sich als besonders auffällig, dass bis auf einige wenige kritische Stimmen von Einigung, Zustimmung sowie finanzieller Unterstützung auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene gesprochen wird. In diesem Fall ist es interessant, zu erfragen, weshalb es auf politischer Ebene zu einer so eindeutigen Einigung bezüglich dem Ausbau der dualen Berufsbildung gekommen ist. Es sprechen ausser dem ähnlichen Argumentationsmuster mindestens zwei weitere Gründe dafür: a) Ansiedelung der Berufsmittelschule an bestehende Gewerbeschulen und b) Wirtschaftsaufschwung sowie steigende finanzielle Mittel auf kantonaler sowie nationaler Ebene.

a) Ansiedelung der Berufsmittelschule an bestehenden Gewerbeschulen

Von Beginn der Diskussion über die Einführung der Berufsmittelschule war klar: Wenn die Eröffnung dieser Schule zustande kommen sollte, dann musste diese den Gewerbeschulen der Stadt Luzern und Emmen direkt angegliedert werden. Aus Sicht der Berufsmittelschüler/-innen wurden dadurch die Funktionalität und die Effizienz (*industrielle Konvention*) erhöht, da zum Beispiel die Schulwege gleich blieben und ein enger Kontakt zu den anderen Gewerbeschülerinnen und -schülern gegeben war. Dasselbe galt auch für die Lehrpersonen der Gewerbeschulen, die Berufsmittelschulunterricht erteilten. Für sie blieben der Arbeitsort und der Arbeitgeber dieselben. Dazu bot ihnen die Erweiterung der Gewerbeschule sogar die Möglichkeit, noch mehr Anzahl Lektionen zu unterrichten (*indust-*

rielle Konvention), und für die Einstufung des Gehalts wurden sie auf dasselbe Niveau wie die Sekundarlehrpersonen gesetzt (*staatsbürgerliche Konvention*). Dies war damals eine wertschätzende Entlohnung.

Die Angliederung der Berufsmittelschule an die bestehenden Gewerbeschulen hatte zwei weitere Vorteile: vereinfachte Koordination und Nutzung der vorhandenen Infrastruktur sowie die Wahlfreiheit für die normale Gewerbeschule oder die Berufsmittelschule vor Ort.

Das eng an die Berufsschule gekoppelte additive Modell der Berufsmittelschule im Fall der Gemeinde Emmen vereinfachte die Koordination zwischen der Gewerbeschule sowie der Berufsmittelschule, da die vorhandene Infrastruktur genutzt werden konnten (*industrielle Konvention*). Ferner war diese Entscheidung stundenplantechnisch hochfunktional (*industrielle Konvention*), was die Attraktivität des Weiterbildungsangebots erhöhte und somit die Möglichkeit bot, zu einem späteren Zeitpunkt ohne Aufnahmeprüfung eine höhere Berufsbildung zu absolvieren (*staatsbürgerliche Konvention mit dem Argument der Partizipation*).

Der Aufwand aus Sicht der Schüler/-innen sowie der Lehrlingsverantwortlichen in den Betrieben bezog sich vor allem auf die höhere Präsenzzeit in der Gewerbeschule. Diese Tatsache bezeichneten vereinzelte Lehrlingsverantwortliche als Nachteil. Denn der zusätzliche Schultag oder das Fehlen am Arbeitsplatz während zwei Tagen pro Woche forderten die Lehrlingsverantwortlichen heraus, ihren betrieblichen ‚Lehrplan‘ sowie die Planung der Produktion anzupassen. Dieser Punkt wurde aber rasch mit der steigenden Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens beziehungsweise mit dem marktwirtschaftlichen Argument aufgewogen. Die Lernenden waren durch das Absolvieren der Berufsmittelschule automatisch besser qualifiziert, brachten erweitertes Know-how ins Unternehmen und konnten Teil des mittleren oder höheren Kaders innerhalb des Unternehmens werden. Dies bedeutete zudem eine Aufwertung der Berufslehre gegenüber dem gymnasialen Bildungsweg (*marktwirtschaftliche Konvention nach dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit*) und erhöhte die Attraktivität der dualen Berufslehre.

b) Wirtschaftsaufschwung sowie steigende finanzielle Mittel auf kantonaler sowie nationaler Ebene

Wie unter Punkt a) erklärt wurde, war es zwischen den staatlichen Ebenen – sprich dem kantonalen Berufsinspektorat und BIGA – sowie dem Gewerbe und der Industrie möglich, eine Einigung zu erlangen und das neue Angebot der Berufsmittelschule innerhalb der dualen Berufsbildung zwischen den Jahren 1971 und 1976 zu schaffen. Finanzpolitisch ist diese Zeitphase hoch interessant, da im Jahr 1973 die zusammenfallenden Ölpreise eine weitreichende Finanzkrise auslösten und erstmals seit 20 Jahren der Wirtschaftsaufschwung einen Knick erlitten hat. Bis 1973 erhöhte der Bund regelmässig seine Subven-

tionen im Bildungsbereich der Sekundarstufe II und an den Universitäten. Dies lässt sich erstens anhand der vielen Neubauten von Gymnasien zeigen, zweitens an dem im Jahr 1969 neu eingeführten Hochschulförderungsgesetz (HFG 1969) und drittens an den steigenden Subventionsbeiträgen der Berufsbildung, wie dies Kübler in seinem Buch ‚Berufsbildung in der Schweiz: 100 Jahre Bundessubventionen (1884–1984)‘ zeigt (Kübler, 1986).

Gemäss Kübler erhöhte der Bund zwischen 1955 und 1980 seine Ausgaben für die Berufsbildung von 15'493'584 Millionen auf 254'291'302 Millionen Franken. Das bedeutet, dass sich die Ausgaben um das Sechzehnfache erhöht haben. Ein Blick auf die Ausgaben nur für die Berufsbildungsbauten zeigt, dass sich auch diese zwischen 1955 bis 1980 massiv erhöht haben, nämlich von 393'600 Millionen auf 33'292'790 Millionen Franken (Kübler, 1986).

Die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs bis 1973 deutet darauf hin, dass viele Gelder in die Staatskassen flossen und dementsprechend Budget für den Bildungsbereich zugesprochen wurde. Der Fokus dieser Untersuchung liegt aber auf der kantonalen Ebene, weshalb diese Frage den Rahmen dieser Untersuchung überschreitet. Als weiterführende Frage für eine nächste Untersuchung wäre es für die Geschichte der dualen Berufsbildung sehr interessant, zu wissen, wie die Gelder auf Bundesebene zwischen den Gymnasien und Hochschulen sowie der dualen Berufsbildung verhältnismässig verteilt wurden.

Im Jahr 1973 stürzte die Bildungspolitik in eine kritische Phase. Das Vorhaben, mit einem Bildungsartikel die Kompetenzen über die Volksschulbildung auf nationaler Ebene weiter auszubauen, wurde vom Volk abgelehnt (Criblez, 2008). Dieses Nein bewirkte einerseits eine Ernüchterung der bildungspolitischen Diskussion, und zusammen mit der Wirtschaftskrise hätte dies durchaus Grund genug sein können, die Errichtung der Berufsmittelschulen, die gerade erst in Gang gekommen waren, wieder zu stoppen. Die Rezession bewirkte indes eine Rückbesinnung „auf die Lehre als sichere wirtschaftliche Grundlage“ (Kübler, 1986, S. 81).

Zumindest im Fall Kanton Luzern beziehungsweise in der Gemeinde Emmen sowie der Stadt Luzern hatten dieser wirtschaftliche Abschwung und das Nein zum Bildungsartikel bezüglich des Ausbauprojekts der dualen Berufsbildung keine Auswirkungen. Nach dem Jahr 1971 wurde im Jahr 1974 die Berufsmittelschule auch in der Gemeinde Emmen eingeführt. Im Jahr 1976 wurde das Pilotprojekt Berufsmittelschule im Kanton Luzern um weitere fünf Jahre verlängert. Der Bund und der Kanton Luzern waren sich einig, die Kosten im Zusammenhang mit der Berufsmittelschule weiter zu tragen und zu übernehmen. Das Modell der Berufsmittelschule wurde sogar im Jahr 1978 im Bundesgesetz über die Berufsbildung gesetzlich verankert. Zudem wurde während dieser Phase in keiner einzigen analysierten Quelle von Budgetkürzung, ausfallenden Subventionen oder unterbrochenen

Ausbauvorhaben geschrieben. Diese Situation spricht erneut für die klare Haltung, die duale Berufsbildung weiter ausbauen zu wollen.

6 Beantwortung der Fragestellung und Diskussion

Für die Beantwortung der Forschungsfrage, wie die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 stattgefunden hat und wie sie bildungspolitisch begründet wurde, waren zunächst Erkenntnisse darüber erforderlich, wie sich im Fall Kanton Luzern die Zahlen der Lernenden auf der Sekundarstufe II entwickelt haben. Die Verfasserin dieser Studie untersuchte deshalb die quantitative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen der Kantonsschulen Luzern und der Berufsschulen in relativen Zahlen, die zeigen, dass die Anzahl der Schüler/-innen der Gymnasien um 114,8 % (1955 bis 1978) und jene der Berufsschulen um 101,7 % (1954 bis 1979) gewachsen sind (siehe Diagramm 8, Seite 100). Somit expandierten die Kantonsschulen im Kanton Luzern stärker als die Berufsschulen, was auf die ‚Kernzone der Bildungsexpansion‘ deuten liesse. Dieser Ausbau der Kantonsschulen, so vermutete die Verfasserin dieser Arbeit, veranlasste die Akteure der dualen Berufsbildung, auch letztere voranzutreiben. Dies war aber nicht der Fall, weil die Akteure nicht explizit mit dem Ausbau der Gymnasien argumentierten, wie die Quellenanalyse belegt (siehe Kapitel 5) und im Kapitel 6.1 ausgeführt wird.

Trotz der stärkeren relativen Expansion der Kantonsschulen als der Berufsschulen gelangt die Verfasserin dieser Untersuchung zum Schluss, dass die Bildungsexpansion der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern ganz nahe an die ‚Kernzone der Bildungsexpansion‘ herankommt. Denn beim Betrachten der absoluten Zahlen zeigt sich, dass der Anteil der Schüler/-innen der dualen Berufsbildung mit 3258 im Jahr 1954 und 6570 im Jahr 1979 um einiges höher liegt als die Anzahl der Gymnasiast/-innen mit 731 Lernenden im Jahr 1955 und 1570 im Jahr 1978 (siehe Diagramm 8, Seite 100). Darum erweitert die Verfasserin im Fall Kanton Luzern die ‚Kernzone der Bildungsexpansion‘ mit der dualen Berufsbildung.

Um dieses quantitative Phänomen zu verstehen, beleuchtet sie es in Unterkapitel 6.1 zuerst im Detail, bevor sie es qualitativ diskutiert. Dazu legt die Verfasserin die Ausgangslage im Kanton Luzern im Jahr 1954 aus, zeigt zusammenfassend die quantitative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen, Lehrpersonen und der Infrastruktur und zieht die aus konventionentheoretischer Perspektive erstellten Argumentationsmuster heran, die aus der Analyse der diskursiv begründeten Koordinationsprozessen über den Ausbau der dualen Berufsbildung entstanden sind. Diese Forschungsergebnisse verknüpft und diskutiert sie mit Aspekten des historischen Kontexts (siehe Kapitel 2), wodurch sie mögliche Erklärungsansätze auf die Frage, weshalb die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung stattgefunden hat, zu erkennen versucht.

Schliesslich stellt sie in Unterkapitel 6.2 die Grenzen dieser Studie dar und leitet daraus weiterführende Forschungsfragen ab.

6.1 Duale Berufsbildung als Teil der Bildungsexpansion

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wie die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung in den Jahren von 1954 bis 1980 im Fall Kanton Luzern stattgefunden hat, stellt die Verfasserin dieser Untersuchung zunächst den Stand der dualen Berufsbildung im Jahr 1954 im Kanton Luzern dar. Hierzu blickt sie zuerst auf die quantitative Ausgangslage zurück und zeigt aus der Governance-Perspektive wie der Gegenstand ‚dualen Berufsbildung‘ im Jahr 1954 durch Regelungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen geprägt war. Danach erklärt sie die expansive Entwicklung der dualen Berufsbildung anhand der neu entstandenen Organisation wie beispielsweise das Zentralschweizerische Technikum Luzern. Um zu verstehen, weshalb die ‚Bildungsexpansion‘ in der dualen Berufsbildung stattgefunden hat, zieht sie die Argumentationsmuster, die in der Prozessanalyse in den Unterkapitel 5.1.2, 5.2.1 und 5.3.2 aus konventionentheoretischer Perspektive entstanden sind, in chronologischer Reihenfolge heran. Diese diskutiert sie und verknüpft sie mit Informationen aus dem historischen Kontext aus Kapitel 2.

Quantitative Entwicklung

Zunächst beleuchtet sie die Anzahl Gewerbeschüler/-innen, die im Kanton Luzern den beruflichen Unterricht besuchten. Die Zahlen dazu stammen aus den Jahresberichten der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und Emmen und aus den Staatsverwaltungsberichten von 1954 bis 1980. Im Jahr 1954 waren es 3258 Schüler/-innen der gewerblich-industriellen Berufslehre, die den beruflichen Unterricht besuchten. Das nachfolgende Diagramm 8 verdeutlicht die relative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen an den Gewerbeschulen des Kantons Luzern (siehe auch Unterkapitel 5.1).



Diagramm 8: Relative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen der Sekundarstufe II im Kanton Luzern, 1954–1980²⁹⁶

Ein grosser Teil dieser Schüler/-innen hat den beruflichen Unterricht aber nicht in einem eigens für den Berufsschulunterricht erstellten Gewerbeschulhaus, sondern noch in den Räumlichkeiten von Primarschulhäusern erlebt, wie dies beispielsweise in der Gemeinde Emmen im Schulhaus Gersag der Fall war. Insgesamt gab es 1954 acht Gewerbeschulhäuser im Kanton Luzern.²⁹⁷ Dort unterrichteten in jenem Jahr 190 nebenamtlich sowie 20

²⁹⁶ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979; (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 3); (Kurmann, 2013).

²⁹⁷ Luzern, Emmen, Reiden, Sursee, Willisau, Wolhusen, Knutwil, Hochdorf (SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958).

vollamtlich engagierte Gewerbeschullehrpersonen, was im nachfolgenden Diagramm 9 veranschaulicht wird.



Diagramm 9: Anzahl gewerbliche Lehrpersonen im Kanton Luzern²⁹⁸

Der Schulbetrieb der Gewerbeschulen im Kanton Luzern war 1954 sowohl kantonal als auch kommunal organisiert. Das Amt für Berufsbildung war für die Errichtung der Berufsschulen (Art. 27, BbA 1930) und für die Organisation des beruflichen Unterrichts (Art. 27, BbA 1930) verantwortlich, die Gemeinden als Träger der Gewerbeschulen für die Betriebskosten der Berufsschulen zuständig (Art. 24, kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 26. Juni 1930). Zur Verwaltung der Schul- und Betriebskosten der Berufsschulen (Art. 139, kantonales Erziehungsgesetz vom 28. Oktober 1953) gehörten der Unterhalt der Berufsschulen genauso wie die Besoldung der Gewerbeschullehrpersonen. Gleichwohl teilten sich die Gemeinden und der Kanton Luzern die Besoldung der Gewerbeschullehrpersonen in einem Verhältnis von

²⁹⁸ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979; (Gewerbeschule der Stadt Luzern, 1981, S. 3).

35 % zu 65 % auf (Art. 96, Ziff. 1 Abs. 1 und 2 sowie Ziff. 4, Erziehungsgesetz 1953). „Der Kanton Luzern leistet somit an die Lehrbesoldung im Vergleich zu mehreren anderen Kantonen einen sehr hohen Beitrag.“²⁹⁹ Diese hohe Beitragsleistung stand in einem direkten Zusammenhang mit der Lehrpersonenwahl, die bis ins Jahr 1967 dem kantonalen Erziehungsrat unterstellt war (Art. 86, Erziehungsgesetz). Die gesamte Organisation der Berufsbildung im Kanton Luzern lag beim Erziehungsdepartement beziehungsweise dem Amt für Berufsbildung. Die gesetzlichen Vorgaben wiederum waren gestützt auf das Bundesgesetz über die Berufsbildung von 1930 und die dazugehörige Verordnung.

Dass sich diese Ausgangslage in der dualen Berufsbildung von 1954 im Kanton Luzern über die untersuchten 27 Jahre bis 1980 verändert hat, belegen die in dieser Zeitphase neu gegründeten Organisationen, wie das Zentralschweizerische Technikum Luzern, die Einführung der Berufsmittelschule, der infrastrukturelle Ausbau der Gewerbeschulen in Luzern und Emmen genauso wie die bis ins Jahr 1979 auf 6570 angestiegene Anzahl Schüler/-innen und die bis ins Jahr 1980 auf 71 angestiegene Anzahl vollamtlich angestellter Lehrpersonen (siehe oben Diagramm 8 und Diagramm 9).

Diese Forschungsergebnisse sind insofern nicht überraschend, als dass der Dienstleistungssektor im Verlauf des 20. Jahrhunderts stetig anstieg und der Beschäftigungsanteil im Industriesektor bis 1965 einen leichten Zuwachs verzeichnete und in der Folge zugunsten des Dienstleistungssektors wieder abnahm. Der Landwirtschaftssektor hingegen wurde im 20. Jahrhundert fortwährend geringer (siehe Diagramm 1 und Diagramm 5). Die angestiegenen Beschäftigungsraten im zweiten und dritten Sektor zwischen 1954 und 1965 lassen dennoch eine positive Entwicklung der Anzahl Berufsschüler/-innen sowie Gewerbeschullehrpersonen vermuten. Gleichwohl erstaunt die auf den folgenden Seiten chronologisch geordnete Gegenüberstellung der fallspezifischen und grafisch dargestellten Argumentationsmuster. Sie macht eine Veränderung der diskursiven Logiken und der Verhältnisse der Konvention in der Diskussion über den Ausbau der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern zwischen 1954 und 1980 sichtbar. Hierbei ist anzumerken, dass die Zahlenbasis jedes Argumentationsmusters gering ist und sich die Quellen je Argumentationsmuster unterscheiden. Deshalb strebt die Verfasserin keine quantitative Auslegung zu Vergleichszwecken an, sondern wählt diese Darstellungsform, um die Argumentationsmuster sowie die Hierarchien der Argumentationen je Koordinationsprozess abzubilden.

Für den Koordinationsprozess über die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums analysierte die Verfasserin auf kantonomer Ebene den Gründungsprozess beruhend auf Protokollen des Grossen Rates des Kantons Luzern, Berichten des Regierungsrats des Kantons

²⁹⁹ STALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats. Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Erziehungsgesetzes vom 28. Oktober 1953/13. März 1957/31. Januar 1961/6. März 1963/12. November 1963/3. März 1964. Botschaft vom 7. November 1966 vom Regierungsrat, S. 397.

Luzern, Artikel nationaler Zeitschriften, Jahresberichten des Zentralschweizerischen Technikums und Sekundärliteratur (siehe Unterkapitel 5.2). Darin kennzeichnete sie insgesamt 37 Argumentationen und ordnete diese den Konventionen sowie deren Qualitäten zu (siehe Unterkapitel 4.3 und Anhang Tabelle 9).

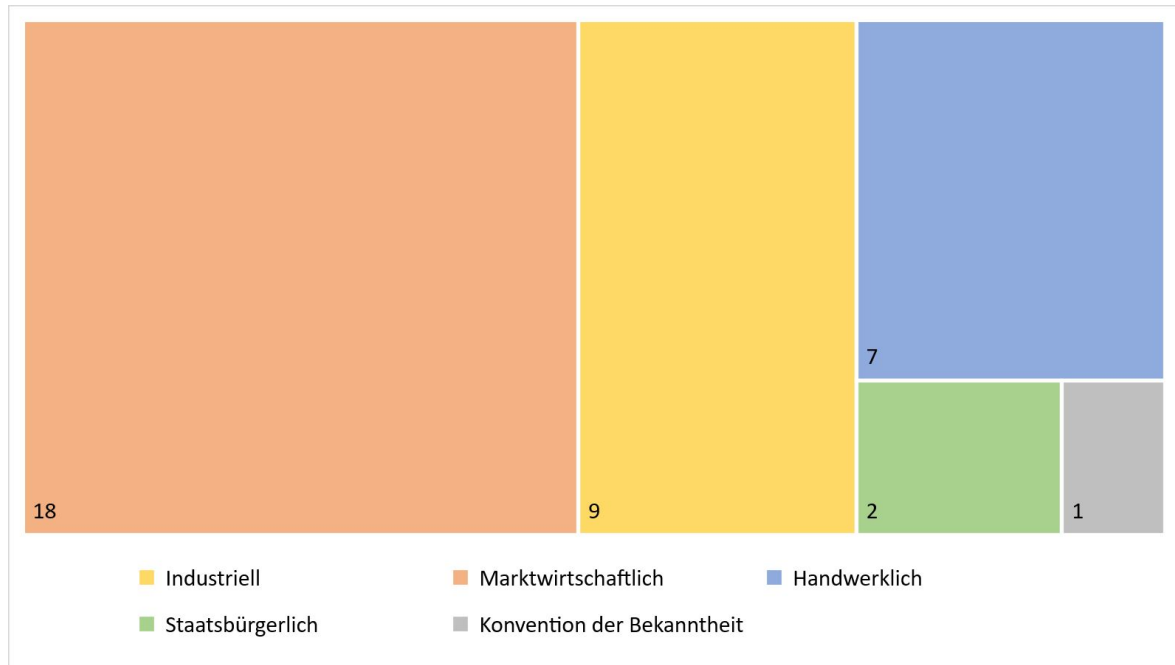


Diagramm 17: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster³⁰⁰) aller beteiligten Akteure im Gründungs- und Entwicklungsprozess des ZTL

Das oben aufgeführte Diagramm 17 stellt grafisch das Argumentationsmuster der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern dar. Darin überwiegt die *Marktkonvention* (18-mal). Halb so oft argumentierten die Akteure mit der *industriellen Konvention* (9-mal) und fast gleich häufig mit der *handwerklichen Konvention* (7-mal). Auffallend wenig erschienen die *Konvention der Bekanntheit* (1-mal) sowie die *staatsbürgerliche Konvention* (2-mal). Die anderen drei Konventionen – *ökologische Konvention*, *Netzwerk-konvention* und *Konvention der Inspiration* – liessen sich im Quellenmaterial nicht eruieren. Zusammengefasst bedeutet dies, dass in diesem Koordinationsprozess mehrere Konventionen gleichzeitig im Spiel waren.

Um Vergleiche vollziehen zu können, wertete die Verfasserin dieser Studie auf kantonaler und kommunaler Ebene den Koordinationsprozess über die Errichtung der Berufsmittelschulen basierend auf Sitzungsprotokollen, Briefen, Anträgen und Beschlüsse aus dem Erziehungsdepartement des Kantons Luzern sowie den Gemeinden Emmen und der Stadt

³⁰⁰ Die Zahlen im Kacheldiagramm entsprechen der Anzahl Nennungen in den untersuchten Quellen.

Luzern aus (siehe Unterkapitel 5.3). Insgesamt konnte die Verfasserin in diesem Quellenmaterial 51 Argumentationen festmachen und diese den Qualitätskonventionen zuordnen (siehe Unterkapitel 4.3 und Anhang Tabelle 12). Das nachfolgende Diagramm 19 spiegelt das Argumentationsmuster der Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern wider. Im Vergleich zum Argumentationsmuster über die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern (siehe Diagramm 17) überwiegen in diesem Fall die *industriellen* und *marktwirtschaftlichen* Konventionen mit je 19 Nennungen. Achtmal haben die involvierten Akteure mit der *marktwirtschaftlichen Konvention* argumentiert. Es fallen aber auch Argumente aus der *handwerklichen Konvention* (3-mal) sowie der *Konvention der Bekanntheit* (2-mal). Aus dem Quellenmaterial liessen sich keine Argumente einer der drei Konventionen *ökologische Konvention*, *Netzwerkkonvention* und *Konvention der Inspiration* zuordnen. Zusammenfassend bedeutet dies, dass der Koordinationsprozess der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums wie auch der Koordinationsprozess der Errichtung der Berufsmittelschulen von mehreren Qualitätskonventionen gleichzeitig geprägt wurden.

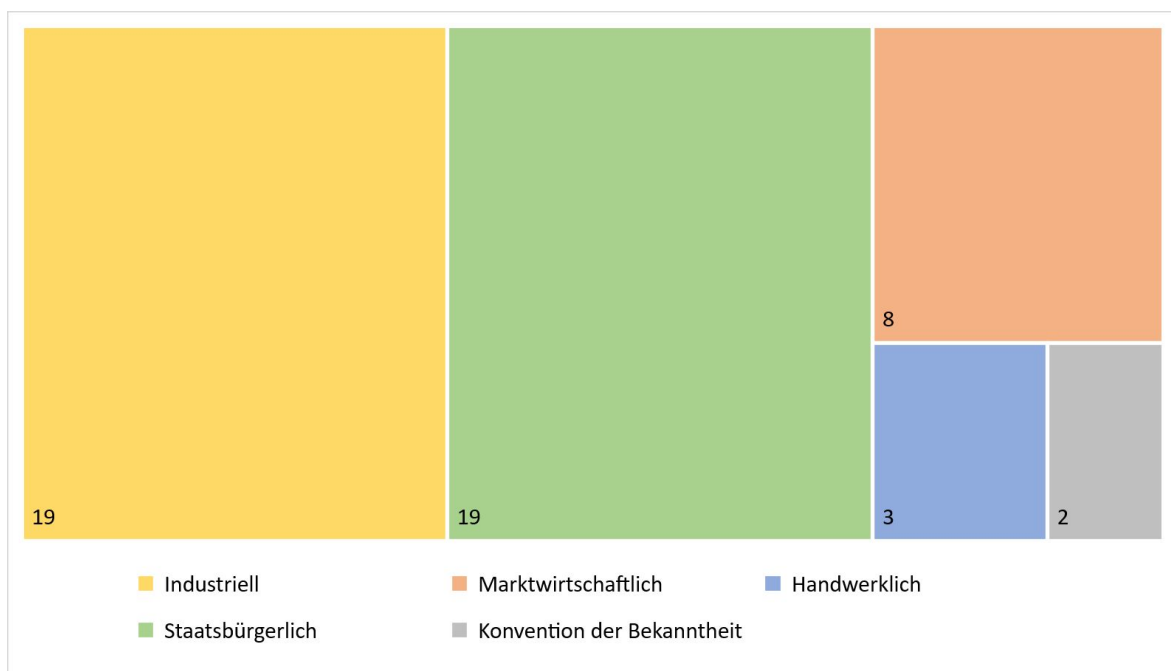


Diagramm 19: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster³⁰¹) aller beteiligten Akteure im Prozess der Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern

Das Argumentationsmuster aus dem Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen entstand ebenfalls aus

³⁰¹ Die Zahlen im Kacheldiagramm entsprechen der Anzahl Nennungen in den untersuchten Quellen.

Quellenmaterial, das auf kommunaler sowie kantonaler Ebene anzusiedeln ist. Dieser Quellenkorpus, bestehend aus brieflichen Korrespondenzen zwischen kantonalen sowie kommunalen Akteuren, Protokollen und Akten der kommunalen Aufsichtskommissionen für die Gewerblichen Berufsschulen, Jahresberichten der Gewerblichen Berufsschulen der Gemeinde Emmen und Luzern, parlamentarischen Anträgen, Beschlüssen der Exekutive und einer Publikation zur Eröffnung der Berufsschule Emmen (siehe Unterkapitel 5.1), beinhaltet insgesamt 35 Argumentationen, die die Verfasserin mit dem Instrument der Qualitätskonventionen (siehe Unterkapitel 4.3 und Anhang Tabelle 6) systematisierte. Wie in den bereits dargestellten Koordinationsprozessen machten die involvierten Akteure von der *industriellen*, der *marktwirtschaftlichen*, der *handwerklichen* und der *staatsbürgerlichen* Konvention Gebrauch. Die industrielle Konvention überwiegt mit 20 Nennungen, gefolgt von der *marktwirtschaftlichen* (6-mal), der *handwerklichen* (5-mal) und der *staatsbürgerlichen* (4-mal) Konvention. Kein einziges Argument konnte von der Verfasserin dieser Untersuchung der *ökologischen Konvention*, der *Netzwerkkonvention* oder der *Konvention der Inspiration* zugeordnet werden. Dieses Argumentationsmuster ist nachfolgend grafisch dargestellt (Diagramm 14).

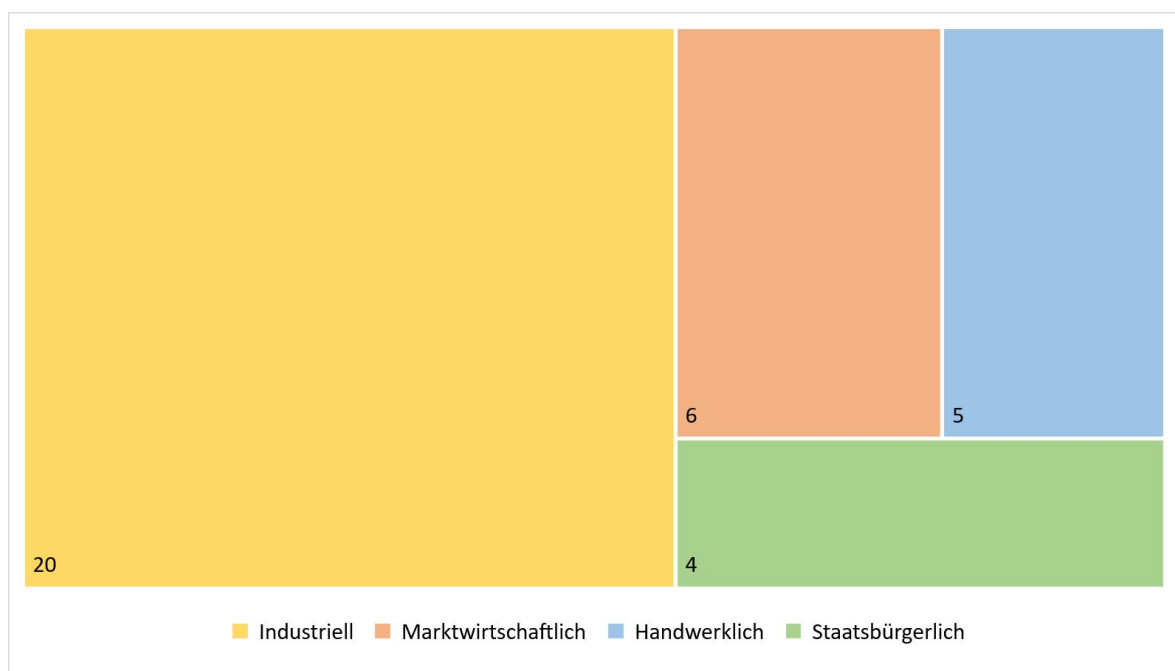


Diagramm 14: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster³⁰²) aller beteiligten Akteure im Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen

³⁰² Die Zahlen im Kacheldiagramm entsprechen der Anzahl Nennungen in den untersuchten Quellen.

Die Fragen, die die Verfasserin nun an diese in den Diagrammen Diagramm 14, Diagramm 17 und Diagramm 19 ausgewiesenen Ergebnisse stellt, lautet: Wie lassen sich die Unterschiede der Argumentationsmuster erklären und wie kommt es, dass einerseits kontinuierlich mehrere Qualitätskonventionen gleichzeitig angeführt wurden und andererseits stets von denselben fünf Qualitätskonventionen Gebrauch gemacht wurde?

Für diese Erklärungen diskutiert die Verfasserin nachfolgend die untersuchten Fallbeispiele, indem sie diese chronologisch ordnet. Das bedeutet, sie beginnt mit der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern (1957). Das ZTL steht für Veränderung der dualen Berufsbildung auf kantonaler Ebene in den 1950er-Jahren, beruhend auf den institutionellen Rahmenbedingungen unter dem Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung von 1930.

Danach handelt die Verfasserin das Beispiel Errichtung der Berufsmittelschulen ab. Dieser Koordinationsprozess begann 1969 auf lokaler und kommunaler Ebene unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen des revidierten Bundesgesetzes über die Berufsbildung im Jahr 1963. Diese gesetzlichen Vorgaben kannten das Bildungsangebot ‚Berufsmittelschulen‘ nicht, da es auf nationaler Ebene erst im Bundesgesetz über die Berufsbildung von 1978 konsolidiert wurde. Der Koordinationsprozess über die Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern steht exemplarisch für einen regionalen und lokalen bildungspolitischen Diskurs der 1970er-Jahre. Dieser Diskurs war von einer engen Korrespondenz zwischen dem Amt für Berufsbildung (kantonale Ebene) und dem Gemeinderat Emmen, dem Stadtrat Luzern, der kommunalen Aufsichtskommission über die Gewerbeschulen sowie den Rektoren der Gewerbeschulen geprägt. Tendenziell kam die Initiative der Errichtung der Berufsmittelschulen vom Amt für Berufsbildung, da die Zuständigkeit der Berufsmittelschulen auf kantonaler Ebene lag.

Schliesslich legt die Verfasserin dieser Studie das Beispiel infrastruktureller Ausbau der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen dar. Die infrastrukturellen Veränderungen zogen sich von 1954 bis 1980 hin und bildet ergo den bildungspolitischen Diskurs über die gesamte in dieser Arbeit untersuchten Zeitphase ab. Der Diskurs fand wie beim Koordinationsprozess über die Errichtung der Berufsmittelschulen auf kommunaler und kantonaler Ebene statt. Wobei das Schwergewicht in diesem Fall auf der kommunalen Ebene lag, da die Gemeinden zwischen 1954 und 1980 als Träger der Gewerbeschulen fungierten.

Anhand dieser Fallbeispiele für bildungspolitische Koordinationsprozesse versucht die Verfasserin dieser Studie, die Entwicklung der dualen Berufsbildung mit dem ‚Scheinwerfer‘ der Geschichte zu beleuchten, indem sie fragt, worauf der Antrieb, die duale Berufsbildung im Kanton Luzern auszubauen, gründete und ob es wirtschaftliche Faktoren oder politisch motivierte Handlungen gab, die zum Wandel führten. Dazu dehnt sie den auf die Organisationen der dualen Berufsbildung gerichteten ‚Lichtkegel‘ durch kontextu-

elle Informationen. Denn nur dadurch kann die Verfasserin dieser Untersuchung die damalige Situation der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern und die bildungspolitische Konstellation rekonstruieren. Dabei ist es ihr bewusst, dass sie niemals die ‚ganze‘ Geschichte erfassen kann. Gemäss Kurt Messmer muss sie dies aber auch nicht, denn „liesse sich der ganz Raum gänzlich ausleuchten, wäre uns damit nicht gedient. Mit der alles überwuchernden Totale könnte niemand etwas anfangen. Wir brauchen Nahaufnahmen“ (Messmer, 2013, S. 207). Die für diese Untersuchung eingefangenen Nahaufnahmen werden nun diskutiert.

Gründung des Zentralschweizerischen Technikums in den 1950er-Jahren: Dominanz der Marktkonvention

Die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums (ZTL) geht ins Jahr 1957 zurück und stützt sich auf das Bundesgesetz über die Berufsbildung aus dem Jahr 1930. Darin war die Subventionierung der höheren technischen Lehranstalten noch nicht verankert, obwohl diese bereits Subventionsgelder beziehen konnten (siehe Unterkapitel 2.5). Auch im Kanton Luzern existierte kein Gesetz, das die Organisation eines Technikums reglementierte. Dieses Gesetz wurde im Koordinationsprozess über die Gründung des ZTL beruhend auf der Botschaft des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 18. März 1957³⁰³ diskutiert und erstellt. Dieser Botschaft ging ein parlamentarischer Vorstoss durch die Motion Peter Müller, Ruswil, vom 6. März 1950 mit der Forderung, die Frage einer Verwirklichung des Innerschweizer Technikums zu prüfen, sowie eine Untersuchung der Technikumsfrage durch die am 16. Februar 1953 gegründete Kommission voraus (siehe Abschnitt 5.2.1). Das bildungspolitische Argumentationsmuster dieses Koordinationsprozesses ist vorwiegend von der *marktwirtschaftlichen Konvention* und dem Argument der Nachfrageorientierung und der Wettbewerbsfähigkeit geprägt. Für den Erklärungsversuch, weshalb dies so war, blickt die Verfasserin dieser Untersuchung auf die vorherrschende Wirtschaftsstruktur der 1950er-Jahre. Damals war die zweite industrielle Revolution sowohl in der gesamten Schweiz wie auch im Kanton Luzern in vollem Gang. Der Arbeitsmarkt benötigte viele Arbeitskräfte und höher gebildetes Fachpersonal um wettbewerbsfähig zu bleiben (siehe Unterkapitel 2.1 und 2.6 sowie Diagramm 7). Zudem machte der technologische Fortschritt höher qualifiziertes Personal und Weiterbildungsmöglichkeiten erforderlich, um mit der technischen Entwicklung Schritt halten zu können. Ausserdem erhöhten die Technologiefortschritte die Arbeitsteilung innerhalb eines Unternehmens zunehmend und liess die Nachfrage nach mehr und vertieftem Wissen für die einzelnen Arbeitsschritte steigen. Die-

³⁰³ StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Luzern im Jahre 1957. Botschaft an den Grossen Rat des Kantons Luzern mit einem Gesetzesentwurf über das Zentralschweizerische Technikum Luzern, 18. März 1957.

se Forderungen nach mehr und höher qualifizierten Arbeitskräften wurde lokal, regional und interkantonal³⁰⁴ mit der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern umgesetzt und decken sich mit der marktwirtschaftlichen Konvention und deren Argument der Nachfrageorientierung und Wettbewerbsfähigkeit.

Lenkt die Verfasserin den ‚Scheinwerfer‘ noch einmal auf die Argumentationen der staatlichen sowie wirtschaftlichen Akteure, zeigt sich nachfolgendes Argumentationsmuster (Diagramm 18):

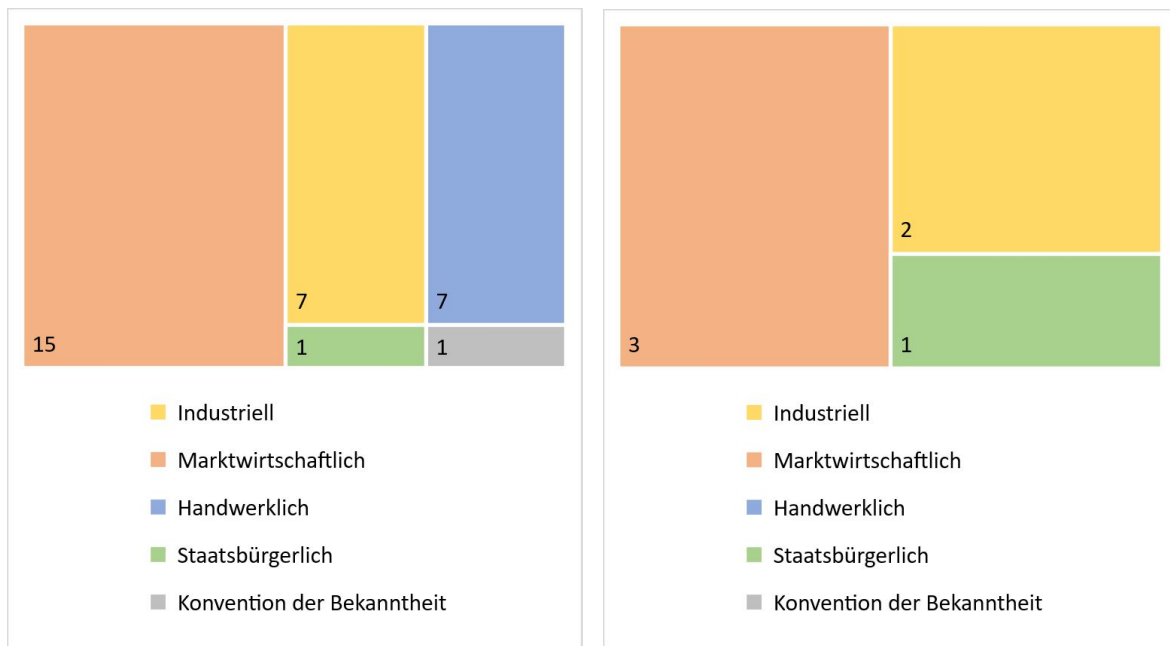


Diagramm 18: Argumentationsmuster bei der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen Akteuren (rechts)

Hierbei fällt auf, dass sowohl die staatlichen Akteure (in diesem Fall waren dies der Regierungsrat des Kantons Luzern (Exekutive), der Grosse Rat des Kantons Luzern (Legislative), die Baukommission des ZTL und der Technikumsrat wie auch die wirtschaftlichen Akteure (vertreten durch den Schweizerischen Technischen Verband, Vertreter der Elektor-Installationsbranche und diverse Architekten) die *marktwirtschaftliche Konvention* verwendeten und der Nachfrageorientierung sowie der Wettbewerbsfähigkeit Ausdruck verliehen. Bemerkenswert sind die Argumentationen mit der *marktwirtschaftlichen Konvention* der staatlichen Vertreter. Diese zeigten anhand der Anzahl Studierenden des Kantons Luzern auf, wie wenig Studierende ein Berufsbildungsangebot auf ausseruniversitärer Tertiärstufe nutzten (siehe Abschnitt 5.2.1). Deshalb war es ihnen ein Anliegen, diese Situ-

³⁰⁴ Wie in Abschnitt 5.2.1 dargestellt gab es bei der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums ein Konkordat mit den Kantonen Uri, Schwyz, Zug, Ob- und Nidwalden sowie Wallis.

ation zu ändern. Die Verfasserin dieser Untersuchung vermutet hinter diesem Motiv zum einen die bildungspolitische Motivation, den Bildungsstandort Zentralschweiz attraktiver zu gestalten, und zum anderen, gegenüber den anderen Kantonen der Schweiz im Wettbewerb um den Bildungsstandort interessant zu werden. Dies führt sie auf die generelle Aufbruchsstimmung zurück, die während der zweiten industriellen Revolution herrschte und in der zweiten Gründungswelle der Technika sichtbar wurde (Gieré, 2013). Zudem war die *industrielle Konvention* auf der staatlichen Seite ebenso häufig vertreten wie das *handwerkliche* Argument. Dies hängt gemäss den Quellenanalysen zum einen mit der Diskussion über die Standortfaktoren zusammen, die schliesslich für den Neubau des Zentralschweizerischen Technikums in Horw anstatt in Littau gesprochen haben. Zum anderen wurde die Forderung nach der Verknüpfung von Praxis und Theorie stets gefordert. Dieses Argument spricht für die stark praxisorientierte Tradition in der Berufsbildung. Interesse weckt an diesem Muster auch, dass die staatsbürgerliche Konvention nur je einmal genannt wurde. Dies wird sich, wie weiter oben bereits erwähnt, im Koordinationsprozess über die Errichtung der Berufsmittelschulen ändern.

Hinzu präsentiert dieses nach Akteuren strukturierte Muster in der Hierarchie der eingebrachten Konventionen eine gewisse Ähnlichkeit, mit Ausnahme der *handwerklichen Konvention*, die allein bei den staatlichen Akteuren vertreten ist. Aufgrund dieser Konvention kann es aber nur schwer zu einem merklichen politischen Widerstand durch die Wirtschaftsvertreter kommen. Denn die Verfasserin hätte keine Erklärung dafür, weshalb die Wirtschaftsvertreter gegen eine Verknüpfung der Praxis und Theorie (*handwerkliche Konvention*) hätten ankämpfen wollen. So war ein rascher Koordinationsprozess möglich, der 1956 mit dem Gesetz über das Zentralschweizerische Technikum konsolidiert wurde. Gleichzeitig bedeutete die Gründung des Zentralschweizerischen Technikums eine Expansion der Berufsbildung in der Zentralschweiz. Plötzlich war das Bildungsangebot mit einem tertiären ausseruniversitären Berufsbildungsangebot erweitert worden. Hinzu differenzierte sich die Organisation Technikum nach der Gründung verhältnismässig zügig. Das Technikum startete mit drei Abteilungen und erweiterte diese bereits nach einem Jahr mit der Studienrichtung Bauabteilung (Hoch- und Tiefbau) (siehe Unterkapitel 5.2).

Errichtung der Berufsmittelschulen in den 1970er-Jahren: Dominanz der industriellen und staatsbürgerlichen Konventionen

Der Koordinationsprozess über die Errichtung der Berufsmittelschulen dient als Fallbeispiel für eine bildungspolitische Debatte, die 1969 begonnen hatte und sich bis zur gesetzlichen Verankerung im Bundesgesetz über die Berufsbildung von 1978 hinzog. Deshalb steht dieses Fallbeispiel für eine bildungspolitische Diskussion der 1970er-Jahre. Die Diskussion begann zu einer Zeit, in der der Wirtschaftsaufschwung seinen Zenit erreicht hatte und mit der Ölkrise im Jahr 1973 ein abruptes Ende fand. Erstaunlich dabei ist, dass im

Kanton Luzern die bildungspolitische Diskussion über die Errichtung der Berufsmittelschulen auch in der Phase der Wirtschaftskrise keinen Abbruch erlitt. Im Gegenteil, die Diskussion wurde nahtlos und ohne merklichen politischen Widerstand weitergeführt. Beziehungsweise führte sie auf kantonaler Ebene zu dem Beschluss, die nach fünf Jahren endende Pilotphase der Berufsmittelschule im Jahr 1976 ohne bildungspolitischen Widerstand zu verlängern (siehe Unterkapitel 5.3). Die Errichtung der Berufsmittelschulen stützt sich auf das im Jahr 1963 revidierte Bundesgesetz über die Berufsbildung, worin die Berufsmittelschule indes noch kein Thema war (Art. 21–27, BBG 1963). Diese Systemdifferenzierung erfolgte sozusagen ‚bottom-up‘. Das bedeutet, im Fall Kanton Luzern wurden die Berufsmittelschulen ab 1971 eingeführt, und erst zeitlich nachgelagert wurde das Bildungsangebot ‚Berufsmittelschule‘ im Bundesgesetz von 1978 gesetzlich geregelt (Art. 29, BBG 1978).

Vor dieser Ausgangslage stellt sich die Verfasserin dieser Untersuchung die Frage, weshalb die staatsbürgerliche Konvention im Koordinationsprozess der Errichtung der Berufsmittelschulen so stark vertreten ist.

Eine mögliche Erklärung für dieses Argumentationsmuster liefert die in den 1960er-Jahren aufgeblühte gesellschaftspolitische Diskussion über die Chancengleichheit oder kurz formuliert: ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ (siehe Unterkapitel 2.3). Die Verfasserin schliesst auf diesen Zusammenhang, da im konventionentheoretischen Argumentationsmuster über die Errichtung der Berufsmittelschule im Kanton Luzern die staatsbürgerliche Konvention überwiegt. Diese Konvention zeichnet sich durch die Qualitäten der Chancengleichheit, der Fairness und der Partizipation aus.

Betrachtet die Verfasserin nun die Argumentationsmuster akteursspezifisch, offenbart sich nachfolgendes Bild (Diagramm 20):

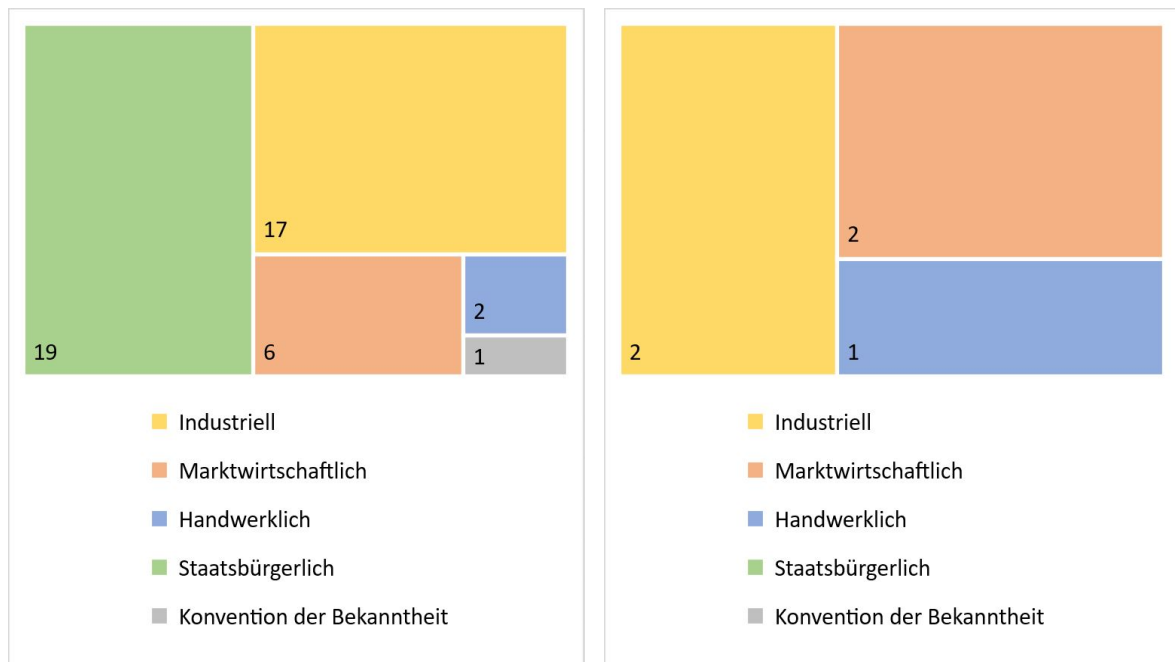


Diagramm 20: Argumentationsmuster gemäss Konventionentheorie beim Koordinationsprozess Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern, strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen (rechts) Akteuren

Die staatlichen Akteure waren in diesem Fall vertreten durch den Regierungsrat des Kantons Luzern (Exekutive), das Amt für Berufsbildung des Kantons Luzern, den Grossen Rat des Kantons Luzern (Legislative), den Gemeinderat Emmen und den Stadtrat Luzern (Exekutive), die Aufsichtskommissionen der Gewerbeschule Emmen und der Stadt Luzern sowie die Direktoren der Gewerbeschule Emmen und der Gewerbeschulen der Stadt Luzern (siehe Tabelle 12 und Tabelle 13). Diese staatlichen Akteure betrachtet die Verfasserin als gewählte Vertreter der Gesellschaft und schliesst daraus, dass sich die gesellschaftspolitische Forderung von ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ in der politischen Diskussion niederschlägt. Die staatlichen Akteure argumentieren allerdings nicht nur *staatsbürgerlich*, sondern auch bemerkenswert häufig mit der *industriellen Konvention*. Sie steht primär für eine funktionale, geplante, standardisierte Lösung, die Qualität verspricht. Ein möglicher Grund für die von der *industriellen Konvention* stark geprägte Argumentation ist die zu jener Zeit präsente ‚Planungseuphorie‘ (siehe Unterkapitel 2.2). So wurden in den gesichteten Quellen von den Akteuren harte Fakten wie die Entwicklung der Schüler/-innenzahlen, Klassengrößen oder des erforderlichen Schulraums herangezogen. In Bezug auf das Merkmal Funktionalität der *industriellen Konvention* ist bemerkenswert, dass das neue Bildungsangebot ‚Berufsmittelschule‘ auf kantonaler Ebene angesiedelt wurde, denn dadurch wurde den Schüler/-innen des gesamten Kantons Luzern und den umliegenden Kantonen Uri, Schwyz, Zug, Ob- und Nidwalden der Zugang zum Angebot erleichtert. Dabei nahm die Berufsmittelschule – ebenfalls aus Gründen der Funktionalität – in den gleichen Räumlichkeiten ihren Betrieb auf, wo bereits die Schüler/-innen der Gewerbeschule unterrichtet

wurden. Die unmittelbare Nähe der beiden Bildungsinstitutionen erleichterte auch die Stundenplankoordination. Dazu verhalf ebenfalls, dass sich Gewerbeschullehrpersonen zunehmend vollamtlich engagieren konnten (siehe Diagramm 9). Dies ermöglichte den Rektoren eine grössere Freiheit im Einsatz der Lehrpersonen und vereinfachte die Organisation des Unterrichts. Damit vollamtlich engagierte Gewerbeschullehrpersonen gewählt werden konnten und die Unterrichtsqualität gewährleistet war, wurde immer öfters eine entsprechende Qualifikation gefordert. Die Ausbildung der Gewerbeschullehrpersonen lag in der Zuständigkeit des Bundes (Art. 27, BBG 1963). Dieser baute das Ausbildungsangebot in der untersuchten Zeitphase zunehmend aus, wie zum Beispiel durch die Gründung des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik (SIBP) (siehe Fussnote 256).

Das Argumentationsmuster zeigt darüber hinaus, dass auch die *Marktkonvention* eine Rolle spielte, und zwar stärker bei den staatlichen Akteuren stärker als bei den Wirtschaftsvertretern. Dies mag damit zusammenhängen, dass die untersuchten Quellen primär aus staatlichen Archiven stammen (siehe Fussnoten 196 und 226) und Wirtschaftsvertretern weniger in staatlichen Gremien vertreten waren. Dennoch deutet das Muster darauf hin, dass der Arbeitsmarkt nach wie vor auf höher ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen war. Mit dem Angebot der Berufsmittelschule konnten einerseits die starken Schüler/-innen der Sekundarstufe I auch für die Berufsbildung gewonnen und andererseits gleichzeitig eine Durchlässigkeit hin zum Zentralschweizerischen Technikum Luzern geschaffen werden. Dort wurden Studierende zu Personal mittleren Kaderleuten ausgebildet.

Gleichsam überraschte es die Verfasserin, dass sie keine expliziten Argumente herauskristallisieren konnte, in welchen die Errichtung der Berufsmittelschulen mit den expandierenden Kantonsschulen im Kanton Luzern in einen Zusammenhang gebracht wurde. Das heisst, keiner der Akteure forderte einen Ausbau von Bildungseinrichtungen der dualen Berufsbildung wegen der gymnasialen Expansion. Indirekt kann indes der Ausbau der dualen Berufsbildung in den Zusammenhang mit den expandierenden Gymnasien über die Marktkonvention im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit des Berufsbildungsangebots der dualen Berufsbildung gegenüber den Gymnasien hergestellt werden. In den Interviewaussagen von Heinrich Meyer und Xaver Ineichen (Interview geführt am 14. Januar 2016), Paul Wirz und Hermann Jossen (Interview geführt am 18. April 2016), Josef Widmer (Interview geführt am 6. Februar 2018) und Peter Steingruber (Interview geführt am 15. Februar 2018) wurde das Argument der Wettbewerbsfähigkeit indirekt über das erklärte Ziel der Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsbildung gegenüber der Gymnasien bestätigt.³⁰⁵ Sie waren der Meinung, dass die duale Berufsbildung mit der Einführung der Berufsmittelschule gegenüber dem allgemeinbildenden Weg an Attraktivität gewann.

³⁰⁵ Genauere Angaben zu den interviewten Personen siehe Quellen- und Literaturverzeichnis Seite 226.

Dieses Resultat führt die Verfasserin zur Beantwortung der noch offenen Frage, ob die duale Berufsbildung im Kanton Luzern einen höheren Stellenwert innehatte als die gymnasiale und universitäre Bildung. Diese Frage kann allerdings so nicht beantwortet werden, da keine direkten Belege dazu vorliegen. Die Verfasserin kann allein vermuten, dass der Stellenwert der dualen Berufsbildung bei den staatlichen und wirtschaftlichen Vertretern sowie bei den Bürger/-innen des Kantons Luzern hoch war. Sie führt dies auf das Verhältnis der Anzahl Schüler/-innen des Gymnasiums im Vergleich zur Berufsbildung zurück: 1570 (1978) zu 6570 (1979). Dieses Verhältnis zeigt, dass die Kantonsschulen im Kanton Luzern nur zu einer gewissen Masse die duale Berufsbildung konkurrierten. Zudem konnte die Verfasserin dieser Studie im bildungspolitischen Koordinationsprozess weder auf kantonaler noch auf kommunaler Ebene politisch einschneidende Widerstände in der Einführung der Berufsmittelschule orten. Im Gegensatz zum Ausbau der dualen Berufsbildung durch die Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern wurde indes in derselben Zeitphase im Kanton Luzern die Gründung der Universität Luzern vom Stimmvolk an der Urne abgelehnt. Die Verfasserin will damit sagen, dass der Ausbau der Berufsbildungsorganisation in dieser Zeit möglich war, der Ausbau der allgemeinbildenden Bildungsorganisation mit der Gründung einer Universität vom Stimmvolk aber abgelehnt wurde.

Die Differenzierung der Institution ‚duale Berufsbildung‘ durch die Errichtung der Berufsmittelschulen war auch im Kanton Luzern vermutlich vom Aufkommen der Humankapitaltheorie in den 1960er-Jahre (Becker, G. S., 1964, 1976, 1993; Becker, G. S. & Becker, 1998) beeinflusst (siehe Unterkapitel 2.2). Gerry Becker entwickelte die Grundlage für diese wirtschaftswissenschaftliche Theorie, worin er die Investitionen in Bildung und Wissen in einen direkten Zusammenhang mit dem langfristigen Wachstum einer Volkswirtschaft brachte. Gemäss der Theorie kommen die Investitionen in Ausbildungs- sowie Weiterbildungsangebote einer Person zugute, indem diese ihre Fertigkeiten, Fähigkeiten und ihr Wissen auf- und ausbaute und dafür entsprechend qualifiziert wird. Die Qualifikation steigert die Attraktivität der Person auf dem Arbeitsmarkt, da ihre Qualifikation einem Unternehmen Kapital bringt. Anders formuliert, sind Investitionen in die Bildung Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft. Der Humankapitaltheorie entsprechend errechneten Expertenkommissionen auf Auftrag des Bundesrates auf nationaler Ebene gegen Ende der 1960er-Jahre die Investitionen in die Bildung im Zusammenhang mit der Rückführung des gebildeten Personals in die Wirtschaft (Arbeitsgruppe Perspektivenstudien, 1971b; Jermann, 1972; Jermann et al., 1969). Die bildungspolitischen Expertenberichte legitimierten beispielsweise Bundessubventionen und Investitionen in ein Bildungsangebot wie jenes der Berufsmittelschule. In einer Berufsmittelschule wurden die allgemeinbildenden Fächer angeboten, und das Absolvieren einer Berufsmittelschule ermöglichte den prüfungsfreien Übertritt an eine höhere technische Lehranstalt (siehe Abschnitt 5.3.2). Eine HTL-Qualifikation war ein tertiär ausseruniversitärer Bildungsabschluss (Bundesamt für

Statistik, 1994). Wie in Unterkapitel 2.1 erläutert, waren auf dem Arbeitsmarkt viele Fachkräfte mit höheren Qualifikationen gesucht.

Neu- und Ausbau der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen: Von 1954 bis 1980 Dominanz der industriellen Konvention von 1954 bis 1980

Das Fallbeispiel Neu- und Ausbau der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen weist einen bildungspolitischen Koordinationsprozess aus, da die Anzahl der Schüler/-innen während der gesamten Zeitphase permanent anstieg. Deshalb war auch das Thema der Raumnot über die gesamte Dauer hinweg präsent. Die steigende Anzahl Schüler/-innen führt die Verfasserin dieser Arbeit auf die drei auf den vergangenen Seiten erläuterten Aspekte zurück: Wirtschaftsaufschwung, aufkommende Humankapitaltheorie (*Marktkonvention*) und Forderung nach ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ (*staatsbürgerliche Konvention*). Doch weshalb bleibt das Argumentationsmuster über die gesamte untersuchte Zeitphase hinweg so konstant? Und weshalb überwiegt die *industrielle Konvention* in diesem Masse, wie dies aus nachstehendem Diagramm 15 hervorgeht?

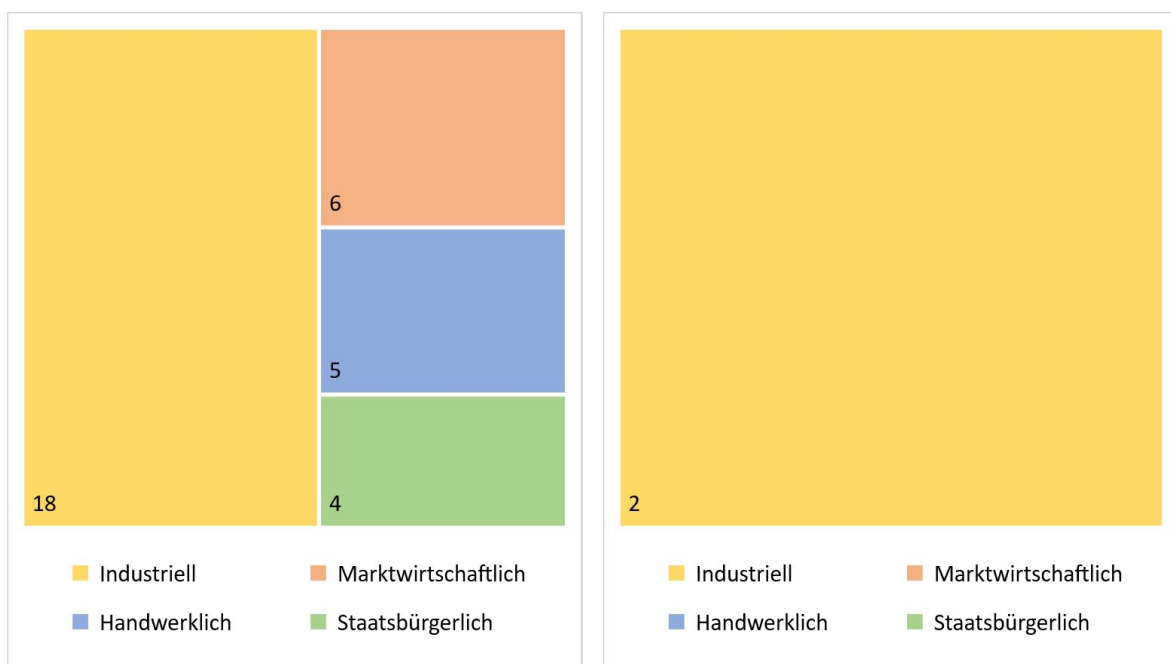


Diagramm 15: Argumentationsmuster im Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen (rechts) Akteuren

Als Erklärung hierfür könnten die Akteurskonstellation und deren Anspruch dienen, funktionale effiziente Lösungen zu kreieren, die allen Schüler/-innen des Kantons Luzern und der umliegenden Kantone eine Partizipation an der dualen Berufsbildung ermöglichten (*staatsbürgerliche Konvention*). Die Akteurskonstellation in diesem untersuchten Koordi-

nationsprozess ist auf der kommunalen und kantonalen Ebene anzusiedeln. Die Rolle der kommunalen Akteure war insofern eine gewichtigere, als dass gesetzlich geregelt die Trägerschaft bei ihr lag. Folglich hatten der Gemeinderat Emmen, die Aufsichtskommission der Gewerblichen Schulen Emmen, der Stadtrat Luzern (Exekutive) und der Grosse Stadtrat Luzern (Legislative) sowie die Rektoren der Gewerbeschulen und der Regierungsrat des Kantons Luzern die Errichtung und den Ausbau der entsprechenden Gewerbeschule zu koordinieren. Dass die Akteure der kommunalen Ebene vorwiegend mit der *industriellen Konvention* argumentierten, hängt vermutlich damit zusammen, dass als Wertigkeit der industriellen Konvention die Planung und als deren Bewertungskriterium die Effizienz fungiert. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass die kommunalen Akteure einen Aus- oder Neubau eines Gewerbeschulhauses budgetieren, planen und effizient umsetzen, wenn sie ihren Aufgabenbereich wahrnehmen.

Die *handwerkliche Konvention* mit der Wertigkeit der Tradition und Handarbeit ist im Muster ebenfalls sichtbar. Bezüglich dieses Aspekts kam es zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren tatsächlich zum Widerspruch. Die staatlichen Akteure auf kommunaler Ebene bauten im Fall des Stadtluzerner Gewerbeschulhauses Heimbach (siehe Abschnitt 5.1.2) für die Vertreter des Amtes für Berufsbildung und das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit einen überdimensionierten Demonstrationsraum. Damit brachten die Baukommission, der Rektor, die Aufsichtskommission der gewerblichen Berufsschulen der Stadt Luzern und der Stadtrat Luzern mit diesem Entscheid die Aufgabenaufteilung zwischen theoretischem Unterricht in der Schule und praktischer Ausbildung im Betrieb ins Wanken. Gemäss der Konventionentheorie waren sich die Akteure in dieser *handwerklichen Konvention* und dem Argument der Vertrautheit und Tradition nicht einig. Denn ein so grosser Demonstrationsraum eröffnete im beruflichen und theoretischen Unterricht die Möglichkeit vermehrt praktische Arbeit auszuüben, was aber im Aufgabenbereich der betrieblichen Ausbildung lag. Die Konsequenz aus diesem ‚Traditionsbruch‘ war, dass das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit sowie das Amt für Berufsbildung die vorgesehenen Subventionen von 58'000 Franken für den Demonstrationsraum nicht ausgeschütteten und die Stadt Luzern die finanziellen Aufwände vollumfänglich übernahm.

Blick auf die Zeitphase von 1954 bis 1980 und die vier untersuchten Koordinationsprozesse

Richtet die Verfasserin dieser Untersuchung den Blick auf alle 27 untersuchten Jahre und die vier analysierten Koordinationsprozesse, fällt auf, dass im Kanton Luzern über die gesamte Zeitphase von 1954 und 1980 der Wandel der dualen Berufsbildung expansive Züge aufwies und in den untersuchten Koordinationsprozessen keine bildungspolitische Debatte zur dualen Berufsbildung scheiterte. Dies kann als mögliche Erklärung für die industrielle, kulturelle sowie bildungspolitische Situation des Kantons Luzern herangezogen werden:

Zum einen entwickelte sich die Wirtschaft des Kantons Luzern wie in der ganzen Schweiz, wenn auch zeitlich etwas verzögert (siehe Diagramm 7). Der Kanton Luzern hatte im Jahr 1954 kaum Kantonsschulen und keine Universität, wo man den Bürger/-innen das Kulturgut Bildung hätten anbieten und Arbeitskräfte ausbilden können. Ferner war die Wirtschaft im Kanton Luzern stark gewerblich geprägt. Ein starkes, differenziertes und ausgebautes duales Berufsbildungssystem ermöglichte demnach sowohl den Zugang zum Kulturgut ‚Bildung‘ als es auch die kantonale Volkswirtschaft stabilisierte und den Bedarf an Arbeitskräfte der Unternehmen abdeckte. Die duale Berufsbildung wurde im Kanton Luzern zwischen 1954 und 1980 folglich zum Dreh- und Angelpunkt bezüglich der bildungspolitischen Forderung nach mehr Bildung. Dieses Bedürfnis wurde vermutlich von drei Faktoren positiv gestützt. Erstens vermittelte die in den 1960er-Jahren aufkommende Humankapitaltheorie, dass es sich lohnen kann, in die Bildung zu investieren. Zweitens zeigte die Bildungspolitik im Kanton Luzern mit der Gründung des Zentralschweizerischen Technikums, der Errichtung der Berufsmittelschulen, der Gründung der höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule und nicht zuletzt durch das Ablehnen des Universitätsprojektes im Jahr 1978, dass diese ‚Bildungsinvestitionen‘ in das Berufsbildungssystem fliessen sollen. Drittens hatte der Kanton Luzern mit dem Ausbau der dualen Berufsbildung die Möglichkeit, auf die spätestens ab Ende der 1960er-Jahre aufkommende Parole ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ zu reagieren.

Zum anderen konnte sich der Kanton Luzern über die duale Berufsbildung, für die er den beruflichen Unterricht auch für die umliegenden Kantone Zug, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden anbietet, innerhalb der Schweiz bildungspolitisch positionieren. Der Wille dafür zeigte sich nicht nur am damaligen Hauptsitz der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und der Deutschschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (DBK) in der Stadt Luzern, sondern gleichsam im Ausbau der dualen Berufsbildung.

Berufsbildung 4.0 – heutige Herausforderungen der Berufsbildung

Die Verfasserin wendet den Blick nun auf die Weiterentwicklung der dualen Berufsbildung nach 1980. Die vorliegende Untersuchung, die sich mit der Entwicklung der dualen Berufsbildung im Kanton Luzern von 1954 bis 1980 befasst, zeigt, dass mit der Einführung der Berufsmittelschulen Ende der 1960er-Jahre und anfangs der 1970er-Jahre Grundsteine für die 1991 durchgeführte Transformation der Berufsmittelschule zu den Berufsmaturitätsschulen gelegt wurden. Mit der Transformation gelang es, die Durchlässigkeit des dualen Berufsbildungssystems – die mit der Errichtung der Berufsmittelschulen bildungspolitisch erstmals diskursiv erwähnt wurde – gesetzlich zu verankern (Art. 5, FHSg, SR.

414.71).³⁰⁶ Davor war die Durchlässigkeit in der Wegleitung der Berufsmittelschulen zwar festgeschrieben, wurde aber an allen höheren technischen Lehranstalten (HTL) sowie höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen (HWV) unterschiedlich gehandhabt. Zusammen mit den bereits vorhandenen Berufsbildungsangeboten der ausseruniversitären Tertiärstufe³⁰⁷ – in dieser Arbeit wurde stellvertretend und exemplarisch das Zentralschweizerische Technikum Luzern untersucht – wurden diese höheren technischen Lehranstalten zu Fachhochschulen umfunktioniert (FHSG, SR. 414.71). Diese Veränderungen ebneten schliesslich den Weg für zwei bemerkenswerte Aspekte für die Bildungsgeschichte der Schweiz: Erstens konnte dadurch die Berufsbildung in das Bildungssystem der Schweiz eingegliedert werden. Und zweitens wurde die duale Berufsbildung zur echten Alternative gegenüber dem allgemeinbildenden Ausbildungsweg. Unabhängig davon, ob eine Jugendliche oder ein Jugendlicher den beruflichen oder allgemeinbildenden Bildungsweg auf der Sekundarstufe II aufnehmen wollte, konnte sie oder er nach Abschluss der Sekundarstufe II frei wählen, ob sie/er einen Übergang hin zur tertiären Stufe beschreiten wollte oder nicht. Die Wege dorthin stehen seit der Transformation der Berufsmittelschulen zu Berufsmaturitätsschulen und der damit eröffneten Durchlässigkeit des schweizerischen Bildungssystems offen.

Diese Tatsache soll gleichwohl nicht den Anschein erwecken, dass das Bildungssystem der Schweiz kein Entwicklungspotenzial mehr hätte. Kurt Weigelt, seit 2007 Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, formuliert die Herausforderungen der Berufsbildung in einem Gastbeitrag des St. Galler Tagblatts vom 22. November 2017 mit dem Titel ‚Berufsbildung 4.0 – sind wir bereit?‘ wie folgt: „Wir sind zur recht stolz auf unsere Berufslehre. Bekanntlich aber muss sich alles ändern, wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist. Der rasche Wandel in der Arbeitswelt geht nicht spurlos an unserer Berufsbildung vorbei. Im Gegenteil. Die Nähe zur realen Wirtschaft fordert die Berufslehre weit mehr heraus als theorielastige Lehrgänge an Hochschulen“ (Weigelt, 2017). Am 28. Januar 2018 hat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) zusammen mit Verbundpartnern das Leitbild ‚Berufsbildung 2030‘³⁰⁸ verabschiedet und setzt damit auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Berufsbildung. Die Berufsbildung solle auch im Jahr 2030 das bedeutendste Angebot zur Qualifizierung von Arbeitnehmenden für den Arbeitsmarkt sein, ist im Leitbild festgehalten. Dafür solle das Berufsbildungsangebot flexibilisiert, die Agilität des Systems erhöht und die Prozesse effizienter gestaltet

³⁰⁶ Das Bundesgesetz über die Fachhochschulen [SR. 414.71], kurz Fachhochschulgesetz (FHSG), wurde von der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft am 6. Oktober 1995 beschlossen und trat am 1. Oktober 1996 in Kraft.

³⁰⁷ (Bundesamt für Statistik, 1994)

³⁰⁸ (Staatssekretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI), 2018)

werden. Im Interview vom 6. Januar 2018 hat Josef Widmer, stellvertretender Direktor des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), erklärt, was dies konkret bedeutet: Beispielsweise sei es dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und seinen Verbundpartnern ein Anliegen, dass die Berufsleitbilder schneller verändert werden können. Bis anhin dauerte eine solche Änderung bis zu zehn Jahre. Für den raschen Wandel der Arbeitswelt sei das aber zu lange, denn nach zehn Jahren müsse ein Berufsleitbild möglicherweise erneut überarbeitet werden.³⁰⁹ Dies bestätigt auch Ralph Dubach als Geschäftsführer und Inhaber von Multi Reflex in Luzern, dem grössten Reprografieunternehmen der Zentralschweiz, das sechs Lernende ausbildet. Zudem gehört Ralph Dubach dem Berufsverband Copyprintsuisse³¹⁰ an, der im Moment das Berufsbild ‚Drucktechnologin und Drucktechnologe‘ überarbeitet. Im Interview vom 9. Januar 2018 erklärte Ralph Dubach die notwendige Neudefinition dieses Berufsbildes aufgrund der stark voranschreitenden Digitalisierung – mit der möglichen Konsequenz, dass die Berufslehre ‚Drucktechnologin oder Drucktechnologe‘ neu unter dem Namen ‚Medientechnologin und Medientechnologe‘ erscheinen wird. Die Änderung hänge direkt mit der Digitalisierung und den dementsprechend veränderten Aufgabenbereichen innerhalb dieser Berufslehre zusammen.³¹¹ Der Bundesrat hat vor dem Hintergrund der Digitalisierung am 11. Januar 2017 den ‚Bericht über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft‘ verabschiedet. Darin legt er Strategien aus und präsentiert Massnahmen, um mit der Herausforderung der digitalen Wirtschaft und Arbeitswelt umzugehen.³¹²

Ausserdem ist der seit 1957 von Fritz Hummler, Delegierter des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Kriegsvorsorge von 1953 bis 1965, belegte Fachkräftemangel (Bericht Hummler, 1959) noch immer eine grosse Herausforderung für den Schweizer Arbeitsmarkt, weshalb der Bundesrat, die Bildungspolitiker, Berufsverbände und Unternehmen nach Lösungsstrategien für den nach wie vor vorherrschenden Fachkräftemangel suchen (Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, 2016). Ein umsetzbarer Lösungsansatz wäre die Umschulung von Fachkräften beziehungsweise das Absolvieren einer zweiten Berufslehre für Erwachsene, wie sie auch im Leitbild ‚Berufsbildung 2030‘ skiz-

³⁰⁹ Interview vom 6. Januar 2018: Josef Widmer ist heute stellvertretender Direktor des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation. Für diese Untersuchung hat er sich am 6. Januar 2018 bereiterklärt, Auskunft über die zukünftigen Herausforderungen des schweizerischen Berufsbildungssystems zu geben.

³¹⁰ Der Verband Copyprintsuisse ist zuständig für den Lehrberuf ‚Reprogräfin und Reprograf‘, <http://www.copyprintsuisse.ch/> (aufgerufen am 23. März 2018).

³¹¹ Interview vom 9. Januar 2018: Ralf Dubach ist Geschäftsführer von Multi Reflex und Anbieter der Berufslehre für Drucktechnologinnen und -technologien Fachrichtung ‚Reprographie‘.

³¹² (Staatssekretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI), 2017)

ziert wird. Für erwachsene Lernende werden praktikable Lösungen wie beispielsweise verkürzte Berufslehren mit höheren Löhnen gesucht (Meyer, 2018).

6.2 Grenzen dieser Studie und weiterführende Forschungsfragen

In diesem Unterkapitel geht die Verfasserin der Frage nach, welche Aspekte in Bezug auf den Gegenstand der dualen Berufsbildung in dieser Untersuchung unterbeleuchtet blieben und aus welchem Grund. Aus den Erkenntnissen heraus formuliert sie gleichzeitig offene und weiterführende Forschungsfragen. Abschliessend reflektiert sie die konventionentheoretische Herangehensweise und diskutiert, inwiefern sie in diesem Fall gewinnbringend war und wo ihre Grenzen liegen.

Einbezug der nationalen Ebene

Die nationale Ebene wurde kontextuell miteinbezogen, blieb aber insofern aussen vor, als dass die politischen Diskussionen über den Vernehmlassungsprozess sowie die bildungspolitischen Widerstände des Bundesgesetztes über die Berufsbildung nicht analysiert wurden (Makroebene). Auf kantonaler und kommunaler Ebene ging es schliesslich um die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Berufsbildung [(Bundesrat, 1928, S. 740), Art. 52, BbA 1930; Art. 49 BBG 1963; Art. 65, BBG 1978], die Errichtung der Berufsschulen (Art. 27, BbA 1930; Art. 23, BBG 1963; Art. 32, BBG 1978) und die Organisation des beruflichen Unterrichts (Art. 27, BbA 1930; Art. 24, BBG 1963; Art. 33, BBG 1978). Die kommunale Ebene war in diesem Umsetzungsprozess durch die Trägerschaft der Berufsschulen involviert, was zu Widerstand führen und Diskussionen über Umsetzungspraktiken auslösen kann. Diese sind politisch auf der Mikroebene anzusiedeln, auf welcher durch die Fallanalyse des Kantons Luzern der Fokus der Untersuchung lag (siehe Unterkapitel 2.6). Auf kommunaler und kantonaler Ebene waren die Motive für den Ausbau der dualen Berufsbildung vorwiegend *industriell, marktwirtschaftlich oder staatsbürgerlich* begründet, wie die Analyse aus Sicht der Konventionentheorie offenbarte. Die Expansion wurde indes im Kanton Luzern nicht explizit mit dem Ausbau der Gymnasien auf kantonaler Ebene in Verbindung gebracht. Diese Erkenntnis konnte die Verfasserin dank der vorliegenden Untersuchung gewinnen.

Um die Expansion der dualen Berufsbildung im Fall Kanton Luzern in einem nationalen Kontext beurteilen zu können und die Frage zu beantworten, inwiefern sich diese Forschungsergebnisse auf andere Kantone transferieren lassen, sind weitere Fallbeispiele über die Entwicklung der dualen Berufsbildung in der Schweiz vonnöten. Noch unveröffentlichte Forschungsergebnisse aus dem Forschungsprojekt ‚Von der Meisterlehre zur dualen Berufsbildung‘ haben gezeigt, dass die Entwicklung der dualen Berufsbildung zumindest in den fünf untersuchten Schweizer Kantonen Zürich, Luzern, Genf, Neuenburg und Tessin

zeitlich sowie im bildungspolitischen Prozess unterschiedlich verlaufen ist. Die lateinische Schweiz verfolgte eine stärkere Entwicklung des allgemeinbildenden Weges auf der Sekundarstufe II als die Deutschschweiz.

Weiter könnte aufgrund der in dieser Untersuchung analysierten Korrespondenzen auf kantonaler Ebene (siehe Unterkapitel 5.3) die Vermutung aufgestellt werden, dass die Finanzierung des Ausbaus der dualen Berufsbildung im Verhältnis zum Ausbau der Gymnasien und Hochschulen diskutiert wurde. Die Motive auf nationaler Ebene waren womöglich weniger pragmatischer, sondern politischer Art. So wurden wegen der Aufrüstungsbestrebungen aufgrund des Kalten Krieges Investitionen in die Ausbildung von Akademiker/-innen und in die Forschung getätigt (Criblez, 2001; Labhardt, 1964; Schultz, 1963; Schweizerischer Wissenschaftsrat, 1967, 1972, 1978). Ausserdem wurde argumentiert, dass Bildung – einschliesslich der Berufsbildung – Kulturgut sei, und schliesslich die duale Berufsbildung aus volkswirtschaftlichen Überlegungen zu fördern sei (Arbeitsgruppe Perspektivenstudien, 1971b; Jermann, 1972; Jermann et al., 1969). Darüber hinaus deutet die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs bis 1973 darauf hin, dass dank der Steuererträge Budget für den Bildungsbereich gesprochen wurde (Kübler, 1986) (siehe Kapitel 2). Ob dem tatsächlich so war, und wie das Budget für Bildung auf Bundesebene ausgehandelt wurde, ist unerforscht.

Dies führt die Verfasserin zur weiterführenden Forschungsfrage, ob auf Bundesebene ein Schriftverkehr zwischen dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI), wo die Koordinationsprozesse über den Ausbau der Gymnasien und Hochschulen angesiedelt waren, und dem Volkswirtschaftsdepartement beziehungsweise dem BIGA geführt wurde und wenn ja, inwiefern diese bildungspolitischen Koordinationsprozesse die Bildungsexpansion der Sekundarstufe II und der ausseruniversitären sowie universitären Bildungsangebote beeinflusst haben. Dieses Forschungsdesiderat würde weitere Erkenntnisse zur Expansion des Bildungssystems und zur Schweizer Bildungsgeschichte liefern.

Zur ‚Bildungsexpansion‘ zählt die Verfasserin auch die nachfolgend kurz erläuterten unter dem Aspekt der ‚Bildungsexpansion‘ unerforschten Bereiche der Berufsbildung: Anlehre und betrieblicher Ausbildungsteil.

Einbezug der Anlehre sowie des betrieblichen Ausbildungsteils

Bis heute gehören zur ‚Bildungsexpansion‘ nicht nur die Erweiterung des Berufsbildungsangebots mit der Errichtung der Berufsmittelschulen (siehe Unterkapitel 5.3) und der Gründung der höheren technischen Lehranstalten (siehe Unterkapitel 5.2) sowie die Öffnung der Gymnasien und die Erweiterung der Hochschulen (Büchel, 2013; Criblez, 2001; Herren, 2008), sondern zu ihr gehören auch mit der Einführung der Diplommittelschule eine Öffnung der Gymnasien ‚nach unten‘ (Criblez, 2001; Egger, 1972). Für eine nächste Untersuchung wäre es interessant, den Prozess der Einführung der Anlehre unter dem As-

pekt der Öffnung der Berufsbildung ‚nach unten‘ zu beleuchten und zu fragen, inwiefern die Einführung der Anlehre im Vergleich zur Einführung der Diplommittelschulen zur expansiven Entwicklung der dualen Berufsbildung beigetragen hat. Hierzu ist indes zu beachten, dass die Einführung der Anlehre als Öffnung ‚nach unten‘ nicht vor dem Hintergrund diskutiert wurde, dass die duale Berufsbildung ihre Attraktivität gegenüber den Gymnasien steigern muss. Sondern dass diese Öffnung vielmehr aus sozialpolitischen Gründen (‚Bildung ist Bürgerecht‘) und der Forderung nach einer Demokratisierung der Gesellschaft angestrebt wurde. Kritisiert wurde die Einführung der Anlehre vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund wie folgt: „Vorgesehen ist die gesetzliche Verankerung der Anlehre; eine Schmalspurausbildung, welche in Zukunft Tausende von Schulabgängern um ihre Berufschancen prellt und eine neue Kategorie von Lohndrückern gegenüber allen Arbeitnehmern heranzüchtet“ (Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 1978, S. 136)³¹³ Die Berufsverbände vertraten diese Meinung ebenso und beurteilten die Anlehre lange als Abwertung der dualen Berufslehre (Bundesrat, 1977).

Um den Gegenstand ‚duale Berufsbildung‘ und deren expansive Entwicklung vollständig erklären zu können, wäre es in einem nächsten Schritt notwendig, die Veränderungen im betrieblichen Ausbildungsteil der dualen Berufsbildung zwischen 1954 und 1980 zu ergründen. Gemäss dem Bundesgesetz über die Berufsbildung sind die Ausbildung im Betrieb sowie der berufliche Unterricht gleichwertig (Bba 1930, BBG 1963, BBG 1978, BBG 2002). Also müsste auch die Entwicklung des betrieblichen Ausbildungsteils unter dem Aspekt der ‚Bildungsexpansion‘ untersucht werden. Indizien aus dieser Untersuchung deuten auf eine expansive Entwicklung hin. Denn im Kanton Luzern hat das Amt für Berufsbildung zwischen 1954 und 1980 die Kontrolle in den Lehrbetrieben zugunsten der Lernenden erhöht und mit der Einführung der überbetrieblichen Kurse die praktische Einführung zentralisiert und professionalisiert. Hierzu zählen Weiterbildungskurse für die Lehrlingsverantwortlichen und die Kursleitungen der überbetrieblichen Kurse. Diesbezügliche Forschungsergebnisse könnten weitere Belege für die ‚Bildungsexpansion‘ im Bereich der Berufsbildung liefern.

Einbezug des Akteurs ‚Deutschschweizerische Bildungskonferenz‘

Die Rekonstruktion der historischen Wirklichkeit basierte vorwiegend auf Quellen der kommunalen und kantonalen Ebene. Aufgrund dieser Tatsache rückte der interkantonale Akteur ‚Deutschschweizerische Bildungskonferenz (DBK)‘ unerwartet aus dem Blickfeld. Sein fehlender Miteinbezug könnte sich als Lücke erweisen, da der Akteur DBK wahr-

³¹³ (Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) (1975–1977). Tätigkeitsbericht. Bern: Unionsdruckerei Bern, S. 136).

scheinlich Einfluss auf die kantonale Umsetzung der Gesetzesrevisionen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung im Jahr 1963 und 1978 hatte. In der DBK fanden vermutlich Absprachen zwischen den kantonalen Akteuren statt und es wurden Argumente sowie Ideen für die Umsetzung auf kantonaler und kommunaler Ebene generiert. Inwiefern in der DBK die Koordinationsprozesse vorbesprochen und ausdiskutiert wurden, bleibt trotz vorliegender Untersuchung verborgen.

Kritische Reflexion der Theorie

Die konventionentheoretische Perspektive eignet sich für die Analyse bildungspolitischer Koordinationsprozesse aus drei Gründen. Erstens gewährt die Systematisierung der Argumentationen nach Qualitätskonventionen Einblick in die Motive der Akteure auf der Mikroebene. Zweitens betrachtet die Konventionentheorie einen Akteur als kompetent und definiert ihn deswegen als situationsspezifisch handelndes Individuum. In der vorliegenden Untersuchung hat sich dies als gewinnbringend gezeigt, da beispielsweise dieselben Akteure im Koordinationsprozess ‚Aus- und Neubau der Gewerbeschulen in der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen‘ und im Koordinationsprozess ‚Errichtung der Berufsmittelschule‘ unterschiedlich argumentiert haben. Dies belegen die Argumentationsmuster (siehe Abschnitten 5.1.3 und 5.3.3), die sich situativ verändern. Drittens wird dieser konventionentheoretische Ansatz der Komplexität bildungspolitischer Prozesse gerecht, da das Instrument ‚Qualitätskonventionen‘ (siehe Unterkapitel 4.3 auf Seite 91) mit seinen acht Konventionen und den entsprechenden Qualitäten eine Systematisierung der Argumentationen der untersuchten Akteure, die den Gegenstand ‚duale Berufsbildung‘ auf dem politischen Mehrebenensystem der Schweiz geprägt haben, zugelassen hat. Zudem würde die Konventionentheorie eine Erweiterung des Analyseinstruments beispielsweise mit einer *pädagogischen Konvention* zulassen. Diese Erweiterung beanspruchte die Verfasserin dieser Untersuchung nicht, denn die gekennzeichneten Argumente im erforschten Quellenmaterial erforderten dies nicht.

Bedingung für eine gelingende konventionentheoretische Analyse ist jedoch, dass schriftliche Protokolle oder Korrespondenzen von Akteuren vorhanden sind und der Einblick in die Akteurskonstellationen gewährleistet ist. Erst dadurch können Koordinationsprozesse und Werthaltungen rekonstruiert werden. Was aber zwischen den Zeilen erwähnt oder in informellen Kontakten besprochen wurde, lässt sich auch mit der Konventionentheorie nicht rekonstruieren. Ebenso ist es nicht möglich, Koordinationsprozesse allein aufgrund von Gesetzestexten oder Ratsbeschlüssen zu analysieren. Solche Schriftstücke sind die Resultate von Koordinationsprozessen, gewähren aber keinen Einblick in den Prozess selbst.

Eine Herausforderung im Umgang mit der Konventionentheorie bildet die Kennzeichnung der Argumente (labeling approach), denn oftmals ist es schwierig, die Argumente eindeu-

tig einer Konvention zuzuordnen. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass die theoretisch dargestellten Konventionenkategorien für die praktische Anwendung nicht hundertprozentig trennscharf definiert sind. Diese Problematik ist einer Theorie stets inhärent. Andererseits ist das Kontextwissen über die Situation und die Akteure entscheidend. Je nachdem, wie ein Akteur ein Argument formuliert hat und die Akteurskonstellation in Wirklichkeit gewesen war, können Argumente dieser oder jener Konvention zugeordnet werden. Auch für die Konventionentheorie gilt: Eine Rekonstruktion der Wirklichkeit ist nur äusserst begrenzt möglich.

Luzern, 4. Oktober 2018

Karin Büchel

Quellen- und Literaturverzeichnis

Periodika

Archiv für das Schweizerische Unterrichtswesen

bbaktuell

Luzerner Neuste Nachrichten (LNN), heute Luzerner Zeitung (LZ)

Neue Zürich Zeitung (NZZ)

Personalzeitung Aufzüge- und Elektromotorenfabrik, Schindler & Cie. AG, Ebikon-Luzern

Schweizerische Bauzeitung (SBZ)

Vaterland, katholische Luzerner Tageszeitung bis 1991, heute Luzerner Zeitung (LZ)

Archivübersicht

Die Akten beziehungsweise Quellen sind mit ihrer Findnummer in den Fussnoten genannt, dazu folgende Archivangaben:

BAR = Schweizerisches Bundesarchiv Bern

Firmenarchiv Schindler Aufzüge AG Ebikon

GARE = Gemeindearchiv Emmen

SAR = Stadt Archiv Luzern

SGB-Archiv = Archiv Schweizerischer Gewerkschaftsbund Bern

StALU = Staatsarchiv Luzern

Quellenverzeichnis

BAR. Band 107. Volkswirtschaftsdepartement. Motion und Postulate. B. Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Bericht des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung über die Geschäftsführung im Jahre 1962, vom 9. April 1963.

BAR. Band 108. Geschäftsbericht des Bundesrates. An die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahr 1964, vom 9. April 1965.

BAR. E1004.1. Protokolle des Bundesrates. Beschlussprotokoll(-e) 22.09.-28.09.1962. 1708, Neufassung des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung. Bern, 28. September 1962.

Botschaft des Regierungsrats des Kantons Luzern. Mit nachfolgender Botschaft vom 31. März 1969 unterbreitet der Regierungsrat den Dekretsentwurf über die Verlegung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, die Gewährung eines Kredites für die Projektierung sowie die Genehmigung eines Kaufvertrags und eines Schenkenvertrags um die Grundstücke Nr. 541, 1880, 1881 und 931, Bifang, Gemeinde Horw.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) (Hrsg.) (1960–1980). Die Volkswirtschaft. Separatabzug aus der ‚Volkswirtschaft‘. Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge. Schweizerisches Handelsamtsblatt. Bern.

GARE. B. 200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Sitzung der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen. Emmenbrücke, 10. Dezember 1956.

GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1957.

GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Protokoll der Konferenz der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke, 4. Dezember 1959.

GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. An die AG der von Moos'schen Eisenwerke, F+W Emmen, Eisengiesserei Reinle, Sigg & Cie., Emmenbrücke, Société de la Viscose, Weber AG Maschinenbau Widmer, Salvis AG, Allegro AG, Emmenbrücke. Emmenbrücke, 1. September 1956.

GARE. B.200.1.1.1.3. Aufsichtskommission für die Gewerbliche Berufsschule. Protokolle und Akten. Brief. Wahl eines nebenamtlichen Rektors der Gewerblichen Berufsschule. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an den Gemeinderat Emmen. Emmenbrücke, 14. April 1972.

GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen Jahresbericht des Schuljahres 1958/59. Gewerbliche Berufsschulen der Gemeinde Emmen, Emmenbrücke.

GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Antrag an den Gemeinderat. Gewerbliche Berufsschule. Gemeindeammannamt Emmen. Emmenbrücke, 9. Oktober 1970.

GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Antrag. Schaffung einer dritten vollamtlichen Lehrstelle an der Gewerblichen Berufsschule Emmen gemäss Gemeindeordnung 15, Ziff. 11. Der Gemeinderat an die Gemeindeverwaltung Emmen. Emmen 14. Januar 1969.

GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Beschluss. Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 14. Oktober 1970, Nr. 895. Der Gemeinderat von Emmen. Emmenbrücke, 16. Oktober 1970.

GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Brief. Verlegung der Gewerbeschule. Lehrerschaft Schulhaus Gersag an die Schulverwaltung Emmen. Emmenbrücke, 28. August 1969.

GARE. B.200.1.1.10.4. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Jahresbericht des Schuljahres 1953/54 bis 1971/72. Gewerbliche Berufsschule der Gemeinde Emmen.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Aktennotiz vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. An die Mitglieder der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen. Gemeinderat Emmen, 10. Dezember 1972.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Antrag per Brief an den Gemeinderat Emmen. Das Berufsschulinspektorat Kantons Luzern. Der Berufsschulininspektor des Kantons Luzern Justin Hinnen, 5. Juni 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll vom 29. Mai 1974, Nr. 374. Gemeindekanzlei Emmen.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll vom 12. Juni 1974, Nr. 406. Der Gemeinderat von Emmen.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Bericht und Antrag des Gemeinderates betr. Bewilligung eines Projektierungskredites für das Schulhaus Rüeggisingen, Fr. 150'000. Der Gemeinderat von Emmen an den Einwohnerrat Emmen, 12. Mai 1971.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Beschluss. Das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Der Regierungsrat Walter Gut. Luzern, 5. Juni 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief des kantonalen Berufsschulinspektorats an den Gemeinderat Emmen. BMS. Luzern, 22. Mai 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Vorsteher Theophil Wegelin. Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 27. Juli 1966.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Gemeindeammann. Gewerbliche Berufsschule. 29. April 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 29. April 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Gewerbliche Berufsschule Emmen – Emmenbrücke. Der Vorsteher Theophil Wegelin, Emmenbrücke, 27. Juli 1966.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Planung für die Gewerbeschule Emmen. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an die Schulhausplanungskommission Emmen. Emmenbrücke, 16. Dezember 1970.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Sitzung der Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen. Gemeindeammann Emmen schreibt an die Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 17. November 1970.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Umfrage der Kant. Kommission für die Verbesserung des beruflichen Bildungswesens bezüglich Trägerschaft der Berufsschulen. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an den Gemeinderat Emmen. Emmenbrücke, 2. Mai 1972.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Brief. Umfrage der Kant. Kommission für die Verbesserung des beruflichen Bildungswesens bezüglich Trägerschaft der Berufsschulen. Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen an den Gemeinderat Emmen. Emmenbrücke, 2. Mai 1972.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit am 27. Mai 1974, In: Antrag per Brief an den Gemeinderat Emmen. Das Berufsschulinspektorat Kantons Luzern. Der Berufsschulinspektor des Kantons Luzern Justin Hinnen, 5. Juni 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Der Gemeinderat von Emmen. Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll vom 1. Mai 1974, Nr. 314. Gemeindekanzlei Emmen, 1. Mai 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Kopie Brief Berufsschulinspektor des Kantons Luzern an Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Gesuch Berufsmittelschule. Luzern, 22. Mai 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Regierungsratsbeschluss. Das Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Berufsmittelschule; Errichtung einer BMS-Klasse für Maschinenmechaniker an der Gewerbeschule Emmen. Luzern, 5. Juni 1974.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Stellungnahme zur Interpellation Bründler A./Fischer L. vom 18.1.1977 bezüglich Realisation der Orientierungsstufe. Der Rektor Schulen Emmen an die Schulverwaltung Emmen, 14. Oktober 1977.

GARE. B.215.3. Berufsschule und Gemeinde. Sammeldossier. Umfrage vom Rektor Max Burri, Gewerbliche Berufsschule Emmen. Emmenbrücke, 30. April 1974.

GARE. B.910.6.8. Gewerbeschule Herdschwand, Berufsschule Emmen. Bericht und Antrag, Bauabrechnung, Broschüre. Berufsschule Emmen Eröffnung 1981.

Gewerbeschule der Stadt Luzern (1954/55–1979/80). Jahresbericht. Luzern: Buchdruckerfachklasse.

HSSO. Historische Statistik der Schweiz Online. Tab. F.10b. Berufstätige im Ersten, Zweiten und Dritten Sektor nach Erwerbsklassen und Kantonen 1860–1960 (exkl. teilzeitbeschäftigte Personen). <https://www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php> (aufgerufen am 1. April 2018).

HSSO. Historische Statistik der Schweiz Online. Tab. F.31. Erwerbstätige (ab 1960 inkl. Teilzeitbeschäftigung) nach Kantonen und Sektoren 1890–2001 (ausgewählte Jahre) (Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert). <https://www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php> (aufgerufen am 1. April 2018).

Personalzeitung. Aufzüge- und Elektromotorenfabrik Schindler & Cie. AG. Nummer 1, März 1973; Nummer 2, April 1973; Nummer 6, Oktober 1974; Nummer 8, Dezember 1974; Nummer 1, Februar 1975; Nummer 2, April 1975; Nummer 3, Juli 1975; Nummer 4, Oktober 1975; Nummer 3, Oktober 1976; Nummer 1, März 1977; Nummer 2, Juli 1977; Nummer 3, November 1977; Nummer 4, Dezember 1977; Nummer 1, März 1978; Nummer 2, Juni 1978; Nummer 3, Juli 1978; Nummer 1, März 1979; Nummer 2, März 1979; Nummer 3, Juli 1979; Nummer 5, November 1979; Nummer 6, Dezember 1979; Nummer 3, Juli 1980; Nummer 4, September/Oktober 1980; Nummer 5, Dezember 1980.

SAR. M009-367. Schuldirektion. Bericht des Erziehungsdepartements zu einem Beschluss über die Organisation des beruflichen Unterrichts. Datum unbekannt, schätzungsweise im Jahr 1946, S. 5.

SAR. M009-367. Schuldirektion. Gewerbeschule der Stadt Luzern.

SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958.

SAR. M009-367. Schuldirektion. Protokoll der Konferenz vom 30. Mai 1958, betreffend die gewerblichen Berufsschulen des Kantons. Luzern, 30. Mai 1958.

SAR. M009-479. Schuldirektion der Stadt Luzern. Bericht des Erziehungsdepartements zu einem Beschluss des Regierungsrats über die Organisation des beruflichen Unterrichts. Datum unbekannt, vermutlich aber 1946 (Anm. K. B.).

SAR. M009-486. Autor unbekannt. Neue Möglichkeiten der Lehrlingsausbildung. Kommt schon bald eine Berufsmittelschule für den gewerblich-industriellen Nachwuchs in der Region Luzern? Luzerner Neueste Nachrichten, Nr. 20. 26. Januar 1970.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief ‚Berufsmittelschule‘. Von Fritz Egger, Direktor Weiterbildungszentrale an Heinrich Meyer, Stadtpräsident und Vorsteher der Schuldirektor der Stadt Luzern, 26. Januar 1970.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief ‚Berufsmittelschule‘. Von Heinrich Meyer, Stadtpräsident und Vorsteher der Schuldirektor der Stadt Luzern an Fritz Egger, Direktor Weiterbildungszentrale, 3. Februar 1970.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief an die Lehrkräfte für allgemeinbildende Fächer der mechanisch-technischen Berufsgruppen. Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschule und Gewerbeschule der Stadt Luzern. Der Berufsschulinspektor des Berufsschulinspektorats des Kantons Luzern, Walter Ackermann, schreibt die Schuldirektion der Stadt Luzern an, Luzern, 29. Juni 1971.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschulen. Berufsschulinspektor des Kantons Luzern, Justin Hinnen, schreibt an die Präsidenten der Aufsichtskommission der Gewerbeschulen Luzern und Emmen. Luzern, 19. Januar 1976.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsmittelschulen. Berufsschulinspektor des Kantons Luzern, Justin Hinnen, schreibt an die Präsidenten der Aufsichtskommission der Gewerbeschulen Luzern und Emmen. Luzern, 29. Januar 1976.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brief. Berufsschulen; Übertragung der Trägerschaft. Der Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungsdepartements Walter Gut schreibt an die Träger der Berufsschulen. Luzern, 9. Oktober 1986.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brieflicher Antrag. Berufsmittelschulen. Direktor der Schuldirektion der Stadt Luzern, Heinrich Meyer, schreibt an das Berufsschulinspektorat des Kantons Luzern. Luzern, 11. Februar 1976.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Brieflicher Antrag. Berufsmittelschulen. Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern, Hans Frei, schreibt an die Schuldirektion der Stadt Luzern. Luzern, 5. Februar 1976.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Kreisschreiben. Neu- und Erweiterungsbauten von Berufsschulen und Lehrlingsheimen. Der Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe

und Arbeit, Alois Grübel, schreibt an die Subventionierung von Berufsschulbauten und Lehrlingsheimen zuständigen kantonalen Departemente. Bern, 17. September 1971.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Merkblatt. Was bietet die Berufsmittelschule BMS. Erziehungsdepartement des Kantons Luzern.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Standardbrief. Berufsmittelschule in Luzern. Gewerbeschule der Stadt Luzern Hans Frei an die Berufsmittelschüler/-innen. Luzern, 1. Juli 1971.

SAR. M009-486. Schuldirektion. Zeitungsartikel. Autor unbekannt. Gewerbeberufe im Wandel. Mehr Subventionen für Berufsschulbauten. Luzerner Neueste Nachrichten, 7. September 1971.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) (1975–1977). Tätigkeitsbericht. Bern: Unionsdruckerei Bern, S. 136).

StALU. A 1572/878. Einrichtung von Berufsmittelschulen I 1969–1970. Berufsmittelschule. Autor und Datum unbekannt.

StALU. A 1572/878. Einrichtung von Berufsmittelschulen I 1969–1970. Brief des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Unterabteilung für Berufsbildung an die kantonalen Berufsbildungsämter. Berufsmittelschule. 9. Dezember 1969, Bern.

StALU. A 1572/878. Einrichtung von Berufsmittelschulen I 1969–1970. Vorentwurf. Wegleitung für die Errichtung und die Organisation von Berufsmittelschulen. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, 25. April 1969, Bern.

StALU. A 1572/878. Errichtung von Berufsmittelschulen II 1969–1979. Berufsschulinspektorat des Kantons Luzern. Projekt einer Berufsmittelschule für den Kanton Luzern. 15. August 1969.

StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Mittelschule von morgen. Zusammenfassung des Berichts der Expertenkommission. Thomas Wirth. „Wir kennen heute Experimente vom Kindergarten bis zur Universität. Könnte da die Mittelschule wie ein erratischer Block stehen bleiben? Nein.“ Schweizerische Lehrerzeitung (SLZ), 13. September 1973, S. 1375.

StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Referat Max Henny. Mittelschule von morgen. 20. September 1973, Olten.

StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Stand Deutschschweizerische Berufsbildungskonferenz (DBK). 6.2.1. Bedeutung der Diplom- und der Berufsbildungsstufe.

StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Stellungnahme zum Bericht der Expertenkommission der Erziehungskonferenz zum Studium der Mittelschule von morgen. Erziehungsdirektion des Kantons Zürich Abteilung Mittelschule und Lehrerbildung. [Vorname unbekannt] Steinemann, Direktor des Neu-Technikums Buchs SG.

StALU. A 1572/879. Errichtung von Berufsmittelschulen 1973. Stellungnahme zum Bericht der Expertenkommission der Erziehungskonferenz zum Studium der Mittelschule von morgen. Erziehungsdirektion des Kantons Zürich Abteilung Mittelschule und Lehrerbildung. [Vorname unbekannt] Widmer, Direktor des Technikums Winterthur.

StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Luzern im Jahre 1957. Botschaft an den Grossen Rat des Kantons Luzern mit einem Gesetzesentwurf über das Zentralschweizerische Technikum Luzern, 18. März 1957.

StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats des Kantons Luzern im Jahre 1969. Konkordat zwischen dem Kanton Luzern und den Kantonen Uri, Schwyz, Unterwalden ob dem Wald, Unterwalden nid dem Wald und Zug. Grosser Rat. Februar 1969, S. 32.

StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats. Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Erziehungsgesetzes vom 28. Oktober 1953/13. März 1957/31. Januar 1961/6. März 1963/12. November 1963/3. März 1964. Botschaft vom 7. November 1966 vom Regierungsrat, S. 397.

StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats des Kantons Luzern im Jahre 1969. Protokoll Grosser Rat vom April 1969. Botschaft über die Verlegung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, die Gewährung eines Kredites für die Projektierung und die Genehmigung eines Kaufvertrages und eines Schenkungsvertrages um die Gegenstände Nr. 541, 1880, 1881 und § 93, Bifang, Gemeinde Horw, S. 115–134.

StALU. J.a 2. Verhandlungen des Grossen Rats sowie des Regierungsrats des Kantons Luzern im Jahre 1969. Protokoll Grosser Rat vom Mai 1969, S. 169–172.

StALU. J.a 20. Gesetze für den Kanton Luzern. XV, 1954–1959. Gesetz über das Zentralschweizerische Technikum Luzern vom 2. Juli 1957, S. 320–323.

StALU. J.a 20. Gesetzessammlung des Kantons Luzern. 1957–1980.

StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979.

Gesetze, Verordnungen und Wegleitung

Bundesgesetze

Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung (SR 412.10) vom 26. Juni 1930

Bundesgesetz über die Berufsbildung (SR 412.10) vom 20. September 1963

Bundesgesetz über die Berufsbildung (SR 412.10) vom 19. April 1978

Bundesgesetz über die Berufsbildung (SR 412.10) vom 13. Dezember 2002 (Stand am 1. Januar 2018)

Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (SR 414.20) vom 30. September 2011 (Stand am 1. Januar 2018)

Verordnungen über die Berufsbildung (SR 412.101) vom 30. März 1965

Verordnung über die Berufsbildung (SR 412.101) vom 7. November 1979

Verordnung über die Berufsbildung (SR 412.101) vom 19. November 2003 (Stand am 1. Januar 2018)

Wegleitung über die Errichtung der Berufsmittelschule

Kantonale Gesetzgebungen

Erziehungsgesetz (vom 28. Oktober 1953), in: *Gesetze und Dekrete für den Kanton Luzern*, 14. Band, Luzern: Druck Räber & Cie, 1955, S. 361–421.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (vom 12. Januar 1968), in: *Verordnungen und Beschlüsse des Regierungsrats und des Obergerichts des Kantons Luzern*, 7. Band 3. Heft, S. 448–463.

Qualitative Interviews

Dommann, Franz: langjähriger Präsident der Deutschschweizerischen Lehrlingsämter-Konferenz. Interview geführt am 3. März 2017.

Dubach, Ralf: Unternehmensführer und Anbieter der Berufslehre für Drucktechnologien und -technologien Fachrichtung ‚Reprographie‘. Interview geführt am 9. Januar 2018.

Fehlmann, Mark: Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperte. Interview geführt am 14. Dezember 2017.

Geschäftsleitungssitzung der Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung (GL-DBW) im Kanton Luzern. Präsentation der Dissertation und Diskussion über die aktuellen Herausforderungen der Berufsbildung von heute. GL-DBW: Spöring Christof, Beglinger Bettina, Bühler Helmut, Egli Gaby, Eugster Herbert, Gut Walter, Habermacher Thomas, Preckel Daniel, Rööslı Tony, Rutsche Monika, Snozzi Nicola; Stab: Kilchmann Sandra, Kramer Franziska, Schmid Stefan, Weber Ruth. 15. Januar 2018.

Meyer, Heinrich: ehemaliger Vorsteher des Amtes für Berufsbildung im Kanton Luzern & Ineichen, Xaver: Berufsschulinspektor und Projektleiter der ersten Berufsmaturitätsschulen. Interview geführt am 14. Januar 2016.

Preckel, Daniel: Abteilungsleiter des Amtes für Berufsbildung des Kantons Luzern. Interview geführt am 30. Januar 2018.

Spöring, Christof: Aktueller Direktor der Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung in Luzern. Interview geführt am 1. Februar 2016.

Steingruber Peter: Aktueller Prorektor der Berufsschule Heimbach in Luzern. Interview geführt am 15. Februar 2018.

Widmer, Josef: Stellvertretender Direktor des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation in Bern und ehemaliger Direktor des Amtes für Berufsbildung im Kanton Luzern. Interview geführt am 6. Februar 2017 und 6. Januar 2018.

Wirz, Paul: Technikums Lehrperson & Jossen, Hermann: erster Schüler am Zentralschweizerischen Technikum in Horw. Interview geführt am 18. April 2016.

Literaturverzeichnis

- [s.n.] (1963). Die Universität Luzern ist notwendig. *Schweizer Schule*, 50(8), 341-342.
- [s.n.] (1975). Das Projekt einer Hochschule Luzern. Opfer der Finanzkrise? *Schweizer Schule*, 62(7-8), 221-223.
- Aebi, H. (1975). Das Projekt einer Hochschule Luzern. Koordinationsprobleme im schweizerischen Hochschulwesen. *Schweizer Schule*, 62(7/8), 232-234.
- Andersen, A. (1998). *"...und so sparsam!" der Massenkonsum und seine Auswirkungen: Veränderung und Mentalitätswandel dargestellt am "Schweizerischen Beobachter"*. Zürich: Chronos
- Arbeitsausschuss zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses (1959). *Schlussbericht des Arbeitsausschusses zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses*. Bern.
- Arbeitsgruppe Perspektivenstudien (1971a). *Entwicklungsperspektiven der Schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahre 2000. Teil IV Perspektiven des schweizerischen Bildungswesens*. St. Gallen
- Arbeitsgruppe Perspektivenstudien (1971b). Perspektiven des schweizerischen Bildungswesens. In: Kneschaurek (Hrsg.) (Bd. 4). St. Gallen.
- Arnold, K. (2007). Der wissenschaftliche Umgang mit den Quellen, in: H.-J. Goertz (Hrsg.), *Geschichte. Ein Grundkurs* (S. 48-65). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH.
- Balmer, B., Herzog, V. P. & Unternährer, E. (Hrsg.) (2010). *Vom Atis zur Hochschule. Berufsbegleitende Ingenieur- und Architekturstudien in der Zentralschweiz 1946 - 2009*. Kriens-Luzern: Brunner AG Druck und Medien.
- Baudepartement des Kantons Luzern (1977). *Neubau Zentralschweizerisches Technikum, Luzern/Horw*. Luzern: Zentralschweizerisches Technikum Luzern.
- Bauder, T. & Osterwalder, F. (Hrsg.) (2008). *75 Jahre eidgenössisches Berufsbildungsgesetz. Politische, pädagogische, ökonomische Perspektiven*. Bern: hep verlag ag.
- Becker, G. S. (1964). *A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education*. Chicago.
- Becker, G. S. (1976). *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago, Illinois: Chicago University Press.
- Becker, G. S. (1993). *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens* (M. Vanberg & V. Vanberg, Trans.). Tübingen: Mohr.

- Becker, G. S. & Becker, G. N. (1998). *Die Ökonomie des Alltags* (G. Engel, Trans.). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Becker, R. (2014). Bildungserträge und andere Folgen der Bildungsexpansion (31.10.2014 ed.). Bundeszentrale für politische Bildung: Becker, Rolf.
- Benz, A. (2004). Einleitung: Governance - Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?, in: A. Benz (Hrsg.), *Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bergier, J.-F. (1990). *Wirtschafts Geschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart* (2. Auflage). Zürich: Benziger Verlag AG.
- Bericht Hummler (1959). *Schlussbericht des Arbeitsausschusses zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses*. Bern.
- Bernauer, T., Jahn, D., Kuhn, P. & Walter, S. (2013). *Einführung in die Politikwissenschaft*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Berner, E. (2013a). Staat - Wissenschaft - Industrie: die Rationalisierung der Berufswahl und Lehrlingsauslese vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in: H.-U. Grunder, A. Hoffmann-Ocon & P. Metz (Hrsg.), *Netzwerk in bildungshistorischer Perspektive*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Berner, E. (2013b). 'Verbundpartnerschaft' Schlagwort oder Erfolgsrezept? Zur Steuerung der schweizerischen Berufsbildung, in: M. Maurer & P. Gonon (Hrsg.), *Herausforderungen für die Berufsbildung in der Schweiz* (S. 37-60). Bern: hep verlag ag.
- Berner, E., Gonon, P. & Ritter, H.-J. (2011). Zwischen Gewerbeförderung, Sozialpolitik und liberalen Bildungsbestrebungen. Zur "Vor"-Geschichte der dualen Berufsbildung in der Schweiz (1870-1930). *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik*, 1(107), 14-32.
- Berner, E. & Ritter, H.-J. (2011). Die Entstehung und Entwicklung des Berufsbildungssystems in der Schweiz 1880-1930 - Föderalismus als "Reformlabor" für die Berufsbildung, in: U. Fasshauer, J. Aff, B. Fürstenauer & E. Wuttke (Hrsg.), *Lehr-Lernforschung und Professionalisierung. Perspektiven der Berufsbildungsforschung* (S. 5-21). Opladen, Farmington: Verlag Barbara Budrich.
- Bernet, H. (1975). Das Projekt einer Hochschule Luzern. Die Zentralschweizer Hochschule: Größenordnungen und Verfahren. *Schweizer Schule*, 62(7/8), 234-236.
- Boltanski, L. & Thévenot, L. (1991). *De la justification. Les économies de la grandeur*. Paris: Gallimard.

- Boltanski, L. & Thévenot, L. (2011). Die Soziologie der kritischen Kompetenzen, in: R. Diaz-Bone (Hrsg.), *Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie* (S. 43-68). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Boltanski, L. & Thévenot, L. (Hrsg.) (2007). *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH.
- Bornschier, V. & Aebi, D. (1992). Rolle und Expansion der Bildung in der modernen Gesellschaft - von der Pflichtschule bis zur Weiterbildung. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 18(3), 539-567.
- Böschenstein, K. & Kaufmann, M. (1935). *Einleitung zur Textausgabe des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung vom 26. Juni 1930*. Zürich: Polygraphischer Verlag.
- Boyer, A. (1958). *Zu den Bauten des Zentralschweizerischen Technikums*. Luzern: Zentralschweizerisches Technikum Luzern.
- Büchel, K. (2013). *Hochschulpolitik zwischen nationalen Interessen, kantonaler Souveränität und Hochschulautonomie - ein harmonisches Verhältnis? Institutionalisierung der nationalen Hochschulpolitik von 1960 bis 1969*. Master, Universität Zürich, Zürich.
- Bundesamt für Gewerbe Industrie und Arbeit (1991). *Die Stellung der Höheren Fachschulen im nationalen Bildungsangebot*. Bern: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit.
- Bundesamt für Industrie Gewerbe und Arbeit (1970). *Wegleitung für die Errichtung und die Organisation von Berufsmittelschulen und deren Subventionierung durch den Bund*.
- Bundesamt für Industrie Gewerbe und Arbeit (BIGA) (1970). *Wegleitung für die Errichtung und die Organisation von Berufsmittelschulen und deren Subventionierung durch den Bund*. In: E. Vorlkswirtschaftsdepartemente (Hrsg.) (S. 7). Bern: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit.
- Bundesamt für Statistik (1988). *Entwicklung der Arbeitsplätze in den wichtigsten Industriebranchen 1929-1988*. In: J.-F. Bergier (Hrsg.). Zürich: Benzinger Verlag AG.
- Bundesamt für Statistik (1994). *Die höhere Berufsbildung in der Schweiz. Das Berufsbildungsangebot auf der ausseruniversitären Tertiärstufe*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Bundesrat (1928). Bundesblatt. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung (Bd. II, S. 725-798). Bern: Bundesrat.

- Bundesrat (1962). Bundesblatt. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Berufsbildung (Bd. II, S. 885-980). Bern: Bundesrat.
- Bundesrat (1972). Bundesblatt. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die neuen Bildungs- und den Forschungsartikel der Bundesverfassung (Art. 27, 27bis und 27quater) (Bd. I, S. 375-444). Bern: Bundesrat.
- Bundesrat (1977). Bundesblatt. Botschaft zu einem neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung (Bd. I, S. 681-766). Bern: Bundesrat.
- Bundesrat (1981). Bundesblatt. Botschaft über den Neubau des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik (Bd. 3, S. 149-162). Bern: Bundesrat.
- Bundesrat (2010). *Sechs Jahre neues Berufsbildungsgesetz. Eine Bilanz*. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (2002). Bundesgesetz über die Berufsbildung. In: Bundesversammlung der Schweizerische Eidgenossenschaft (Hrsg.), 412.10.
- Chresta, H. (1968). Begabtenförderung auf unteren und mittleren Stufen der Berufsbildung. Zürich: Berufspädagogische Studienstelle des Kantons Zürich.
- Criblez, L. (2001). Bildungsexpansion durch Systemdifferenzierung - am Beispiel der Sekundarstufe II in den 1960er- und 1970er-Jahren. *Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften*, 23(1), 95-118.
- Criblez, L. (2012). Die Expansion der Bildungsverwaltung in den 1960er- und 1970er-Jahren - am Beispiel der Kantone Zürich und Bern, in: M. Geiss & A. De Vincenti (Hrsg.), *Verwaltete Schule. Geschichte und Gegenwart* (S. 102-129). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien.
- Criblez, L. (Hrsg.). (2008). *Bildungsraum Schweiz. Historische Entwicklung und aktuelle Herausforderungen*. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.
- Dahrendorf, R. (1965). *Bildung ist Bürgerrecht: Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*. Nannen-Verlag.
- Degen, B. (2012). Arbeit und Kapital, in: P. Halbeisen, M. Müller & B. Veyrassat (Hrsg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (S. 873-919). Basel: Schwab AG.
- Dellsperger, H. (1964). Das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung. *Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen*, 49(1963).
- Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (1964). Empfehlungen und Gutachten über das Berufliche Ausbildungs- und Schulwesen, in: Deutscher

- Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (Hrsg.), *Empfehlungen und Gutachten* (S. 53-154). Stuttgart.
- Deutschschweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (DBK) (1976). *50 Jahre DBK. Deutschschweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz: 1926-1976*. Erscheinungsort nicht ermittelbar: Verlag nicht ermittelbar.
- Diaz-Bone, R. (2009). Konvention, Organisation und Institution. Der institutionentheoretische Beitrag der "économie des conventions". *Historical Social Research / Historische Sozialforschung*, 34(2), 235-264.
- Diaz-Bone, R. (2010). Die konventionelle Grundlage der Märkte und des Geldes. Der institutionentheoretische Beitrag der Economie des conventions (EC) zur Geld- und Finanzökonomie, in: H. Pahl & L. Meyer (Hrsg.), *Gesellschaftstheorie der Geldwirtschaft. Soziologische Beiträge* (S. 215-240). Marburg: Metropolis.
- Diaz-Bone, R. (2014). *Conventions and law from a historical perspective. Introducing the panel "Conventions and law from a historical perspective at the AFEP 2014 congress at Ecole Normale Supérieure de Cachan 2nd of July 2014*.
- Diaz-Bone, R. (2015). *Die "Economie des conventions". Grundlagen und Entwicklung der neuen französischen Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Diaz-Bone, R. (2017). Theoretische und methodologische Perspektiven auf Agency und relationale Soziologie im Spannungsfeld zwischen Strukturalismus und Pragmatismus, in: H. Löwenstein & M. Emirbayer (Hrsg.), *Netzwerke, Kultur und Agency. Problemlösungen in relationaler Methodologie und Sozialtheorie* (S. 33-6354). Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Döbert, H., Hörner, W., von Kopp, B. & Reuter, L. R. (Hrsg.) (2017). *Die Bildungssysteme Europas* (Bd. 46). Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren GmbH.
- Dommann, F. (Hrsg.). (2006). *Rechtsgrundlagen für die Praxis der Berufsbildung*. Sarnen: von Ah Druck AG.
- Dubs, R. (1987). *Volkswirtschaftslehre. Eine Wirtschaftsbürgerkunde für Mittelschulen und zum Selbststudium*. Bern und Stuttgart: Verlag Paul Haupt.
- Ege, H. & Zentralschweizerisches Technikum Luzern/Horw (1977). *Neubau Zentralschweizerisches Technikum Luzern/Horw*. Luzern.
- Egger, F. (1972). Mittelschule von morgen, *Bildungspolitik: Jahrbuch der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren = Politique de l'éducation = Politica dell'educazione* (Bd. 58). Luzern: Verein Schweizerischer Gymnasiallehrer.
- Eigenmann, P. (2017). *Migration macht Schule. Bildung und Berufsqualifikation von und für Italienierinnen und Italiener in Zürich, 1960-1980*. Zürich: Chronos Verlag.

- Eigenmann, P. & Geiss, M. (2016). Berufsbildung und Migration. Die Erfahrungen nutzen. Zürich: Neue Zürcher Zeitung AG.
- Emirbayer, M. & Mische, A. (1998). What is Agency? *The American Journal of Sociology*, 103(4), 962-1023.
- Erziehungsrat des Kantons Luzern (Hrsg.). (1974). *400 Jahre höhere Lehranstalt Luzern 1574-1974*. Luzern: Verlag Kantonsschule Luzern.
- Feierabend, U. (1975). *Die Berufsmittelschule mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Kanton Solothurn. Ein Beitrag zur Berufsbildungsforschung*. Aarau: Sauerländer AG.
- Ferrat, A. A. (1966). *Bericht der Eidgenössischen Expertenkommission für Fragen der Hochschulförderung. Eine Zusammenfassung*. Zürich.
- Fischer, R. (2013). Schule und Bildung - der lange Weg zum Bildungszentrum, in: Regierungsrat des Kantons Luzern (Hrsg.), *Der Kanton Luzern im 20. Jahrhundert*. Zürich: Chronos Verlag.
- Flick, U. (2009). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag GmbH.
- Frey, T. (2013). Dienstleistungen - dienen, bedienen, verdienen, in: Regierungsrat des Kantons Luzern (Hrsg.), *Der Kanton Luzern im 20. Jahrhundert*. Zürich: Chronos Verlag.
- Galliker, H. J. (1975). Das Projekt einer Hochschule Luzern. 'Stagflation' im schweizerischen Hochschulwesen? Zur aktuellen Situation und zum Stellenwert der Neugründungen. *Schweizer Schule*, 62(7/8), 225-230.
- Gees, T. (2006). *Die Schweiz im Europäisierungsprozess. Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzepte am Beispiel der Arbeits-, Agrar- und Wissenschaftspolitik, 1947-1974*. Zürich: Chronos.
- Geiger, D. (2015). *Handlungsfähigkeit von geduldeten Flüchtlingen. Eine empirische Studie auf der Grundlage des Agency-Konzeptes*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gelpke, M. (1958). *Die Laboratorien der Abteilung Heizung-Lüftung-Klimatechnik*. Luzern.
- Gewerbeschule der Stadt Luzern (1954). *Jahresbericht 1953/54. Gewerbeschule der Stadt Luzern*. Luzern: Gewerbeschule der Stadt Luzern.
- Gewerbeschule der Stadt Luzern (1958). *Gewerbeschule der Stadt Luzern*. Luzern: Keller & Co.
- Gewerbeschule der Stadt Luzern (1976a). *Gewerbeschule der Stadt Luzern Weggismatt*. Luzern: Unionsdruckerei Luzern.

- Gewerbeschule der Stadt Luzern (1976b). *Jahresbericht 1975/76. Gewerbeschule der Stadt Luzern*. Luzern: Gewerbeschule der Stadt Luzern.
- Gewerbeschule der Stadt Luzern (1981). *Schulraumplanung 1981*. Luzern: Verlag nicht ermittelbar.
- Gieré, A. (2013). Technikum, *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)* (29.10.2013 ed.). Bern.
- Gonon, P. (2007). Chancen und Gefahren des dualen Bildungssystems. Droht die Verschulung der Berufsbildung?, in: R. Dubs, H. Giger, M. W. Kuhn, U. Renold, H. Schambeck, H. F. Skala, P. Triponez & H. Tschirky (Hrsg.), *Berufsbildung im Lichte der neuen Gesetzgebung*. Zürich: Verlag Neue Züricher Zeitung.
- Gonon, P. (2009). Reformsteuerung, Stabilität und Wandlungsfähigkeit der Berufsbildung - "Laboratory Federalism" als Motor der Bildungsreform in der Schweiz, in: U. Lange, S. Rahn, W. Seitter & R. Körzel (Hrsg.), *Steuerungsprobleme im Bildungswesen* (S. 249-265). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gonon, P. (2012). Entstehung und Dominanz der dualen Berufsbildung in der Schweiz, in: M. M. Bergman, S. Hupka-Brunner, T. Meyer & R. Samuel (Hrsg.), *Bildung - Arbeit - Erwachsenwerden. Ein interdisziplinärer Blick auf die Transition im Jugend- und jungen Erwachsenenalter* (S. 221-242). Wiesbaden: Springer VS.
- Gonon, P. (2013a, 18. März). Duale Berufsbildung - Mehr Allgemeinbildung! *Neue Züricher Zeitung*.
- Gonon, P. (2013b). Herausforderungen für die Berufsbildung in der Schweiz - eine Einleitung, in: M. Maurer & P. Gonon (Hrsg.), *Herausforderungen für die Berufsbildung in der Schweiz. Bestandesaufnahme und Perspektiven*. Bern: hep verlag ag.
- Gonon, P. (2016a). Beruf und Profession im Kontext der Expansion der schweizerischen Berufsbildung, in: T. Zimmermann, W. Jütte & F. Horvath (Hrsg.), *Arenen der Weiterbildung* (Bd. 190-199). Bern: hep Verlag.
- Gonon, P. (2016b). *La maturité en Suisse*. Lille: Université de Lille.
- Gonon, P. (2016c). Systematisch in die Berufsbildung investiert. *Newsletter Schweizerische Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung*, 2016(11).
- Gonon, P. (2016d). Zur Dynamik und Typologie von Berufsbildungssystemen: Eine internationale Perspektive. *Zeitschrift für Pädagogik*, 62(3), 307-322.
- Gonon, P. & Maurer, M. (2012). Educational Policy Actors as Stakeholders in the Development of the Collective Skill System: The Case of Switzerland, in: M. R. Busemeyer & C. Trampusch (Hrsg.), *The Comparative Political Economy of Collective Skill Formation*.

- Gonon, P. & Müller, A. (1982). *Öffentliche Lehrwerkstätten im Berufsbildungssystem der Schweiz. Eine Erhebung über die Entstehung und die qualitative und quantitative Bedeutung der öffentlichen Lehrwerkstätten im industriell-gewerblichen Bereich*. Luzern: Eigenverlag.
- Gonon, P. & Zehnder, L. (2016). Die Berufsbildung der Schweiz als permanenter Kompromissbildungsprozess, in: J. Seyfried, S. Seeber & B. Ziegler (Hrsg.), *Jahrbuch der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung* (S. 43-58). Opladen: Barbara Budrich.
- GPD (1964). Unbesonnenes Referendum gegen das neue Berufsbildungsgesetz. *Luzerner Gewerbe Zeitung*.
- Graber, S. & Haltmeier, R. (2008). Bildung bewegt - 40 Jahre Kantonsschule Luzern Alpenquai. In: Kantonsschule Luzern Alpenquai (Hrsg.). Luzern: Neue Luzerner Zeitung.
- Grass, D. (2015). Legitimation neuer Steuerung: Eine neo-institutionalistische Erweiterung der Governance-Perspektive auf Schule und Bildungsarbeit, in: J. Schrader, J. Schmid, K. Amos & T. Ansgar (Hrsg.), *Governance von Bildung im Wandel* (S. 65-93). Wiesbaden: Springer Verlag.
- Grossenbacher, S. & Oggenfuss, C. (2015). *Information Bildungsforschung. 40 Jahre Forschungsdokumentation der SKBF*. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF).
- Grübel, A. (1972). *Schlussbericht über die Arbeiten der Eidgenössischen Expertenkommission für die Verbesserung der Berufslehre*. Bern: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit.
- Gugerli, D., Lorenzetti, L., Müller, M., Tanner, J. & Woitek, U. (2012). Wirtschaftliche Entwicklung, Demographie und Technologie, in: P. Halbeisen, M. Müller & B. Veyrassat (Hrsg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (S. 85-311). Basel: Schwab AG.
- Gut, W. (1975). Das Projekt einer Hochschule. Die Zentralschweizer Hochschule. *Schweizer Schule*, 62(7/8), 223-224.
- Gutersohn, A. (1964). Die Zukunftsaussichten für die gewerbliche Wirtschaft. In: Schweizerisches Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Hrsg.), *Talenterfassung Nachwuchsförderung für das Gewerbe. Protokoll der Arbeitstagung vom 10. und 11. März 1964* (S. 1-11).
- Hadjar, A. & Beck, R. (2006). *Bildungsexpansion. Erwartete und unerwartete Folgen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Hadjar, A. & Becker, R. (2006). Bildungsexpansion - erwartete und unerwartete Folgen, in: A. Hadjar & R. Beck (Hrsg.), *Bildungsexpansion. Erwartete und unerwartete Folgen* (S. 11-24). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hässler, T. (1977). *Die Berufsmittelschule im industriell-gewerblichen Bereich. Berechtigung - Zielsetzung - Konzept*. Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Winterthur.
- Heinrich, M. (2007). *Governance in der Schulentwicklung. Von der Autonomie zur evaluationsbasierten Steuerung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Helfferich, C. (2012). Einleitung: Von roten Heringen, Gräben und Brücken. Versuche einer Kartierung von Agency-Konzepten, in: S. Bethmann, C. Helfferich & D. Niermann (Hrsg.), *Agency. Die Analyse von Handlungsfähigkeit und Handlungsmacht in qualitativer Sozialforschung und Gesellschaftstheorie* (S. 9-39). Weinheim Basel: Beltz Juventa Verlag.
- Herren, M. (2008). Die nationale Hochschul- und Forschungspolitik in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: L. Criblez (Hrsg.), *Bildungsraum Schweiz. Historische Entwicklung und aktuelle Herausforderungen*. Bern: Haupt.
- Hess, G. (1975). Das Projekt einer Hochschule Luzern. Gedanken zur Hochschulreform. *Schweizer Schule*, 62(7/8), 230-231.
- Hiestand, M., Müller, M. & Woitek, U. (2012). Partizipation der Kantone und Regionen, in: P. Halbeisen, M. Müller & B. Veyrassat (Hrsg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (S. 753-820). Basel: Schwabe AG.
- Hobsbawm, E. (2012). *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Hofer, F. (1958). *Die Baukommission und ihre Aufgaben*. Luzern.
- Höltschi, K. (2008). *100 Jahre Gewerbeschule Willisau 1908 bis 2008*. Willisau: SWS Medien AG Print.
- Hopf, C. (2010). Qualitative Interviews - ein Überblick (S. 349-360). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuchverlag GmbH.
- Hörnig, H. (1965). *Zu einigen Problemen im Hochschulwesen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR*. Berlin: Dietz.
- Huber, C. (Hrsg.). (2017). *Lehrerinnen- und Lehrerbildungsregion Zentralschweiz. Bildungspolitische Entwicklungen seit Ende der 1950er Jahre* (Bd. 4). Wien: LIT VERLAG GmbH.

- Hummler, F. (1963). *Die wirtschaftspolitische und soziologische Seite des Problems der Talenterfassung und Nachwuchsförderung. Referat an der Arbeitstagung der Schweiz*. Zürich: Stiftung für angewandte Psychologie.
- Hürlimann, G. (2013). Strukturen und Konjunkturen - ein Überblick, in: R. d. K. Luzern (Hrsg.), *Der Kanton Luzern im 20. Jahrhundert* (Bd. 1). Zürich: Chronos Verlag.
- Imdorf, C., Berner, E. & Gonon, P. (2016). Duale versus vollzeitschulische Berufsausbildung in der Schweiz. Zwei Institutionalisierungsmuster der beruflichen Bildung aus rechtfertigungstheoretischer und kantonale vergleichender Perspektive, in: R. Leemann, C. Imdorf, J. W. Powell & M. Sertl (Hrsg.), *Die Organisation von Bildung. Soziologische Analysen zu Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung* (S. 186-207). Weinheim und Basel: Beltz.
- Imhof, G., Grüter, U., Hunziker, B., Ittig, J. & Henzirohs, B. (Hrsg.) (2008). *TECHNIK+ARCHITEKTUR 1958-2008. Festschrift Hochschule Luzern - Technik & Architektur*. Dallenwil: Druckerei Odermatt AG.
- Jermann, M. (Hrsg.). (1972). *Bildungswesen. Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum*. Bern, Stuttgart: Verlag Paul Haupt.
- Jermann, M., Blankart, B., Kohn, L., Baer, H. & Kalantzis, P. (1969). *Bildungswesen, Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum. Eine Modellstudie zur langfristigen Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in der Schweiz unter der Leitung von Dr. M. Jermann*. Basel.
- Karrer, W. (1958). *Die Bedeutung der Laboratorien im Rahmen der schulischen Ausbildung am Technikum*. Luzern.
- Kneschaurek, F. & Graf, H. G. (Hrsg.) (1993). *Der sektorale Strukturwandel in der Schweiz von 1960 bis 1980*. Diessenhofen: Verlag Rüegger.
- Kollros, W. (1958). *Das Maschinenlaboratorium*. Luzern.
- Korner, M. (1958). *Die Bauabteilung*. Luzern.
- Kost, J. (2013). Durchlässigkeit und Hochschulzugang in der Schweiz. *Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften*, 35(3), 473-492.
- Kost, J. (2015). Vertikale Durchlässigkeit im System beruflicher Grund- und Weiterbildung - Effekte auf soziale Disparitäten und den Fachkräftemangel, in: M. Stock, P. Schlögl, K. Schmid & D. Moser (Hrsg.), *Kompetent - wofür? Life Skills - Beruflichkeit - Persönlichkeitsbildung* (S. 338-353). Innsbruck: Studienverlag.
- Krehl, H. (1970). Zentralschweizerisches Technikum Luzern in Horw: ein notwendig kritischer Bericht. *Bauen + Wohnen = Construction + habitation = Building + home : internationale Zeitschrift*, 24(8).

- Kübler, M. (1986). *Berufsbildung in der Schweiz: 100 Jahre Bundessubventionen (1884-1984)*. Bern: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit. Abteilung Berufsbildung.
- Küng, H. (1975). Das Projekt einer Hochschule Luzern. Wozu schon eine zentralschweizerischer Universität? Ein offener Brief. *Schweizer Schule*, 62(7/8), 244-248.
- Kurmann, F. (2013). Bevölkerungsentwicklung - Wachstum durch Wandel, in: Regierungsrat des Kantons Luzern (Hrsg.), *Der Kanton Luzern im 20. Jahrhundert*. Zürich: Chronos Verlag.
- Kussau, J. & Brüsemeister, T. (2007). Educational Governance: Zur Analyse der Handlungskoordination im Mehrebenensystem der Schule, in: H. Altrichter, T. Brüsemeister & J. Wissinger (Hrsg.), *Educational Governance* (S. 15-54). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Labhardt, A. (Hrsg.). (1964). *Bericht der Eidgenössischen Expertenkommission für Fragen der Hochschulförderung. Bericht von André Labhardt*. Bern: Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale.
- Lambrecht, W. (2007). Deutsch-Deutsche Reformdebatten vor "Bologna". Die "Bildungskatastrophe" der 1960er-Jahre. *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 4(3), 472-477.
- Landwehr, A. (2008). *Historische Diskursanalyse*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Lussy, H. (2013). Industrie - im Dienst des Kapitals und der Menschen, in: Regierungsrat des Kantons Luzern (Hrsg.), *Der Kanton Luzern im 20. Jahrhundert* (S. 299-320). Zürich: Chronos Verlag.
- Luzernische Schuldirektion (1952). Mitteilunen der Schuldirektion. *Der Schulbote. Zeitschrift der Schuldirektion der Stadt Luzern*, XIII. Jahrgang (2), 73.
- Luzernische Schuldirektion (1953). Eduard Pfyffer (1782-1834). *Der Schulbote. Zeitschrift der Schuldirektion der Stadt Luzern*, XIV. Jahrgang(2).
- Maag Merki, K., Langer, R. & Altrichter, H. (Hrsg.) (2014). *Educational Governance als Forschungsperspektive. Strategien. Methoden. Ansätze*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mäder, J. (1958). *Das physikalische Laboratorium*. Luzern.
- Maienfish, E. (im Druck). *Die Kunst, sich im Sattel zu halten. Statuskämpfe und soziale Mobilität im Zuge der Schweizer Fachhochschulentwicklung im Bereich Wirtschaft seit Mitte des 20. Jahrhunderts*. Zürich: Univeristät Zürich.

- Maissen, T. (2010). *Geschichte der Schweiz*. Baden: hier+jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte.
- Marglin, S. A. & Schor, J. B. (Hrsg.) (1990). *The golden age of capitalism*. Oxford: Clarendon Press.
- Mattioli, A. & Pfenninger, P. (2000). Die verpasste Chance. Das Luzerner Universitätsprojekt 1962-1978, in: A. Mattioli & M. Ries (Hrsg.), *"Eine höhere Bildung thut in unserem Vaterland Noth". Steinige Wege vom Jesuitenkollegium zur Hochschule Luzern* (S. 93-141). Zürich: Chronos Verlag.
- Mattmann, G. (1975). Das Projekt einer Hochschule Luzern. Lehr- und Forschungsangebot der Hochschule Luzern. *Schweizer Schule*, 62(7/8), 237-239.
- Meier, M. (1975). Das Projekt einer Hochschule Luzern. Erwartungen der jungen Generation an eine Zentralschweizer Hochschule. *Schweizer Schule*, 62(7/8), 242-244.
- Meier, P. (Hrsg.). (2016). *Schola Beronensis. Wege und Irrwege luzernischer Bildungsgeschichte in tausend Jahren. 150 Jahre Kantonale Mittelschule Beromünster*. Beromünster: Wallimann Druck und Verlag.
- Messmer, K. (2013). Der Kanton Luzern im 20. Jahrhundert - Ein historischer Essay, in: Regierungsrat des Kantons Luzern (Hrsg.), *Der Kanton Luzern im 20. Jahrhundert* (Bd. 2, S. 207-228). Zürich: Chronos Verlag.
- Meyer, T. (2018). *Berufslleute über 45 machen nochmals eine Lehre*. Zürich: Schweizer Fernsehen SRF.
- Meylan, J.-P. (1996). Die Erneuerung des Gymnasiums und die Anerkennung der Maturitäten - Stationen der Dabatte 1968-1995, in: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) (Hrsg.), *Von der "Mittelschule von morgen" zur Maturitätsreform 1995* (S. 7-45). Bern: EDK.
- Minder, A. (2008). Die Berufsmittelschule wird 40 Jahre alt. *bbaktuell*, 224, 1-6.
- Müller, W. (1998). Erwartete und unerwartete Folgen der Bildungsexpansion. *Die Diagnosefähigkeit der Soziologie*, 38, 81-112.
- Nyikos, L. (1967). Eine Schule für mittlere Kader? *gymnasium helveticum*, 22, 32-46.
- Nyikos, L. (1968). Allgemeine Berufsmittelschule. *Schweizerische Blätter für Gewerbeunterricht*, 93, 99-103.
- Picht, G. (1964). *Die deutsche Bildungskatastrophe*. Olten und Freiburg im Breisgau: Walter-Verlag.
- Polierschule der Zentralschweiz (1967). *Bericht 1966/67 / Polierschule der Zentralschweiz*. Luzern: Gewerbeschule der Stadt Luzern.

- Polierschule der Zentralschweiz (1971). *Bericht 1969/1971 / Polierschule der Zentralschweiz*. Luzern: Gewerbeschule der Stadt Luzern.
- Polierschule der Zentralschweiz (1973). *Bericht 1971/1973 / Polierschule der Zentralschweiz*. Luzern: Gewerbeschule der Stadt Luzern.
- Raithelhuber, E. (2008). Von Akteuren und Agency - eine sozialtheoretische Einordnung der structure/agency-Debatte, in: H. G. Homfeldt, W. Schröer & C. Schwppe (Hrsg.), *Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency* (S. 17-46). Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Regierungsrat des Kantons Luzern (Hrsg.). (2013). *Der Kanton Luzern im 20. Jahrhundert*. Zürich: Chronos Verlag.
- Reinberg, A., Fischer, G. & Tessaring, M. (1995). Auswirkungen der Bildungsexpansion auf die Erwerbs- und Nichterwerbstätigkeit. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)*, 3(28. Jahrgang), 300-322.
- Rickli, S. (2010). Von den Anfängen der Berufsfachschule im Kanton Zug. Ein historischer Blick auf die Gründungszeit der heutigen Berufsfachschule in Zug. Zürich: Pädagogisches Institut. Allgemeine Pädagogik.
- Rieger, A. (2001). Bildungsexpansion und ungleiche Bildungspartizipation am Beispiel der Mittelschulen im Kanton Zürich, 1830 bis 1980. *Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften*, 1, 41-72.
- Rogger, H. (1957). Das Zentralschweizer Technikum Luzern. In: E. d. K. Luzern (Hrsg.). Luzern: Kanton Luzern.
- Rogger, H. (1958a). Das Zentralschweizerische Technikum Luzern. Vorgeschichte und Entstehung. *Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen*, 43. Jahrgang, 40-52.
- Rogger, H. (1958b). *Entstehung und Organisation*. Luzern: Zentralschweizerisches Technikum Luzern.
- Rohstock, A. (2008). Ist Bildung Bürgerrecht?. Wege zur Bildungsexpansion im doppelten Deutschland, in: U. Wengst & H. Wentker (Hrsg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz* (S. 135-159). Berlin: Ch. Links.
- S.A. (1980). Technikum eng mit Schindler verbunden. *Personalzeitung der Schindler & Cie. AG*.
- s.n. (1967). Vom Technikum beider Basel in MuttENZ. *Schweizerisches Bauzeitung*, 85(41), 748-750.
- Schendera, C. (2015). *Deskriptive Statistik verstehen*. Konstanz: UVK.
- Schmid, M. (2003). *Kurzer Rückblick auf eine lange Geschichte des Kaufmännischen Vereins und der Kaufmännischen Berufs- und Berufsmittelschule Willisau*.

- Willisau: Berufsbildungszentrum Willisau Kaufmännische Berufs- und Berufsmittelschule.
- Schnieper, W. (2008). *Von Moos. Von der Hammerschmiede zum modernen Stahlunternehmen 1680-1996*. (Bd. 17). Luzern: Verlag Pro Libro.
- Schultz, H. (1963). Bericht der Eidgenössischen Kommission für Nachwuchsfragen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften und der medizinischen Berufe sowie des Lehrerberufes auf der Mittelstufe. Bern: Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale.
- Schürch, H. (1958). *Grundsätzliche Probleme der baulichen Gestaltung*. Luzern.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund (1978). *Tätigkeitsbericht 1975 1976 1977*. Bern: Schweizerischer Gewerkschaftsbund.
- Schweizerischer Wissenschaftsrat (1967). *Ausbau der schweizerischen Hochschulen*. Bern: Schweizerischer Wissenschaftsrat.
- Schweizerischer Wissenschaftsrat (1972). *Ausbau der Schweizerischen Hochschulen. Zweiter Bericht*. Bern: Sekretariat des Schweizerischen Wissenschaftsrates.
- Schweizerischer Wissenschaftsrat (1978). *Ausbau der Schweizerischen Hochschulen. Dritter Bericht*. Bern: Schweizerischer Wissenschaftsrat.
- Solga, H. & Wagner, S. (2001). Paradoxie der Bildungsexpansion. Die doppelte Benachteiligung von Hauptschülern. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 4. Jahrgang(1), 107-127.
- Sommerhalder, P. (1970). Berufsbildung im Umbruch. Zürich: Institut für Bildungsforschung und Berufspädagogik des Kantons Zürich.
- Sommerhalder, P. (1989). *Berufsbildung. So entstand die Berufsmittelschule (BMS). Die Einführung einer Neuerung in der schweizerischen Berufsbildung 1968, aus der Sicht der Initianten und mit persönlichem Kommentar des Verfasser dargestellt*. Zürich: Institut für Berufsbildungsforschung und Berufspädagogik im Amt für Berufsbildung des Kantons Zürich.
- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2016). *Fachkräftemangel in der Schweiz. Indikatorensystem zur Beurteilung der Fachkräftenachfrage*. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO.
- Staatssekretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI) (2016). *Berufsbildung in der Schweiz. Fakten und Zahlen 2016*. Bern: Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF.

- Staatsskretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI) (2017). *Herausforderungen der Digitalisierung für Bildung und Forschung in der Schweiz*. Bern: Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI).
- Staatsskretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI) (2018). Leitbild "Berufsbildung 2030" verabschiedet, *Medienmitteilungen*: Staatssekretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI).
- Steiner, A. (1983). *25 Jahre Zentralschweizerisches Technikum Luzern. Auszug aus dem 25. Jahresbericht 1982/83*. Luzern: Zentralschweizerisches Technikum Luzern Ingenieurschule HTL.
- Steiner, A. (2008). Der lange Weg bis zur Gründung des Zentralschweizerischen Technikums - Über fünf Jahrzehnte der politischen Diskussion und Auseinandersetzung, in: G. Imhof, U. Grüter, B. Hunziker, J. Ittig & B. Henzirohs (Hrsg.), *TECHNIK+ARCHITEKTUR 1958-2008. Festschrift Hochschule Luzern - Technik & Architektur* (S. 17-40). Dallenwil: Druckerei Odermatt.
- Steinimann, C. (2010). Vom Sputnik-Schock zum Stipendienkonkordat. Anmerkung zur schweizerischen Politik der Ausbildungsförderung (S. 42). Basel: Universität Basel, Historisches Seminar.
- Steinke, I. (2007). Qualitätssicherung in der qualitativen Forschung, in: U. Kuckartz, H. Grunenberg & T. Dresing (Hrsg.), *Qualitative Datenanalyse: computergestützt. Methodische Hintergründe und Beispiele aus der Forschungspraxis* (S. 176-187). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stöver, B. (2011). *Der Kalte Krieg*. München: Verlag C. H. Beck.
- Tanner, J. (2015). *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*. München: Verlag C.H. Bick.
- Tanner, J., Studer, B. & Hiestand, M. (2012). Konsum und Distribution, in: P. Halbeisen, M. Müller & B. Veyrassat (Hrsg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (S. 637-702). Basel: Schwabe AG.
- Thévenot, L. (2001). Organized Complexity. Conventions of Coordination of Economic Arrangements. *European Journal of Social Theory*, 4(4), 405-425.
- Urban, W. J. (2010). *More Than Science and Sputnik. The National Defense Education Act of 1958*. Tuscaloosa, Alabama: The University of Alabama Press.
- Veyrassat, B. (2015). Industrialisierung. Bern: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS).
- Weigelt, K. (2017, 22. November 2017). Berufsbildung 4.0 - Sind wir bereit? *St. Galler Tagblatt*.

- Wettstein, E. (2014). *Qualifikationsverfahren für Erwachsene. Rechtliche Grundlagen*. Zürich: Berufsbildungsprojekte Emil Wettstein.
- Wettstein, E., Bossy, R., Dommann, F. & Villiger, D. (Hrsg.) (1988). *Die Berufsbildung in der Schweiz. Eine Einführung* (2 ed.). Schaffhausen: Meier + Cie AG.
- Wettstein, E., Schmid, E. & Gonon, P. (2014). *Berufsbildung in der Schweiz. Formen, Strukturen, Akteure* (2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2014). Bern: hep verlag.
- Wicker, H.-R., Fibbi, R. & Haug, W. (Hrsg.) (2003). *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms "Migration und interkulturelle Beziehungen"*. Zürich: Seismo Verlag.
- Widmaier, H. P. (1966). *Bildung und Wirtschaftswachstum. Modellstudie zur Bildungsplanung* Stuttgart.
- Widmer, K. (1976). *Bildungsplanung und Schulreform*. Frauenfeld: Huber.
- Wolff, S. (2010). Dokumenten- und Aktenanalyse, in: U. Flick, E. von Kardorff & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 502-513). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH.
- Wüest, E. (1958). *Die Laboratorien der Bauabteilung*. Luzern.
- Wyss, F. (1971). *Bildungsplanung als Politikum. Eine Stellungnahme zum Bericht Jermann*. Bern: Schweizerische Studentenschaft.
- Zehnder, L. & Gonon, P. (2017). Civic and Market Convention as Driving Forces at the Development of Siwss VET, in: F. Marhuenda-Fluixa (Hrsg.), *Vocational Education beyond Skill Formation - VET between Civic, Industrial and Market Tensions* (S. 271-292). Bern: Peter Lang.
- Zentralschweizerische Verkehrsschule Luzern (1987). *75 Jahre Zentralschweizerische Verkehrsschule Luzern. Festschrift*. Luzern: Zentralschweizerische Verkehrsschule Luzern.
- Zentralschweizerisches Technikum Luzern (1958). Dokumentensammlung (Bd. 1). Luzern: Zentralschweizerisches Technikum Luzern.
- Zentralschweizerisches Technikum Luzern (1959). *Zentralschweizerisches Technikum Luzern Jahresbericht 1958/59 Programm*. Luzern: Zentralschweizerisches Technikum Luzern Ingenieurschule HTL.

Abkürzungsverzeichnis

ABB: Asea Brown Boveri

BbA: Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung (1930 bis 1962)

BBC: Elektrotechnikkonzern Brown, Boveri & Cie in Baden, heute ABB

BBG: Bundesgesetz über die Berufsbildung (ab 1963)

BBT: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

BBV: Berufsbildungsverordnung

BIGA: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit

BIP: Bruttoinlandprodukt

BMS: Berufsmittelschule

BV: Bundesverfassung

CEE: Centre d'Études de l'Emploi

DBK: Deutschschweizerische Berufsbildungskonferenz

EBA: Eidgenössischer Berufsattest

EDI: Eidgenössisches Departement des Innern

EDK: Erziehungsdirektoren Konferenz

EFZ: Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis

EHB: Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung (seit 2006)

ETH: Eidgenössische Technische Hochschule

FHSG: Bundesgesetz über die Fachhochschulen

HFG: Bundesgesetz über die Hochschulförderung

HFK: Hochschulförderungsgesetz

HFKG: Hochschulförderungs- und Hochschulkoordination

HSSO: Historische Statistik der Schweiz Online

HTL: Höhere Technische Lehranstalt

HWV: Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule

INSEE: Institut National de la Statistique et des Études Économiques

KLK: Kantonale Lehrlingskonferenz

LWS: Lehrwerkstatt

LZ: Neue Luzerner Zeitung

MAV: Maturitätsanerkennungsverordnung

NGO: Nichtregierungsorganisation

NPO: Non-Profit-Organisationen

NVE: Nettovolkseinkommen

NZZ: Neue Zürich Zeitung

OECD: Organisation for Economic and Cooperation and Development

SBZ: Schweizerische Bauzeitung

SIBP: Schweizerisches Institut für Berufspädagogik (von 1971 bis 2005)

SVEB: Schweizerischer Vereinigung für Erwachsenenbildung

ÜK: Überbetrieblicher Kurs

VSS: Verbandes der Schweizerischen Studentenschaft

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Gebäulichkeiten des Zentralschweizerischen Technikums Luzern an seinem ersten Standort in der Sentimatt, 1958.....	2
Abbildung 2: Luzerner Schulsystem von 1965 (Fischer, 2013, S. 260)	40
Abbildung 3: Gewerbeschulhaus Heimbach Luzern.....	114
Abbildung 4: Gewerbeschulhaus Weggismatt 1976	116
Abbildung 5: Berufsschule Emmen, 1981	118
Abbildung 6: Neubau des Zentralschweizerischen Technikums Luzern in Horw (Steiner, 1983).....	133
Abbildung 7: Schema des vorgeschlagenen Schulsystems (Egger, 1972, S. 22).....	151

Verzeichnis der Diagramme

Diagramm 1: Beschäftigte in der Schweiz nach Sektoren (1890–2001).....	19
Diagramm 2: Schweiz: Entwicklung der Abschlüsse Sekundarstufe II. Grafik: Philipp Gonon. Zahlen Sek II im Vergleich, siehe Jane Ovelil und Lea Zehnder (2016) (Gonon, 2016c).....	29
Diagramm 3: Anzahl der ausgestellten Maturazeugnisse im Kanton Luzern, 1900–2000 (Fischer, 2013, S. 274)	31
Diagramm 4: Schulisch organisierte Grundbildung versus duale Berufslehre (Anteil der Eintretenden im Jahr 2013 in Prozent)	41
Diagramm 5: Beschäftigte im Kanton Luzern nach Sektoren (1890–2001)	54
Diagramm 6: Berufliches Nachwuchsverhältnis im Kanton Luzern, 1960–1980.....	55
Diagramm 7: Entwicklung der im 2. Sektor Beschäftigten in der Schweiz und im Kanton Luzern von 1890–2001 (HSSO Tab. F.31).	57
Diagramm 8: Relative Entwicklung der Anzahl Schüler/-innen der Sekundarstufe II im Kanton Luzern, 1954–1980	100
Diagramm 9: Anzahl gewerbliche Lehrpersonen im Kanton Luzern	101
Diagramm 10: Anzahl Schüler/-innen an der Gewerbeschule der Stadt Luzern	103
Diagramm 11: Anzahl Lehrpersonen an der Gewerbeschule der Stadt Luzern	105
Diagramm 12: Anzahl Schüler/-innen an der Gewerbeschule Emmen.....	108

Diagramm 13: Anzahl der haupt- und nebenamtlichen Lehrpersonen an der Gewerbeschule Emmen.....	110
Diagramm 14: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster) aller beteiligten Akteure im Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen.....	128
Diagramm 15: Argumentationsmuster im Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen (rechts) Akteuren	129
Diagramm 16: Studierendenzahlen Zentralschweizerisches Technikum Luzern jeweils zu Beginn des Schuljahres (Steiner, 1983).....	144
Diagramm 17: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster) aller beteiligten Akteure im Gründungs- und Entwicklungsprozess des ZTL.....	148
Diagramm 18: Argumentationsmuster bei der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen Akteuren (rechts)	149
Diagramm 19: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen (Argumentationsmuster) aller beteiligten Akteure im Prozess der Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern.....	182
Diagramm 20: Argumentationsmuster gemäss Konventionentheorie beim Koordinationsprozess Errichtung der Berufsmittelschulen im Kanton Luzern strukturiert nach staatlichen Akteuren (links) und wirtschaftlichen (rechts) Akteuren	183
Diagramm 21: Lehrabschlussprüfungen und neue Lehrverträge in der Schweizer, 1954– 1980	247
Diagramm 22: Berufliches Nachwuchsverhältnis der technischen Berufe in der Schweiz, 1959–1980	252
Diagramm 23: Technische Berufe und Metall- und Maschinenindustrierberufe, 1954–1980	253
Diagramm 24: Berufliches Nachwuchsverhältnis der Berufe aus der Metall- und Maschinenindustrie in der Schweiz, 1959–1980	254
Diagramm 25: Anzahl erteilter Diplome am Zentralschweizerischen Technikum Luzern von 1961 bis 1983 (Steiner, 1983).....	255

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Erwerbstätige im Kanton Luzern nach Branchen, 1950–1980	56
Tabelle 2: Systematisierung der Qualitätskonventionen	92
Tabelle 3: Berufsgruppen zufolge Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, 1960 und 1980	248
Tabelle 4: Metall- und Maschinenindustrieverufe	249
Tabelle 5: Technische Berufe	251
Tabelle 6: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen aller beteiligten Akteure im Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen (Auflistung der Argumente in chronologischer Reihenfolge entsprechend Abschnitt 5.1.2)	256
Tabelle 7: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie des Koordinationsprozesses infrastruktureller Ausbau der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen strukturiert nach staatlichen Akteuren	258
Tabelle 8: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie des Koordinationsprozesses infrastruktureller Ausbau der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen strukturiert nach wirtschaftlichen Akteuren	259
Tabelle 9: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern involvierten Akteure (Auflistung der Argumente in chronologischer Reihenfolge entsprechend Abschnitt 5.2.1)	260
Tabelle 10: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern strukturiert nach staatlichen Akteuren	262
Tabelle 11: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern strukturiert nach wirtschaftlichen Akteuren	263
Tabelle 12: Argumentationsmuster gemäss Konventionentheorie des Koordinationsprozesses der Errichtung der Berufsmittelschulen des Kantons Luzern strukturiert nach staatlichen Akteuren	264
Tabelle 13: Argumentationsmuster gemäss Konventionentheorie des Koordinationsprozesses der Errichtung der Berufsmittelschulen des Kantons Luzern strukturiert nach wirtschaftlichen Akteuren	266

Anhang

Berufliche Lehrverträge in der Schweiz (1960–1980)

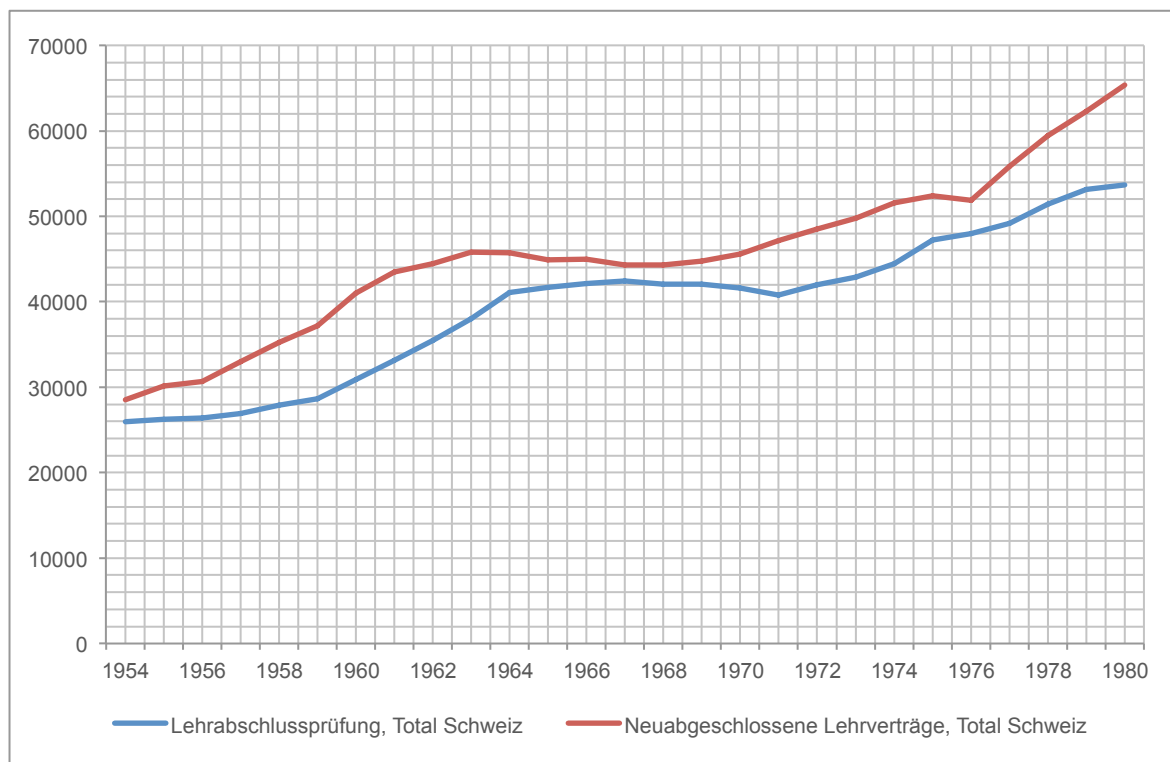


Diagramm 21: Lehrabschlussprüfungen und neue Lehrverträge in der Schweizer, 1954–1980³¹⁴

Das Diagramm 21 stellt die Entwicklung der dualen Berufsbildung in der Schweiz von 1954 bis 1980 dar. Darunter fallen all diejenigen Berufe, die zwischen 1954 und 1980 dem Eidgenössischen Bundesgesetz über die Berufsbildung unterstellt waren. Diese waren in Berufsgruppen unterteilt, die aber einer ständigen Veränderung ausgesetzt waren, da sich das Berufsschema der Arbeitsmarktstatistik angepasst hat. Die nachfolgenden Beispiele ‚Berufsgruppen zufolge Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit‘ (Tabelle 3), ‚Metall- und Maschinenindustriberufe‘ (Tabelle 4) und ‚Technische Berufe‘ (Tabelle 5) deuten diese Veränderungen an. Diese Berufsschemata wurde mit der Berufssystematik der eidgenössischen Volkszählung und der ‚Classification international type des professions‘ abgeglichen und haben im Jahr 1960 beziehungsweise im Jahr 1980 wie folgt ausgesehen:

³¹⁴ Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) (Hrsg.) (1960–1980). Die Volkswirtschaft. Separatabzug aus der ‚Volkswirtschaft‘. Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge. Schweizerisches Handelsamtsblatt. Bern.

Tabelle 3: Berufsgruppen zufolge Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, 1960³¹⁵ und 1980³¹⁶

Berufsgruppen vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit im Jahr 1960 und 1980		
Lehrlinge	Lehrtöchter	Berufsbereich
Bergbau Gärtnerei Forstwirtschaft Nahrungs- und Genussmittel Textilberufe Bekleidung Leder und Gummi Papier Graphische Berufe Chemische und Kunststoffindustrie Metall- und Maschinenindustrie Uhrmacherei, Bijouterie Erde, Steine und Glas Holz, Kork, Wohnungsausstattung Bauberufe Gastgewerbe Kaufmännische und Büroberuf Technische Berufe Gesundheits- und Körperpflege Berufe des Kunstlebens Übrige Berufsarten	Gärtnerei Nahrungs- und Genussmittel Textilberufe Leder und Gummi Papier Graphische Berufe Chemische und Kunststoffindustrie Metall- und Maschinenindustrie Uhrmacherei, Bijouterie Erde, Steine und Glas Holz, Kork, Wohnungsausstattung Bauberufe Gastgewerbe Kaufmännische und Büroberufe Technische Berufe Gesundheits- und Körperpflege Berufe des Kunstlebens Übrige Berufsarten	Gartenbau Forstwirtschaft Bergbau Nahrung und Getränke Textilherstellung und -veredelung Textilverarbeitung Holz, Kork Papierindustrie Graphisches Gewerbe Gerberei und Lederware Chemische Industrie Kunststoff- und Kautschukindustrie Erde, Steine, Glas Metall- und Maschinenindustrie Uhrenindustrie Bijouterie Baugewerbe Malerei Übrige Produktionsarbeiter Technische Berufe Büroberufe Verkaufsberufe Verkehrsberufe Übrige Verkehrsberufe Gastgewerbe Reinigung Körperpflege Berufe der Heilbehandlung Berufe des Kunstlebens Übrige Berufe

³¹⁵ Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) (Hrsg.) (1961). Die Volkswirtschaft. Separatabzug aus Heft 4 ‚Die Volkswirtschaft‘. Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge im Jahre 1960. Schweizerisches Handelsamtsblatt, Bern. S. 1.

³¹⁶ Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) (Hrsg.) (1981). Die Volkswirtschaft. Separatabzug aus der ‚Volkswirtschaft‘, April 1981. Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge, 1980. Schweizerisches Handelsamtsblatt, Bern. S. 247.

Für diese Untersuchung stützt sich die Verfasserin aus mehreren Gründen auf die Entwicklung zweier Berufsgruppen: ‚Metall- und Maschinenindustrie‘ (Tabelle 4) sowie die ‚technischen Berufe‘ (Tabelle 5). Erstens können diese Berufe direkt mit dem technologischen Fortschritt zwischen 1954 und 1980 in Verbindung gebracht werden. Zweitens dreht sich der Diskurs auf der politischen Ebene in der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs primär um den technischen Nachwuchsmangel.³¹⁷ Die Zahlen aus der Berufsgruppe ‚Metall- und Maschinenindustrie‘ sowie ‚technische Berufe‘ sollen aufzeigen, in welche Richtung sich der technische Nachwuchsmangel rein quantitativ entwickelt hat. Die Zahlen aus der ‚Metall- und Maschinenindustrie‘ sind drittens aus dem nachfolgenden Grund repräsentativ für das duale Berufsbildungssystem. Die Gruppe der Metallarbeiter umfasste im Jahr 1960 beinahe die Hälfte des gesamten männlichen Lehrlingsbestandes und führte folglich die Liste mit den meist gewählten Berufsgruppe an.³¹⁸ Die Berufe innerhalb der Berufsgruppen haben sich dem Arbeitsmarkt in dem Sinne angepasst, dass neue Berufe oder neue Berufsbezeichnungen hinzugekommen oder von der Liste verschwunden sind.

Tabelle 4: Metall- und Maschinenindustriieberufe

Berufe der Metall-, Maschinen- und elektrotechnischen Industrie		
1960	1970	1980
Autoelektriker	Autoelektriker	<i>Giessereitechnologe</i>
Auto- und Wagenlackierer	Auto- und Wagenlackierer	<i>Gussformer</i>
Blattmacher	<i>Autoservicemann</i>	Giesser
Chirurgieinstrumentenmacher	Bohrwerkdreher	<i>Zinngiesser</i>
Decollteure	<i>Büchsenmacher</i>	Galvaniseur
Dreher	Decollteure	Fräser-Hobler
Borwerkdreher	Dreher	Bohrwerkdreher
Elektrowickler	Elektromechaniker	Dreher
Fräser und Hobler	Elektrowickler	Decollteur
Galvaniseure	Fräser und Hobler	<i>Decollteur-Mechaniker</i>
Giesser	Galvaniseure	Büchsenmacher
Schriftgiesser	Giesser	Metalldrücker
Gürtler	Gürtler	Huf- und Fahrzeugschmied
Installateure (Gas und Wasser)	Industrieschweisser	Kupferschmied
Isoleure	Isoleur	Messerschmied
Mechaniker	Mechaniker	Landmaschinenmechaniker
Automechaniker	Automechaniker	Hammerschmied

³¹⁷ Siehe dazu Kapitel 2.

³¹⁸ Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) (Hrsg.) (1961). Die Volkswirtschaft. Separatabzug aus Heft 4 ‚Die Volkswirtschaft‘. Lehrabschlussprüfungen und Lehrverträge im Jahre 1960. Schweizerisches Handelsamtsblatt, Bern. S. 2.

Elektromechaniker	Fahrradmechaniker	Schmied
Fahrradmechaniker	Fahr- und Motormechaniker	Werkzeugmacher
Fahr- und Motormechaniker	Feinmechaniker	<i>Graveur</i>
Feinmechaniker	Kleinmechaniker	Metallbauschlosser
Kleinmechaniker	<i>Modellmechaniker</i>	Maschinenschlosser
Nähmaschinenmechaniker	Metalldrücker	Mühlenbauer
Metalldrücker	<i>Automatikmonteur</i>	Grossapparateschlosser
Metallschleifer und Polierer	Elektromonteur	Rohrschlosser
Elektromonteur	Fernmelde- und Elektronikappa- ratemonteur	Karoserieschlosser
Fernmelde- und Elektronikappa- ratemonteur	Heizungsmonteur	Konstruktionsschlosser
Heizungsmonteur	<i>Kühlanlagenmonteur</i>	Industriespengler
Starkstrommonteur	Starkstrommonteur	Karoseriespengler
Mühlenbauer	Mühlenbauer	Spengler
Radioelektriker	Radioelektriker	Spengler-Sanitärinstallateur
Bauschlosser	<i>Metallbauschlosser</i>	<i>Isolierspengler</i>
Grossapparateschlosser	Grossapparateschlosser	Mechaniker
Karoserieschlosser	Karoserieschlosser	Feinmechaniker
Konstruktionsschlosser	Konstruktionsschlosser	<i>Mikromonteur</i>
Maschinenschlosser	Maschinenschlosser	Schreibmaschinenmechaniker
Modellschlosser	Rohrschlosser	Fahrradmechaniker
Rohrschlosser	Schmiede	Fahr- und Motorradmechaniker
Schmiede	Huf- und <i>Fahrzeugschmiede</i>	Automechaniker
Hammerschmiede	<i>Schmied- und Landmaschinen- mechaniker</i>	Elektromechaniker
Huf- und Wagenschmiede	Schreibmaschinenreparateur	Elektronikmechaniker
Kupferschmiede	Spengler	Fernseh- und Radioelektroniker
Messerschmiede	<i>Spengler-Sanitärinstallateur</i>	<i>Flechtereimechaniker</i>
Schreibmaschinenreparateur	Sanitärinstallateur	Maschinenmechaniker
Bauspengler	Industriespengler	Modellmechaniker
Bauspengler-Installateur	Karoseriespengler	Kabelmaschinenoperator
Industriespengler	Spritzlackierer	Elektrowickler
Karoseriespengler	Werkzeugmacher	Fernseh- und Radioelektriker
Werkzeugmacher	<i>Werkzeugmaschinist</i>	Radioelektriker
Uhrenwerkzeugmacher		Fernmelde- und Elektronikappa- ratemonteur
		Autoelektriker
Galvaniseurinnen		<i>Automatik-Monteur</i>
Elektromonteurinnen		Elektromonteur
Radioelektrikerinnen		<i>Netzelektriker</i>
		<i>Schaltanlagemonteur</i>
		Heizungsmonteur
		Sanitärinstallateur
		Detailmonteur
		Kühlanlagemonteur
		<i>Maschinenoperator</i>
		Werkzeugmaschinist

Tabelle 5: Technische Berufe

Technische Berufe		
1960	1970	1980
Bauzeichner (Tiefbau, Eisenbeton, Stahlbau)	Bauzeichner (Tiefbau, Eisenbeton)	<i>Biologielaborant</i>
Heizungszeichner	<i>Beleuchtungskörperzeichner</i>	<i>Chemielaborant</i>
Hochbauzeichner	<i>Elektrozeichner</i>	<i>Laborant</i>
Installationszeichner (Gas und Wasser)	Heizungszeichner	<i>Laborist</i>
Lüftungszeichner	Hochbauzeichner	Tiefbauzeichner
Maschinenzeichner	<i>Innenausbauzeichner</i>	Hochbauzeichner
Metallbauzeichner	<i>Karosseriezeichner</i>	Vermessungszeichner
Uhrenzeichner	<i>Kühlanlagezeichner</i>	Maschinenzeichner
Vermessungszeichner	Lüftungszeichner	Beleuchtungszeichner
	Maschinenzeichner	Elektrozeichner
	Metallbauzeichner	Heizungszeichner
Bauzeichnerinnen (Tiefbau, Eisenbeton, Stahlbau)	<i>Mikrozeichner</i>	Innenausbauzeichner
Hochbauzeichnerin	Sanitärzeichner	Karosseriezeichner
Vermessungszeichnerin	Stahlbauzeichner	Kühlanlagezeichner
	Vermessungszeichner	Lüftungszeichner
		Metallbauzeichner
	Bauzeichnerin (Tiefbau, Eisenbeton)	Mikrozeichner
	<i>Heizungszeichnerin</i>	Sanitärzeichner
	Hochbauzeichnerin	<i>Stahlbauzeichner</i>
	<i>Innenausbauzeichnerin</i>	<i>Technischer Stickereizeichner</i>
	<i>Maschinenzeichnerin</i>	<i>Autoservicemann</i>
	<i>Sanitärzeichnerin</i>	
	<i>Mikrozeichnerin</i>	
	Vermessungszeichnerin	

Der Verfasserin dieser Untersuchung liegen bis heute über die Entwicklung der Anzahl Lernenden in der Metall- und Maschinenindustrie sowie in den technischen Berufen keine kantonsspezifischen Zahlen für den Fall Kanton Luzern vor. Die Staatsverwaltungsberichte des Kantons Luzern ordnen die Zahlen der Lernenden der dualen Berufsbildung allein nach Berufsschulen und nicht nach Berufen an. Aus forschungspragmatischen Gründen war es nicht möglich, die Klassenbestände der einzelnen Berufsschulen entsprechend den Berufsgruppen zu analysieren. Die berufsgruppenspezifischen Zahlen des Kantons Luzern bleiben somit unbeleuchtet, was indes den Anspruch nicht mindert, die Erhebung dieser Zahlen in einer weiterführenden Forschungsleistung erneut zu versuchen.

Die Entwicklung der Zahlen in der Metall- und Maschinenindustrie sowie den technischen Berufen für die gesamte Schweiz sind aber erhoben und zeigen im Diagramm 22, Diagramm 23 und Diagramm 24 folgende Entwicklung:

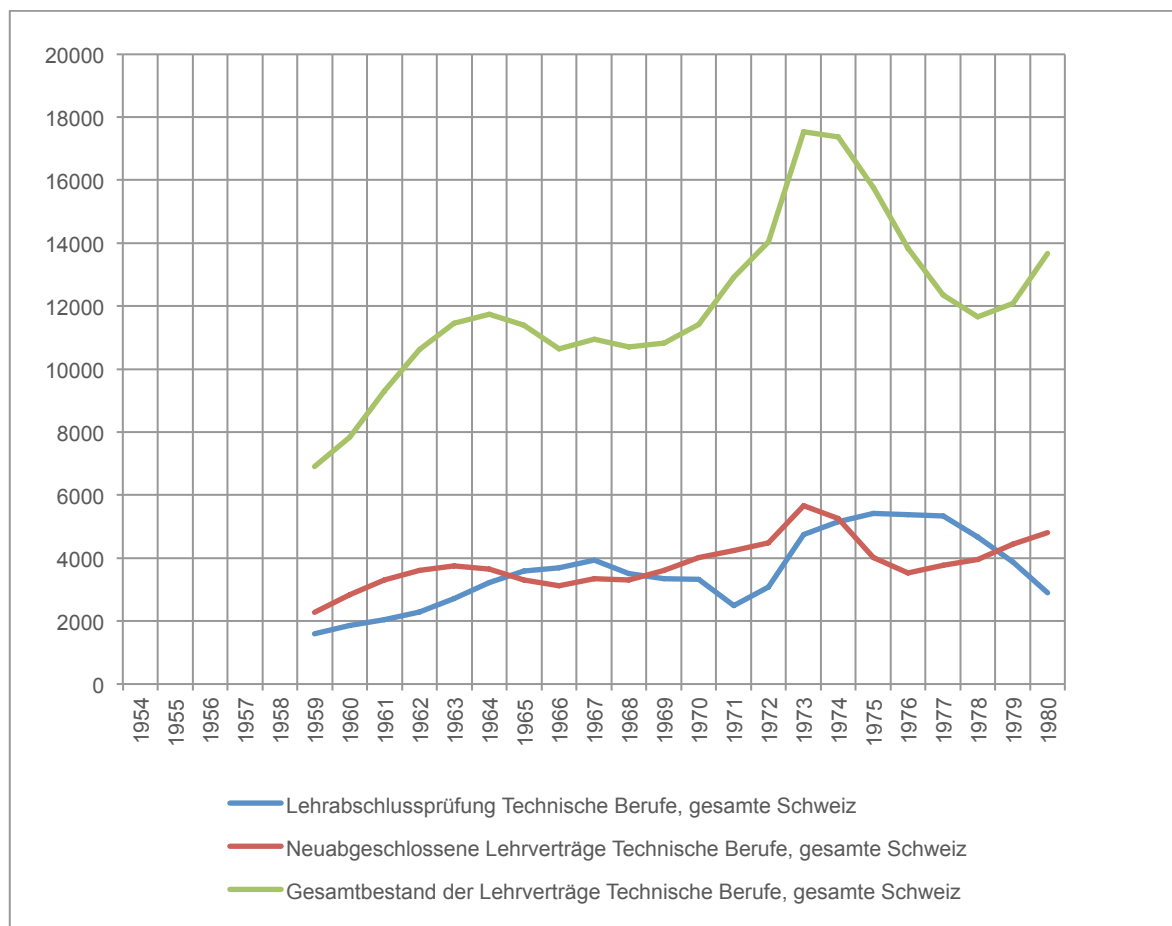


Diagramm 22: Berufliches Nachwuchsverhältnis der technischen Berufe in der Schweiz, 1959–1980³¹⁹

Die zu den technischen Berufen zählenden Berufsbezeichnungen sind weiter oben in Tabelle 5 aufgeführt.

³¹⁹ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979.

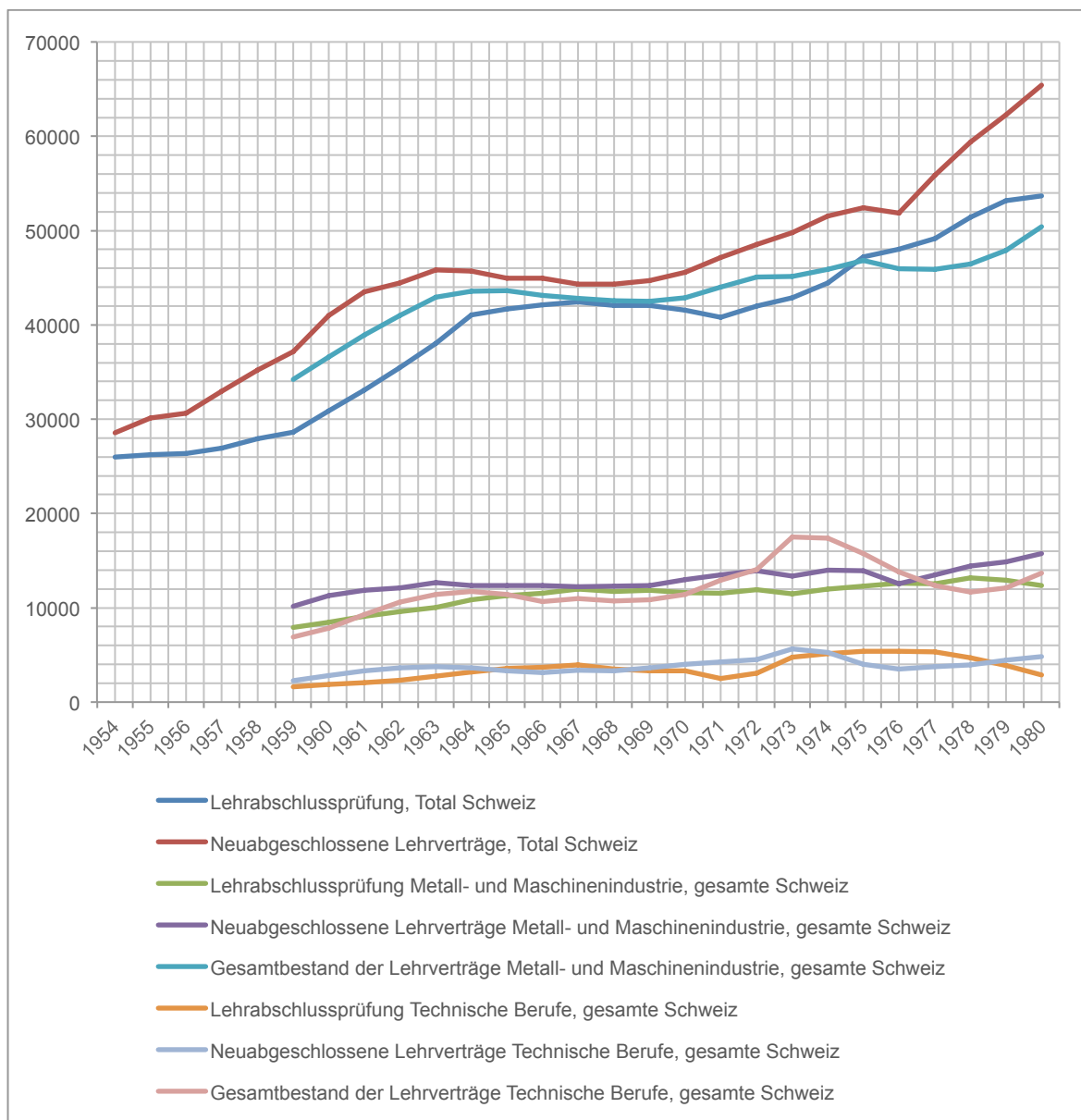


Diagramm 23: Technische Berufe und Metall- und Maschinenindustrieverufe, 1954–1980³²⁰

Die Berufsbezeichnungen, die von 1954 bis 1980 zu den technischen Berufe zählten, und wie sich diese quantitativ erweitert und ihre Bezeichnungen modifiziert haben, ist Tabelle 4 zu entnehmen.

³²⁰ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979.

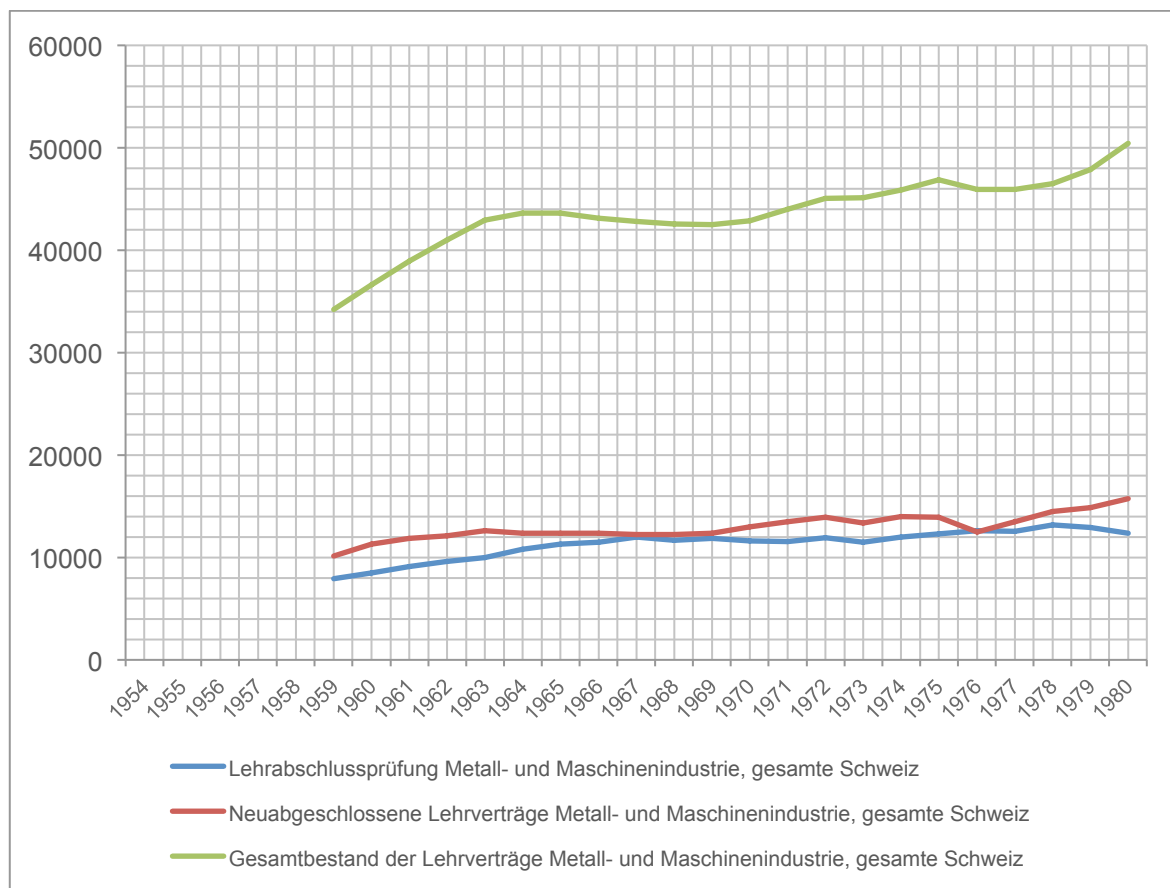


Diagramm 24: Berufliches Nachwuchsverhältnis der Berufe aus der Metall- und Maschinenindustrie in der Schweiz, 1959–1980³²¹

Zur Berufsgruppe der Metall- und Maschinenindustrie zählen viele verschiedene Berufe (siehe Tabelle 4). Diese Berufsgruppe hat sich zwischen 1954 und 1980 stark verändert.

³²¹ StALU. J.a 25. Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern von 1954 bis 1979.

Anzahl erteilter Lehrdiplome am Zentralschweizerischen Technikum Luzern (1961–1980)

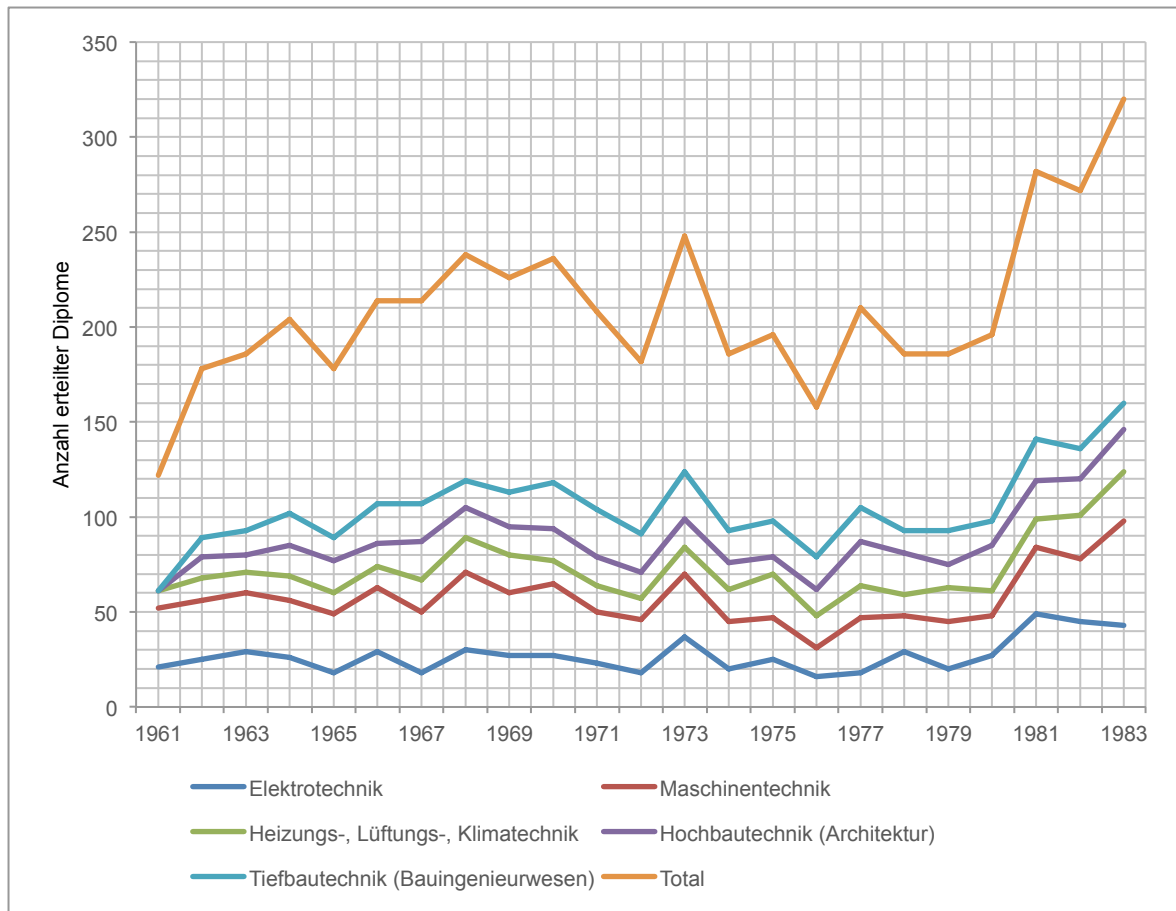


Diagramm 25: Anzahl erteilter Diplome am Zentralschweizerischen Technikum Luzern von 1961 bis 1983 (Steiner, 1983)

Tabellarische Auswertung der Argumentationsmuster

Tabelle 6: Übersicht über die verwendeten Qualitätskonventionen aller beteiligten Akteure im Koordinationsprozess des infrastrukturellen Ausbaus der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen (Auflistung der Argumente in chronologischer Reihenfolge entsprechend Abschnitt 5.1.2)

	Akteur	Konvention	Qualität
1	Rektor der Gewerbeschule Emmen, Theophil Wegelin	Industriell	Argument der Qualifikation der Person, professionelle/wissenschaftliche Kompetenz
2		Handwerklich	Argument der Vertrautheit
3	Direktor der Firma von Moos'schen Eisenwerken, Emil Schneckenburger	Industriell	Argument der Qualitätssicherung durch Lehrpersonen, welche gleichzeitig in der Industrie tätig sind
4	Gemeinderat Emmen	Industriell	Argument der Qualitätssicherung
5		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
6		Industriell	Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung
7		Industriell	Argument der Qualitätssicherung und Effizienz
8	Aufsichtskommission der Gewerbeschule Emmen	Industriell	Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung
9	Baukommission Gewerbeschulhaus Heimbach (Stadt Luzern) und Aufsichtskommission der Gewerbeschule der Stadt Luzern	Industriell	Argument der Arbeitsteilung
10	BIGA	Industriell	Argument der Funktionalität
11		Handwerklich	Argument des Vertrauens
12	Berufsschulverwalter und Präsident der Baukommission Gewerbeschulhaus Herdswand (Emmen), Carlo Herbst	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
13		Staatsbürgerlich	Argument des kollektiven Anliegens
14	Regierungsrat des Kantons Luzern Walter Gut	Staatsbürgerlich	Argument des kollektiven Anliegens
15	Direktor Conrad Sigg, Betriebschef der Firma Enderli	Industriell	Argument der Funktionalität
16	Rektor der Gewerbeschule Emmen, Theophil Wegelin	Industriell	Argument der Funktionalität
17		Industriell	Argument der Funktionalität

18		Staatsbürgerlich	Argument der Fairness
19		Industriell	Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung
20		Industriell	Argument der Funktionalität
21		Marktwirtschaftlich	Argument des zu hohen Preises
22		Industriell	Argument der Funktionalität
23		Industriell	Argument der Funktionalität
24		Industriell	Argument der Funktionalität
25		Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage
26		Industriell	Argument der Qualitätssicherung
27		Handwerklich	Argument des Vertrauens
28		Handwerklich	Argument der Vertrautheit mit der beruflichen Ausbildung
29		Staatsbürgerlich	Argument des sozialen Engagement der Gemeinde Emmen
30	Lehrerschaft der Gewerbeschule Emmen	Marktwirtschaftlich	Argument des Bedürfnisses
31		Industriell	Argument der Qualitätssicherung
32	Aufsichtskommission der Gewerblichen Berufsschule Emmen	Marktwirtschaftlich	Argument des Bedürfnisses nach mehr Raum für die Gewerbliche Berufsschule Emmen
33		Industriell	Argument der Funktionalität und der Qualitätssicherung
34		Handwerklich	Argument der Vertrautheit
35		Industriell	Argument der Funktionalität

Tabelle 7: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie des Koordinationsprozesses infrastruktureller Ausbau der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen strukturiert nach staatlichen Akteuren

	Akteur	Konvention	Qualität
10	BIGA	Industriell	Argument der Funktionalität
11		Handwerklich	Argument des Vertrauens
14	Regierungsrat des Kantons Luzern Walter Gut	Staatsbürgerlich	Argument des kollektiven Anliegens
4	Gemeinderat Emmen	Industriell	Argument der Qualitätssicherung
6		Industriell	Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung
7		Industriell	Argument der Qualitätssicherung und Effizienz
5		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
32	Aufsichtskommission der Gewerbeschule Emmen	Marktwirtschaftlich	Argument des Bedürfnisses nach mehr Raum für die Gewerbliche Berufsschule Emmen
34		Handwerklich	Argument der Vertrautheit
33		Industriell	Argument der Funktionalität und der Qualitätssicherung
35		Industriell	Argument der Funktionalität
8		Industriell	Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung
9	Baukommission Gewerbeschulhaus Heimbach (Stadt Luzern) und Aufsichtskommission der Gewerbeschule der Stadt Luzern	Industriell	Argument der Arbeitsteilung
12	Berufsschulverwalter und Präsident der Baukommission Gewerbeschulhaus Herdswand (Emmen), Carlo Herbst	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
13		Staatsbürgerlich	Argument des kollektiven Anliegens
1	Rektor der Gewerbeschule Emmen, Theophil Wegelin	Industriell	Argument der Qualifikation der Person, professionelle/wissenschaftliche Kompetenz
16		Industriell	Argument der Funktionalität
17		Industriell	Argument der Funktionalität
19		Industriell	Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung
20		Industriell	Argument der Funktionalität

22		Industriell	Argument der Funktionalität
23		Industriell	Argument der Funktionalität
24		Industriell	Argument der Funktionalität
26		Industriell	Argument der Qualitätssicherung
21		Marktwirtschaftlich	Argument des zu hohen Preises
25		Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage
2		Handwerklich	Argument der Vertrautheit
27		Handwerklich	Argument des Vertrauens
28		Handwerklich	Argument der Vertrautheit mit der beruflichen Ausbildung
18		Staatsbürgerlich	Argument der Fairness
29		Staatsbürgerlich	Argument des sozialen Engagement der Gemeinde Emmen
30	Lehrerschaft der Gewerbeschule Emmen	Marktwirtschaftlich	Argument des Bedürfnisses
31		Industriell	Argument der Qualitätssicherung

Tabelle 8: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie des Koordinationsprozesses infrastruktureller Ausbau der Gewerbeschulen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen strukturiert nach wirtschaftlichen Akteuren

15	Direktor Conrad Sigg, Betriebschef der Firma Enderli	Industriell	Argument der Funktionalität
3	Direktor der Firma von Moos'schen Eisenwerken, Emil Schneckenburger	Industriell	Argument der Qualitätssicherung durch Lehrpersonen, die gleichzeitig in der Industrie tätig sind

Tabelle 9: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern involvierten Akteure (Auflistung der Argumente in chronologischer Reihenfolge entsprechend Abschnitt 5.2.1)

	Akteur	Konvention	Qualität
1	Regierungsrat des Kantons Luzern	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
2	Schweizerischer Technischer Verband	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
3	Einflussreiche Person [Name unbekannt] aus der Elektro-Installationsbranche	Industriell	Argument des Rechnungswesens
4	Erziehungsdirektor des Kantons Luzern, Hans Rogger	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
5	Gesamter Regierungsrat des Kantons Luzern	Marktwirtschaftlich	Argument der Bedürfnisfrage und Wettbewerbsfähigkeit
6		Industriell	Argument der Planung und Strategie
7		Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage
8		Industriell	Argument der Statistik
9		Marktwirtschaftlich	Argument des Bedürfnisfrage und Wettbewerbsfähigkeit
10		Industriell	Argument der Planung
11		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
12	Baukommission ZTL und Technikumsrat	Handwerklich	Argument der Forschung und Entwicklung sowie der dauerhaften Qualität
13		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
14		Handwerklich	Argument der Forschung und Entwicklung
15		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
16		Handwerklich	Argument der Expertise
17	Baukommission und Vizepräsident des Technikumrats, Fritz Hofer	Konvention der Bekanntheit	Argument der Bekanntheit in der Öffentlichkeit
18		Industriell	Argument der Qualitätssicherung
19		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
20	Technikumsrat	Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrageorientierung
21		Handwerklich	Argument der Tradition und des Vertrauens
22	Direktor des Zentralschweizerischen Technikums Luzern	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit

23		Handwerklich	Argument der Tradition und des Vertrauens
24	Regierungsrat Hans Rogger	Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage
25	Baukommission ZTL	Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage
26		Handwerklich	Argument der Qualitätssicherung
27	ZTL Abteilung Hochbau	Handwerklich	Argument der Tradition und des Vertrauens
30	Regierungsrat des Kantons Luzern	Industriell	Argument der Statistik
31		Marktwirtschaftlich	Argument des Bedarfs an Platz
32		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
33	Grosser Rat des Kantons Luzern	Industriell	Argument der Funktionalität
34	Architekt, Heinz Krehl	Staatsbürgerlich	Argument der Fairness
35		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
36		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
37		Industriell	Argument der Funktionalität
38	Vizedirektor des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, Alois Steiner	Staatsbürgerlich	Argument der Chancengleichheit
39		Industriell	Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung

Tabelle 10: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern strukturiert nach staatlichen Akteuren

	Akteur	Konvention	Qualität
1	Regierungsrat des Kantons Luzern	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
5		Marktwirtschaftlich	Argument der Bedürfnisfrage und Wettbewerbsfähigkeit
7		Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage
9		Marktwirtschaftlich	Argument des Bedürfnisfrage und Wettbewerbsfähigkeit
11		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
31		Marktwirtschaftlich	Argument des Bedarfs an Platz
32		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
6		Industriell	Argument der Planung und Strategie
8		Industriell	Argument der Statistik
10		Industriell	Argument der Planung
30		Industriell	Argument der Statistik
24	Erziehungsdirektor des Kantons Luzern und Mitglied des Regierungsrats, Hans Rogger	Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage
4		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
33	Grosser Rat des Kantons Luzern	Industriell	Argument der Funktionalität
12	Baukommission ZTL und Technikumsrat	Handwerklich	Argument der Forschung und Entwicklung sowie der dauerhaften Qualität
14		Handwerklich	Argument der Forschung und Entwicklung
16		Handwerklich	Argument der Expertise
15		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
13		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
17	Baukommission und Vizepräsident des Technikumrats, Fritz Hofer	Konvention der Bekanntheit	Argument der Bekanntheit in der Öffentlichkeit
18		Industriell	Argument der Qualitätssicherung
19		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
20	Technikumsrat	Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrageorientierung
21		Handwerklich	Argument der Tradition und des Vertrauens
25	Baukommission ZTL	Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage

26		Handwerklich	Argument der Qualitätssicherung
22	Direktor des Zentralschweizerischen Technikums Luzern	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
23		Handwerklich	Argument der Tradition und des Vertrauens
38	Vizedirektor des Zentralschweizerischen Technikums Luzern, Alois Steiner	Staatsbürgerlich	Argument der Chancengleichheit
39		Industriell	Argument der Funktionalität und Qualitätssicherung
27	ZTL Abteilung Hochbau	Handwerklich	Argument der Tradition und des Vertrauens

Tabelle 11: Argumentationsmuster nach Konventionentheorie der Gründung und Entwicklung des Zentralschweizerischen Technikums Luzern strukturiert nach wirtschaftlichen Akteuren

2	Schweizerischer Technischer Verband	Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
3	Einflussreiche Person [Name unbekannt] aus der Elektro-Installationsbranche	Industriell	Argument des Rechnungswesens
34	Architekt, Heinz Krehl	Staatsbürgerlich	Argument der Fairness
35		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
36		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
37		Industriell	Argument der Funktionalität

Tabelle 12: Argumentationsmuster gemäss Konventionentheorie des Koordinationsprozesses der Errichtung der Berufsmittelschulen des Kantons Luzern strukturiert nach staatlichen Akteuren

	Akteur	Konvention	Qualität
47	BIGA	Staatsbürgerlich	Argument der Chancengleichheit
48		Staatsbürgerlich	Argument der Berücksichtigung von Rechten
3	Erziehungsdepartement des Kantons Luzern	Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
4		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
10	Kantonales Berufsschulinspektorat Luzern	Industriell	Argument des Rechnungswesens
11		Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
12		Industriell	Argument des Rechnungswesens
13		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
30	Kantonales Berufsschulinspektorat	Industriell	Argument der Funktionalität
31		Handwerklich	Argument der Vertrautheit
32		Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
33		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
34		Industriell	Argument der Funktionalität
35		Industriell	Argument des Rechnungswesens und der Kostenneutralität für die Gemeinde Emmen
36		Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrageorientierung
37		Industriell	Argument der Funktionalität
41	Regierungsrat des Kantons Luzern	Industriell	Argument der messbaren und wissenschaftlichen Daten
42		Industriell	Argument der Qualitätssicherung
43		Staatsbürgerlich	Argument der Fairness
44		Handwerklich	Argument der Vertrautheit
45	Kantonales Berufsschulinspektorat	Konvention der Bekanntheit	Argument der Bekanntheit in der Öffentlichkeit
46		Staatsbürgerlich	Offizielle Information über das BIGA
49	Kantonales Berufsschulinspektorat	Industriell	Argument der Effizienz und des Rechnungswesens und der Kostenneutralität
50		Industriell	Argument des Rechnungswesens

1	Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern, Hans Frei	Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
2		Industriell	Argument der Effizienz
5	Grosser Stadtrat und Schuldirektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern	Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
6		Marktwirtschaftlich	Argument der Nachfrage
21	Dem Rektor der Gewerblichen Berufsschule Emmen, Max Burri	Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
22		Konvention der Bekanntheit	Argument der Bekanntheit in der Öffentlichkeit
23		Staatsbürgerlich	Argument der kollektiven Anliegen
29	Gemeinderat Emmen	Staatsbürgerlich	Argument der Chancengleichheit
38		Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
39	Gemeinderat Emmen	Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
		Industriell	Argument des Rechnungswesens und der Kostenneutralität für die Gemeinde Emmen
40		Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
7	Kantonales Berufsschulinspektorat Luzern und Rektor der Gewerbeschule der Stadt Luzern	Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
8		Industriell	Argument der Qualitätssicherung
9		Industriell	Argument der Effizienz und Funktionalität
14	BIGA	Industriell	Argument des Rechnungswesens
15	BIGA, kantonales Berufsschulinspektorat, Rektor der Gewerblichen Berufsschule Emmen	Staatsbürgerlich	Argument der Partizipation
16		Marktwirtschaftlich	Argument der Wettbewerbsfähigkeit
17		Staatsbürgerlich	Argument der Fairness
18		Industriell	Argument der Planung
19		Industriell	Argument der Funktionalität
20		Staatsbürgerlich	Argument der Chancengleichheit

Tabelle 13: Argumentationsmuster gemäss Konventionentheorie des Koordinationsprozesses der Errichtung der Berufsmittelschulen des Kantons Luzern strukturiert nach wirtschaftlichen Akteuren

24	Industrie, Herr Reutemann	Marktwirtschaftlich	<i>Argument der Wettbewerbsfähigkeit</i>
25	Industrie, Herr Arnold	Industriell	<i>Argument der Funktionalität</i>
26		Marktwirtschaftlich	<i>Argument der Wettbewerbsfähigkeit</i>
27	Industrie, Hans Hug	Handwerklich	<i>Argument des Vertrauens und der Reputation</i>
28		Industriell	<i>Argument der Funktionalität</i>

Curriculum vitae

Karin Büchel

Ausbildung

September 2014 – Mai 2018	Doktoratsstudium an der Universität Zürich, Institut für Erziehungswissenschaft, Lehrstuhl für Berufsbildung
September 2009 – Januar 2014	Master of Arts, Studienrichtung Erziehungs- wissenschaft, Universität Zürich
September 2002 – April 2006	Diplom für Sekundarlehrerin mathematischer- naturwissenschaftlicher Richtung, Pädagogi- sche Hochschule St. Gallen

Berufserfahrung

Juni 2018 – heute	Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hoch- schule Luzern – Wirtschaft, Institut für Be- triebs- und Regionalökonomie
September 2012 – heute	Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Luzern
Juni 2014 – November 2016	Doktorandin im SNF-Projekt „Von der Meis- terlehre zur dualen Berufsbildung“, Universität Zürich, Lehrstuhl für Berufsbildung
Dezember 2009 – Januar 2013	Wissenschaftliche Mitarbeiterin im EU- Forschungsprojekt „kidsINNscience“, Univer- sität Zürich, Lehrstuhl Gymnasialpädagogik
April 2006 – August 2009	Sekundarlehrerin mit Klassenlehrerinfunktion